

15. Jahrgang

1/88

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Otto Borst

Vom Nutzen und Nachteil der
Denkmalpflege für das Leben

Dietrich Lutz

Stadtsanierung und Quellenverlust

Wilhelm
Ribhegge

Europäische Urbanität 1500–1800

Hans Paul Bahrdt

Städtische Lebensformen in Zukunft

Gerhard Knopp

Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlingerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 1/1988

INHALT

ABHANDLUNGEN

OTTO BORST, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben.....	1
DIETRICH LUTZ, Stadtsanierung oder der Quellenverlust für die Landesgeschichte Baden-Württembergs.....	23
WALTER HAAS, Wandlungen in der Denkmalpflege.....	41
WILHELM RIBHEGGE, Europäische Urbanität 1500–1800.....	53
HANS PAUL BAHRDT, Städtische Lebensformen in Zukunft.....	68

ALTSTADTSANIERUNG

GERHARD KNOPP, Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr a. M.....	83
DIE AUTOREN.....	107

NOTIZEN.....	108
--------------	-----

BESPRECHUNGEN

<i>Allgemeine Geschichte, Stadtgeschichte</i>	
PETER BROWN, Die letzten Heiden. Eine kleine Geschichte aus der Spätantike (Eckart Olshausen).....	113
THURI LORENZ, Römische Städte (Holger Sonnabend).....	114
SIEGFRIED MÜLLER, Leben im alten Hannover (Rainer Jooß).....	117

Kommunalwissenschaft, Urbanistik

- HORST MATZERATH, Urbanisierung in Preußen 1815–1914 (*Wolfgang R. Krabbe*) 118
BERND WALTER, Die Beamenschaft in Münster zwischen ständischer und bürgerlicher Gesellschaft (*Wolfgang R. Krabbe*) 118
ANDREW LEES, Urban Society in European and American Thought 1820–1940 (*Dirk Schubert*) 119

Architektur

- GÜNTHER FISCHER u. a., Abschied von der Postmoderne. Beiträge zur Überwindung der Orientierungskrise (*Erika Spiegel*) 120
DIETER HOFFMANN-AXTHELM, Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen? Aufsätze zu Architektur und Stadt (*Otto Borst*) 123

Stadtsoziologie

- JÜRGEN KRÄMER / RAINER NEEF (Hrsg.), Krisen und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus (*Sylvia Kahlert*) 124

Stadt im Unterricht

- KARL HEINZ BORCK, Quellen zur Geschichte der Stadt Hildesheim im Mittelalter (*Johannes Schultheiß*) 125

Vorankündigung Heft 2/1988

Themenschwerpunkt: »50 Jahre Wolfsburg«

ULFERT HERLYN / WULF TESSIN
Von der Werksiedlung zur Stadt. Ein städtebauliches Experiment in sozialwissenschaftlicher Retrospektive

DIETRICH KAUTT
Stadtentwicklung in der Polarität städtebaulicher Leitbilder

JÜRGEN FRIEDRICHS u. a.
Ausgewählte Probleme der Wolfsburger Innenstadtentwicklung

WULF TESSIN
Stadt-Umland-Politik im Raum Wolfsburg

KARL DIETER KEIM
Jugendliche und kommunale Politik

ULRICH SCHWEITZER
Neuanfang in Wolfsburg. Integrationsprobleme von Neuzuzüglern

Otto Borst

Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben

Als ein junger Dichter einmal im naheliegenden Glauben, er habe den literarischen Stein der Weisen entdeckt und sei ein Neoteriker allerlautersten Wassers, dem alten Fontane sein Manuskript zugehen ließ, schrieb der beschwichtigend zurück: »Junger Mann, alles schon einmal dagewesen«. Schreiber dieser Zeilen sieht sich mit dem vermeintlichen Neutöner in der gleichen Ecke; er hielt die Travestie von Nietzsches Titel für einen seiner originelleren Einfälle und muß hinterher feststellen, daß in jüngerer Zeit schon andere Leute auf diese Idee gekommen sind.

I

Die ernüchternde Erkenntnis birgt freilich auch den unzweifelhaften Nachweis, daß Nietzsches Traktat ein immer noch unerledigtes Thema festgehalten hat. Gibt es überhaupt Neues unter der Sonne? Gehören wir zu den hoffnungslos Konservativen, zu den Reaktionären gar, wenn wir uns plötzlich in einer Art von Geschichtsverfinsterung erkennen, in einer von Geschichte bis zum Ersticken durchsetzten Welt, die nur noch das Sammeln kennt und das Registrieren und das Aufbewahren? Ist taufrisches Handeln überhaupt noch möglich? Bleibt angesichts verdunkelter Horizonte nur noch der Fluchtweg Geschichte? Nietzsche hat, das war vor 100 Jahren inmitten fassaden- und geschichtsbehängener nostalgischer Gründerzeit, die Übereinstimmung von Wissen und Handeln gestört gesehen. Zugunsten der ungesteuerten Ansammlung einer ungeheuren »Menge von unverdaulichen Wissenssteinen« verliere das historische Wissen seine Funktion, dem Leben zu dienen. Es gehöre nurmehr dem zeitgemäßen enzyklopädischen Bildungsideal. Ein Übermaß an Historie schade »dem Lebendigen«. Die durch Wissenschaft angestrebte Objektivität führe ebenso zur »Schwächung der Persönlichkeit« wie zu dem irrtümlichen Schluß, Wissenschaft könne einen Maßstab zur Beurteilung der Vergangenheit liefern. Der Maßstab auch des Erkennens liege im Handeln, kantisch gesprochen, im Primat der praktischen Vernunft.

Im Kern dieser Deutung liegt ein Problem, das ebenso unverändert geblieben ist wie unerledigt, die Grundfrage, inwieweit sich die Aufgabe von Geschichte, dem Leben zu dienen, verwirklichen lasse. Verändert hingegen hat sich manche Einzelbeobachtung und manche Einzelsystematik in diesem Traktat. Damals haben sich die Leute nicht demonstrativ auf ihr »Recht auf Geschichte« berufen, heute tun sie es. Damals stand die Geschichte nicht vor dem Gesetz und war nicht einklagbares Rechtsgut, heute ist sie es.

Ich erkläre kurz, was damit gemeint ist. Ausgang der siebziger Jahre trug man in Demonstrationszügen am Mittelrhein und im Ruhrgebiet Plakate durch die Straßen, auf denen auch »Recht auf Geschichte« aufgemalt war.¹ Bewußt oder unbewußt wollte man damit sagen, daß die Zukunft mit der Herkunft irgendwie gekoppelt sei, daß egalere Präsentismus zu einer Verkümmernng gegenwärtiger und zukünftiger Lebensqualität führe, daß man dem Menschen nicht ungestraft – zum Beispiel – seine gebaute Umwelt willkürlich abreiße und ihm damit seine Geschichte entziehe.

Es ging diesen Demonstranten damals um Geschichte als Teil ihrer Existenz. Sie sind seitdem nicht von der Bildfläche verschwunden, sondern haben, wie sie sagen, »Geschichtswerkstätten« errichtet, deren Zahl von Monat zu Monat größer wird, eine Gegenbewegung gegen den Verbrauch von Geschichte als Nostalgie-Artikel oder als Machtdemonstration jeweils derer, die augenblicklich die Macht und das Sagen haben. Ein Beispiel dazu: im selben Haus, dem Stuttgarter Kunstgebäude, in dem im Mai vergangenen Jahres die Napoleon-Ausstellung eröffnet worden ist, nach Investition von acht Millionen Mark nebenbeibemerkt, ist fast zur selben Eröffnungstunde eine Anti-Ausstellung eröffnet worden, eine Vortragsreihe, in der statt Napoleons pseudoadliger Verwandtschaft der Armenarzt Georg Kerner vorgestellt worden ist, einer von denen, die in der Bitternis der Diktatur einem Häuflein Elender und Entrechteter versuchsweise noch einen Funken Hoffnung gegeben habe (bis der tote Kerner übrigens selbst auf dem Schinderkarren aus der Stadt gefahren worden ist).

Napoleon gegen die Biographie der Namenlosen, gegen die Wirklichkeit, gegen den Alltag, gegen uns. Geschichte als Ausstellungsstück gegen Geschichte als Auseinandersetzung. Nietzsche weiß noch gar nichts von dieser Antinomie. Er hätte seinen Traktat wohl noch sehr viel kürzer gefaßt, hätte er zur Zeit der Niederschrift – der Essay ist 1874 publiziert worden – erfahren, daß zu allem Überfluß jetzt Geschichte sogar noch Gegenstand von Prozessen geworden ist. Etliche davon sind in stadio nascendi vor Jahren in dieser Zeitschrift gebracht worden; mittlerweile ist ihre Zahl – bei gleichbleibender Thematik und Behandlung – so angeschwollen, daß es witzlos wäre, den Abdruck weiterer Prozesse hinzuzufügen.

Aus Dutzenden ein Beispiel: Das rheinlandpfälzische Oberverwaltungsgericht in Koblenz² wies jüngst in zweiter Instanz die (gegenteilige) Auffassung der Kreisverwaltung Neuwied zurück, die Villa der Eigentümerin weise keine künstlerischen Besonderheiten auf, sondern stelle ein Stilgemisch dar. Dagegen machte die Koblenzer Bezirksregierung geltend, die Villa sei gerade wegen ihrer verschiedenen Stilelemente ein typisches Beispiel

wilhelminischer Baukunst. Das Verwaltungsgericht schloß sich dieser Auffassung an und gab der Klage statt. Die Eigentümerin ging in die Berufung und argumentierte, der alte Bau sei nur mit einem Millionenaufwand instand zu setzen. Die Richter stützten jedoch ihr Urteil auf ein Sachverständigengutachten. Danach ist die umstrittene Villa ein Zeugnis künstlerischen Schaffens und handwerklichen Wirkens vom ausgehenden 19. Jahrhundert und dient der Nachwelt als Anschauungsobjekt. Es bestehe ungeachtet der Höhe der Renovierungskosten öffentliches Interesse an der Erhaltung des Baues. Die Besitzerin einer mit Jugendstilelementen angereicherten Villa der frühen zwanziger Jahre erzählt mir kürzlich, nicht nur ihr Haus stehe unter Denkmalschutz, auch dessen Innenarchitektur. Sie habe das Linoleum des Großen Zimmers, das an verschiedenen Stellen durchgetreten und insgesamt unansehnlich geworden sei, ersetzen wollen. Aber man habe ihr das strikt verboten. Das Linoleum habe eine seltene Ornamentik und stamme aus der Frühzeit der deutschen Linoleumgeschichte. Das leicht lädierte und zerschlissene Museum im eigenen Haus – Nietzsche wäre wahrscheinlich, hätte er diese Mär vernommen, noch früher wahn-sinnig geworden.

Diese gesetzliche Auflage – und Hunderte gleicher gesetzlicher Auflagen – geht letztlich wie alle Denkmalpflege und aller Denkmalschutz auf den Wert von Geschichte zurück. Von »besonderem geschichtlichen« bzw. »heimatgeschichtlichem Wert« lautet die Urteilsbegründung. Auch dort, wo der wissenschaftliche Wert an die erste Stelle der richterlichen Argumentation gerückt wird, geht es um Geschichte: die Teildisziplinen der Kunstgeschichte profitieren davon, die Technikgeschichte, die Medizingeschichte und so fort. Das schiene naheliegend und vernünftig, wenn nun irgendwo erkenntlich würde, daß man sich auf den Etagen der Rechtsprechung oder der öffentlichen Institutionen und Bezuschussung hinlänglich mit dem Sinn und den Funktionen von Geschichte vertraut gemacht hätte.

Niemals in allen Jahren habe ich gehört, daß sich ein Denkmalpfleger mit einem Geschichtslehrer zusammengesetzt hätte und nach dem unerläßlichen »Cui bono?« gefragt hätte. Ich wüßte nicht, daß sich einer der Landtage, die sich im Verlaufe der letzten zehn, zwanzig Jahre ein Denkmalschutzgesetz zugelegt haben, in einem Hearing der grundsätzlichen Frage gestellt hätten, wozu Geschichte überhaupt dienlich ist, was sie leisten kann und was nicht. Daß Rechnungshöfe derlei nie getan haben, verstehe ich: Rechnungshöfe sind in allen Fachfragen kompetent. Der Gesetzgeber indessen, der Politiker und vor allem der Kommunalpolitiker, der für die Dinge »vor Ort« zuständig ist, kurz: die drei Gewalten im Staate sollten sich vergewissert haben, welche Funktionen Geschichte hat und welche nicht.

Erst vor kurzem hat mir ein sehr engagierter und erfolgreicher Kommunalpolitiker, in dessen Dezernat auch die Kultur beheimatet ist, zu erkennen gegeben, daß er im Grunde von »Geschichte« ja nicht viel halten könne. Niemand wisse da so recht Bescheid. Wenn einmal ernsthaft nach dem Sinn von Geschichte und nach dem Umgang mit Geschichte gefragt werde, dann sei das, wie wenn man in einen Schwamm greife. Für ihn, der ein Publikum und ein Wahlvolk um sich habe, sei Geschichte jedenfalls ein Instrument, das er

¹ Die Plakate der Demonstrationen gegen die Bauarbeiten am Frankfurter Börne-Platz im September 1987 trugen u. a. die Aufschriften »Macht Geschichte nicht zunichte!« oder »Die Vergangenheit bewahren«, vgl. die Abb. in: DIE ZEIT Nr. 40 v. 25. 9. 87, S. 17.

² Aktenzeichen 1 A 103/85, nach F.A.Z. Nr. 105 v. 7. 5. 87, S. 10. Was die Denkmal- (und Geschichts-)Prozesse angehenden Berichte in dieser Zeitschrift anlangt, so wäre auf die Artikel »Geschichte vor Gericht« in Jg. 5 (1978), S. 168–174 und oder »Was ein Kulturdenkmal ist oder: Geschichte und Gesetz« in Jg. 7 (1980), S. 427–430 zu verweisen.

ohne große Skrupel einzusetzen gesonnen sei. Einmal abgesehen davon, daß auch der Sinn von Denkmalpflege damit reichlich problematisch und schwammig würde: so wie dieser Kommunalpolitiker denkt ganz fraglos die Mehrzahl der öffentlich Verantwortlichen auch heute.

II

Gibt es, bei dieser Gretchenfrage, »Wie hält'st Du's mit der Geschichte?«, anderes als nur Schablonenwörter, Vertröstungen oder quasi-geistreiche Formeln? Wir wenden uns ab vom wieder installierten Rummel mit Geschichte und definieren, was Geschichte leistet: Sie vermag erstens zu kritisieren, zweitens zu relativieren und drittens zu identifizieren.

Zur ersten, zur kritisierenden Funktion. Der Umgang mit Vergangenen kann – kann – dazu ermächtigen, Gegenwärtiges kritisch abzutasten und zu diagnostizieren. *Ein* Beispiel von zahllosen anderen: 1932 hat Theodor Heuss in einem Buch mit der Überschrift »Hitlers Weg« die mit diesem Un-Namen eingeleitete Entwicklung so klar und – die Zukunft, das, was kommen wird, wortwörtlich vorwegnehmend – so richtig analysiert, daß es einem noch heute den Atem verschlägt, beginnt man zu lesen. Heuss hat dabei lediglich aus der Geschichte geschöpft, und natürlich aus der neueren. Hätte er sich vorher nur der mittelalterlichen Archäologie gewidmet oder auch nur der fürstlichen Reichsgründung unter Bismarck, wäre das Buch – schon sein Thema ist ein Ausweis für diese kritisch-schöpferische Funktion – nie geschrieben worden. Geschichte kann einem Fingerzeige, kann einem Maßstäbe und Kategorien liefern zur Beurteilung der Gegenwart.

Zweitens zur relativierenden Funktion. Wer nur aus der schieren Gegenwart heraus lebt, begibt sich mit dem Verzicht eines Blicks auf Vergangenheit der Vergleichsmöglichkeiten. Der Vergleich zwischen »damals und heute« bringt die Möglichkeit, die eigene Existenz und die eigene Gegenwart in einem volleren und in einem wirklichen Sinne zu verstehen. Wir alle »vergleichen« in diesem Betracht und gewinnen dabei, der Schulbus, der heute mit dem Schulbus in die Mittelpunktschule gekarrt wird und erfährt, daß »früher« zwei, drei Schulklassen nach einstündigem Fußmarsch in einem einzigen Schulzimmer beieinander saßen, der Verwaltungsrat, der feststellt, daß diese Haushaltsplanstelle oder jene statistische Entwicklung früher niedriger oder höher lag als heute: im Grunde relativieren wir alle früher oder später mit Hilfe geschichtlichen Vergleichsmaterials. Ich will nicht sagen, daß gerade diese Geschichtsfunktion uns souverän und frei von aller stumpfen Gegenwartsabhängigkeit mache. Daß sie aber zu einer geistigen Höhe und Distanz verhelfen kann, bis hin zur Empfindlichkeit gegenüber ideologischen Bauernfängereien und sprachlichen Eintagsfliegen, ist offenbar. Relativierung des Lebens (und der Sprache) durch Geschichte: das ist der Schuljunge, der vierzehnjährige, der mir vor Jahren auf die Frage, wozu das Schulfach Geschichte eigentlich gut sei, zur Antwort gab: »Weil man auch die andere Seite kennenlernt«. Und das ist der gestandene Mann, den sein Verein mit der Herstellung der Vereinschronik beauftragte und der mir unlängst gestand, seit seiner vor Monaten begonnenen Beschäftigung mit den Entwicklungen seiner Gemeinschaft sei er ein ganz anderer Mensch.

Drittens zur identifizierenden Funktion. Krisenträchtig ist der Fortschritt nicht deshalb, weil er durch sogenannte »verkrustete Strukturen« gebremst wird, sondern weil er zu ungebremst verläuft. Unser Problem sind die großen Wandlungsbeschleunigungen der modernen Welt. Dieses Problem wird nicht durch revolutionäre Beschleunigungsüberbietungen, sondern durch die Entwicklung kompensatorischer Langsamkeiten gelöst oder wenigstens erträglich. Darum blühen im Zeitalter der beschleunigten Weltvereinheitlichungen kompensatorisch die Regionalismen. Und darum gehört zur modern wachsenden Verhaltensgeschwindigkeit ihre Kompensation durch zunehmende Kultur der Bewahrung und vor allem durch eine Kultur der Kontingenzerfahrung, der Ligatur im geschichtlich gewordenen Raum des Zugehörigkeitswissens.³ Daß Geschichte die Identifikation mit einem Lebensraum, das Sich-Selbst-Wiederfinden in diesem Raum am schönsten und nachhaltigsten ermöglichen kann, wissen wir alle. Dietrich Bonhoeffer hat sich in der Haft einmal angestrengt um eine »gute Genealogie« des deutschen Geistes bemüht, mitten in den Konvulsionen einer aufgepfropften »braunen« Kultur: Solche »guten Geister« (und selbstverständlich Entwicklungen, Eigenheiten) sind es, die es uns ermöglichen, sich mit diesem und jenem Raum In-Eins-Zu-Setzen (zu identifizieren) und ihn als »Heimat« anzunehmen. In diesem Sinne hat die Stuttgarter Staufer-Ausstellung, auch hier nur *ein* Beispiel, gewiß sinnstiftend gewirkt und ein, man könnte sagen, baden-württembergisches Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl bestärkt.

Mit diesen drei Funktionen läßt sich Geschichte sehr wohl, vielleicht darf ich das sogar unterstreichen, sehr präzise bestimmen. Sollte man hier von vagen und schwammigen Bedingtheiten reden wollen, erscheint man entweder schlicht desinformiert oder bringt alle Wissenschaften, die dem Leben dienen wollen, in das gleiche Verdikt. Mit diesen ihren drei Funktionen dient die Geschichte dem Leben ebenso wie meiner und deiner Existenz: Von Nostalgie, das dürfte aufgefallen sein, war und ist nicht die Rede. Das heißt, um Nostalgie wörtlich zu übersetzen, vom Heimweh nach Vergangenheit, von der Sehnsucht nach dem Früheren, von der Sehnsucht nach dem Schoß der Geschichte, nach dem Uranfang, nach dem Nabel aller Entwicklungen und Häutungen.

Ohne mich psychologisch und psychoanalytisch mit diesem Fallen-Lassen-Wollen in das Vergangene näher zu beschäftigen, will ich hier nur anmerken, daß wir diese Flucht in Geschichte nicht meinen. Uns geht es um die Auseinandersetzung mit Geschichte, um verbindliche Schlüsse und Lernprozesse, nicht um ästhetisch-nostalgische Unverbindlichkeiten, sollten sie auch noch so verführerisch und wie eine Droge sein. Sobald der innere Bezug nachläßt oder schließlich überhaupt aussetzt, wird aus der Geschichte Nostalgie und noch deutlicher: sobald sich die Horizonte durch den Zugriff noch fremder, unkalkulierbarer Außenkräfte zu verdunkeln beginnen, wird aus Geschichte Nostalgie, in der Romantik der Spätantike, in der Romantik des deutschen und nationalen Humanismus

³ Auf diese Zusammenhänge hat – vor den Vertretern der neueren Historik und Geschichtsdidaktik – vor allem H. Lübke hingewiesen, am deutlichsten in seinem Buch »Philosophie und Aufklärung (1980).

um 1500, in der Romantik dieser Umbruchphase um 1800, in der Romantik der Gründerzeit am Ausgang des letzten Jahrhunderts, in der Romantik heute.

III

Wir spüren gar nicht mehr, wie sehr wir uns mit den Fahnen der Vergangenheit behängen. »Er ist mit uns« schreiben Studenten unter ein Karl-Marx-Bild vor der Fachschaftswahl. Wir bekommen einen ganzen Jahreskalender »Historischer Feste in deutschen Städten«⁴ in die Hand gedrückt, »Das Mittelalter wird lebendig«, heißt es da, und: »Tapfere Ritter kämpfen mutig um Turniersiege«. In Spanien gab es fünf Tote bei einem solchen »Historienspiel«,⁵ wer hätte das gedacht, der Todesvermerk »Gestorben bei einem Ritterspiel« zu Ausgang des 20. Jahrhunderts! Im Foyer des Betonhochhauses grüßt gleich eine ganze Phalanx überdimensional vergrößerter Merian-Stiche. Wir kaufen und verschicken Bildpostkarten mit den Stadtinterieurs von München oder Frankfurt um 1900, wie wenn das heute wäre, wir machen bei unserer Möblierung daheim auf »antik« und fahren, am Wochenende, sonntags, in der »Historischen Straßenbahn«⁶ oder dem wiederaufpolierten »Dampfzüge«, das Historische ist Tag und Nacht parat, Platon und Jacob Burckhardt in den besten Ausgaben an jedem Kosk, Mozart mit Köchel-Nummer neben Ketchup und Wurst, Harnoncourt spielt die Klassiker auf ihren Instrumenten, makellos Reproduktion von Geschichte, ein paar Kerzen dazu, das große Hifi der Vergangenheit: die Vervielfältigungs-Revolution macht's möglich, daß wir uns vor Geschichte kaum mehr zu retten wissen. Im Blick auf die Architektur unserer Tage stellt man befremdet fest, »die Geschichte« sei »über die Utopie gekommen«,⁷ im Blick auf unsere Epoche spricht man von breitem »Romantizismus«,⁸ und lapidar hat ein subtiler Beobachter gemeint, wir lebten überhaupt im 19. Jahrhundert.⁹

Nietzsche hat diesen Überhang von Historischem, als er von dessen »Übermaß« sprach, nicht einmal ahnen können. Kurz vor Erscheinen seines Essays war auch die letzte Fassung

⁴ Neue Württ. Ztg. v. 13. 6. 87, Beil. (worunter am meisten aber neue, in den letzten Jahren organisierte und geschaffene Feste sind); auch die da und dort aufkommenden »Geschichtsfeste« wären in diesem Zusammenhang zu bedenken.

⁵ s. F.A.Z. Nr. 237 v. 13. 10. 87, S. 9 (beim »Nachspielen einer mittelalterlichen Schlacht« im span. Campello war eine Kanone explodiert).

⁶ nämlich Stuttgarts; es hat sich da ein Verein dieses Namens gebildet, der – Langziel Museum – »eingebraute historische Schienenfahrzeuge und Omnibusse aufarbeiten« will, s. Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 78 v. 3. 4. 87, S. 21.

⁷ W. J. Siedler, Die Architektur und die Wende. Natur und Geschichte haben die Architektur eingeholt, in: F.A.Z. Nr. 92 v. 20. 4. 85, Beil.

⁸ J. C. Fest, Die verneinte Realität. Überlegungen zum Romantizismus heute, in: *ders.*, Aufgehobene Vergangenheit (= dtv 10212, 1983), S. 118 ff.

⁹ W. J. Siedler, Die Modernität des Wilhelminismus, in: *ders.*, Weder Maas noch Memel. Ansichten vom beschädigten Deutschland (= dtv Zeitgeschichte 10 383, 1985), S. 99; vgl. auch S. 66, wo von den geistigen Fluchtbewegungen unserer Tage die Rede ist. Mittlerweile ist auch die Klage, die Darstellung der neueren und neuesten Geschichte ersticke in einem »Zuviel an Geschichte« nicht mehr neu, jüngst wörtlich so E. Schulz, Geschichtswiss. in unserem Jh., in: Hist. Zs., Bd. 245 (1987), S. 2 f.

von Stifters »Mappe meines Urgroßvaters« erschienen: Die »Studienmappe« des Altvororden wird wie ein Heiligtum gehalten. Heute hat man derlei rasch kopiert und faksimiliert und reproduziert; die fortwährende Wiederholung und beliebige Verbreitung von Vergangenheiten ist machbar geworden. Wir haben, bevor wir »das Alte« in Gestalt von Bauwerken oder Landschaften besuchen, längst vorher gewußt, wie es aussehen würde. Das Alte, natürlich immer auch das Schöne, das Vornehme, das Elitäre, ist heute auch ein soziologisch-politisches Phänomen und mehr denn je vermarktet.

Merkwürdig bleibt nur, daß man sich zwar über und über mit Geschichte behängt, die Verlage melden seit Jahren einen zunehmenden Absatz von historischen Romanen und Biographien, aber um so weniger registriert, daß Geschichte gar keine »Größe an sich« sein kann. Sie ist auch, wie wir von Nietzsche gelernt haben, keine Wissenschaft an sich. Unlängst hieß es in der Bonner »Welt«, als es zur amerikanischen Verurteilung des österreichischen Bundespräsidenten Stellung zu nehmen galt, lapidar, aber wahr:¹⁰ »Außerdem ist Geschichtsschreibung keine objektive Wissenschaft.« Geschichte als solche ist das Vergangene, das Abgestorbene, das erst in unserer Imagination lebendig wird. Erst mit unserer denkerischen Gestaltungskraft entsteht Geschichte, wobei wir wenigstens in Klammer anfügen, daß zwischen Denken und Sprache ein unausweichlicher Zusammenhang besteht. Auch das Bild als Geschichtsquelle bedarf der Interpretation und damit der denkerisch-sprachlichen Bearbeitung.

Wenn Geschichte keine – naturwissenschaftlich exakt bewiesene und fixierte – Größe ist und demnach auch nicht jene definitive Dominante, welche die Lehre vom Städtebau mitunter haben möchte, dann nur deshalb, weil sie zu meinem Leben eine Gegenkraft ist, mit der ich mich auseinandersetzen habe. Daß sie einigermaßen ohnmächtig ist, fällt dabei nicht ins Gewicht; wir denken geschichtlich genug, um darin ein Intermezzo zu sehen. Als vor Jahren die Kultusministerien beschlossen, von einem Unterrichtsfach »Geschichte« weitgehend abzusehen, hagelte es in den Zeitungen nur so von Artikeln mit der Überschrift »Wozu Geschichte?«. Ganz Ängstliche meinten, daß jetzt das Ende von Geschichte gekommen sei – als ob Geschichte nicht zum Menschen gehörte wie der Schatten zum Baum. Ein paar Jahre später, als der Spuk vorüber war, sprach man erleichtert und beflissen von der »Legitimationskrise«.

Derlei temporäre Anfälligkeiten bestärken uns nur in der Ansicht, daß es mit der Geschichte als unantastbarer, droben thronender Instanz nicht weit her ist. Wenn sie das wäre, die Magna Mater, die Göttin für immer, dann wäre es leichter, endlich einmal die »untere Abgrenzung der Begriffsbestimmung des Kulturdenkmals« zu finden, und dann hätte Walter Frodl, der Altmeister der österreichischen erfolgreichen Denkmalpflege, vor Jahren im wiedergewonnenen Goldenen Saal des Augsburger Rathauses nicht sagen können: »Ich glaube nicht an Denkmalpflege als Wissenschaft.«¹¹

¹⁰ Nach dem Kurzbericht in der F.A.Z. Nr. 105 v. 7. 5. 87, S. 2.

¹¹ W. Frodl, Wandlungen im Konzept der Denkmalpflege im letzten halben Jh., in: Denkmalschutzinformationen, hrsg. v. Dt. Nationalkomitee f. Denkmalschutz 10 (1986), S. 58.

Die tönernen Füße, auf denen Denkmalpflege steht, sollten nicht übersehen werden. Wenn man bedenkt, daß, wie sehr richtig bemerkt wurde, »nicht Geschichte, sondern heile Vergangenheit« als »das Leitbild der architektonischen und politischen Restauration«¹² auch in unseren Tagen erscheint, so wäre zu fragen, inwieweit der Denkmalpfleger auch heute noch in diese Ecke gehört, inwieweit auch er noch die Vergangenheit als Tröstung meint und nicht die Geschichte als Auseinandersetzung. Sicher haben wir einigen Bescheid über die Entwicklungen unserer nationalen Denkmalpflege¹³ und über die Verflechtungen unserer internationalen.¹⁴ Aber von ihren Abhängigkeiten und von ihren Manipulierbarkeiten hat man noch kaum gesprochen. Daß sie sich nicht im luftleeren Raum vollzieht und daß man heute amtlich und vor aller Öffentlichkeit von »Denkmalpolitik« spricht und der Denkmalpflege »einen hohen politischen Stellenwert«¹⁵ zumißt, müßte nachgerade noch betont werden.

Sicher gibt es den Denkmalpfleger als den Handlanger der politischen Romantik im deutschen Humanismus oder der (jeweils) nationalen Repräsentation im Absolutismus nicht mehr. Aber doch war im 19. Jahrhundert der Denkmalpfleger wieder zur Hand, als, nicht ohne massive politisch-restaurative Tendenzen, mit sanfter Gewalt »Geschichte in Dienst der Baukunst«¹⁶ gestellt wurde. Daß damals der von Nietzsche monierte Überhang an Vergangenheit mit allen seinen Folgen auch in der Kunst konstatiert wurde, zeigt Max Schaslars 1878 erschienener Traktat »Über moderne Denkmalswuth«.¹⁷ Er hat die Kommerzialisierung des Historischen als »ein sicheres Kennzeichen für die allmähliche Abnahme an organischer Lebenskraft einer Sphäre«¹⁸ genommen und sich damit doch sehr deutlich in Nietzsches Nähe gestellt. Der Schluß, den er aus dem Anblick dieser degenerativen Entwicklung zieht, ist modern genug: der »Depravation der Kunst« gehe ein »Gefühl impotenten Epigonthums« einher, man stelle Denkmäler auf und wolle alles erhalten, man lege Sammlungen an und baue »prächtige Museen«, ohne »die große Menge der Nation« zu berücksichtigen und die Frage, »welche Wirkung auf ihre Seelenbildung sie davon empfängt«.¹⁹

Damals kümmerte sich der Denkmalpfleger wohl ausschließlich noch um Einzelobjekte,

¹² W. Sofsky, Ruinen, in: Neue Rundschau 98 (1987), H. 4, S. 160.

¹³ N. Huse (Hrsg.), Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten (1984). Diese mit Auszügen aus Goethes Essay »Von deutscher Baukunst« anhebende Edition könnte freilich zu Mißverständnissen führen: deutsche Denkmalpflege geht bis weit in die humanistische bzw. Renaissance-Zeit zurück, und das Dritte Reich bleibt mit seinen einschlägigen geistigen Implikationen – von einer Handvoll gleichgültiger Sätze abgesehen – bei Huse überhaupt ausgeklammert.

¹⁴ H. Maier (Hrsg.), Denkmalschutz. Internationale Probleme – Nationale Projekte (1976).

¹⁵ So Dietmar Schlee, der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, in dessen Ressort auch die Denkmalpflege des Landes liegt, in einer Ansprache, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg (s. A 15), S. 3.

¹⁶ M. Brix / M. Steinhauser (Hrsg.), »Geschichte allein ist zeitgemäß«. Historismus in Deutschland (1978), S. 199 ff.

¹⁷ Berlin: Habel 1878.

¹⁸ ebda., S. 6.

¹⁹ ebda., S. 7.

und die Stärke seines Standes lag in der naiven Haltung, »ein Gebäude einfach als Kunstwerk zu verstehen«.²⁰ Im wesentlichen dürfte diese Prämisse auch in den zwanziger Jahren noch gegolten haben. Erst das Dritte Reich hat da für Änderungen gesorgt. Die vielfach vorher schon »völkisch« und biologisch-rassistisch beanspruchten Kategorien vermischten sich jetzt mit weitausholenden Stadtplanungs-Programmen.²¹ Wie die Biologie, die »germanische Archäologie« oder die Rassenkunde mußte sich die Denkmalpflege eine »Gleichschaltung« gefallen lassen; sie kam jetzt tief gebräunt daher. Eine grundlegende, Details wie Zusammenhänge gleichermaßen umfassende Untersuchung über die Rolle und Profile der Denkmalpflege im Dritten Reich fehlt merkwürdigerweise bis zur Stunde, nicht einmal Ansätze dazu wollen sich zeigen. »Altstadtsanierung« indessen empfand man damals, wie der Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs vor der Kulturtagung des Deutschen Städtetages 1937 erklärte, als »Kulturaufgabe deutscher Gemeinden«,²² und man hat – der Krieg kam dazwischen – diese Kulturaufgabe offensichtlich wesentlich »totaler« anfassen wollen, als wir heute vermuten.

IV

Wie immer auch, die Übergriffe und Ausgriffe der nationalsozialistischen Praxis haben die Denkmalpflege aus ihrer feudal-restaurativen Ecke herausgeholt und sie zu einem Teil,

²⁰ so D. Hoffmann-Axthelm in seinem vielleicht da und dort einseitigen und fast inquisitorischen, aber doch reizvollen und auf alle Fälle bedenkenswerten »Plädoyer für die Abschaffung der Denkmalpflege«, in: ders., Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen? Aufsätze zu Architektur und Stadt (= Bauwelt Fundamente 78, 1987), S. 183. Die Gegenwartsprobleme der Denkmalpflege – Bereitschaft zu irgendwelchem »Ringtausch«, zu Fassaden-Denkmalpflege, zur Kopie, zur »Synthese aus Schutz und Abriß« (S. 181) – kommt hier doch deutlich zum Vorschein. Was die latente Konzession an die – durch Denkmalpflege ermöglichte – »touristische Hochglanzfolie« (S. 197) angeht, so hat hier das v. Chr. Becker herausgegebene Buch »Denkmalpflege und Tourismus« (= Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie H. 15, 1987), siehe allein Überschriften wie die von der »touristischen Nutzung von Kulturdenkmälern« oder den »volksbildnerischen Aufgaben der Schlösser und Gärten«, die Gefahren eher eingeebnet als verdeutlicht.

²¹ Es kann hier beispielsweise auf Joseph Schlippe verwiesen werden, der 1925 Leiter des Städtischen Hochbauwesens in Freiburg wurde, nebenher aber auch Aufgaben der städtischen Denkmalpflege erledigte. Nach 1945 wird er mit dem Wiederaufbau Freiburgs betraut, tritt 1951 altershalber in den Ruhestand, hat jedoch die Leitung des Freiburger Staatlichen Amtes für Denkmalpflege bis 1956 inne. In seinem Artikel »Über Denkmalpflege des alten und Gestaltung des neuen Freiburg« von 1929 enthält er sich gewiß exponierter ideologischer Prämissen, stellt aber doch unmißverständlich klar, daß es für den Heimatschutz »keine Versöhnung mit einer Weltanschauung und Kulturauffassung gibt, die in einer öden internationalen Gleichmacherei das Ziel sieht«. In einem Aufsatz von 1941 kann er vermerken, daß ihm diese acht Jahre nationalsozialistischer Baupolitik ein ideales Arbeiten in seinem Sinn ermöglicht hatten; die Baugestaltung Freiburgs werde »als richtungsgebendes Beispiel einer Baupolitik im Sinne des Dritten Reiches auswärts viel beachtet«. Und 1959 gibt der mittlerweile Pensionierte ein Resümee seiner jüngsten Arbeit: sie ist so unbehelligt kontinuierlich nicht zuletzt nach ihren baulichen und denkmalpflegerischen Prinzipien, daß dieser letzte Bericht nach Wort und Inhalt wie eine Neuauflage der programmatischen Aufsätze von 1929 und 1941 erscheint.

²² W. Klötzer (Hrsg.), Die Frankfurter Altstadt. Eine Erinnerung (1983), S. 255 ff.; leider ist auch der Abdruck dieses Textes seiner bräunsten Passagen beraubt.

heute würden wir sagen, von Stadtentwicklung gemacht. Damit erhielt die Denkmalpflege Funktionszuweisungen, die uns heute selbstverständlich sind. Was heute »Sanierung« heißt, hieß damals »Gesundung«, und die sehr entscheidende Abkehr von der Objektsanierung wurde damals mit der Hinwendung zum »Straßengefüge« und so weiter unterstrichen, heute praktiziert man das unter dem Stichwort »Ensemble«. Man hat im Dritten Reich unter Vorwegnahme unserer Sanierungs- und Sozialpläne rechtsverbindliche »Gesundungspläne« aufgestellt, und man hat dabei, so in Frankfurt 1936,²³ »die grundsätzliche Frage« nicht vergessen, »ob Verkehr und Wirtschaft ausschließliche Totalität für sich beanspruchen dürfen oder ob ihnen die aus dem Vermächtnis der deutschen Vergangenheit überkommenen volkstümlichen und künstlerischen Werte eine Grenze zu setzen befugt sind«: Den Worten nach moderner instrumentiert, könnte dieser Wink mit dem Zaunpfahl auch von 1988 stammen.

Denkmalpflege ist also ihrerseits mit Geschichte verbunden, und sie ist das auch deshalb auf Gedeih und Verderben, weil sie von der Geschichte als einem Korrelat der Gegenwart Kenntnis nehmen muß, als einer Kraft, mit der wir alle uns auseinanderzusetzen haben. Das Wort vom »Geschichtsbewußtsein«, hinter das sich auch die jüngsten Lehrpläne und politischen Deklarationen immer wieder zurückziehen, ist deshalb irreführend, weil es allein um Wissen und Festhalten von Geschichte nicht geht. Wir denken nicht nur an Geschichte, wir sind uns nicht nur ihrer bewußt – wie beim Verkehrsbewußtsein, beim Ernährungsbewußtsein, beim Modebewußtsein, beim Umweltbewußtsein, beim »gesteigerten Denkmalbewußtsein«,²⁴ und so weiter, wo allemal das »Drandenken« gemeint ist –, sondern wir kämpfen mit ihr und stoßen sie wohl auch ab, wenn wir sie bewältigt, das heißt in unsere Gewalt bekommen haben. Geschichte ist ein Transitorium, das uns zu Reifungen und Festigungen unserer Existenz verhilft. Umgang mit Geschichte meint einen Prozeß, der seine Zäsuren und Brechungen und irgendwann einmal auch sein Ende hat.

Allein aus dieser Sicht hat Johann Gustav Droysen zutiefst recht, wenn er in seiner »Historik«, seinen 1857 begonnenen Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie, einem bis heute nicht überholten oder ersetzten Unternehmen sagt: »Auch Verfassungen, Glaubensmeinungen, die Formen und Schöpfungen des Gemeindelebens, die Baulichkeiten der Städte usw. sind historisches Material, aber ihr Zweck war nicht und ist nicht, unverändert zu bleiben; sie leben sich mit den Generationen weiter, nach dem Bedürfnis jeder Gegenwart werden sie sich stetig in unmerklichen Schritten, wie man wohl gesagt hat, organisch umbilden; ihr Lebensprozeß geht ununterbrochen weiter, ob sie wachsen oder in sich verkommen. Es gibt keine bestimmte Persönlichkeit, an die sie geknüpft bleiben könnten, keinen bestimmten Zeitpunkt, in dem sie normativ und für ihre fernere Dauer festgestellt wären. Sie haben gar nicht den Zweck, historisches Material für diese oder jene Vergangenheit zu sein. Erst die historische Betrachtung (wir sagten Imagination,

²³ ebda. S. 232f., aus einer Eingabe des Frankfurter Geschichtsvereins vom 8. Juni 1936 an den Magistrat.

²⁴ Feststellung des baden-württembergischen Innenministers (s. A 15), S. 4.

d. Vf.) macht sie dazu, und zwar dadurch, daß sie diese ihre Entwicklung in einem bestimmten Zeitpunkt und unter dessen Gleichzeitigkeit zu fassen sucht.«²⁵

Mir scheint in diesen Sätzen eine sehr, sehr beherzigenswerte Beisteuer zur Frage vom Nutzen und Nachteil von Denkmalpflege, man kann auch sagen vom Sinn und Unsinn von Denkmalpflege zu liegen. Abgesehen davon, daß die Baulichkeiten der Städte gar nicht den Zweck haben, »unverändert zu bleiben«: Man kann die Vergangenheit und einzelne Zeugnisse von ihr gar nicht aseptisch erhalten, man kann Zeitlichkeit überhaupt nicht festhalten in unserem Kulturhaushalt. Wir tun so, als ob das möglich wäre: die Welt ein Museum, von jeder Art ein Exemplar für den Anschauungsunterricht, die Welt eine Arche Noah.

V

Rechter Umgang mit Geschichte schafft nicht Sehnsucht, sondern Wirklichkeit. In Wirklichkeit wurde das Haus Dieters auf der Darmstädter Mathildenhöhe, eines der wenigen im Krieg nicht zerstörten Häuser der Künstlerkolonie, erst kürzlich durch einen Anbau entstellt und der Hochzeitsturm durch den Einbau eines Fahrstuhls empfindlich beeinträchtigt. In Wirklichkeit wird aus jedem »erhaltenden« denkmalpflegerischen Eingriff auch ein zerstörender, nämlich Geschichte zerstörender Akt. Er sei der Meinung, sagte unlängst der amerikanische Kunstkritiker Alexander Eliot, »daß die fortgesetzte Zerstörung der Sixtinischen Fresken durch Reinigung das größte und unnötigste Unglück der Kunstgeschichte ist«. Wir stellten oft »die totale Gegenwart« her, meint der Kommentator dieses (eigentlich gar nicht amerikanischen) Urteils,²⁶ »auf Kosten einer Vergangenheit, der man nicht mehr soll ansehen können, daß sie vergangen ist«.

Ich erinnere mich hier des Berichts einer Gruppe von Konstanzer Studenten, die unter Führung Arno Borsts an einem Seminar über die Klosterkultur am Bodensee mitgemacht hatten, an dessen Ende das von einer Schweizer Großfirma gänzlich sanierte Kloster Paradies besuchten und fast weinend feststellten, nun sei auch das letzte Stück benediktinischen Geistes aus den Mauern getrieben. In Wirklichkeit verändert sich alles. Nichts, was geschaffen wurde, hat dem Gang der Geschichte je standhalten können. Auch das Kunstprodukt Stadt hat sich verändert, es hat sich so verändert, daß ein kritischer Beobachter den »Untergang des eigentlich Städtischen«²⁷ glaubte feststellen zu müssen und voraussagte: »Fünf Jahrzehnte noch, und die Stadtlandschaft Europas ist unkenntlich gemacht.«²⁸ Jeden Tag wird mindestens eine Tierart auf der Welt ausgelöscht.²⁹ Die Papiere der industriellen Massenfertigung lösen sich auf, der »Zerfall in Bibliothek und Archiv« ist wie eine Zeitbombe. Feststeht schon jetzt, daß in den ersten 70 Jahren unseres

²⁵ J. G. Droysen, *Historik* (1971), S. 116.

²⁶ U. Greiner, Getilgte Spuren, in: *DIE ZEIT* Nr. 49 v. 27. 11. 87.

²⁷ W. J. Siedler, Gemordete Städte, in: *ders.* (s. A 9), S. 109.

²⁸ *ders.*, Lob des Baumes, ebda., S. 139.

²⁹ Nach F. A. Z. Nr. 47 v. 25. 2. 88, S. 8 u. Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 111 v. 15. 5. 87, S. 19.

Jahrhunderts an Naturstein-Denkmalern etwa so viel Schäden entstanden sind wie in den 400 Jahren zuvor.³⁰ Seit 1970 hat sich dieser Prozeß rapide verstärkt.

Da sieht einer, das Buch erschien vor kurzem, nach genau drei Jahrzehnten die Orte seiner niederbayerischen Kindheit wieder und merkt, ich zitiere Martin Gregor Dellins Kommentar dazu, »wie da nun die Häuser fremd geworden sind mit ihren Eternit-Verkleidungen und sprossenlosen Isolierglas-Kippfenstern, in denen fremdes Licht steht, wie die Höfe von Betonmauern abgegrenzt, die Dörfer von Straßen zerschnitten oder umrandet und die Felder zu langweiligen Großflächen zusammengelegt worden sind, kurz: wie die Welt von gestern verloren ist und nur noch in den Büchern, in der Sprache weiterlebt«.³¹

Vollzieht sich Zeitlichkeit und Vergänglichkeit in Schüben? Kann man sie aufhalten, soll man sie aufhalten? Das Prinzip, alles für immer zu konservieren, ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Behängen wir uns deshalb mit Geschichte, weil wir sie verlieren? Verlieren wir sie, wenn wir kein Zeugnis mehr dafür haben? Ist das ein Ausweg oder ein Abweg, wenn ich heute in einer großen Öffentlichen Bibliothek die Zeitung des Dritten Reiches nicht mehr im Original sehen kann – es gibt hundert andere und ähnliche Fälle –, sondern nur durch ein »Sichtgerät«, ein Lesegerät für Mikroverfilmtes?

Die Fragen werden nicht leichter, wenn die Wörter feierlicher werden. Wenn irgendwo ein Gebäude oder ein Ensemble oder – man bedenke – eine ganze Stadt erhalten werden soll, dann spricht man immer in letzter Instanz von einer »gebauten Urkunde«. Und genau da liegt der Hund begraben, weil diese sprachlich ohnehin verblüffende Formel nichts als ein Denkfehler ist. Eine Urkunde bleibt, was sie ist, und die Notare sagen hoffentlich, ein Bauwerk ändert sich, und wenn es vollends renoviert, das heißt erneuert wird, dann ist es eben gerade keine Utopie mehr, sondern eine Neuredaktion, der Historiker nennt schon eine dreißig Jahre später – wörtlich – nachgeschriebene Urkunde eine Fälschung.

VI

Mit der Begriffsapparatur der Bodendenkmalpflege steht es nicht besser. Von »Archiven unter der Erde« redet man jetzt da, und neuerdings las ich vom Diktum des zuständigen staatlichen Bodendenkmalpflegers, unter diesem Marktplatz einer angesehenen alten Mittelstadt befände sich ein »regelrechtes Stadtarchiv«.³² Jedermann weiß, daß man in

³⁰ Stuttgarter Nachrichten 41. Jg. Nr. 299 v. 30. 10. 86, S. 14; zu den Denkmalverlusten – bei den mittelalterlichen Fachwerkhäusern 80 Prozent durch Kriegseinwirkung und Abriß nach 1945 – s. C. Blechen, Bilanz der Versäumnisse. Der Kunsthistorikertag in Berlin, in: F.A.Z. Nr. 235 v. 10. 10. 86, S. 25.

³¹ M. Gregor-Dellin, Dampfnudeln. Eine Kindheit in Niederbayern, in: F.A.Z. v. 13. 5. 87.

³² Der zuständige Innenminister dieses Bundeslandes gab sich da nur scheinbar zurückhaltender, wenn er – gleichermaßen fragwürdig – zum Vergleich griff und erklärte, »die archäologischen Denkmale, die seit Jahrhunderten im Boden unserer Stadtkerne ruhen«, seien »für die Geschichte unserer Städte oft ebenso aussagekräftig wie ein Archiv« (in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes 16, 1987, H. 1, S. 5): Was ist das, ein »aussagekräftiges« Archiv?

Archiven planmäßig und auftragsgemäß Schriftstücke sammelt. Daß man unter dem Marktplatz auf gleich wichtiges stößt, will niemand in Zweifel stellen. Aber es ist nicht geordnet und hat keine Signaturen. Nur ein Mal in der Geschichte der deutschen Archäologie ist die Verbindung zwischen Fundort und Bearbeiter aufgeleuchtet, als der Major z. Wv. Steimle als Reichsstreckenkommissar der Reichs-Limes-Forschung 1910 in Württemberg fungierte. Einmal wollten seine Mitarbeiter ihn aufs Kreuz legen, führten ihn unter Beisein hoher Gäste an eine besonders attraktive Stelle, der Herr Oberarchäologe bückt sich, kratzt den schon halb entblößten Terra-Sigillata-Scherben vollends aus der Erde und liest: »Cäsar s. l. Steimle«.

Archäologie war immer so etwas wie eine Nachweiswissenschaft. Wenn Geschichte – leider – auch eine dekorierende Funktion besaß und besitzt, gewissermaßen die Rolle des Hofnarren, dann hat die Archäologie dieses Geschäft am nachdrücklichsten besorgt, Kaiser Wilhelms liebstes Kind, auf der Saalburg und drum herum, heute macht man's vom Ministerpräsidenten abwärts, und es ist ein Jammer, daß wir vom Hochdorfer Keltenfürsten, dem jüngst ausgegrabenen, nicht den Vornamen haben, er könnte nur Lothar heißen. Im Ernst: als sich Berlin zu seiner leidvollen 750-Jahr-Feier anschickte, hieß es prompt in Bonn, man sei natürlich älter, die neuentdeckte Wallanlage auf dem Venusberg reiche bis in die Steinzeit zurück, worauf sich Professor Dr. Kirchner aus Berlin zu Wort meldete: »Die örtlichen Archäologen werden wissen, ob immerhin der Bonner Raum – der auch ihr natürliches Umland mit einschließt – diesen Anspruch machen kann. Andernfalls könnte wohl auch von einem zehntausendjährigen Berlin gesprochen werden, im Hinblick auf die Rastplätze der Rentierjägertrupps im Tegeler Flußtal aus dem Ende der Altsteinzeit.«³³

Wer ist die Schönste, das ist in diesem Falle erstaunlicherweise die Älteste, im ganzen Land? Was machen wir bloß mit solchen Etikettierungen, die allemal in einem Superlativ endigen? Archäologen im Schweizer Kanton Freiburg haben vor wenigen Wochen gemeldet, das älteste Dorf Europas entdeckt zu haben, es wurde im Jahre 3867 vor Christus gebaut.³⁴ Was machen wir mit dieser erstaunlichen Jahreszahl? Gleichfalls vor wenigen Wochen sollte das Kino in einer Mittelstadt mit großem historischem Baubestand geschlossen und in eine Videobude plus Diskothek verwandelt werden. In Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt ließ die Stadtverwaltung prüfen, ob das 1914 eröffnete Kino nicht auch ein Stück Heimatgeschichte verkörpere.³⁵ Acht Wochen später hatte mans: das älteste Kino Deutschlands.³⁶

Was machen wir mit dieser verblüffenden Etikette? Bleibt nicht jedem Historiker das Wort im Halse stecken, wird er genötigt, was für einen Bodendenkmalpfleger fast tägliche Übung ist, vom »ältesten Fachwerk Deutschlands« oder auch vom »ältesten Keller Deutschlands« zu sprechen? Was machen wir mit diesen Superlativen? Da gibt es doch

³³ F.A.Z. Nr. 46 v. 24. 2. 87, S. 8.

³⁴ nach Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 93, v. 23. 4. 87, S. 15.

³⁵ ebda. 119. Jg. Nr. 72 v. 27. 3. 87, S. 3.

³⁶ ebda., v. 19. 5. 87.

gleich Dutzende von Fragen für den Historiker, und wir sehen in ihm gewiß keinen kleinkarierten Spielverderber, wenn er zunächst einmal ganz einfach danach fragt, was mit diesem »Deutschland« des ältesten Kinos und so fort gemeint ist, das Kaiserreich vor 1914, das Deutsche Reich bis 1945, oder gar die Bundesrepublik, oder gar der deutschsprachige Raum? Wer hat das denn nachgeprüft? Wo sind die Quellen dafür? Und wird hier nicht, so wie die Natur heute von gewissen Kreisen,³⁷ die Geschichte gegen die Menschen – oder deren Machenschaften – ausgespielt?

Wie immer auch: Mittelalterarchäologie ist kein Ästhetik-Abenteuer für den Kenner und nicht das Groß-Hobby für die Nation, sondern ein Teil von Geschichte. Sie muß sich, bei uns hierzulande die einleuchtende Fortsetzung der klassischen Archäologie, gefallen lassen, in dieser Position, in die sie arriviert ist, von den Funktionen her, die Geschichte erfüllt und erfüllen soll, taxiert zu werden. »Geschichte in Deutschland wiegt soviel, wie sie zur Verwirklichung der Menschenrechte im Alltag beiträgt.« So hat vor kurzem einer unserer erfahrensten Publizisten erklärt.³⁸ Das mag in der Konfrontation mit mittelalterlicher Stadtarchäologie schockierend klingen; wir können nur hinzufügen: hoffentlich. Archäologie wird genau so von der öffentlichen Hand finanziert wie der Geschichtsunterricht an der Realschule oder am Gymnasium. Wo ist ihr Lernziel? Wo bringt sie mehr als – politisch freilich willkommenen – Ästhetizismus, als unverbindliches Gefallen an der grauen, nicht mehr vorstellbaren und deshalb doppelt »faszinierenden« Vorzeit, als rein chronologische Markierung und Sensation? Wenn ich eines Scherbens im Boden ansichtig werde und ihn heraushole, ist die »Datierung« die erste und bleibend zentrale Frage. Ist Chronologie, zumal einer zur Zeitlosigkeit geronnenen Vorzeit, mehr als ein vordergründiges Tabellarium, das die Auseinandersetzung mit der Geschichte und die Fragen an sie – damit begänne der Sinn von Geschichte – eher verbaut als erlaubt?

VII

Sind Datierungsvermerke, sind Zahlen alles? Sind sie gar, für den Insider, eine Art Dekorationsleiste, die ihm die Begeisterung für die Patina des »Alten« auf keinen Fall nehmen kann? Oder sind sie, für diese archäologische Selbstbeschäftigung, nur das Aufhängeschild, mit dem die Öffentlichkeit dieses Tuns beflissen genug dokumentiert ist? Geht es also wirklich nur um die Zahl, im besten Falle darum, diese und jene Stadtgeschichte durch diesen und jenen Fund noch ein paar Jahre zurückzudatieren? Wie immer

³⁷ Auf Angriffe aus dieser Ecke hat Ministerpräsident Lothar Späth in einer Regierungserklärung aufmerksam gemacht, nach Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 77 v. 2. 4. 87, S. 1.

³⁸ H. Pross in der Neuen Rundschau 98 (1987), H. 4, S. 27. – Wir sind uns im klaren darüber, daß derlei funktionale und unsere Gegenwart betreffenden Geschichtszuweisungen täglich erteilt werden (und wir also beliebig viele Zitate zur Verfügung haben). Entscheidend ist, daß die ernstzunehmenden unter ihnen zur Kenntnis genommen und auf politischer und volkserzieherischer Ebene umgesetzt werden.

auch: Geschichte, sofern sie sinnvoll rezipiert wird, hat etwas mit meiner Existenz zu tun. Und diese ausgegrabene Zahl? Wie heißt der Kontext, der existentielle, dazu?

Merkwürdig, wie unempfindlich unsere Archäologen und Bauarchäologen gegenüber Geschichtszahlen sein können, wenn sie nicht zu ihrem Handwerksbereich gehören. Ich greife ein einziges Beispiel für diese am Ende haarsträubende Harthörigkeit heraus. Da hat ein Bauforscher, wie er versichert, »in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv und der Denkmalpflege«³⁹ im historischen Kern einer ehemaligen Reichsstadt (Esslingen) dendrochronologische Untersuchungen durchführen lassen. Das Ergebnis hat wieder etwas von einer kleinen Sensation an sich und ist natürlich wiederum superlativer (»die älteste«) Art: sein untersuchtes Häuserensemble gehört »heute noch zur ältesten erhaltenen Häusergruppe in Deutschland«.⁴⁰

Daß hier auch nach dem historischen »Umfeld« gefragt ist, scheint unser Bauarchäologe gespürt zu haben. Aber schon der erste Satz seines historischen Berichts könnte abenteuerlicher gar nicht sein. Was die südwestdeutsche Stadtgeschichte im allgemeinen anlangt, so wird in der Forschung seit Jahrzehnten unterstrichen, daß »des riches stätte« erst zu Ausgang des 13. Jahrhunderts auftreten, vorher aus verschiedenen, aber rasch einleuchtenden Gründen nicht. Und nur die allerwenigsten dieser aus dem Interregnum zu »Reichsstädten« sich aufschwingenden Kommunen erhielten damals oder später eine Reichsstadturkunde mit Datum und Siegel. Was die Esslinger Stadtgeschichte anlangt, so wird seit vielen Jahrzehnten unterstrichen, daß es sich (auch hier) beim Weg von der Siedlung zur Stadt nicht um einen einzigen amtlichen Akt mit Datum und Siegel handelt, sondern um einen Entwicklungsprozeß. Es gibt nur eine einzige Urkunde in diesem Zusammenhang, die vom 26. Januar 1219.⁴¹ In ihr erscheint die Stadt Esslingen auch nicht dem Namen nach, aber doch ist von einem »Sigillum universitatis populi de Esslingen« die Rede. Man wird sagen dürfen: Im Januar 1219 *war* Esslingen im rechtlichen Sinne Stadt.

Für unseren Bauarchäologen sind das weiter keine aufregenden Forschungsergebnisse. Er beginnt seinen vor wenigen Monaten im Druck erschienenen Forschungsbericht mit dem lapidaren Satz: »Esslingen ist seit 1212 Freie Reichsstadt.«⁴² Ein kleiner Schönheitsfehler, honni soit qui mal y pense? Ein temporäres Ärgernis, weil dreißig oder fünfzig Jahre Forschung (von der Forschung) nicht registriert und für die Katz publiziert worden sind? Entscheidend ist nicht, daß ein bauarchäologischer Forscher eine falsche Zahl geboten hat, sondern daß er überhaupt eine Zahl geboten hat, ja eine Datierung: »seit« diesem oder jenem Jahr ist dies eine Stadt resp. Reichsstadt. Daß das ein spezifisch modernes, an Ministerialerlasse und Verfassungsparagraphen gewöhntes Denken ist, würde man ihm

³⁹ R. Hussendörfer, Bauforschung in Esslingen, in: J. Cramer (Hrsg.), Bauforschung und Denkmalpflege. Umgang mit hist. Bausubstanz (1987), S. 80. – Das Buch resp. Forschungsprojekt ist von einer namhaften deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert worden.

⁴⁰ ebda., S. 78.

⁴¹ Wirt. Urkundenbuch 3, S. 75, Nr. 612.

⁴² R. Hussendörfer (s. A 39), S. 75.

sicherlich kaum plausibel machen können. Daß eine mittelalterliche Stadterhebung einen über Jahre, vielleicht über Jahrzehnte hin umgreifenden Prozeß ausmachte, wird ein naturwissenschaftlich-exaktes, ein (dendro-)chronologisch arbeitendes Gehirn kaum je begreifen können. Es wird allenfalls dieses Jahr 1212, das es unter allen Umständen haben mußte, in eine Art Prioritätenliste aufnehmen, in eine Datenbank von »Stadtgründungen«, die uns nicht einmal an die Oberfläche geschichtlicher Erkenntnis zu führen vermöchte. Die Leistung der bürgerlichen Coniuratio, der Weg zur kommunalen Verselbständigung innerhalb der »Stadtgründung« erbege eine Thematik, die auf die gemeindliche Selbstverwaltung von heute unmittelbar zuführte. In einer derart existentiellen Perspektive spielte die Jahreszahl, selbst wenn es sie gebe, tatsächlich keine entscheidende Rolle mehr. Hier ginge es nicht um die ältere Stadt und die jüngere Stadt und diesen ganz von EDV-Perfektion und Vervielfältigungsmechanismen bewerkstelligten Triumph monumentaler »Auflistung«, sondern um den schlichten Versuch, Stadtgeschichte für moderne Stadtgegenwart lebendig zu machen.

VIII

Töricht, jetzt einfach sagen zu wollen, der baden-württembergische Innenminister habe nicht recht, wenn er jüngst sagte, aus archäologischer Grabung könnten »wertvolle neue Erkenntnisse über die Stadtgeschichte und die historische Stadtentwicklung gewonnen werden«. ⁴³ Aber so einfach ist diese Umsetzung offenbar nicht. Es genügt anscheinend nicht, nur die dendrochronologischen Daten einzusetzen, und fertig ist die Laube. Die wissenschaftlich-didaktischen Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Denkmalpflege und Geschichtswissenschaft scheinen bis jetzt noch nicht einmal präzise geortet, geschweige denn bearbeitet worden zu sein. »Die Grundlagen aller Denkmalpflege liefert die wissenschaftliche Arbeit der geschichtlichen Landeskunde.« ⁴⁴ Schön wär's, kann man da nur sagen. Angesichts dieser ungemein engen und genuinen Kommunikation zwischen den hier beteiligten Disziplinen, die wir soeben – als das platte Gegenteil – vorgeführt bekommen haben, wird sich der staatliche und kommunale Geldgeber grundsätzliche Überlegungen leisten dürfen.

Man wird sich vor allem überlegen dürfen, ob die elementaren, nämlich die begrifflichen, die sprachlichen Voraussetzungen die richtigen sind. So werbewirksam die Rede vom »Archiv unter der Erde« auch sein kann (welcher erzogene Mitteleuropäer wird schon Archive zerstören): Der Archäologe gräbt nicht im Archiv, sondern in der Erde. Und Dinge, »die vielleicht aus der Erde gegraben« ⁴⁵ sind, wir bedienen uns der Sprache Droysens, sind nicht Quellen, auf die man im Archiv stoßen kann, sondern Überreste. »Denkmalpflege« beschäftigt sich mit vorhandener Geschichte, »Bodendenkmalpflege«

⁴³ nach dem Abdruck dieser Rede in: Denkmalpflege in Bad.-Württ. (s. A 15), S. 5.

⁴⁴ A. Laufs, Geschichtl. Landeskunde. Aufgaben und Leistungen, in: Zs. f. württ. Landesgesch. 37 (1978), S. 2.

⁴⁵ J. G. Droysen, Historik (1971), S. 38.

mit abgelegter Geschichte. Es ist gewiß lobenswert, den Leuten (wieder) ihre Erinnerungsmöglichkeit geben zu wollen. Aber an den Keltenfürsten von Hochdorf kann sich niemand erinnern. Und die identifizierende Funktion von Geschichte kann hier auch nicht greifen: Wer mag (und kann) sich schon identifizieren mit diesem »Mann«, von dem wir nicht viel mehr als ein Gerippe und einen (freilich prächtigen) Wagen haben? Dient die Archäologie hier wirklich damit dem Leben, unserer Existenz, deiner und meiner Gegenwart? Wer hat hier Vorrang, die Sucht nach dem Ur-Sprung oder die Sorge um eine mit der Geschichte verbundene und eine von der Geschichte nicht weggerissene Zukunft?

Schließlich: müssen wir uns, nachdem uns die angstfreien Blicke in die Zukunft ohnehin schon verstellt sind, jetzt auch noch die Zäune der Archäologen gefallen lassen? Für jede Stadt, für jede Siedlung einen Atlas, die Zonen, wo nichts mehr geschehen darf, wo es »heiß« ist, sind säuberlich eingezeichnet? Man wird den an sich richtigen Gedanken, daß man die alten Menschen genausowenig verkommen lassen kann wie die alten Gebäude, kaum stärker pervertieren können als durch derlei archäologische Schutzzonenkataloge. Grotteske, beklemmende Vision: die ganze Stadt ist »unter Schutz« gestellt, es darf nicht mehr gebaut werden, und der ganze Stadtboden ist »unter Schutz« gestellt, es darf nicht mehr gegraben werden. »Viel zu viele Füße«, so jüngst der Geschäftsführer des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland, »trampeln ganze Kapitel im Buch der Geschichte kaputt«. ⁴⁶ Er denkt dabei an die Truppenübungsplätze, an Moto-Cross, an den Massentourismus. Wir denken noch weiter, an die (leider gar nicht mehr so vielen) Leute, die täglich zur Arbeit gehen: Sie trampeln, die Barbaren, ganze Geschichtsbuchkapitel kaputt. Gab es das nicht schon einmal, das grausige Bild von der Stadt der Toten?

IX

Ein Defizit ist vielleicht doch klar geworden, die fehlende Kongruenz zwischen den Funktionen Geschichte und der Legitimation von Denkmalpflege. Die Denkmalpflege muß es sich gefallen lassen, auf ihre didaktische Berechtigung hin abgefragt zu werden, auf gut deutsch mit der Frage: was bringt diese – wie immer geartete – Unterschutzstellung im Sinne unserer 3 Geschichtsfunktionen? Wo wird nicht nur Hobby-Neugierde und irgendwie ästhetische, unverbindliche Lust am Alten befriedigt? Wo geht es um mehr als gefällige Augenweide: um die Bereicherung und um die Sicherung, die zusätzliche, unserer eigenen und gegenwärtigen Existenz? Die Erhaltung des historischen Bauerbes, hat der ressortzuständige Salzburger Landesrat Bertl Göttl kürzlich gesagt, stärke das Heimatbewußtsein. ⁴⁷

⁴⁶ Zit. nach dem Bericht v. H. P. Jahn, Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 260 v. 10. 11. 87, S. 3.

⁴⁷ Salzburger Volksztg. 43 Nr. 2 v. 3. 1. 87, S. 7; vgl. auch R. Reimisch, Altstadt und Heimatgefühl, in seinem wichtigen Beitrag »Altstadt als ästhet. Problem am Beispiel Braunau am Inn«, in: Oberösterreich 36 (1986), H. 4, S. 1; auch die Denkmalpolitik zielt ja darauf ab, »Fixpunkte für die Identifikation mit unserem geschichtlichen u. kulturellen Umfeld zu erhalten«, so Innenminister D. Schlee (s. A 15), S. 3.

So weit, so gut. Jeder vernünftige Historiker, der in seiner Arbeit auch eine öffentliche, eine politische Aufgabe sieht, würde hier nicht nein sagen.

Aber wie macht man das? Was geschieht, wenn der Bau, wie man immer so schön und immer so falsch sagt, in seinem »alten Glanz erstrahlt«? Eine »Urkunde«, auch die sogenannte »gebaute«, muß interpretiert werden. Geschichte, um mit ihr etwas »anfangen« zu können, muß immer umgesetzt werden, sonntäglich verfährt der Prediger auf der Kanzel so, und der Arrangeur einer erinnernden Kunstausstellung, und wer ein Stück von Lessing oder Schiller inszeniert. Man ist längst daran gewöhnt, daß man Glucks spätbarocke »Iphigenie in Aulis« oder Mozarts »politischen« »Don Giovanni« in ungeniert modernem Gewande aufführt, und einer der führenden europäischen Musikverleger hat vor kurzem erklärt, in der Musikpraxis (Stichwort Harnoncourt) sei »ein missionarischer Eifer nach rückwärts« fehl am Platze. »In nicht allzu ferner Zeit wird der historische Klang zu ätherisch, wenn nicht blutleer erscheinen.«⁴⁸

Nur wo der Umgang mit der Geschichte auf die eigene Existenz abzielen kann, nur dort kann die Geschichte – und die Denkmalpflege – lebendig sein und dem Leben dienen. Das Sammeln und Zusammensetzen von Keramikscherben kann eine aufregende Sache sein, natürlich. Aber der didaktische Wert für das breite Publikum von Geschichtskonsumenten muß erst einmal erwiesen werden. Schon zu Dehios Zeiten – der vor »Scheinaltertümern« dringendst warnte – ist reichlich »historisiert« worden, »ohne daß«, so sehen wir heute,⁴⁹ »dadurch das Geschichtsverständnis halbwegs gefördert worden wäre«. Nachdem Geschichte als einklagbares Rechtsgut in einen ganz neuen und bisher nie dagewesenen Rang geschlüpft ist, hat die Frage »Cui bono?« auch einen ganz neuen Stellenwert.

Aus zwei Gründen, die mit wenigen Sätzen noch angedeutet werden sollen. Der eine beginnt, wo die Argumentation der Denkmalpflege immer endigt: Man müsse das Gebäude oder den Straßenzug erhalten, weil Geschichte hier ablesbar sei, nachvollziehbar, vorzeigbar, optisch beweisbar, man könne hier Geschichte festmachen und so fort. Aber das optisch Bewiesene ist noch lange nicht das gedanklich Reflektierte und Verarbeitete. »Welche Art von Geschichtsbewußtsein fördern wir mit unseren proper sanierten Altbauten?«⁵⁰ – ich denke, diese Gretchenfrage darf gestellt werden. Wir sind längst darüber hinaus, die Definition, Ziel aller »Denkmalpolitik« sei »die Erhaltung der kulturellen Landschaft in ihrer ganzen Vielfalt«⁵¹ völlig ungefragt gelten zu lassen. Denkmalpflege (oder was man dafür hält) ist mittlerweile eine Volksbewegung, auch diejenigen marschieren auf die Denkmale los, die den Denkmalschutz früher mit allen Mitteln umgangen haben. Indessen, »Für das Vergangenheitsverständnis freilich ist damit allein noch nicht

⁴⁸ Fr. Hänslers in einem Interview der Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 299 v. 29. 12. 1987, S. 21.

⁴⁹ M. Zimmermann in dem sehr bedenkenswerten Leitartikel »Wenn alte Bauwerke nachwachsen«, in: F.A.Z. Nr. 288 v. 12. 12. 1987, S. 1.

⁵⁰ H. Rahms, Wird zuviel des Guten getan?, in: F.A.Z. Nr. 137 v. 11. 6. 87, S. 31.

⁵¹ So D. Schlee, Innenminister des Bundeslandes Baden-Württemberg, in einer öffentl. Ansprache (s. A 15), S. 3.

viel gewonnen. Geschichte eignet man sich nicht an, indem man von schätzenswerten Gebäuden Besitz ergreift.«⁵² Und die historischen Ausstellungen der letzten Jahre haben »bis zum Überdruß verdeutlicht, daß sie gar nichts verdeutlichen können«,⁵³ daß der Historiker etwas wesentlich anderes ist als der Produzent eines Fantasia-Lands beliebiger Requisiten, die gleichwohl Sinn stiften sollen. »Die totale Visualisierung verlangt vom Zuschauer ein Assoziationsvermögen, über das er nur verfügen kann, wenn er schon eine üppig wuchernde historische Bildung hat.«⁵⁴

X

Jenseits aller Geistreicheleien, aber auch jenseits aller ideologischen Verdächtigungen werden wir sorgfältig zu prüfen haben, inwieweit die didaktische Auslegung des Denkmalbegriffs nicht hinüberspielt in die allgemeine Visualisierung unserer Tage und mithin in die Meinung, die Präsentation von Geschichte (und von einer Gründerzeitvilla) habe ihren Wert schon in sich. Jede Woche erhalte ich mindestens *eine* Einladung zu einem festlichen Abend, und, so die von vorgestern, einer »Multi-Media-Schau: 220 Jahre Zeitgeschichte in Wort und Bild, mit Mode, Musik und Tanz«. Vor zwanzig Jahren hatte sich die Geschichte gegen die Manipulation in den Ministerien und Parlamenten zu wehren, heute muß sie sich gegen die Vermarktung in Kaufhäusern und in den Museen wehren. Ich habe noch keinen Museumspädagogen getroffen, der mir auf meine immer gleiche Frage, ob man mit seinen Arrangements Geschichte lernen und verstehen könne, mit einem »Ja« geantwortet hätte. Ansätze dazu, aber mehr nicht, so sagen sie alle. Also bleibt es doch beim inneren Bezug und bei der wortgebundenen, bei der gedanklichen Auseinandersetzung und Verarbeitung. Das Land Baden-Württemberg hat jüngst ein umfängliches Gutachten in Auftrag gegeben, in dem neben vielen anderen Fragen auch *der* Frage nachgegangen werden mußte, wo das baden-württembergische »Haus der Geschichte« zu stehen kommen solle. Der Schlußsatz im Plädoyer eines namhaften Historikers: »Geschichte kann man nicht ausstellen.« Kann und will die Denkmalpflege anderes als Geschichte ausstellen?

Als der Bayerische Minister des Innern im Herbst vergangenen Jahres vorstellte, was man in Jahren für die Altstadtsanierung in Bayern getan habe, erklärte er, damit würden »Wege zur Geschichte« möglich. Wer das als bare Münze nehmen wollte, mußte annehmen, früher, als Denkmalpflege nur eine feudale oder postfeudale Allüre war, habe man dergleichen Wege zur Geschichte entbehren müssen. Tatsächlich wäre das die logische Konsequenz: erst jetzt, wo man sich der denkmalpflegerischen Zubereitung von ganzen Bürgerstädten und ganzen Freizeit-Landschaften annimmt, wo man natürlich auch die

⁵² M. Zimmermann, Vom Sockel geholt, in: F.A.Z. Nr. 129 v. 6. 6. 84, S. 1.

⁵³ E. Straub, Geschichte als Spielzeug, in: Stuttgarter Ztg. 43. Jg. Nr. 249 v. 22. 10. 87, S. 1.

⁵⁴ ders., ebda.

Sehenswürdigkeiten-Schilder (und diesen ganzen, den dümmlichen Leuten zgedachten kostenlosen Informationszauber) nicht vergißt: erst jetzt sei eigentlich Annäherung an Geschichte möglich.

Man muß einmal, ein Beispiel von Dutzenden, von Hunderten, wieder Rilkes 1902 niedergeschriebenes »Worpswede« lesen, einen Exkurs über die Entwicklung und Eigenheiten von Landschaftsmalerei und einen Kranz von fünf Künstlerbiographien. Meisterlich, wie Rilke die Rolle von »Geschichte«, »Vergangenheit« und »Tradition« aus diesen Lebensläufen herauszulösen weiß. Geschichte erscheint hier nicht degradiert als eine beflissen-demokratische Freizeitofferte, sondern als eine höchst individuelle Lebensmacht und als ein Medium privaten Schicksals. Otto Modersohns Kunst hat zwei Elemente, die Persönlichkeit und die Landschaft, und gerade in letzterem wirkt unübersehbar Modersohns Jugendland nach, das Stück Stadtmauer nahe seines Soester Vaterhauses, der Klostergarten, überhaupt »die Gärten von Soest«,⁵⁵ die Gartengasse, die Sprache dieser Stadt. Wenn man dort in dieser ehemals großen Stadt aufwächst, »so denkt man immerfort an die Vergangenheit. Wie alles wohl war, denkt man und man wird nicht müde zu suchen, was etwa aus diesen Tagen des Glanzes und der Größe noch könnte geblieben sein. Und da findet man vor allem zwei Dinge: die Kirchen und die Gärten«.⁵⁶

Merkwürdig, daß diese offenbar lebensbestimmende Stadtheimat noch so ganz ohne alle dekretierte Denkmalpflege auskommen und doch prägend wirkend sein kann. Sie vermag sogar Dauerndes, Unvergängliches zu suggerieren. »In den Kirchen sah er die Vergangenheit aufbewahrt, festgehalten, dort konnte sie nicht vergehen.«⁵⁷ Noch merkwürdiger, daß eine durchaus unorganisierte und offenbar noch unaufgeräumte Geschichtsatmosphäre dem Sensorium des werdenden Künstlers »Stoff« für ein ganzes Malerleben mitgeben kann. Fritz Overbeck bleibt in Bremen, einem Gehäuse voller Impressionen, in der Bahnhofstraße stehen, sieht dort die Auswanderergruppen, die »mit stumpfem Ausdruck zurückschauen, als erwarteten sie, gerufen zu werden«, die geschundene Kreatur, die später in seiner Malerei immer wieder durchscheint.⁵⁸ Hans am Ende wächst in Trier auf, der »alten, dunklen, von Vergangenheit beladenen Stadt«, die »zu viel Zeiten« hat kommen und gehen sehen. »Und was sie nun lebte, war Verfall, ein Greisentum voll Größe und Erinnerungen, in sich versunken und ungerne gestört.«⁵⁹ Und dann der Wechsel des Vaters, eines Pfarrers, in ein thüringisches Dorf, wo es »keine Vergangenheit« gibt, aber das Pfarrhaus, und das »trauliche Dunkel der Wälder«⁶⁰ und eine schwerblütig-weite, Worpswede vorwegnehmende Landschaft. In Schulpforta, wohin der junge Hans am Ende dann geschickt wurde, erweist sich das äußerlich verlorene Zuhause, das nirgendwo auf

⁵⁵ R. M. Rilke, Worpswede (= Insel Taschenbuch 1011, 1987), S. 99.

⁵⁶ ebda., S. 101.

⁵⁷ ebda.

⁵⁸ ebda., S. 146.

⁵⁹ ebda., S. 161.

⁶⁰ ebda., S. 168.

Geschichtsrezeption abgerichtete, als eine eminent historisch-biographische Macht: »Da stieg in der Erinnerung das schöne Pfarrhaus auf, des Vaters Bücher, die Bilder, die an den Wänden hingen, das Dorf, und sogar die Strudel im Flusse unten hatten nichts Unheimliches mehr und trugen nur dazu bei, das Gefühl zu erheben, daß man das alles kannte, liebte und begriff«.⁶¹ Ein Fall von Identität zwischen Umwelt und (Lebens-)Geschichte, wie er nicht augenfälliger sein könnte.

Töricht anzunehmen, nur ad hoc abgestimmte und vom Saubermann einer eilfertigen Denkmalpflege zubereitete Geschichte erlaube den Leuten »Wege zur Geschichte«. Niemand wird im Ernst annehmen wollen, der Zugang zur Geschichte habe erst jüngst, habe erst damit begonnen, daß man die Altstädte sanierte und die Dörfer von ihren Unebenheiten befreite. Findet Begegnung mit Geschichte erst statt, seit man Freizeitämter hat (deren täglicher Arbeitsausstoß natürlich irgendwo dingfest gemacht werden muß) und seit man in der Erwachsenenbildung (deren Effektivität sich entsprechend der Investitionen erweisen muß) ein Politikum ersten Ranges entdeckt hat?

Das »Cui bono?« ist noch aus einem anderen Grunde berechtigt. Wo millionenschwere Museen – wie bei uns – aus dem Boden schießen, wo bald jede kleinere Gemeinde ihre eigene Galerie unterhält und die Kunst auf die Straße geht,⁶² man braucht diese neue und verwaltete Kultur im einzelnen gar nicht mehr vorzustellen,⁶³ fragt man sich, wie das weitergehen soll. Städte über 20000 Einwohner haben 1975 pro Einwohner 64 Mark ausgegeben, 1985 waren's 138 Mark.⁶⁴ Insider wissen längst, daß der Kostenexplosion im Krankenhauswesen eine Kostenexplosion – mit nahezu gleichen Zahlen – im Bildungswesen gefolgt ist.⁶⁵ Daß man auch hier in Bälde, ich sage einmal sehr verkürzt, existentiell verfahren muß, weiß man in Bundesländern wie Niedersachsen heute schon. Wir werden, auch in den beiden süddeutschen Bundesländern, von der wilhelminischen Protzerei⁶⁶ Abschied zu nehmen und uns gründlich zu überlegen haben, ob die alte Stadt ein Denkmal

⁶¹ ebda., S. 170.

⁶² G. Knapp, Die Kunst geht auf die Straße, in: Südd. Ztg. Nr. 214 v. 18. 9. 87, S. 45: »Keine Kreisstadt, die nicht ihren Skulpturenpark, ihr Bildhauer-Symposion hat, die nicht mit frischgekauften Plastiken ihre Fußgängerzone besetzt.«

⁶³ Zum kommunalen Engagement in Sachen Denkmalpflege jetzt C.-P. Echter, Denkmalpflegerische Maßnahmen, Aktivitäten u. finanzielle Leistungen der Gemeinden, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1987.

⁶⁴ Diese und andere Zahlen verdanke ich Herrn Dr. Christian Engeli (Schr. v. 12. 5. 87) vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin.

⁶⁵ Zahlen dazu bei M. Arnold, Medizin zwischen Kostendämpfung u. Fortschritt (1986), S. 13 ff. (Frdl. Hinweis v. Herrn Prof. Dr. P. Mattes, Esslingen). – Daß die Arbeitslosigkeit die Kommunen zusätzl. belastet (u. vor allem noch belasten wird), sei nur nebenbei erwähnt, vgl. F.A.Z. Nr. 160 v. 15. 7. 87, S. 9.

⁶⁶ E. Beucamp gelegentlich der Beurteilung der Pläne zur Stuttgarter »Kulturmeile«: »Steigern sich die Länder und Städte nicht in einen unnötigen Konkurrenzrausch und in ein fast neo-wilhelminisches Protzen? Selbst die Schwaben scheinen sich nun aufreißen zu lassen, Vernunft und Augenmaß zu verlieren« (F.A.Z. Nr. 88 v. 14. 4. 87, S. 29).

ist oder ein Lebensraum.⁶⁷ Und wir werden uns in einer ganz neuen Dringlichkeit an das zu halten haben, was der Geschichte und der Denkmalpflege ihren vornehmsten Sinn gibt: ihr Dienst am Leben.

Dietrich Lutz

Stadtsanierung oder der Quellenverlust für die Landesgeschichte Baden-Württembergs*

1. Vorbemerkung

Das tägliche Brot des Denkmalpflegers ist es, zu erleben, wie mittelalterliche Quellensubstanz in bisher nicht gekannter Größenordnung vernichtet wird, ohne daß die »klassische Mediävistik«, wie ich die überwiegend aus Schriftquellen schöpfende Geschichtsschreibung – also auch die Landesgeschichte – abkürzend nennen möchte, hiervon in mir erkennbarer Weise Notiz nimmt, geschweige denn etwas gegen diese Entwicklung tut. Vielmehr scheint es, daß Mittelalterarchäologie und Mediävistik im Zustand wohlwollenden Nebeneinanders verharren und allenfalls die Ergebnisse des jeweiligen Nachbarn zur Kenntnis nehmen, ohne sie als Herausforderung zu fachübergreifender Zusammenarbeit zu verstehen. Nur so läßt sich erklären, daß gemeinsame Veranstaltungen wie die Reichenau-Tagung »Geschichtswissenschaft und Archäologie«¹ oder der in Freiburg im Entstehen begriffene Forschungsschwerpunkt »Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends in Südwestdeutschland«² eher die Ausnahme denn die Regel sind, während in Hessen oder in Norddeutschland die historisch-archäologische Zusammenarbeit bereits seit einiger Zeit für beide Seiten unübersehbare Erfolge zu verzeichnen hat³.

Deshalb scheint mir die in der Folge der erstaunlich erfolgreichen Ausstellung über das Fürstengrab von Hochdorf⁴ verstärkte Hinwendung zur Archäologie der gegebene Anlaß, neben der Herausstellung allgemein anerkannter und überregional bedeutsamer Erfolge auch auf Probleme hinzuweisen, die sich gerade jetzt in unserem Land mit besonderer

* Meinem Lehrer Professor Dr. Otto Meyer in Dankbarkeit gewidmet

¹ H. Jankuhn / R. Wenskus (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Archäologie. Untersuchungen zur Siedlungs-, Wirtschafts- und Kirchengeschichte. Vorträge und Forschungen 22* (1979).

² Vgl. H. Steuer (Hrsg.), *Das erste Jahrtausend. Bericht über ein Symposium am 21./22. 6. 1985 in Freiburg* (im Druck).

³ Vgl. hierzu z. B. W. Schlesinger (Hrsg.), *Althessen im Frankenreich. Nationes. Historische und philologische Untersuchungen zur Entstehung der europäischen Nationen im Mittelalter 2*, 1975. R. Gensen, *Frühmittelalterliche Burgen und Siedlungen in Nordhessen*, in: *Ausgrabungen in Deutschland. Ausstellungskatalog Mainz 1975*, S. 313–337; Für Norddeutschland vgl. H. Steuer, *Bibliographie zur Archäologie des Mittelalters in Niedersachsen 1945–1973*, in *ZAM 2* (1974), S. 135f. (Museen und Forschungsstellen). Für Hamburg vgl. R. Schindler, *Archäologische Stadtkernforschung in Hamburg*, in: *Neue Ausgrabungen in Deutschland*, hrsg. von der RGK., Berlin 1958 S. 596–601.

⁴ *Der Keltenfürst von Hochdorf. Methoden und Ergebnisse der Landesarchäologie, Ausstellungskatalog Stuttgart 1985.*

⁶⁷ Vgl. C. Meckseper / H. Siebenmorgen (Hrsg.), *Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum? Die Sicht der mittelalterl. Stadtarchitektur im 19. u. 20. Jh.* (= Kl. Vandenhoeck-Reihe 1508, 1985), mit deutlichem Gewicht auf »Lebensraum«, den es ebenso sensibel und flexibel zu erhalten wie gleichzeitig »für eine humane Zukunft« (S. 8) zu tradieren gelte. In diesen Zusammenhang würden dann – neuerdings wohl häufiger anfallende – Nachrichten gehören wie diese: »Verkehrssicherheit wichtiger als Denkmalschutz« (F.A.Z. Nr. 18 v. 22. 1. 88, S. 9, betrifft den Abriß des »Beamtenhauses Nr. 1« beim Schacht König Wilhelm II. im Salzbergwerk von Bad Friedrichshall-Kochendorf).

Schärfe stellen. Denn hier führte die frühe Siedlungsverdichtung bereits im Hochmittelalter zu zahlreichen Stadtgründungen, die wiederum bereits wenig später zu Zentren von Produktion und Handel wurden und heute durch Sanierungsmaßnahmen allenthalben den größten Strukturwandel ihrer Geschichte erleben.⁵

2. Definition

Bevor ich auf die Bedeutung archäologischer Quellen und die Beurteilung ihrer gegenwärtigen Situation zu sprechen komme, ist es vermutlich nützlich, einige Worte zum Selbstverständnis der Mittelalterarchäologie vorzuschicken.

Die Mittelalterarchäologie sieht sich grundsätzlich als Teil aller Disziplinen, die sich mit dem Mittelalter beschäftigen, und ist so gesehen eine Hilfswissenschaft der Mediävistik im weitesten Sinne. Ihre Fragen sind keine anderen als die der gesamten Geschichtswissenschaft.⁶ Aus dem Unterschied des methodischen Ansatzes ergeben sich allenfalls andere Dimensionen der Aussage, jedoch stets mit dem Ziel der Aufhellung vergangener Wirklichkeit insgesamt.

Sie hat sich in der Bundesrepublik im wesentlichen erst nach dem Zweiten Weltkrieg entfalten können, als beim Wiederaufbau der vielen, stark zerstörten Städte Befunde und Funde angetroffen wurden, die zunächst meist von den Ur- und Frühgeschichtlern der Denkmalämter so gut als eben möglich betreut und geborgen wurden. Daraus entwickelten sich in Einzelfällen große Grabungen wie zum Beispiel in Frankfurt/Main (karolingische Pfalz und staufische Burg),⁷ Köln (verschiedene Kirchen und Teile der römischen und mittelalterlichen Stadt),⁸ Paderborn (Dom und Bischofspfalz)⁹ oder Hamburg (bischof-

⁵ Vgl. hierzu D. Lutz, Probleme der Stadtsanierung aus archäologischer Sicht, in: Denkmalpflege in B.-W. 14 (1985), S. 76–83; E. Schallmauer, Stadtkerngrabungen aus der Sicht der Archäologischen Denkmalpflege, in: Denkmalpflege in B.-W. 16 (1987), S. 14–21.

⁶ W. Schlesinger, Archäologie des Mittelalters in der Sicht des Historikers, in: ZAM 2 (1974), S. 7 f.; W. Janssen, Methoden und Probleme archäologischer Siedlungsforschung, in: H. Jankuhn / R. Wenskus (s. A 1), S. 101–191, bes. S. 186 f.

⁷ O. Stamm, Zur karolingischen Königspfalz in Frankfurt am Main, in: Germania 33 (1955), S. 391–401; ders., Der königliche Saalhof zu Frankfurt am Main. Mit einem Vorbericht über die Ausgrabungen des Museums für Vor- und Frühgeschichte 1958–1961, in: Schr. d. Hist. Mus. Frankfurt/M. 12 (1966); U. Fischer, Zur Datierung der Frankfurter Pfalz, in: Fundber. aus Hessen 9/10, 1969/70, S. 120–122; ders., Altstadtgrabung Frankfurt am Main. Hundert Jahre Stadtarchäologie, Vorgeschichte bis Hochmittelalter, in: Ausgrabungen in Deutschland (s. A 3), 426–436.

⁸ Vgl. hierzu W. und B. Janssen, Stand und Aufgaben der Archäologie des Mittelalters im Rheinland. Mit einer Bibliographie 1945–1972, in: ZAM 1 (1973), S. 192 (Stichwort Köln); H. Kier / U. Krings (Hrsg.), Köln: Die Romanischen Kirchen. Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln 1985.

⁹ W. Winkelmann, Die Königspfalz und die Bischofspfalz des 11. und 12. Jhs in Paderborn, in: Frühmittelalterl. Studien 4 (1970), S. 398 ff.; ders., Est locus insignis, quo Patra et Lippa fluentant. Über die Ausgrabungen in den karolingischen und ottonischen Königspfalzen in Paderborn, in:

liche Burg).¹⁰ Der methodische Ansatz ist dem aller anderen archäologischen Disziplinen vergleichbar, wobei die Entwicklung von Anfang an überwiegend durch siedlungsgeschichtliche Fragestellungen bestimmt wurde.¹¹

Die Entwicklung aus und die Orientierung an der meist die gesamte Arbeitskraft fordernden Praxis, verbunden mit einer bislang nur rudimentären Vertretung des Faches an den Universitäten,¹² haben die Erarbeitung einer Theorie und eines Lehrgebäudes der Mittelalterarchäologie bis jetzt als zweitrangig erscheinen lassen, was unter anderem auch zur Folge hatte, daß je nach der Interessenlage einzelner Nachbardisziplinen Eingemeindungsversuche unternommen wurden, wie zum Beispiel der von H. Jankuhn im ersten Band der Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters, wo er schreibt: »Die Archäologie des Mittelalters ist eine direkte Fortsetzung der vor- und frühgeschichtlichen Archäologie, und zwar sowohl nach Problemstellung wie nach methodischem Ansatz.«¹³ Wenn man den methodischen Ansatz noch mit Einschränkungen gelten lassen kann, muß man für den ersten Teil des Satzes feststellen: Hier irrt der Verfasser. Der wesentliche Unterschied zwischen Mittelalterarchäologie und Ur- und Frühgeschichte besteht, auf einen knappen Nenner gebracht, darin, daß bei der Ur- und Frühgeschichte das Geschichtsbild im wesentlichen durch die Erträge der Archäologie gewonnen wird. Die Mittelalterarchäologie dagegen stellt nur eine Quelle unter mehreren gleichrangigen dar. Sie muß sich deshalb notwendigerweise ständig mit den Nachbardisziplinen auseinandersetzen, will sie mit ihren Schlüssen nicht völlig ins Abseits geraten.

3. Der Beitrag der Mittelalterarchäologie zur Geschichtsschreibung

Nach diesen mehr theoretischen Vorbemerkungen will ich im folgenden versuchen, anhand einiger Beispiele den möglichen Beitrag der Mittelalterarchäologie zur Geschichtsschreibung zu skizzieren.

Da die Siedlungsarchäologie im Zentrum unserer Arbeit steht, werde ich die Beispiele hauptsächlich aus diesem Gebiet nehmen. Am Beginn steht die Prospektion, das heißt die

Château Gaillard 5, 1970, S. 203–25; ders., die karolingische und die ottonische Königspfalz in Paderborn, in: Kölner Römer-Illustrierte 2 (1975), S. 275–278; U. Lobbedey, Die Ausgrabungen im Dom zu Paderborn 1979/80 und 1983, in: Denkmalpflege und Forschung in Westfalen 11 (1986).

¹⁰ R. Schindler, Ausgrabungen in Alt-Hamburg. Neue Ergebnisse zur Frühgeschichte der Hansestadt. Hamburg 1957; ders., Archäologische Altstadtforschung in Hamburg, in: Neue Ausgrabungen in Deutschland (Hrsg. von der RGK) Berlin 1958, S. 596–601; ders., Die Hammaburg, in: Kölner Römer-Illustrierte 2 (1975), S. 249.

¹¹ Daran ändert auch die vor allem in den 50er Jahren betriebene archäologische Bauforschung wenig, da ihr ebenfalls vielfach siedlungsgeschichtliche Fragestellungen zugrunde lagen.

¹² So gibt es bislang nur einen einzigen Lehrstuhl (Bamberg) für Mittelalterarchäologie in der Bundesrepublik; vgl. hierzu auch H. Hinz, Mittelalterarchäologie, in: ZAM 10 (1982), S. 11–20, bes. S. 18.

¹³ H. Jankuhn, Umriss einer Archäologie des Mittelalters, in: ZAM 1 (1973), S. 9.



Abb. 1: Wilferdingen, Enzkreis. Neu entdeckte Kirche »zu der Eych« im Flurstück »Im Kloster von Süden«; Aufnahme R. Gensheimer, freigeig. d. Regierungspräsidium Stuttgart Nr. 000/41 528/21-10-86.

Erkundung von Siedlungsplätzen, die hierzulande zur Zeit beinahe ausschließlich auf der Basis einer vereinfachten Listeninventarisierung betrieben wird, was allenfalls ein Notbehelf sein kann. Wenn man weiß, daß zum Beispiel durch eine sorgfältige archäologische Landesaufnahme die Kenntnis ehemaliger Siedlungsplätze im Schnitt um 50% vermehrt wird,¹⁴ muß man das Fehlen jeden Ansatzes hierzu in Baden-Württemberg besonders bedauern; dies vor allem, wenn man sich vor Augen hält, daß bei Vorliegen besserer Unterlagen die stets zu knappen Grabungsmittel weit effektiver eingesetzt werden könnten. Hieran ändert auch die seit einigen Jahren in Gang gekommene und sehr erfolgreiche Luftbildarchäologie nichts (vgl. Abb. 1), da die komplementär nötige Feldforschung aus Personalmangel nicht betrieben werden kann.¹⁵ Selbst bei vorzüglicher Prospektion bleibt jedoch die Grabung als verbundenes System archäologischer Datenerfassung unbestritten die beste Erkenntnisquelle der Archäologie.¹⁶ Bezogen auf das Siedlungsgefüge erlaubt sie

¹⁴ W. Janssen (s. A 6), S. 121.

¹⁵ Die beste Darstellung der Methode gibt für unseren Raum: O. Braasch, Luftbildarchäologie in Süddeutschland. Spuren aus römischer Zeit, in: Kleine Schriften zum Kenntnis der römischen Besetzungsgeschichte Südwestdeutschlands 30 (1983).

¹⁶ W. Janssen (s. A 6), S. 139 ff.

neben Antworten auf großräumige Fragestellungen vor allem klein- und kleinräumige Untersuchungen mit dem Ziel der exemplarischen Darstellung des Siedlungsganges, wie er zum Beispiel in Ladenburg mit recht gutem Erfolg gezeigt werden kann.¹⁷

Hier sind es vor allem die Fragen der Entwicklung eines Platzes vor Einsetzen gesicherter schriftlicher Nachrichten, also zum Beispiel Stadtwerdungsprozesse, wie Expansion, Stagnation, Rückgang, Verödung und Neubesiedlung, die aus Schriftquellen nur sehr rudimentär zu erheben sind. Die Archäologie liefert Fakten, die zum Beispiel an die Stelle der längst als fragwürdig erkannten historisch-geographischen Rückschreibung treten können.

Die außergewöhnliche Vielperiodizität mittelalterlicher Siedlungsplätze (vor allem der Städte) wirft ein helles Licht auf die Dynamik der Siedlungsentwicklung und die dahinter stehenden Faktoren, die aus anderen Quellen vielfach erst post festum erkennbar werden (Erstnennung, Weihe, Wüstfallen usw.). So können wir mit einigem Recht feststellen, daß Grabungen in Städten Entwicklungen und Veränderungen zeigen, die wir bisher zwar ahnten, in ihrer Mannigfaltigkeit jedoch nur in den wenigsten Fällen tatsächlich nachzeichnen konnten, wie beispielsweise die verschiedenen Arten und Urheber der Landgewinnung durch Seeaufschüttung in Konstanz.¹⁸ Darüber hinaus liefert jede Siedlungsgrabung Aufschlüsse zur Struktur des Platzes, zur Wirtschaftsgeschichte, Sozialtopographie, Bevölkerungs- und Technikgeschichte, um nur einige Aspekte zu nennen.

Aus der landwirtschaftlichen Produktion seien aus Südwestdeutschland zwei Beispiele genannt, die für manch andere stehen können. So gaben die Siedlungsuntersuchungen in Eschelbronn¹⁹ und Sindelfingen²⁰ umfassende Einblicke in Wirtschaftsweise und Gelände-nutzung des Hoch- und Spätmittelalters.²¹ Selbst aus spätmittelalterlichen Brunnen und Fäkaliengruben lassen sich noch wesentliche Informationen zur Lebensgrundlage des Menschen in Stadt und Land gewinnen.²²

¹⁷ Vorläufige Zusammenfassung der Ergebnisse: Archäologischer Plan des römischen Ladenburg, hrsg. vom Landesdenkmalamt, B.-W., Stuttgart 1986.

¹⁸ J. Oexle, Stadtkernarchäologie in Konstanz, in: Der Keltenfürst ... (s. A 4), S. 451 ff.; dies., Die Grabungen im Salmansweilerhof zu Konstanz, in: Arch. Ausgrabungen in Baden-Württ. 1985, S. 228–235.

¹⁹ D. Lutz, Die Wasserburg Eschelbronn bei Heidelberg, ein Niederadelssitz des 13. bis 18. Jahrhunderts, in: Chateau Gaillard 8, 1977, S. 193–222.

²⁰ B. Scholkmann, Sindelfingen / Obere Vorstadt. Eine Siedlung des hohen und späten Mittelalters, in: Forschungen und Berichte d. Arch. d. Mittelalters in B.-W., hrsg. v. Landesdenkmalamt B.-W. 3, 1978.

²¹ Zu Sindelfingen vgl. U. Körber-Grohne, Pollen-, Samen- und Holzbestimmungen aus der mittelalterlichen Siedlung unter der Oberen Vorstadt in Sindelfingen, in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 3, 1978, S. 184–198; M. Stork, Die Tierknochenfunde der mittelalterlichen Siedlung Sindelfingen / Obere Vorstadt, ebda., S. 165–180.

Zu Eschelbronn vgl. U. Körber-Grohne, Samen, Fruchtsteine und Dreschreste aus der Wasserburg Eschelbronn bei Heidelberg (13. Jh.), in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 6, 1979, S. 113–127.

²² U. Maier, Nahrungspflanzen des späten Mittelalters aus Heidelberg und Ladenburg nach Bodenfunden aus einer Fäkaliengrube und einem Brunnen des 15./16. Jhs, in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 8, 1983, S. 139–183.

Über die vorwiegend in den Städten angesiedelte handwerkliche Produktion und den Lebensstandard bürgerlicher Oberschichten konnten in den letzten Jahren die Untersuchungen in Konstanz und Heidelberg neue Aufschlüsse geben.²³ In diesem Zusammenhang verdienen besonders die Aufschlüsse zu mittelalterlichen Produktionsweisen, wie die Abfälle der Paternosterer in Konstanz Beachtung (vgl. Abb. 2). Sie erlauben einen Einblick in mittelalterliche Technologie, wie er uns sonst nur selten möglich ist.²⁴

Neben der Erweiterung unserer Kenntnis des mittelalterlichen Alltags kann uns z. B. die bisher nur selten genutzte Chance der Untersuchung von Friedhöfen auch interessante Aufschlüsse zur Medizingeschichte geben, wie das Beispiel des Friedhofs der Wüstung Zimmern bei Stebbach (Kreis Heilbronn) zeigt, wo einerseits ein großer Teil der Bestatteten deutliche Spuren von Ernährungsmängeln zeigte²⁵ und andererseits eine Wirbelsäule geborgen wurde, die Spuren einer geradezu klassisch verlaufenen Bechterewschen Erkrankung aufwies.²⁶

Auf dem Gebiet des Befestigungswesens und den eng damit verbundenen Fragen adeligen Lebens ist die Mittelalterarchäologie auf dem besten Wege, neue Aspekte zu erschließen. So ist die Genese der mittelalterlichen Adelsburg ein Thema, das die Forschung seit mehr als einem Jahrhundert beschäftigt, ohne daß es bislang möglich gewesen ist, darauf eine gültige Antwort zu finden. Die Untersuchungen, die vor allem R. Gensen seit mehreren Jahrzehnten im Raum Marburg angestellt hat, haben gezeigt, daß sich durchaus Belege für den Bau von burgartigen Befestigungen vor dem 11. Jahrhundert finden lassen, auch wenn wir die Inhaber dieser »Burgen« noch nicht kennen.²⁷ Ähnliche Ergebnisse wird man auch in Baden-Württemberg erwarten können, wenn das Forschungsprojekt »Das erste Jahrtausend« in Freiburg, das auch Untersuchungen an Burgen beinhaltet, seine Arbeiten in vollem Umfang aufgenommen hat.

Schon heute erlauben die zahlreichen Befunde und Funde aus Untersuchungen an Burgen im Lande einen Einblick in Leben und Sachkultur ihrer Bewohner, wie ihn Schriftquellen schwerlich vermitteln können. Ob es sich nun um Erzeugnisse des Töpferhandwerks handelt, wie in Marbach, Kreis Ludwigsburg,²⁸ oder um die Reste einer

²³ Zu Konstanz: *J. Oexle*, Stadtkernarchäologie in Konstanz – die Grabungen in der Brückengasse 5 und 7, in: *Arch. Ausgrabungen* 1984, S. 240–244; *dies.*, Archäologische Untersuchungen am Konstanzer Fischmarkt, ebda., S. 244–250; *dies.*, Die Grabungen im Salmansweilerhof zu Konstanz, in: *Arch. Ausgrabungen* 1985, S. 228–235; Zu Heidelberg: *D. Lutz*, Stadtkernarchäologie in Heidelberg, in: *Arch. Ausgrabungen* 1986.

²⁴ *J. Oexle*, Würfel- und Paternosterhersteller im Mittelalter, in: *Der Keltenfürst...* (s. A 4), S. 455–462.

²⁵ Briefliche Mitteilung von Frau *H. Czarnetzki*, Tübingen, die die Skelette einer vorläufigen Untersuchung unterzog. Weitere Aufschlüsse sind von den derzeit laufenden Untersuchungen des Friedhofs im ehem. Hl. Geist-Spital in Heidelberg zu erwarten.

²⁶ *A. Czarnetzki* / *Ch. Uhlig* / *R. Wolf*, Menschen des frühen Mittelalters im Spiegel der Anthropologie und Medizin. Ausstellungskatalog Stuttgart 1982, S. 62.

²⁷ *R. Gensen* (s. A 3), S. 313–337.

²⁸ *H. Schäfer*, Burg, Schloß und Stadt Marbach am Neckar, in: *Denkmalpflege in B.-W.* 9, 1980, S. 59–69.

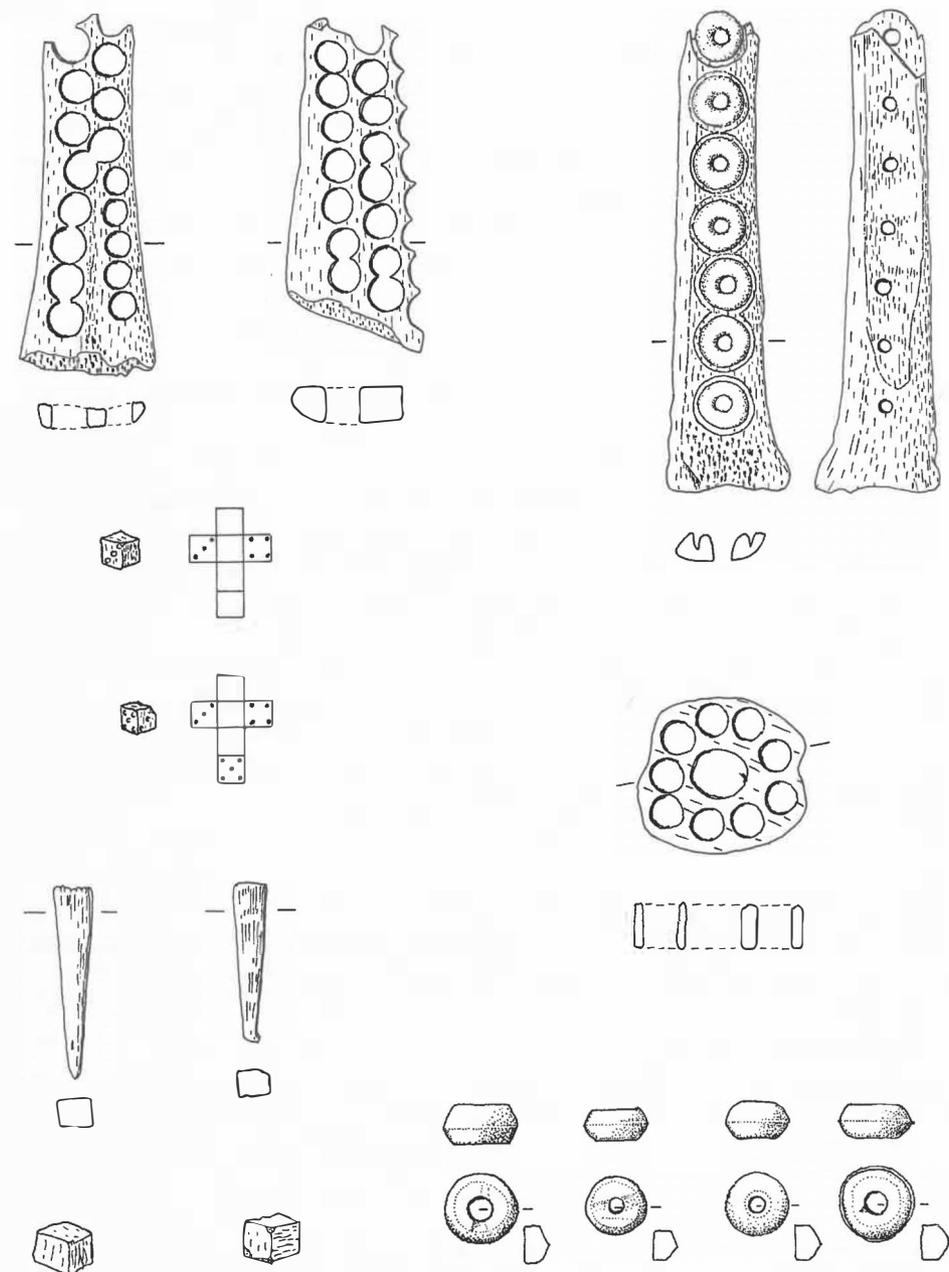


Abb. 2: Konstanz. Beinstreifen mit Produktionsspuren, Halbzeuge und Perlen für Paternosterschnüre und Würfel, nach *J. Oexle* (s. A 24), S. 455 ff., Umzeichnung: *C. Moor*.

Kleidertruhe, die 1525 während des Bauernaufstandes auf der Burg Mandelberg bei Böisingen (Kreis Freudenstadt) verbrannte und uns außer Stecknadeln und einem Fingerhut wappenverzierte Gewandappliken aus Buntmetall überlieferte,²⁹ stets werden außer den Antiquitäten, die schon für sich genommen oft einen hohen künstlerischen Wert besitzen, auch Beziehungen erkennbar, die aus anderen Quellen nicht, zumindest aber nicht in dem Maße hervorgehen.³⁰

Für die Gewinnung eines umfassenden Geschichtsbildes aus Archäologie und den übrigen Arten von Quellen gibt es drei grundsätzliche Möglichkeiten:³¹

1. Das Geschichtsbild resultiert im wesentlichen aus den Schriftquellen; der archäologische Befund tritt als Ergänzung hinzu (z. B. bei vielen Kirchen oder Klöstern, wo normalerweise der Baubestand eine herausragende Rolle spielt).
2. Archäologische und schriftliche Quellen tragen etwa je hälftig zum Gesamtbild bei, ergänzen und kontrollieren sich gegenseitig (z. B. Wasserburg Eschelbronn: Der natürliche Sohn Friedrichs des Siegreichen Ludwig von Bayern erwirbt 1485 die Burg, und danach setzt eine umfassende Erneuerung ein, die auch archäologisch gut belegt ist).³²
3. Die archäologischen Quellen tragen im wesentlichen das Gesamtbild, alle übrigen haben Ergänzungsfunktion. (Dies gilt z. B. für die Frühphasen vieler Städte und Dörfer und besonders für die meisten Wüstungen, über deren Werden und Vergehen Schrift- und Bildquellen nur selten Auskunft geben.)³³

Die Übergänge zwischen den einzelnen Stufen sind selbstverständlich fließend, und man wird vereinfachend sagen dürfen, daß mit Abnahme der Schriftquellen die Bedeutung der archäologischen Quellen zunimmt. Zum Methodischen ist festzuhalten, daß jede Disziplin zunächst ihre Quellen bearbeiten muß und erst dann an den Vergleich mit den Ergebnissen der andern gehen kann, um Zirkelschlüsse zu vermeiden.

²⁹ D. Lutz, Erste Ergebnisse der Grabungen in der Ruine Mandelberg bei Böisingen (Schwarzwald), in: Arch. Korrespondenzbl. 13 (1983), S. 409–413.

³⁰ So konnte U. Gross, Heidelberg, in seiner noch ungedruckten Dissertation »Bemerkungen zur mittelalterlichen Keramikentwicklung im Raum zwischen Schwäbischer Alb und Neckarmündung« nachweisen, daß bestimmte Stücke der rotbemalten Feinware nur im Umkreis adeliger Sitze auftreten.

³¹ W. Janssen (s. A 6), S. 141 ff.

³² D. Lutz (s. A 19), bes. S. 208.

³³ Genannt seien nur drei Beispiele: G. P. Febring, Grabungen in Siedlungsbereichen des 3. bis 13. Jahrhunderts sowie an Töpferöfen der Wüstung Wülfigen am Kocher, in: Château Gaillard 3, 1966, S. 48–60; H. Schäfer, Die abgegangene Siedlung Dunkerod, Gemeinde Niederstetten-Adolzhausen, Main-Tauber-Kreis, in: Denkmalpflege in B.-W. 6, 1977, S. 70–75; G. P. Febring / D. Lutz, Archäologische Grabungen im Bereich der Dorfwüstung Zimmern auf der Gemarkung Stebbach, Kreis Sinsheim, I. Kampagne 1968, in: Zs. f. Gesch. d. Oberrheins 117 (1969), S. 357–366; D. Lutz, Archäologische Grabungen im Bereich der Dorfwüstung Zimmern auf Gemarkung Stebbach, Kreis Sinsheim. Vorläufiger Bericht über die zweite Kampagne 1969, in: Zs. f. Gesch. d. Oberrheins 118 (1970), S. 57–66; A. Schäfer, Die Wüstung Zimmern auf Gemarkung Stebbach. Zur Identifizierung des ausgegrabenen Dorfes, in: Zs. f. Gesch. d. Oberrheins (117), 1969, S. 367–374.

Die Verknüpfung und gegenseitige Ergänzung schriftlicher und archäologischer Quellen läßt sich an einem einfachen Beispiel schlaglichtartig zeigen. Die Burg Mandelberg bei Böisingen, Gemeinde Pfalzgrafenweiler, Lkr. Freudenstadt, war um 1430 ziemlich heruntergekommen und wohl unbewohnt. Markgraf Bernhard von Baden hatte sie 1431 an Heinrich von Neipperg mit der Auflage verliehen, sie in baulich guten Stand zu bringen und zu bewohnen. Die Auflage wurde offensichtlich nicht erfüllt, denn sie wird 1436 verbunden mit der Setzung einer Frist von einem Jahr wiederholt. Auch dies scheint nichts genutzt zu haben, weshalb der Markgraf 1438 das Lehen einzieht und an Georg von Ow weitergibt. Dagegen klagt der Neipperger vor dem Lehengericht in Ettlingen, verliert jedoch den Prozeß. Danach erfahren wir aus den Schriftquellen bis zum Untergang der Burg im Jahr 1525 nichts mehr.³⁴

Hier hilft uns der Grabungsbefund entschieden weiter. Die Burg wird, wie Baureste und Funde zeigen, im 15. Jahrhundert gründlich erneuert und durch die Anlage eines mit Türmen verstärkten Zwingers an die neuen fortifikatorischen Gegebenheiten angepaßt. Hierzu gehörte auch die Erstellung eines großen Wohnbaues, der bis 1525 benutzt wurde, wo er während des Bauernaufstandes in Flammen aufging.³⁵

Während jede der beiden Informationen für sich genommen wenig Möglichkeiten bietet, zu neuen Aussagen zu gelangen, mag das Beispiel doch veranschaulichen, wie Archäologie und Landesgeschichte zum gegenseitigen Nutzen zusammenwirken können. Dies gilt erst recht, wenn die Verhältnisse nicht so einfach sind wie bei diesem Beispiel.

4. Die archäologischen Quellen

Wenden wir uns den Quellen zu, aus denen die Mittelalterarchäologie schöpft, so ist zuerst festzustellen, daß es sich um eine Quellengattung *sui generis* handelt, die prinzipiell gleichrangig neben den übrigen Quellen der Geschichtswissenschaft steht.³⁶ Der manchmal noch zu beobachtende Gegensatz in der Bewertung archäologischer und anderer Quellen ist im Grunde unsinnig, da der Historiker generell jede Quelle auf ihre Aussagemöglichkeit prüfen und für die Erarbeitung des Geschichtsbildes heranziehen muß. Ebenso müßte die Verwendung der archäologischen Quelle als Schmuck oder Beiwerk, wie er vielfach bei heimatkundlicher Literatur leider immer noch vorkommt, dem ernsthaften Historiker längst zu wenig sein, da er auf diese Art eine mögliche Basis gesicherter Aussagen weit unter Wert abgibt. Gleiches gilt in umgekehrter Richtung auch für den Mittelalterarchäologen, der, im Bestreben, seinen Befunden ein sicheres Datengerüst zu

³⁴ G. Wein, Burg Mantelberg an der Waldach, in: Freudenstädter Beitr. z. gesch. Landesk. zw. Neckar, Murg und Kinzig 1 (1976), S. 31–44.

³⁵ D. Lutz, Die Ruine Mandelberg bei Böisingen im nördlichen Schwarzwald, in: Château Gaillard 12, 1984, S. 127–141.

³⁶ Vgl. hierzu W. Schlesinger (s. A 6), bes. S. 7f.

geben, leider immer wieder der Versuchung erliegt, diese in unkritischer Weise mit Schriftquellen zu verknüpfen.³⁷

An der Spitze der archäologischen Quellen stehen die auf uns gekommenen Monumente, da sie – ungestörte Erhaltung vorausgesetzt – ihren Aussagewert am reinsten bewahrt haben. Neben ihrem Quellenwert ist mit ihnen ein hoher Anschauungswert für weiteste Bevölkerungskreise verbunden, der sie zu einem besonders schätzenswerten Teil unserer Kulturlandschaft macht.

Hierzu gehören zunächst alle Arten und Reste bestehender und abgegangener Siedlungen von der Großstadt bis zum verschwundenen Einzelhof, einschließlich der darin vorhandenen Bauten jeder Art. Eng damit verbunden sind die Reste von Bodennutzung, Rohstoffgewinnung und Warenproduktion, ob es sich nun um Altäcker, Feldeinteilungen, Erzgänge, Glashütten, Mühlen oder den Abfall einer Schusterwerkstatt handelt, um – pars pro toto – einige zufällig herausgegriffene Beispiele zu nennen. Verbunden werden beide Gruppen durch die Reste mittelalterlicher Verkehrserschließung wie zum Beispiel Altstraßen, Hohlwege, Brücken, Kanäle usw. Diesen unmittelbar zugeordnet sind Herbergen, Hospitäler, Zollstellen, Landtürme und ähnliche. Die »Bekrönung« mittelalterlichen Lebens überhaupt bilden Anlagen der Sicherung und Verteidigung, die wiederum von Stadtbefestigungen über Höhenburgen zu Ringwällen, Landwehren, Linienwerken und Warttürmen ein kaum zu überblickendes Spektrum aufweisen (vgl. Abb. 3).

Diese erste Kategorie kann im Grunde genommen ohne weitere Erschließung, sieht man einmal von einer genauen Vermessung und Beschreibung ab, in die Betrachtung der verschiedenen Bereiche der Geschichtswissenschaft einbezogen werden, was deshalb auch seit langem gang und gäbe ist. Daraus haben vor allem Orts- und Landesgeschichte sowie Bau- und Kunstgeschichte erheblichen Gewinn gezogen.

Wesentlich anders wird die Situation, wenn es darum geht, durch Prospektion und Grabung neue Quellen zu erschließen, worin einer der Schwerpunkte jeder Archäologie besteht. Neben dem Schutz der Quellen (= Bodendenkmale) und ihrer Pflege ist es eine der Hauptaufgaben der Mittelalterarchäologie in der Denkmalpflege, neue Quellen zu erheben und der Forschung zugänglich zu machen. Sie hat diese Chance in der Vergangenheit bereits in großem Umfang genutzt und wird sie in Zukunft noch stärker nutzen müssen. Hierin besteht ein wichtiger Unterschied zur »klassischen Mediävistik«, deren Quellenbestand allenfalls noch durch zufällige Entdeckungen geringfügig vermehrbar ist. Die durch Prospektion und Grabung zu gewinnenden Quellen bedürfen des sichtenden und

³⁷ In neuerer Zeit hat dies K. List am Beispiel des ehem. Klosters Schuttern in mehreren Aufsätzen beinahe exemplarisch vorgeführt. K. List, Die frühe Geschichte des Reichsklosters Schuttern. Ergebnisse der Grabungen 1972–1975, in: Die Ortenau 58 (1978), S. 96–115; ders., Die Reichs- abtei Schuttern. Ergebnisse der Grabungen in den Jahren 1972 bis 1975, in: Denkmalpflege in B.-W. 4, 1975, S. 107–116; ders., Offoniscella – Kloster Schuttern, eine merowingische Gründung in römischen Ruinen, in: Arch. Korrespondenzbl. 9 (1979), S. 119–130; ders., Kreuzkirche und Offo-Verehrung im Kloster Schuttern, in: Freiburger Diözesanarchiv 101 (1981), S. 5–19.

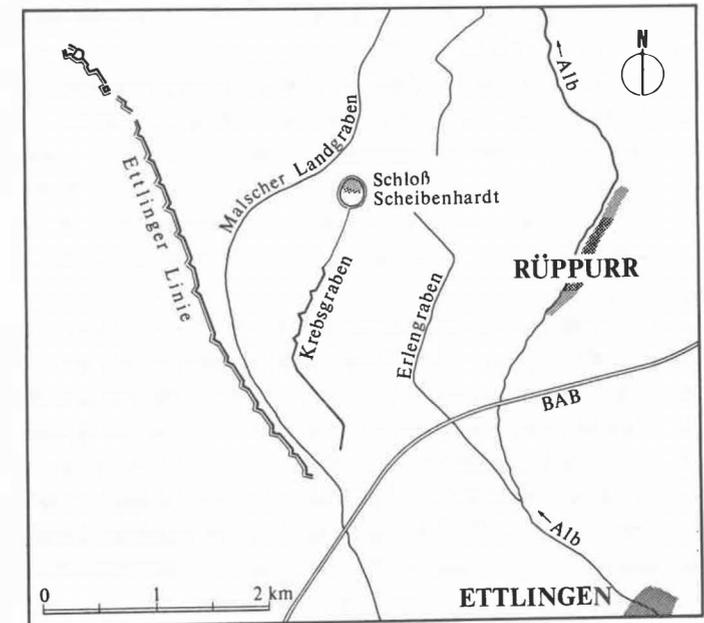


Abb. 3: Übersichtsplan der Ettlenger Linien zwischen Ettlingen und Karlsruhe. Die zu Beginn des 18. Jahrhunderts entstandenen Befestigungen sind in wesentlichen Teilen gut erhalten, Zeichnung: Th. Schwarz.

wertenden Sachverstandes des Ausgräbers, das heißt: ein a priori nicht vorhandenes Element der Subjektivität tritt hinzu, das, wie bei jeder Quelleninterpretation, beachtet werden muß.³⁸

Im Idealfall zeichnen sich die aus Grabungen gewonnenen Quellen vor allem durch absolute Tatsächlichkeit, vielfach große Anschaulichkeit und tendenzfreie Tradition aus. Gerade der letzte Gesichtspunkt verdient hervorgehoben zu werden, da er sonst bei keiner Quellengattung in diesem Maße anzutreffen ist. Dennoch soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß die Überlieferung durchaus ausschnittshaft ist und selbst für rein archäologische Fragen vielfach nur begrenzte Aussagen erlaubt.³⁹ Beleuchtet werden in erster Linie zahlreiche Bereiche mittelalterlicher Alltäglichkeit, die durch andere Quellen selten, und wenn, dann nur unzureichend, zu erfassen sind. Sie verdeutlichen mit ihren

³⁸ Vgl. hierzu in Auswahl: H. Borger, Möglichkeiten und Grenzen der Archäologie des Mittelalters, dargestellt am Beispiel Xanten, in: Frühma. Studien 2 (1968), S. 252–277; M. de Bouard, Manuel d'Archéologie médiévale. De la fouille à l'histoire. Regards sur l'histoire, Paris 1975; P. Grimm, Der Beitrag der Archäologie für die Erforschung des Mittelalters, in: Probleme des Frühmittelalters in arch. u. hist. Sicht, hrsg. von H. A. Knorr, Berlin 1966, S. 39–74.

³⁹ Dies belegt jede mehrperiodige Siedlungsstelle, da auf ihr beinahe zwangsläufig jüngere Strukturen die Überbleibsel der älteren beeinträchtigen oder beseitigen; vgl. P. Marzolf, Die neuen Grabungen in St. Michael auf dem Heiligenberg, in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 8, 1983, S. 57–78, bes. 63 ff.

Schichtfolgen und den darin enthaltenen Gegenständen Abläufe, die die sonstigen Quellen allenfalls punktuell erhellen.⁴⁰

Jede Grabung vervielfacht die Information über den jeweiligen Untersuchungsgegenstand und bietet einen Facettenreichtum an Aussagemöglichkeiten, der bisher nur in den seltensten Fällen wirklich ausgeschöpft wurde, ja zum Teil mit herkömmlichen Mitteln bereits nicht mehr ausschöpfbar ist.⁴¹ Das zeigen zum Beispiel die laufenden Grabungen in Konstanz, wo in einem einzigen Jahr Grabungstätigkeit rund 200 000 Fundstücke geborgen wurden, etwa das zwanzigfache dessen, was in den hundert Jahren davor zutage kam.⁴²

Mit dieser Bemerkung möchte ich überleiten zur dritten Kategorie archäologischer Quellenerschließung: der Publikation oder Materialvorlage. Da jede Grabung systembedingt mit der teilweisen oder völligen Zerstörung der Quelle verbunden ist, ist ihre Erschließung erst mit der Publikation von Befunden und Funden abgeschlossen. Welche »Schätze« in den Archiven und Magazinen von Museen und Denkmalämtern ruhen, die einer interessierten Landesgeschichtsforschung auf manche Frage Antwort geben könnten, mag eine schlichte Zahl belegen. Allein beim Landesdenkmalamt Baden-Württemberg werden Grabungserträge aus dem Tätigkeitsfeld der Mittelalterarchäologie für mehr als 120 Arbeitsjahre aufbewahrt. Ihre Zahl nimmt, bedingt durch ständig steigende Grabungserfordernisse, zu und nicht ab.

Bei allem Wert archäologischer Quellen muß der selbstkritische Archäologe auch ihre Grenzen kennen. So wichtig ihre Aussagemöglichkeiten für alle Bereiche mittelalterlicher Sachkultur vom einfachen Eßnapf aus Holz bis zur kompliziertesten Schichtenfolge des Siedlungsablaufes einer Burg oder Stadt sind, darf doch nicht verschwiegen werden, daß der handelnde Mensch und seine Motive auf diese Art kaum zu fassen sind. Auch der gesamte Bereich des geistigen Lebens kann durch archäologische Betrachtung allenfalls in seinen äußeren Erscheinungsformen erschlossen werden.

An dieser Stelle wird die Verbindung zur aus Schriftquellen schöpfenden Geschichtswissenschaft deutlich und die gegenseitige Abhängigkeit unmittelbar einleuchtend. Man kann deshalb mit einiger Berechtigung sagen, daß beide Disziplinen heute auf weite Strecken nicht mehr ohne einander auskommen können. Deshalb sollte man sich keinesfalls zu dem Schluß verleiten lassen, den vor wenigen Jahren noch H. Jankuhn zog, daß nämlich »die Ablösung archäologischer Arbeitsweisen durch historische primär eine Frage der Quellenslage« sei.⁴³ Nicht die gegenseitige Ablösung ist das Problem, sondern die ergänzende Zusammenarbeit.

⁴⁰ Erinnert sei an die zahllosen Erstnennungen von Orten, die in der Regel ein zufälliges Ereignis belegen, jedoch so gut wie nie den davor liegenden Entstehungsprozeß illustrieren.

⁴¹ Hier werden auf Dauer nur rechnergestützte statistische Auswertungsmethoden, die sich allenthalben im Entwurfs- oder Erprobungsstadium befinden, helfen können, die enormen Fundmengen einigermaßen sachgerecht zu bearbeiten.

⁴² J. Oexle, Die Grabungen ... (s. A 23), S. 228–235.

⁴³ H. Jankuhn (s. A 13), S. 8.

5. Zustand und Bedrohung der Quellen

Der Zustand der Quellen der Mittelalterarchäologie ist durchaus unterschiedlich. Neben gut erhaltenen Monumenten im Wald oder in geschütztem Gelände finden wir solche, die in Auflösung begriffen oder bereits weitgehend verschwunden sind und sich gerade noch dem geschulten Auge zu erkennen geben. Am Ende der Skala stehen dann diejenigen, die obertägig nicht mehr zu erkennen sind und allein durch Luftaufnahmen (s. Abb. 1),⁴⁴ naturwissenschaftliche Prospektionsmethoden⁴⁵ oder Grabungen erschlossen werden können.

Dazu gehören vor allem Siedlungen jeder Art und hier wiederum insbesondere die bestehenden Orts- und Stadtkerne, die wir geradezu als Stadtarchive unter dem Boden ansehen können, da sie speziell für jene Zeiträume Auskünfte erteilen können, für die die klassischen Archive kaum Material bereit halten, nämlich die Frühzeit aller Siedlungen.⁴⁶ Ihr Zustand ist besonders beklagenswert, da sie seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ständig zunehmenden Gefährdungen ausgesetzt sind. Neben den herkömmlichen Straßenausbau traten Leitungsbauten jeder Art und, vor allem im Zuge der Siedlungserweiterung und der verstärkten Nutzung innerörtlicher Flächen, Baumaßnahmen bisher unbekanntem Umfangs.⁴⁷

Den Höhepunkt in dieser Hinsicht bilden jedoch die sogenannten Sanierungen und die damit verbundenen Veränderungen der Infrastruktur. Betrachten wir hierzu Baden-Württemberg etwas genauer, können wir folgendes feststellen: Bis und um 1500 gibt es im Land nach Ausweis des Historischen Atlas' von Baden-Württemberg etwa 300 Städte.⁴⁸ Dieser Zahl stehen Mitte 1985 mindestens 700 förmlich ausgewiesene und staatlich geförderte Sanierungsgebiete in Städten und Dörfern gegenüber, wobei in manchen Orten mehrere Bereiche gleichzeitig ausgewiesen sind. Nach Aussage des Innenministeriums sollen in den kommenden Jahren jeweils rund 80 Stadterneuerungsmaßnahmen zusätzlich in die Förderung aufgenommen werden. Damit wird die Zahl der geförderten Stadterneuerungsgebiete bis 1990 auf über 1100 ansteigen.⁴⁹ Das heißt vor allem aber auch, daß es

⁴⁴ O. Braasch (s. A 15).

⁴⁵ Literaturhinweise vgl. D. Lutz, Bibliographie zur Archäologie des Mittelalters in Baden-Württemberg 1945–1980, in: ZAM 9 (1981), S. 189 f., Nr. 1 768 ff.

⁴⁶ So sind z. B. die Gründungsphasen und frühen Entwicklungsstufen aller im Hist. Atlas Baden-Württemberg, Stuttgart 1972 ff. auf den Karten IV, 6 bis IV, 9 verzeichneten mittelalterlichen Städte mehr oder minder unbekannt, um nur ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel zu nennen.

⁴⁷ Beispielhaft wurde dies bereits 1972 in England herausgearbeitet: The Erosion of History, Archaeology and Planning in Towns. A Study of historic towns affected by modern development in England, Wales and Scotland. London 1972.

⁴⁸ Hist. Atlas von Baden-Württemberg, Karte IV, 4, Städte des Mittelalters, Stuttgart 1973.

⁴⁹ Innenministerium Baden-Württemberg, Presseinformation vom 18. Juli 1985; sowie: Wohnungs- und Städtebauprogramm 1985/1986. Leitlinien der Förderprogramme für den Wohnungsbau, die Stadtkernerneuerung und die Denkmalpflege. Hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, August 1985; Stadterneuerung – Wohnungsbau – Denkmalpflege 1987/1988. Leitlinien der Förderprogramme, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Sept. 1986.

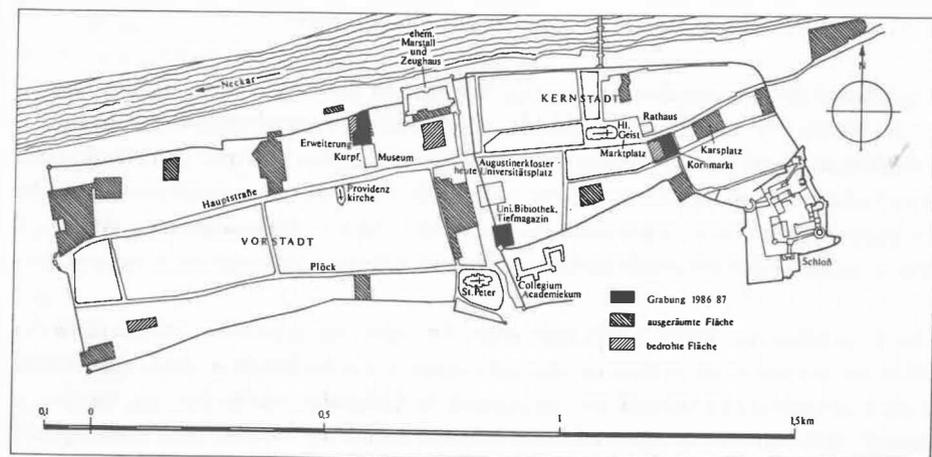


Abb. 4: Heidelberg. Mittelalterlicher Stadtkern mit Erweiterung des 15. Jahrhunderts und Schloß; gekennzeichnet sind die Bereiche, die bereits in der Vergangenheit so stark verändert wurden, daß Aussagen zur Stadtgeschichte nicht mehr möglich oder durch Planungen unmittelbar bedroht sind. Zeichnung: C. Moor.

rund 1000 innerörtliche Bereiche mit verstärkter Tiefbauaktivität und damit erhöhter Bedrohung archäologischer Quellen geben wird.

Seit Einrichtung einer Mittelalterarchäologie in der Denkmalpflege Baden-Württembergs im Jahre 1962 fanden günstigstenfalls in 20 Städten Grabungen mit siedlungsgeschichtlichen Fragestellungen statt. Das heißt in knapp 7% des Bestandes um 1500. In weiteren 15 bis 20 Städten wurden bei Baumaßnahmen Beobachtungen gemacht, die zum Teil stadthistorisch verwertbare Aufschlüsse und Ergebnisse brachten. Fassen wir zusammen, so stellen wir fest, daß gerade in etwas mehr als 10% aller Städte Baden-Württembergs in den letzten 25 Jahren überhaupt archäologische Beobachtungen gemacht wurden. Zu den Dörfern, in denen die Veränderungen teilweise mindestens ebenso schlimm sind, möchte ich lieber nichts sagen.⁵⁰ Diese Beobachtungen sind beinahe durchweg recht lückenhaft und können deshalb nur mit großen Vorbehalten als dem Stand der Wissenschaft entsprechend bezeichnet werden.

Sieht man bedeutende mittelalterliche Städte wie Konstanz oder Heidelberg etwas näher an, ergeben sich folgende Verhältnisse: Heidelberg hatte vor 1600 eine besiedelte Fläche von ca. 60 Hektar (vgl. Abb. 4), die trotz der Zerstörung der Stadt im Pfälzischen Erbfolgekrieg 1692/93, bei der auch wesentliche Teile der städtischen Archivalien zugrunde gingen, in ihrer archäologischen Substanz bis nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend erhalten geblieben ist. Seit Einsetzen größerer, flächenübergreifender Pla-

⁵⁰ Für Kenner sei hier an die Anfang der 70er Jahre bundesweit gepriesenen Orte Stebbach, Gem. Gemmingen, Kr. Heilbronn und Kürnbach, Kr. Karlsruhe erinnert.

nungen und Baumaßnahmen etwa ab 1960 wurden mindestens vier Hektar archäologisch relevanter Fläche völlig zerstört, was knapp 7% des Bestandes bedeutet.⁵¹ Von dieser Fläche wurden wiederum, selbst bei Anlegen großzügiger Maßstäbe, allenfalls 0,3 Hektar archäologisch untersucht, was maximal 7,5% der Gesamtverlustfläche oder ca. fünf Promille der mittelalterlichen Stadt entspricht. 1986 und in folgenden Jahren sind allein in Heidelberg Bodeneingriffe auf mehr als einem weiteren Hektar Fläche geplant, wobei vorzugsweise Plätze zur Debatte stehen, die seit Jahrhunderten nicht bebaut waren, und deshalb besonders gute Erhaltungsbedingungen für Geschichtszeugnisse unter dem Boden bieten. Weitere Flächen werden sicher hinzukommen, wie die letzten Monate bereits gezeigt haben. Seit September 1986 muß in Heidelberg allein an drei Stellen auf einer Fläche von ca. 6000 m² (= 0,6 ha) gegraben werden, wobei die zeitlichen Vorgaben so knapp bemessen sind, daß von Anfang an wenig Aussicht besteht, die vermuteten Befunde angemessen zu erheben.⁵² Der ebenfalls ins Spiel gebrachte Gedanke der Freihaltung wenigstens eines Platzes als archäologisches Reservat hatte von vornherein keine Chance, in die Tat umgesetzt zu werden.⁵³

Im flächenmäßig etwas kleineren, im Mittelalter möglicherweise jedoch sicher bedeutenderen Konstanz (um 1500 ca. 50 Hektar überbaute Fläche)⁵⁴ wurden seit 1945 mindestens 2,5 Hektar, das entspricht 5% der gesamten Altstadtfläche, so verändert, daß sie stadthistorisch keine Aussage mehr erlauben. Hier hat das Landesdenkmalamt seit 1983 in konzentriertem, überproportionalem Einsatz knapp 0,5 Hektar Fläche in verschiedenen Teilen der Altstadt untersucht.⁵⁵ Dabei zeigte sich in wenigen Jahren und auf einer Fläche, die ungefähr einem Prozent des Stadtareals um 1500 entspricht, welche beinahe überwältigende Menge an Informationen und Lebenszeugnissen aller Art im Boden einer mittelalterlichen Stadt stecken kann. Es sind vor allem Befunde, die bisher schwer oder nicht erklärbare Fragen der Siedlungsentwicklung (Landgewinnung, seeseitige Stadtmauer usw.), der Frühgeschichte (röm. Kastell, früheste mittelalterliche Besiedlung nördlich des Münsters usw.) einer Beantwortung näher und damit die seit langem festgefahrene Diskussion mit neuen Argumenten wieder in Gang bringen können.

⁵¹ Diese Schätzung wurde im Sommer 1984 ohne Berücksichtigung kleinerer (meist privater) Bodeneingriffe und aller Veränderungen in den Straßen aufgestellt. Inzwischen wurden mehrere neue Großprojekte in Angriff genommen, die damals noch nicht absehbar waren. Vgl. D. Lutz (s. A 5), S. 80f.

⁵² D. Lutz (s. A 23).

⁵³ Weder das Regierungspräsidium Karlsruhe als obere Denkmalschutzbehörde noch die Stadt Heidelberg als Eigentümerin des Kornmarktes waren bereit, zugunsten der Reste des um 1555 aufgelösten kurfürstlichen Spitals auf den Bau einer Tiefgarage zu verzichten. Das geordnete Parkieren in der Innenstadt wurde einhellig als das höhere Rechtsgut angesehen und das Bauvorhaben nach der grundsätzlichen Freigabe am 18. Februar 1986, am 10. April 1986 vom Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigt.

⁵⁴ Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Karte IV, 7,1.

⁵⁵ J. Oexle, Stadtkernarchäologie ... (s. A 23); dies., Archäologische Untersuchungen (s. A 23); dies., Stadtkernarchäologie ... (s. A 18).

Durch Planungen, die teilweise sofort oder doch in allernächster Zeit in die Tat umgesetzt werden sollen, sind in Konstanz ca. 2 Hektar stadthistorisch außerordentlich bedeutsamer Flächen akut bedroht. Es handelt sich um Bereiche auf dem Münsterhügel und in den angrenzenden Stadtvierteln, die für die Entwicklungsgeschichte der Stadt wesentliche Schlüssel enthalten können.⁵⁶ Eine angesichts der immensen Bedeutung der Stadt während des gesamten Mittelalters dringend gebotene archäologische Untersuchung dieser Flächen würde beim derzeitigen Personalstand zwischen sechs und zwölf Jahre Grabungszeit erfordern, was angesichts der Terminvorstellungen der verschiedenen Bauherren kaum durchzusetzen sein dürfte. Dessen ungeachtet bestünde hier die einmalige Möglichkeit, zu verschiedenen Fragen der Stadtgeschichte aussagefähiges Material beizubringen, das aus anderen Quellen nicht mehr zur Verfügung steht.

Diese beiden in keiner Weise negativen Beispiele lassen folgendes sehr deutlich erkennen:

1. Neben den Altverlusten aus der Zeit vor 1945 und bis um 1970 gibt es eine »sanierungsbedingte« Verlustrate, die an verschiedenen Orten des Landes bezogen auf die mittelalterlichen Siedlungskerne die 10%-Marke bereits deutlich überschritten hat.
2. Umfang und Geschwindigkeit sowohl der Bedrohung als auch der Verluste steigen in jüngster Zeit erheblich und werden in Zukunft bei zunehmenden Investitionen in den Kerngebieten der Städte weiter steigen.
3. Bezogen auf die bedrohten und im Untergehen begriffenen Gebiete liegt die Untersuchungsrate unter 1% oder anders ausgedrückt: Mehr als 99% aller siedlungsgeschichtlich relevanten Bodeneingriffe erfolgen ohne sachgemäße archäologische Betreuung.
4. Mit diesen baulichen Maßnahmen ist oft ein Strukturwandel verbunden, der eindeutig nivellierenden Charakter hat und dazu führt, daß die jeweiligen Orte kaum noch als eigenständige Siedlungen zu erkennen sind.

Vor dem Hintergrund dieser Beispiele gewinnt eine Meldung aus dem Pressedienst des Innenministeriums Baden-Württemberg vom Juli 1985 neue Bedeutung.⁵⁷ Darin teilt der Herr Innenminister mit: »Mehr als 4 Mrd. DM für die Verbesserung unserer gebauten Umwelt sind zugleich wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Bauwirtschaft.«

Die vorgesehenen Mittel verteilen sich auf folgende Programme:

- | | |
|--|-----------------------|
| 1. Zweites mittelfristiges Programm für Stadt- und Dorfentwicklung, 1985–1990, | mindestens 3 Mrd. DM. |
| 2. Stadtqualitätsprogramm, 1986–1992, | 500 Mio. DM. |
| 3. Denkmalnutzungsprogramm, 1986–1991, | 250 Mio. DM. |
| 4. Stadtstrukturprogramm, 1987–1991, | 250 Mio. DM. |

⁵⁶ *H. Maurer*, Konstanz als ottonischer Bischofssitz. Zum Selbstverständnis geistlichen Fürstentums im 10. Jh. in: Veröff. des Max-Planck-Inst. f. Gesch. 29, Göttingen 1973.

⁵⁷ Pressemitteilung des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 18. Juli 1985.

Da diese Programme, wie vom Ministerium zurecht betont wird, einen Multiplikationseffekt haben, wird allein durch sie ein jährliches Bauvolumen von mindestens 1,2 bis 1,3 Mrd. DM in zumeist denkmalpflegerisch und archäologisch bedeutsamen innerörtlichen Bereichen aktiviert. Rechnet man die normale Bautätigkeit, wie zum Beispiel Wohnungs-, Geschäfts- und Straßenbau, die gerade hier wiederum besonders stark ist, hinzu, kommt man leicht auf eine doppelt so hohe Summe. Das heißt: wir müssen mit mehr als 2,5 Mrd. DM jährlichem Bauvolumen in Bereichen rechnen, die überdurchschnittlich viele und für die Entwicklung des Landes im Mittelalter und der frühen Neuzeit besonders wertvolle archäologische Denkmale enthalten. Selbst wenn weniger als die Hälfte der aufgewandten Mittel direkt oder indirekt zu Bodeneingriffen führen, bleibt noch immer ein Bauvolumen von mehr als 1 Mrd. DM jährlich, das nach entsprechender archäologischer Betreuung verlangt.

Diesem Sachverhalt steht eine Mittelalterarchäologie in der archäologischen Denkmalpflege des Landes Baden-Württemberg gegenüber, deren reguläres Arbeitspotential zwischen 20 und 25 Mitarbeitern und 1,0 bis 1,5 Mio. DM Jahresetat pendelt. Das bedeutet, daß auf 1000 DM, die für Erdbaumaßnahmen in archäologisch hochbrisanten Zonen eingesetzt werden, bei sehr optimistischer Schätzung maximal eine deutsche Mark zur Verfügung steht, die zur Rettung und Auswertung eben dieser Geschichtszeugnisse eingesetzt werden kann. Wenn man dann noch weiß, daß Förderprogramme meist kurzfristig beschlossen und rasch abgewickelt werden,⁵⁸ kann man ermessen, welche Chancen einer archäologischen Denkmalpflege bleiben, unvermeidbare Substanzverluste auch nur einigermaßen angemessen zu betreuen.

So gesehen ist das, was in den Städten und Dörfern des Landes zur Zeit geschieht, bezogen auf die archäologischen Quellen schlimmer als alle Brände und Kriege der Vergangenheit zusammengenommen, und das Schlagwort von der archäologischen Wüste in der Bundesrepublik hat einen durchaus realen Hintergrund.⁵⁹ Um es für Archivkenner und -freunde plastisch auszudrücken: Die Situation ist etwa so, als ob es in ca. 90% der Archive des Landes gleichzeitig mehr oder minder heftig brennen würde und die Feuerwehr bestünde landesweit aus einer Truppe von 20 bis 30 Leuten, die zudem noch mit allen Mitteln am Erscheinen auf dem Brandplatz gehindert würden. Das mag übertrieben klingen, ist aber streng genommen nur eine blasse Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse.

Dieser Beitrag verfolgt beileibe nicht den Zweck, ein altbekanntes Klagegedicht zu wiederholen. Er wurde vielmehr in der Absicht geschrieben, die auch betroffenen Historikerkollegen und alle an Landesgeschichte Interessierten und für sie Verantwortlichen von einem

⁵⁸ So sind z.B. alle Programme, die nach 1984 gestartet wurden, mit sehr kurzen Laufzeiten ausgestattet, da mit ihnen eine rasche Verbesserung der Situation der Bauindustrie erreicht werden sollte.

⁵⁹ *H. Berger* als Vorsitzender des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland am 24. November 1979 in der Nürnberger Zeitung.

drohenden beziehungsweise längst eingetretenen Verlust zu unterrichten. Dies erscheint um so dringlicher, da sich wohl nicht ganz zufällig bei den meisten in der Denkmalpflege tätigen Mittelalterarchäologen der Eindruck festgesetzt hat, als hätten viele in der historischen Landesforschung tätigen Personen und Einrichtungen diese Gefahr noch nicht zur Kenntnis genommen. Sie sollten sich darüber klar werden, daß auch ihre Quellen unwiederbringlich beseitigt werden und damit Zeugnisse von unschätzbarem Wert verloren gehen. Es genügt eben nicht, die Geschichte über dem Erdboden notdürftig zu bewahren und darüber die Wurzeln zu vergessen oder – schlimmer noch – zu vernichten. Geschichte kann nur als Ganzes verstanden und bewahrt werden.

Walter Haas

Wandlungen in der Denkmalpflege¹

Denkmalpflege hat die immer gleiche Aufgabe, das Überkommene zu bewahren. Sie ist also ihrem Wesen nach unwandelbar – so jedenfalls die weit verbreitete Meinung. Deshalb wird ein Denkmalpfleger, der nicht immer genau das tut und fordert, was seine Vorgänger und er selbst seit eh und je getan und gefordert haben, leicht schief angesehen. Er ist fast so unglaublich wie ein Polizist, der stiehlt oder ein Pfarrer, der unkeusch lebt.

Doch ich behaupte nicht nur, der Denkmalpfleger *darf* sich wandeln, sondern sogar, die Denkmalpflege *muß* sich wandeln. Das ist weder Zugeständnis an menschliche Unvollkommenheit noch Ruf zur Besserung. Das ist Ausdruck des Wesens der Denkmalpflege.

Ja, Denkmalpflege hat das aus der Vergangenheit stammende kulturelle Erbe zu pflegen und zu bewahren. Aber daß man ein Gebäude (ich beschränke mich hier auf die Baudenkmalpflege, sie ist ein hinreichend weites Feld!) erhält, solange es seinen Zweck erfüllt, ist doch nur selbstverständlich. Denkmalpflege, von der sich hier zu sprechen lohnt, beginnt erst da, wo diese Selbstverständlichkeit aufhört. Eine Grundvoraussetzung jeder Denkmalpflege ist außerdem das Bewußtsein, daß Werke vergangener Zeit unwiederholbar und also auch unwiederbringlich sind.

Der Denkmalpfleger handelt nicht im eigenen Interesse (obwohl ihn natürlich interessiert, was er tut), sondern er erfüllt einen Auftrag. Es geht hier nicht darum, zwischen staatlichem, kommunalem, kirchlichem Auftrag oder dem einer Bürgerinitiative zu unterscheiden. Ausgangspunkt seiner Tätigkeit ist ein in den Menschen unserer Gesellschaft verbreitetes Bewußtsein. Ein wenig hochtrabend gesagt: Auftraggeber des Denkmalpflegers ist der Zeitgeist. Und sein Auftrag gilt dem Bewahren von Objekten, deren Erhaltung nicht mehr selbstverständlich ist und die deshalb gefährdet sind – gefährdet durch den Zeitgeist! Mit diesem elementaren Widerspruch muß der Denkmalpfleger leben. Er hat sich im Auftrag seiner Zeit gegen die Tendenzen seiner Zeit zu wenden. Er kann sich seine Ziele und Objekte nicht frei wählen, sondern er reagiert auf Gefahren und Gefährdungen. Wo sie sich ändern, muß sich die Reaktion des Denkmalpflegers entsprechend ändern.

Als Historiker bin ich der Meinung, daß ein Blick in die Geschichte meist lehrreich ist und oft Klarheit zu verschaffen vermag. Versuchen wir hier, Klarheit über das Wesen der

¹ Diesem Vortrag auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt am 22. Mai 1987 in Ladenburg war der Auftrag vorausgegangen, in der Zeitschrift »Der Architekt« über Geschichte der Denkmalpflege zu referieren. Vgl. W. Haas, Über Motive und Ziele der Denkmalpflege, in: Der Architekt Jg. 1987, S. 314–316.

Denkmalpflege und dem von mir postulierten Zwang zu beständigem Wandel aus ihrer Geschichte zu gewinnen.

Ich wäre versucht, diese Geschichte im 15. Jahrhundert beginnen zu lassen, wenn ich hier nicht mit der Anwesenheit von Lesern der Zeitschrift »Die alte Stadt« rechnen müßte, die – jedenfalls seit der Auslieferung des Heftes 4/1986 – wissen, daß es Denkmalpflege auch schon in der Antike gegeben hat.² Nun war das Erhalten von Tempelbauten und Heiligtümern im Altertum unmittelbar kultisch begründet und kann deshalb hier übergangen werden. Doch aus der Spätantike gibt es so etwas wie Denkmalschutzgesetze. Sie betreffen allerdings nur öffentliche Gebäude. Als nämlich im 4. und 5. nachchristlichen Jahrhundert die römische Staatsgewalt im Schwinden war, kam es vor, daß sich Privatleute öffentliche Bauten aneigneten oder sie ausschachteten. Damit wurde manifest, daß die Macht des Kaisers nicht mehr ausreichte, das Seine zu bewahren. Die ersten »Denkmalschutzgesetze«, kaiserliche Erlasse von 376 und wieder von 458 n. Chr., stellten Beeinträchtigung öffentlicher Bauten unter Strafe (vorher war das nicht etwa straffrei, sondern undenkbar!) und ordneten generell ihre Erhaltung an. Um das Fortbestehen des Staates zu sichern, mußten die Bauten bewahrt werden, die ihn repräsentierten. Theoderich hat diese Edikte noch einmal erneuert, weil er sich als legitimer Fortsetzer der römischen Staatsgewalt erweisen mußte. Ist es nötig zu erwähnen, daß diese Gesetze aufs Ganze wenig bewirkt haben? Schon im 6. Jahrhundert sind sie vollends in Vergessenheit geraten. Rückblickend ist festzustellen, daß eine ganze Anzahl antiker Bauten nur durch die Übertretung dieser Gebote erhalten geblieben ist. Denn nahezu alle Denkmäler des Altertums, die heute noch ganz oder teilweise aufrecht stehen, sind am Ende der Antike von irgend jemandem in Besitz genommen und in irgend eine neue Nutzung einbezogen worden. Das Marcellus-Theater in Rom (vgl. Abb. 1) oder der Septimius-Severus-Bogen auf dem Forum wären nicht erhalten geblieben, wenn sie nicht in Privatbesitz gelangt und zu bewohnbaren und wehrhaften Gebäuden ausgebaut worden wären.

Im Laufe des Mittelalters sind Bevölkerungszahl und wirtschaftliche Bedeutung Roms immer geringer geworden. Entsprechend gering war auch der »Veränderungsdruck« und entsprechend groß die Chance, daß die verbliebenen Bauten der Antike außer durch Alter, fehlenden Unterhalt oder auch Metallräuberei unbeeinträchtigt blieben. In erneute Gefahr kamen die antiken Reste, als im 15. Jahrhundert nach der Rückkehr der Päpste in die Stadt die Bautätigkeit auflebte und es für die Bauherren wesentlich billiger war, Baumaterial aus Ruinen als aus Steinbrüchen zu gewinnen. Papst Pius II. verbot mit seiner Bulle vom 28. 4. 1462 Beeinträchtigung und Beseitigung antiker Reste in Rom und der Campagna, und zwar auch solcher auf privatem Grund. Ihm ging es nicht um das Erhalten staatlicher Hoheitszeichen, sondern um die wertvollen Relikte des Altertums, dessen Wiedergeburt (»rinascità«) ja das namengebende Ziel der Epoche war. An den erhaltenen Bauten und Ruinen konnte man erfahren, wie man in der Antike gebaut hatte und damit zugleich, wie

² K. J. Krause, Denkmalschutz im Altertum, in: Die alte Stadt 1986, H. 4, S. 267–285.

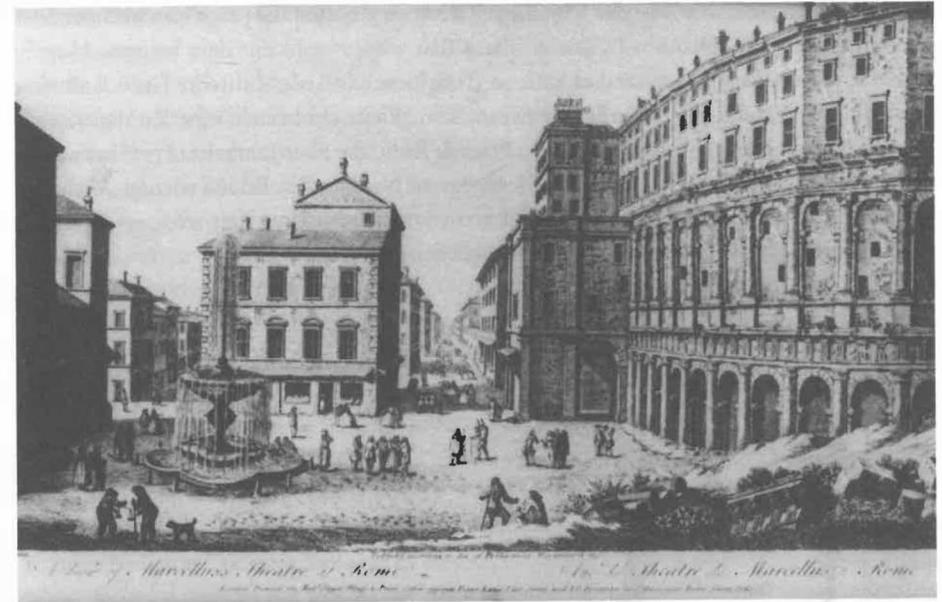


Abb. 1 Rom, Marcellustheater, erhalten als Teil des Palazzo Savelli-Orsini, Stich 1750.

man richtig baut. Sie sind deshalb Gegenstand intensiver Studien der Renaissance-Architekten gewesen,³ die damit das begründet haben, was wir heute historische Bauforschung nennen. Nach dem Willen dieses Renaissance-Papstes sollten die Monumente erhalten bleiben, auch wenn wirtschaftliche Interessen der Eigentümer entgegenstanden. Der Denkmalwert wurde höher angesetzt als der durch ihre Beseitigung erzielbare materielle Gewinn. Freilich band eine päpstliche Anordnung den Papst selbst nicht. Pius starb zwar schon 1463 und hatte also wenig Gelegenheit, von seiner eigenen Bulle zu dispensieren. Aber bei seinen Nachfolgern wechseln Schutz und Ausbeutung der Ruinen ab. Das Kolosseum ist Denkmal für beides. Das Baumaterial seiner heute fehlenden Teile ist weitgehend für päpstliche Neubauten verwendet worden, die erhaltenen Teile sind durch päpstliche Sicherungsmaßnahmen vor weiterem Einsturz bewahrt worden.

In Deutschland sind vor 1800 nur wenige Fälle zu nennen, bei denen man von »Denkmalpflege« sprechen kann (das Wort selbst wurde erst im späten 19. Jahrhundert geprägt und ist jetzt rund 100 Jahre im Gebrauch). In Füssen im Allgäu wurde im 11. Jahrhundert die Klosterkirche St. Mang neu gebaut. Dabei sollte offensichtlich auch die Ostkrypta völlig erneuert werden, aber als ihre Umfassungsmauern schon standen,

³ Davon geben die zahlreichen erhaltenen Bauaufnahmen Zeugnis. Für 1987/88 ist angekündigt: H. Günther, Das Studium der antiken Architektur in den Zeichnungen der Hochrenaissance (Röm. Forschungen der Bibl. Hertziana, Bd. 24).

entschloß man sich, den Rest des Vorgängers doch zu erhalten. Er prägt nun bis heute den Raum der Krypta (vgl. Abb. 2). Dieser ältere Bau wurde wohl mit dem heiligen Magnus direkt in Verbindung gebracht und hatte so Reliquiencharakter. Kultische Gründe dürften also für seine Erhaltung maßgebend gewesen sein. Vielleicht besteht eine Parallele zu der Diskussion um die Erhaltung von Alt-St. Peter in Rom, die über Jahrzehnte geführt wurde, bis Papst Julius II. ihr durch den 1506 begonnenen Neubau den Boden entzog. Auch dort war die 100 Jahre alte ehrwürdige Basilika aus konstantinischer Zeit weniger als Kunstwerk, sondern vielmehr als Reliquie geschätzt gewesen.

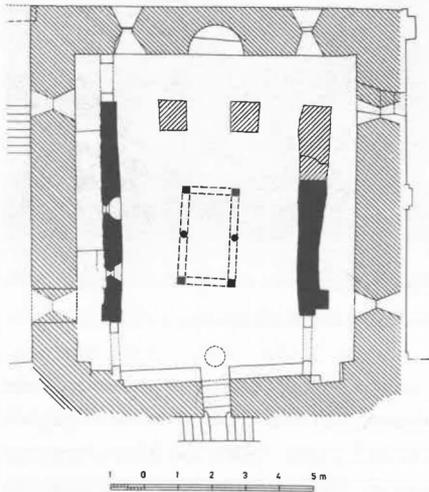


Abb. 2 Füssen, St. Mang, Grundriß der Magnus-Krypta mit dem älteren Kern

Um die Erhaltung eines *Kunstwerkes* ging es dagegen nach 1484 in Freiberg in Sachsen, als man die »Goldene Pforte«, das im 13. Jahrhundert entstandene Hauptportal des spätromanischen »Domes«, bei dem durch einen Brand veranlaßten Neubau wiederverwendete.⁴ Es ist an seinem alten Platz abgetragen und an einem neuen wieder zusammengefügt worden, und sicher war es seine reiche Form, die dieses Portal erhaltenswert machte. Da es an seiner alten Stelle anscheinend nicht genug zur Geltung kam, rückte man das Prunkstück beim Neubau ins rechte Licht. Bemerkenswert ist hier vor allem, daß es sich um ein mittelalterliches Werk handelte (kein antikes!), das weder Reliquiencharakter hatte noch seine Bedeutung erhielt, weil es mit der Erinnerung an eine historische Person oder ein besonderes Ereignis verbunden gewesen wäre. Es hatte als Kunstdenkmal die Wertschätzung genossen, die zu seiner Erhaltung führte.

⁴ H. Magirus hat in einem Vortrag über die Geschichte der Denkmalpflege in Sachsen auf die Goldene Pforte als Denkmal früher Denkmalpflege hingewiesen. Vgl. H. Magirus, *Der Freiburger Dom*, Weimar 1972, S. 223–275, bes. S. 236.

Dem Barock lagen denkmalpflegerische Neigungen fern. Wenn in dieser Epoche bei Bauarbeiten oft alte Substanz bewahrt blieb, wird man die Gründe dafür anderswo suchen müssen. An der Lateransbasilika in Rom zum Beispiel war es der Zeitdruck vor dem Jubeljahr 1650, der Barromini zwang, sich auf den Umbau des Langhauses zu beschränken, und einen Neubau nicht erlaubte. Bei vielen Domen und Klosterkirchen hätte man sich im 17./18. Jahrhundert einen barocken Neubau gar nicht leisten können und beschränkte sich auf eine Barockisierung, die Mauern und Dachwerk weitgehend unberührt ließ. Unter solchen Bedingungen sind hervorragende Raumschöpfungen entstanden wie die Klosterkirchen von Ellwangen, Ochsenhausen, Rottenbuch oder – mit stärkeren Eingriffen – von Ettal. Wenn im barockisierten Freisinger Dom die romanische Krypta fast unberührt erhalten blieb, zeigt das nicht Interesse an der Romanik, sondern nur Desinteresse an den Nebenräumen des Domes, weil sich alle Aufmerksamkeiten auf den Hauptraum konzentrierte.

Geschlossenheit und Einheitlichkeit waren stets das Hauptziel barocker Baumaßnahmen. So ist es auch kein Widerspruch, wenn man sich bei Hinzufügungen zu älteren Bauwerken oder Ensembles, die man nicht ganz umgestalten konnte, historisierender Formen bediente. Die zum Teil erst im Barock gebauten Loggien an der Florentiner Piazza Ssma. Annunziata oder die 1722/27 in spätgotischen Formen errichteten Langhausteile der Zisterzienserkirche von Zwettl in Niederösterreich sind Beispiele,⁵ die sicher nicht auf Denkmalpflege zielten. Wenn man jedoch in Amorbach 1742/47 die romanischen Westtürme in den Neubau der Abteikirche einbezog, ohne sie ihm anzupassen, so geschah dies gewiß nicht aus Sparsamkeit oder Eile. Das Kloster hatte wenige Jahre zuvor, 1734, sein 1000jähriges Bestehen gefeiert. Damals dürfte die vielfach umgebaute Kirche im Kern noch die karolingische gewesen sein. Als man sie dann durch den Neubau ersetzte, sollte dennoch das ehrwürdige Alter der Abtei sichtbar bleiben. Das Turmpaar war geeignet, davon zu zeugen und wurde als Monument erhalten.⁶

Am Speyerer Dom ist abzulesen, welcher Wandel des Geschichtsbewußtseins sich im 18. Jahrhundert abgespielt hat. 1689 war das Bauwerk mit der ganzen Stadt im Pfälzischen Erbfolgekrieg zerstört worden, ab 1698 setzte man die Teile instand, die nicht eingestürzt waren. Das Vorhandene wurde zunächst sichtlich nur als erhaltene Substanz geschätzt, die es einem ersparte, sie neu schaffen zu müssen. Was aber hinzutun war, die Dachkörper z. B., wurde ohne den Gedanken an Rekonstruktion getan. Die Wiederaufbauplanungen mühten sich jahrzehntelang, einen barockem Empfinden entsprechenden

⁵ Zahlreiche weitere bei W. Götz, *Die Entwicklung der Denkmalpflege in Deutschland vor 1800*, Diss. Leipzig 1956, und bei W. Götz, *Rekonstruktion und Kopie vor 1800*, in: *Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz 1982–1983*, Worms 1984, S. 58–73.

⁶ Am Dom in Fulda waren wenige Jahrzehnte zuvor beim Dientzenhofer-Neubau von 1704/12 ebenfalls die mittelalterlichen Türme stehen geblieben, aber sichtlich nur aus praktischen Gründen. Man konnte Treppentürme im Neubau da brauchen, wo sie schon standen, umkleidete sie aber vollständig und erlaubte ihnen nicht, sich als Altbauteile zu erkennen zu geben.

Raum zu schaffen, ohne Erhaltenes beseitigen zu müssen. Ehe man aber zur Verwirklichung des Geplanten kam, brachte ein Generationswechsel den Umschwung. 1772 wollte man nicht mehr einen barocken Dom, den man nolens volens unter Einbeziehung der Altbausubstanz bauen mußte, sondern man schätzte den mittelalterlichen Bau als Denkmal und wollte ihn durch rekonstruierendes Ergänzen der zerstörten Teile als Ganzes wiedergewinnen.⁷

Dieses, der Denkmalpflege zugrunde liegende Geschichtsbewußtsein hatte sich schon in der Aufklärung im 18. Jahrhundert weit entwickelt. Aber dem Beginn systematischer Denkmalpflege ging erst noch eine große Zerstörungswelle voraus.

Die militärische Nutzlosigkeit der Stadtbefestigungen war im 18. Jahrhundert erwiesen, und in Paris waren die »Boulevards« schon bald nach 1700 an die Stelle der Bollwerke getreten. Ab etwa 1790 setzte auch in Deutschland das Abbrechen der Stadtmauern ein. Damit wollte man sich vor allem aus der drückenden Enge befreien, die man in den Städten empfand. Anstelle der Umwallungen schuf man zum Beispiel in Bremen, Frankfurt oder Würzburg Anlageringe, die den alten Städten eine neue Großzügigkeit geben und Entwicklungsmöglichkeiten schaffen sollten. In nicht wenigen Städten freilich beseitigte man die Befestigung, ohne einen erkennbaren Gegenwert dafür zu erzielen.

Die systematische Säkularisation der Klöster und der geistlichen Herrschaften begann in Österreich unter Josef II. schon in den 80er Jahren. In Frankreich wurde sie im Gefolge der Revolution 1792 durchgeführt, im übrigen deutschen Reich mit dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 festgelegt. Viele Kirchen- und Klosterbauten wurden mit der Aufhebung der kirchlichen Institutionen nutzlos. Manche blieben erhalten, weil sich eine – mehr oder weniger angemessene – neue Nutzung fand, manche nur, weil auch das Abbrechen Mühe gemacht und Kosten verursacht hätte. Vieles wurde abgebrochen.

Am Eifer des Zerstörens entzündete sich der Wille zum Erhalten, zur Denkmalpflege.

1803 schrieb der junge Schenkendorf einen flammenden Protest gegen die Nutzung und Veränderung der Marienburg⁸ und erreichte damit schließlich ein Eingreifen des preußischen Königs. Als 1806 der Speyerer Dom abgebrochen werden sollte, ordnete Napoleon, der sich 1804 selbst zum Kaiser gemacht hatte, an, die Grabkirche der mittelalterlichen Kaiser zu erhalten. 1807 gelang es Friedrich Weinbrenner, den Abbruch der Klosterkirche von St. Blasien zu verhindern. 1782 fertiggestellt, war sie eben erst unmodern geworden und deshalb besonders gefährdet. 1812 erreichte derselbe Weinbrenner eine Verfügung des badischen Großherzogs, die den Abbruch von Türmen und Toren verhindern sollte, und der bayerische König Ludwig I. erließ 1826, also bald nach seiner Thronbesteigung, eine Verordnung gleicher Zielrichtung.

In all diesen Fällen ging es um das Erhalten bedeutender Monumente in einem

⁷ Zum Vorgehen im einzelnen: W. Haas, Romanische Bauformen im 18. Jahrhundert, in: Pfälzer Heimat 12 (1961), S. 103–108.

⁸ Vgl. N. Huse, Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten, München 1984, S. 47.

Interessenkonflikt. Einerseits wollte man ja Möglichkeiten für Verkehr und Stadtentwicklung schaffen, und die Stadtbewohner sollten nicht nur beim Osterspaziergang, sondern auf Dauer »aus dem hohlen, finsternen Tor ... aus der Straßen quetschender Enge ... alle ans Licht gebracht« werden. Andererseits verloren die Städte mit ihren Befestigungen und Toren wesentliche Charakterzüge und Identitätsmerkmale. Weinbrenner und Ludwig I. stehen neben Pius II., wenn sie sich mit den Mitteln der Gesetzgebung für Monumente einsetzten, die die wirtschaftlichen Argumente gegen sich hatten.

Nach dem Ende der Napoleon-Ära wandte sich das eben erst erwachte deutsche Nationalbewußtsein einzelnen Bauwerken zu, mit denen es sich identifizierte. Bei der Marienburg ging es nicht ums bloße Erhalten, wie bei den Stadttoren. Sie hatte den polnischen Königen drei Jahrhunderte als Schloß gedient, ehe sie nach 1772 preußische Kaserne wurde. Zuvor aber war sie 1309–1457 Hochmeisterresidenz des Deutschen Ordens gewesen, und nur dieser Phase ihrer Geschichte galt nun das Interesse. Um sie aber zu einem Denkmal ausschließlich dieser Epoche zu machen, mußte das später Hinzugefügte beseitigt und das Verlorene rekonstruiert werden. In dem Ergebnis dieser Bemühungen mischen sich die beiden Dinge, die im Deutschen als »Denkmal« bezeichnet werden, im Englischen aber deutlicher unterscheidbar sind: »monument« und »memorial«, authentisches Zeugnis und nachträglich errichtetes Erinnerungsmal.

Zum wichtigsten deutschen Nationaldenkmal wurde der Kölner Dom, der aber im Mittelalter Torso geblieben war und sich nicht in dem Zustand präsentierte, in dem man ihn als Denkmal sehen wollte. Gerade an der Aufgabe, dieses Bauwerk zu vollenden, entzündeten sich die nationalen und romantischen Leidenschaften. Schon vor den Befreiungskriegen, als Köln noch dem französischen Kaiserreich einverleibt war, hatte man sich eine deutliche Vorstellung von dem vollendeten Dom geschaffen.⁹ Die Zeichnung des Innenraumes von Georg Moller, die man fast für ein Portrait des Bauwerks halten konnte, ist schon 1811/13 entstanden, als Vision dessen, was erst ein halbes Jahrhundert später Wirklichkeit wurde (vgl. Abb. 3).

Für diese Zeit wurde es zu einem wichtigen Ziel, verlorene Zustände von Denkmälern wiederzugewinnen und das Unvollendete zu Ende zu führen. Voraussetzung war die Kenntnis des Gewesenen und des Geplanten, die nur durch das Erforschen der bestehenden Bauten und der erhaltenen Pläne zu gewinnen war. Aus der neuen Aufgabe ergab sich ein neuer Ansatz von Bauforschung, die auf praktisch verwendbare Ergebnisse ausgerichtet sein mußte.

Viele Bauten haben im 19. Jahrhundert erst das uns vertraute Aussehen bekommen. An den Werken des Mittelalters interessierte allein deren ursprüngliche Form. Eine ganze Anzahl von Kirchen, die wir als wohlerhaltene Werke der Romanik oder Gotik bewundern – der Bamberger Dom zum Beispiel oder die Regensburger Schottenkirche – sind damals

⁹ Zum Kölner Dom zusammenfassend: N. Huse (s. A 8), S. 39 ff., ebda. der Vorschlag von J. Görres (1814).



Abb. 3 Köln, Dom. Innenraum gegen Westen, Lithographie nach der Zeichnung von G. Moller 1811/13

erst durch Beseitigen barocker Ausstattung und Wandbehandlung in den – vermeintlichen – mittelalterlichen Zustand zurückversetzt worden. Zugrunde lag die Anschauung, die Denkmäler seien einheitlich konzipierte Kunstwerke, deren Urzustand der einzig authentische sei und die von späteren Veränderungen stets nur beeinträchtigt worden seien.

Das purifizierende Vorgehen setzt die Überzeugung voraus, man könne nicht nur das latent Vorhandene durch Freilegen wiedergewinnen, sondern auch das Verlorene von neuem schaffen. Die Beobachtung der mittelalterlichen Formen und Bauweisen bei der Vollendung unfertiger Bauten hatte nämlich zu einer Perfektion der Nachahmung geführt, die viele Architekten gehindert hat (und manche heute noch hindert), Denkmäler als etwas Unwiederholbares und jeweils Einmaliges zu verstehen. Die Baumeister konnten sich so sehr mit einer historischen Epoche identifizieren, daß ihnen die Grenzen des wissenschaftlich begründeten Rekonstruierens oft unwichtig wurden. Sie waren sich ja der Übereinstimmung des selbst Geplanten mit dem vom mittelalterlichen Vorgänger Gewollten sicher.

Durch Bauen und durch Gestalten-Wollen, also durch die normale Ausübung ihres Berufes, haben sich die Architekten, denen fast allein im 19. Jahrhundert die Pflege der Denkmäler anvertraut war, für diese Aufgabe disqualifiziert. Denn der Denkmalpfleger hat nicht seine Architektur, sondern das Denkmal zur Geltung zu bringen. Sein Ziel muß es sein, selbst vergessen zu werden.

Ziel vieler Restaurierungen war die Darstellung eines großen historischen Moments gewesen. Der Fortschritt der Geschichtsforschung und der wachsende Einblick in die Geschichtsabläufe und ihre Auswirkungen auf die Bauwerke haben dieser Vorgehensweise den Boden entzogen. Denn Bauten sind das Ergebnis von Entstehungsprozessen, haben nach ihrer Fertigstellung in anderen Epochen Wandlungen erfahren, sind gealtert und haben sich auf mancherlei Weise verändert. Wenn einem das bewußt geworden ist, kann man die vielfältigen Schicksale der Baudenkmäler nicht einfach ignorieren und den ersten Vollendungszustand als den künftig einzig möglichen wiederherstellen wollen. »Nicht restaurieren, konservieren!«, lautet seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die vielzitierte Devise Denkmalpflege, in der damals die Kunsthistoriker tonangebend geworden waren, nicht nur als Theoretiker, sondern auch als leitende Konservatoren der inzwischen in den meisten Ländern eingerichteten Denkmalämter.

Mit dem Sehen historischer Zusammenhänge ging das Erkennen der räumlichen und städtebaulichen parallel. Bis in das 20. Jahrhundert hinein hatte die Geschichtsschreibung vor allem die Persönlichkeiten im Blick gehabt, aber auch Nationen, Stämme, Städte und Armeen gesehen, als seien sie Individuen. Eine ähnlich isolierende Betrachtung erfuhren auch Bauwerke. Der rechtliche Begriff der »Domfreiheit«, der synonym mit »Immunität« eine genau umgrenzte Zone eigenen Rechts bezeichnet, wurde umgedeutet in einen von Bebauung freigehaltenen Raum rings um den sich stilrein präsentierenden Monumentalbau. Jede vermeintliche Beeinträchtigung durch anschließende Gebäude wurde so von ihm ferngehalten. In Deutschland sind der Kölner Dom und das Ulmer Münster die berühmtesten Beispiele unter den vielen Bauten, die dieses Schicksal erlitten haben.

Zwar wurde die Bedeutung der mittelalterlichen Straßen- und Platzräume schon frühzeitig wieder erkannt,¹⁰ doch erst etwa seit dem Ersten Weltkrieg wurde das Bewahren gewachsener städtebaulicher Zusammenhänge zu einer Aufgabe der Denkmalpflege. Dabei konnten sich deren Bemühungen nicht mehr auf das Herausragende beschränken, sondern mußte auch das Unscheinbare und Alltägliche umfassen, das zur Geschlossenheit eines historischen Ganzen beiträgt. Seit 20 Jahren etwa spricht man in diesem Zusammenhang von »Ensemble-Schutz«. Sein Ziel ist es, nicht primär das Einzelne zu erhalten, sondern das Ganze vor Störungen zu bewahren.

Für die Denkmalpflege bedeutete diese Aufgabe ein neues Problemfeld. Von der Allgemeinheit wird ja immer leicht das Ungewöhnliche als schützenswert anerkannt, das nur Kuriose ebenso wie das Ehrwürdige und Große, aber nur schwer das Gewöhnliche (der Gewohnheit Entsprechende).

Diese Ausweitung des Denkmalbegriffs war, wie man an den Kunstdenkmäler-Inventaren der 20er und 30er Jahre ablesen kann, in vollem Gange, als der Zweite Weltkrieg

¹⁰ Vgl. C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Ein Beitrag zur Lösung moderner Fragen der Architektur und monumentalen Plastik unter besonderer Beziehung auf Wien, Wien/Leipzig 1889.

andere Aufgaben stellte. Für mehrere Jahre beanspruchten die im Krieg zerstörten oder beschädigten Baudenkmäler alle Aufmerksamkeit. Bei den Fragen des Wiederaufbaus ließ die jeweilige Situation für den Einzelfall oft einen breiten Entscheidungsspielraum zwischen recht unterschiedlichen Möglichkeiten offen. Das rekonstruierende Wiederherstellen des Zustandes vor der Zerstörung (Hamburg, Katharinenkirche; Nürnberg, Lorenzkirche), die Rekonstruktion eines älteren Zustandes, der vor der Zerstörung schon verändert war (Hildesheim, St. Michael), die frei interpretierende Wiederherstellung (Hannover, Marktkirche), die Wiederherstellung der Grundform ohne die volle Ausgestaltung (München, Michaelskirche, 1955), die Neugestaltung unter Einbeziehung der erhaltenen Substanz (Frankfurt, Paulskirche; München, Glyptothek), die Kombination erhaltener Teile mit einem Neubau (Hamburg, Görtzsches Palais) und schließlich das Beibehalten des alten Stadtgrundrisses (Rothenburg o.d.T.), das Durchführen neuer Verkehrsachsen durch die zerstörten Stadtzentren (Bremen, Hamburg, Ulm) oder das Neuplanen über die Altstadtgrenzen hinweg (Hannover) seien als Beispiele genannt. Wir finden Denkmalpfleger fast überall unter den Verfechtern wie unter den Gegnern der jeweils getroffenen Entscheidungen. Auch wenn ein völlig verschwundenes Baudenkmal durch Neubebauung der leeren Stelle endgültig verloren gegeben werden sollte (Hildesheim, Marktplatz nach 1950), oder wenn es darum ging, eine völlige Rekonstruktion auf dem Platz des Zerstörten zu errichten (Frankfurt, Goethehaus), gingen die Meinungen auch unter den Denkmalpflegern weit auseinander. Ihre übereinstimmende Grundhaltung zeigte sich aber immer da, wo es darum ging, die Ruinen bedeutender Baudenkmäler vollends zu beseitigen. Wenn auf diesem Weg Platz geschaffen werden sollte für Neubauten ohne historische Bindung (Bremen, Ansgarikirche; Dortmund, Altes Rathaus), oder wenn die Reste eines Baues nur aus einem Ressentiment heraus verschwinden sollten (Berlin, Schloß; Braunschweig, Schloß), konnte dies immer nur gegen die Denkmalpflege oder über sie hinweg entschieden werden.

Historische Bauforschung ist in den Wiederaufbaujahren in einigen Städten und an einigen Bauten betrieben worden. »Stadtkernarchäologie« – ein damals erst geprägter Begriff –, vorbereitende und begleitende Bauforschung hat es an den Ruinen und beim Wiederaufbau gegeben, am ehesten da, wo die Bauarbeiten nur zögernd einsetzten. Aber nur ein ganz geringer Teil der Forschungschancen wurde in diesen Jahren genutzt, weil nur ganz wenige Kräfte dafür verfügbar waren und die Einsicht nicht sehr verbreitet war, daß hier Geschichtsquellen von großer Wichtigkeit nur vorübergehend offenlagen und beim Wiederaufbau in vielen Fällen endgültig vernichtet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte sich der Denkmalbegriff weiterentwickeln, weil während der Wiederaufbaujahre auch *die* Bauten nicht mehr unberührt blieben, die den Krieg noch heil überstanden hatten. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen wie der industriellen Produktionsweisen, des Verkehrs und der Lebensgewohnheiten brachten es mit sich, daß die Zeugnisse der vor- und frühindustriellen Phase unserer Geschichte innerhalb weniger Jahre zu Raritäten geworden sind: die Bauten, die ländliches Wohnen

und Wirtschaften dokumentieren, die älteren Produktionsstätten von den Mühlen bis zu den Zechen und Fabriken, die früheren Wohnungen der Arbeiter und sogar die der Bürger. Hier stehen keine großen ästhetischen Werte oder Werke hohen Alters auf dem Spiele, auch keine Denkmäler großer Persönlichkeiten und Ereignisse. Es geht darum, ob die Vergangenheit, die unsere Gegenwart geprägt hat, dem Vergessen-Werden überlassen werden darf.

Das ist eine neue, zusätzliche Aufgabe, denn die ganze „klassische Denkmalpflege« ist ja nach wie vor zu tun. Die neuen Arten von Denkmälern verlangen neue Vorgehensweisen, denn unverändertes Erhalten ist hier als generelles Ziel weder erreichbar noch erstrebenswert. Die Frage ist meistens: Wie läßt sich das Wesentliche bewahren, wenn man das Gebäude weaternutzt, oder wie kann man es anders nutzen, um es besser bewahren zu können? Nur in Ausnahmefällen kann man Bauten der Nutzung entziehen und sie zu Museumsstücken machen.

Die Häufung der Fälle, in denen vor allem auf dem Land Gebäude an ihrem angestammten Platz nicht mehr erhalten werden konnten, führte zum Entstehen der Freilichtmuseen, in die solche Objekte verpflanzt werden. Mit ihrem Standort verlieren sie freilich einen wesentlichen Teil ihrer Identität, und so kann die Translozierung auch nicht eine Alternative zur Instandsetzung in situ sein, sondern sie darf nur vorgenommen werden, wenn der völlige Verlust anders nicht zu verhindern ist. In diesen Museen werden die entwurzelten Bauten weniger als individuelle Schöpfungen verstanden, sondern sie sollen vor allem den Haustyp repräsentieren, dem sie zugehören. So ergibt es sich oft, daß beim Aufrichten am neuen Ort nicht der letzte am originalen Platz bestehende Zustand zugrunde gelegt, sondern versucht wird, den Bau beim Instandsetzen wieder in seinen ursprünglichen Stand zu versetzen.¹¹

Aus der wachsenden Gefährdung immer weiterer Gruppen von Geschichtszeugnissen hat sich also in den sechziger und siebziger Jahren eine erhebliche Ausweitung des Aufgabenfeldes der Denkmalpflege ergeben. In dieser Phase sind in allen deutschen Ländern Denkmalschutzgesetze geschaffen worden, die das als notwendig Erkannte ermöglichen sollen. Diese Gesetze haben die Denkmalpflege selbst gründlicher verändert als die Situation der Denkmäler. Ein Gesetz verlangt ja die Definition seines Anwendungsbereiches. Deshalb haben sich die Abgrenzungsfragen in den Vordergrund geschoben. Was ist im Sinne des Gesetzes ein Denkmal? Und: Wer ist zur Denkmalpflege verpflichtet, und was ist dem Verpflichteten zuzumuten? In der Konsequenz rechtlichen Denkens wurde aus Denkmalpflege eine entschädigungspflichtige Einschränkung von Nutzungsrechten. So ist es leicht erklärlich, daß inzwischen in den meisten Denkmalämtern Juristen führende Positionen einnehmen. Manchmal ist der Gesetzesvollzug als Rechtsvorgang wichtiger geworden als das handwerkliche Tun an den Baudenkmalern selbst.

¹¹ Vgl. die von H. Schmid herangezogenen Beispiele, Zum Forschungsstand des altoberschwäbischen Bauernhauses, in: Museumsmagazin. Aus Museen und Sammlungen in Baden-Württemberg 3 (1986), S. 7–22.

Das soll nicht heißen, daß an den Denkmälern weniger oder nichts geschähe – im Gegenteil. Die Gesetzgebung hat es mit sich gebracht, daß der Denkmalschutz zu einem Politikum geworden ist und damit zum Feld von Politikern. Engagierte Freunde der Denkmalpflege hat es unter ihnen schon immer gegeben. Aber die Denkmalpflege als Bereich, in dem man sich profilieren und zur Wiederwahl empfehlen kann, ist relativ neu. Man kann dies, indem man spektakuläre Programme aufstellt und mit viel Geld und kurzen Fristen »Sanierungen« durchzieht, deren Qualität dann unter dem Zeitdruck leidet. Man kann es, indem man für die Restaurierung bestimmter Denkmäler sorgt und einen Teil des Etatsegens auf sie lenkt. Man kann es aber auch, indem man seine Klientel vor den »Übergriffen« der Denkmalpfleger schützt. Aber wenn sich jemand mit Denkmalpflege beliebt machen will, sind immer die Denkmäler in Gefahr. Sie werden dabei ja als Mittel zu einem ihnen fremden Zweck mißbraucht.

Die Denkmalpfleger – gleich, ob Architekten, Künstler, Kunsthistoriker, Juristen oder Politiker diese Funktion ausüben – haben sich meistens unbeliebt machen müssen. Gegen den Strom zu schwimmen, ist ein Wesensmerkmal ihrer Aufgabe. Sie haben für die Erhaltung alter Kirchen gesprochen, wo man schönere neue oder auch gar keine mehr haben wollte, haben Türme und Befestigungen verteidigt, als man sie der freien Entwicklung der Städte opfern wollte, haben die Straßendurchbrüche bekämpft, als der Individualverkehr sein Recht oder Vorrecht forderte, haben ein Schindeldach verlangt, wo ein Kupferdach für die Ewigkeit aufgebracht werden sollte. Jetzt warnen sie vor Fußgängerzonen, weil sie sich weigern, ihr Blickfeld auf die Hauptstraßen zu beschränken. Sie weisen nachdrücklich darauf hin, daß von den Fachwerkhäusern viele verputzt bleiben und nicht freigelegt werden wollen, und sie behindern Restaurierungen, bei denen wieder einmal ein Baudenkmal schöner werden soll, als es je war.

Gerade weil die Denkmalpflege die immer gleiche Aufgabe hat, das Überkommene zu bewahren, muß sie sich wandeln, so oft sich die Gefährdungen ändern. »Der schlimmste Feind der Denkmalpflege ist das Geld«. Dieser Satz¹² hat nicht nur die ihr entgegenstehenden Wirtschaftsinteressen im Auge, sondern auch die Mittel, die es erlauben, an den Denkmälern mehr als das Notwendige zu tun.

Zu den unwandelbaren Forderungen guter Denkmalpflege gehört die Zurückhaltung, ja die Askese. Vielleicht tun wir uns deshalb heute manchmal so schwer mit ihr.

Wilhelm Ribhegge

Europäische Urbanität 1500–1800

Zu Beginn dieser Überlegungen möchte ich ein stadtgeschichtliches Ereignis aufgreifen, das die europäische Öffentlichkeit ebenso erregte und faszinierte wie abstieß: die Herrschaft der Wiedertäufer in Münster in den Jahren 1534/35. Der Vorgang mag zugleich als Kontrast zu dem dienen, was wir unter europäischer Urbanität verstehen. Selten stand in der neueren Geschichte eine Stadt im Mittelpunkt von Erwartungen und Hoffnungen, wie dies für Münster damals der Fall war. Die Täuferbewegung, ursprünglich eine friedliche Bewegung in Süddeutschland, hatte einen starken Anhang unter niederländischen und ostfriesischen Handwerkern und Kleinbürgern gefunden, deren endzeitliche Erwartung auf ein „Neues Jerusalem“, also die neue Stadt schlechthin, das meint die biblische Metapher, sich zunächst auf Straßburg, schließlich aber auf die Stadt Münster gerichtet hatte. Üblicherweise sieht man diesen Vorgang eher im Rahmen der Geschichte der Reformation oder der Sozialgeschichte. Daß hier aber auch die Stadtgeschichte gefragt ist, ist offenkundig.¹

1525, dem Jahr des Bauernkriegs, war es in Münster zu sozialen Unruhen gekommen, die von den Handwerkern ausgingen und sich gegen die gewerblichen Aktivitäten eines Frauenklosters richteten. Die Webstühle wurden gewaltsam aus dem Kloster entfernt. Aus dem Streit entstand allmählich, gefördert von den Gilden, eine lutherisch-reformatorische Bewegung. 1532 war die Stadt bereits überwiegend lutherisch. Der Bischof, der traditionell mit der Stadt auf gespanntem Fuß stand, nahm das noch hin. Bald jedoch trafen die ersten Wiedertäufer aus Holland in Münster ein. Ein junger Prediger namens Bernhard Rothmann, der einen starken Rückhalt in der Bevölkerung, nicht zuletzt unter den Frauen der Stadt hatte, radikalisierte sich von Monat zu Monat und machte sich die Lehre der Wiedertäufer zu eigen.² Es gab somit drei Konfessionen, das hieß zugleich drei Parteien in der Stadt. Dem Rat kam es wie den meisten Räten der damaligen deutschen Städte mehr auf den innerstädtischen Frieden als auf das rechte Bekenntnis an. Er tolerierte alle Bewegungen, während der Bischof, gestützt auf einen Beschluß des Reichstags von Speyer

¹ N. Cohn, *The Pursuit of the Millennium. Revolutionary and Mystical Anarchists of the Middle Ages*, London 1984 (¹1957), S. 252–280; K.-H. Kirchoff, *Die Täufer in Münster 1534/35. Untersuchungen zum Umfang und zur Sozialstruktur der Bewegung*, Münster 1973; G. Brendler, *Das Täuferreich zu Münster 1534/35*, Berlin 1966; R. van Dülmen (Hrsg.), *Das Täuferreich zu Münster 1534–35. Berichte und Dokumente*, München 1974 [mit ausführlicher Bibliographie]; F. Dürrenmatt, *Die Wiedertäufer [Drama]*, München 1979.

² R. Stupperich (Hrsg.), *Die Schriften Bernhard Rothmanns*, Münster 1970.

¹² Er wird sowohl Paul Clemen wie Georg Lill zugeschrieben. Daß er nicht sicher zuzuordnen ist, tut seiner Treffsicherheit keinen Abbruch.

von 1529, von dem Rat vergeblich die Vertreibung der »Ketzer«, der Wiedertäufer, verlangte.³ Ihre gleichmacherische soziale Lehre galt als gefährlich. »Wehe, wehe«, so predigten die Täufer, nach dem Bericht einer Quelle, »dem hochmütigen Münster: Wehe euch, die ihr Gold, Silber, Steine und kostbare Kleider zum Schmucke traget! Verflucht seid ihr, weil ihr den Schmuck des Leibes höher schätzt als den der Seele.«⁴ Selbst jüngere adelige Nonnen waren von den Predigten so begeistert, daß sie sich den Täufeln anschlossen. Frauen gaben zum Protest ihrer Männer Schmuck und Vermögen ab. Nicht nur die Handwerker und die unteren Schichten der Stadt, auch ein Teil der Oberschicht fühlte sich angesprochen. Man entwickelte eigene symbolhafte Umgangsformen. Eine zeitgenössische Quelle berichtet: „Wenn sich Männer begegneten auf der Straße, so gaben sie sich die Hand und küßten sich auf den Mund und sagten ›Lieber Bruder, Gottes Friede sei mit Euch, antwortet der andere ›Amen.‹ So hatten die Frauen, die sich hatten taufen lassen, auch eine eigene Losung untereinander: Dieselben Wiedertäuferinnen pflegten ohne Kopftuch zu gehen und gingen mit einer Mütze und dieselbe Mütze hatte einen Überschlag oben auf dem Haupte. Sie wollten sich halten wie Brüder und Schwestern, so große Liebe wollten sie untereinander haben.«⁵ In den Anfängen hatte diese täuferische Bewegung durchaus etwas Sympathisches. Es waren neue städtische Umgangsformen. Die Bewegung erklärt sich zum Teil aus einer Verunsicherung der Bevölkerung, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sozialpsychologische Gründe hatte. So hatte man unerklärliche Erscheinungen am Himmel beobachtet, Epidemien waren aufgetreten. Die Täufer in Münster entwickelten eine besondere Gabe, überall göttliche Zeichen zu entdecken und zu deuten.

Mit der Wahl zum Rat der Stadt am 23. Februar 1534 politisierten sich aber die Dinge. Die Täufer stellten jetzt die Mehrheit im Rat und die beiden Bürgermeister, darunter Knipperdolling, der einer alten Münsteraner Kaufmannsfamilie entstammte. Weiterhin bestand aber die Gefahr, daß der Bischof mit Gewalt eingreifen würde. Anfang Februar 1534 waren bischöfliche Bauern und Reiter in die Stadt gezogen, aber durch das Verhandlungsgeschick des Bürgermeisters wieder hinauskomplimentiert worden. Die Täufer selbst erhielten Zuzug aus den umliegenden Gemeinden. Nach ihrem Wahlsieg plünderten sie die Klöster, drangen in den Dom ein, zerstörten Kunstwerke, Reliquienbehälter, die Orgel, benutzten die ornamentierten Sitze des Kapitelsaals als Abtritt, zerstörten die Glasfenster und verbrannten Bücher und Handschriften jener Dombibliothek, durch die Münster erst vor wenigen Jahrzehnten zu einem Zentrum des nordwestdeutschen Humanismus geworden war.⁶ So finden sich früh bildungsfeindliche, antiintellektuelle und kunstfeindliche Züge in dieser Bewegung. Die bis dahin überwiegend friedliche

³ H. Neuhaus, Das Reich und die Wiedertäufer von Münster, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 133 (1983), S. 9–36, hier S. 12f.

⁴ R. van Dülmen (s. A 1), S. 44.

⁵ ebda., S. 45.

⁶ R. Weiss, Learning and Education in Western Europe from 1470 to 1520, in: The New Cambridge Modern History Bd. 1, Cambridge 1967, S. 116.

Bewegung nahm gewaltsamen Charakter an. Die noch in der Stadt verbliebenen Katholiken und Lutheraner wurden zu »Gottlosen« erklärt und Ende Februar, soweit sie sich nicht taufen ließen, bei winterlichem Wetter aus der Stadt vertrieben. Ihr Eigentum wurde eingezogen. Erst jetzt begann die eigentliche Herrschaft der täuferischen Stadt, die Kirchengemeinschaft und politische Gemeinschaft in einem war, eine kommunale Theokratie. Religiöse und weltliche Gesetze waren identisch. Man dachte fundamentalistisch. Von der Toleranz, die noch der vorherige Rat gegenüber den Täufeln geübt hatte, war jetzt umgekehrt keine Rede mehr. Es begann die Aufhebung des Privateigentums und die Einführung der kommunalen Gütergemeinschaft, durch die die Täuferherrschaft bis zur Gegenwart für die einen berühmt und für die anderen berüchtigt wurde. Die Einführung der Polygamie, genauer: der Mehrfrauenhe, übrigens nach streng patriarchalischen Gesetzen, setzte einige Monate später unter dem neuen »König« Jan van Leyden ein, ein 26 Jahre alter, hochbegabter junger Mann, der sich bis dahin in Holland vergeblich als Gastwirt und Schauspieler versucht hatte. Er brachte einen willkürlichen, ja schließlich despotischen Stil in die täuferische Stadt ein. Unter Jan van Leyden wurde die kommunale Gesellschaft eine ausgesprochen theatralische Inszenierung. Offensichtlich war sein Königtum als eine Art Karikatur der feudalen Umwelt gedacht. Als der Bischof Franz von Waldeck Jan van Leyden nach der Eroberung der Stadt bei seiner Festnahme fragte »Bist Du ein König?« kam die spitze Gegenfrage »Bist Du ein Bischof?«. – Friedrich Dürrenmatt hat die Theatralik dieser Szenen in seinem Stück »Die Wiedertäufer« herausgearbeitet.⁷

Über ein Jahr lang wurde die Stadt belagert. Die Eingeschlossenen mußten sich verteidigen. Protestantische wie katholische Fürsten fanden sich bei dem Kampf gegen die Täufer zusammen. Die Belagerer standen im Auftrag des Reichs.⁸ Die Täufer lebten praktisch von der Außenwelt abgeschlossen, verstanden es aber immer wieder, Boten und Briefe an Freunde nach draußen zu schicken. Schließlich setzte der Hunger ein, und die Stimmung in diesem Neuen Jerusalem verdüsterte sich. Eine der letzten Schriften Rothmanns trägt den Titel »Von der Wrake«, von der Rache: »Nun liebe Brüder, die Zeit der Rache ist an uns gelangt. Gott hat den verheißenen David erweckt, gerüstet mit seinem Volk, zur Rache und Strafe an Babylon. Darum liebe Brüder rüstet euch zum Streit, nicht allein mit den demütigen Waffen der Apostel zum Leiden, sondern auch mit dem herrlichen Harnisch Davids zum Rächen, mit Gottes Kraft und Hilfe alle babylonische Gewalt und all das gottlose Wesen auszurotten. Seid unverzagt, Gut, Weib, Kind und Leib in die Schanze zu schlagen.«⁹

Die ständige Berufung auf das Alte Testament – zu Lasten des Neuen Testaments –

⁷ Eine ältere eindrucksvolle und plastische Beschreibung der täuferischen Bewegung in Münster findet sich in dem neunten Kapitel des sechsten Buches von Rankes »Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation«.

⁸ H. Neuhaus (s. A 3); N. Cohn (s. A 1); G. R. Elton, Europa im Zeitalter der Reformation, München 1981, S. 99–102.

⁹ R. van Dülmen (s. A 1), S. 208.

unterscheidet die Täufer auch von Lutheranern und Katholiken. Es gelang den Fürsten nicht, die Stadt zu erobern. Erst durch Verrat konnten sie die Täufer im Juni 1535 überwältigen.

Die Niederwerfung war so massiv, daß es seitdem keine Täuferbewegung in einer größeren Stadt mehr gegeben hat. Nicht nur in Münster setzte seitdem die Politik der Zurückdrängung der alten städtischen Freiheiten des Mittelalters ein.¹⁰

Überall suchte der fürstliche Staat seine Herrschaft über die Städte auszudehnen. Die Spannungen zwischen Stadt und fürstlichem Hof prägen seitdem die städtische Entwicklung vom 16. bis in das 18. Jh. Am deutlichsten läßt sich dies in der städtischen Architektur verfolgen, wo die fürstliche Planungshoheit, nicht nur in Preußen, den Haupt- und Residenzstädten ihren bis heute unverkennbaren Stempel aufdrückte. Dem Verlust an baulicher Planungshoheit entsprach der Verlust an politischer Selbständigkeit. Nur wenige Städte in Deutschland konnten ihre politische und rechtliche Selbständigkeit aus dem Mittelalter in das 19. oder gar 20. Jh. hinüberretten, wie Frankfurt, Lübeck, Hamburg und Bremen. Auch der Versuch Savonarolas in Florenz am Ende des 15. Jahrhunderts, ein theokratisch geprägtes republikanisches Stadregiment zu errichten, war gescheitert. Kurz zuvor hatte der florentinische Humanist Ficino einen Satz geprägt, der auch als Motto für diese Überlegungen zur »europäischen Urbanität« stehen könnte: »Eine Stadt besteht nicht aus Steinen, sondern aus Menschen.« Daß ein solcher Satz nicht ganz so harmlos ist, wie er zunächst klingt, hat das Beispiel der Täufer in Münster gezeigt.¹¹

Wenn es aber jemals eine Bewegung gegeben hat, die sich den Gedanken Ficanos zu eigen gemacht hat, eine Bewegung, die geradezu zum Träger der Urbanität in Europa wurde, so waren es die städtischen Humanisten des 16. Jahrhunderts.¹² Selten haben Intellektuelle in Europa so stark aus, für und in den Städten gelebt wie die Humanisten Europas des 16. Jahrhunderts, auch wenn das Motiv nur darin lag, in der Nähe der Officin, der Druckerpresse zu sein, die ihre Bücher herausbrachte. Denn gedruckt wurde in der Stadt. So korrigierte Erasmus von Rotterdam seine Bücher gleich in der Werkstatt von Johannes Froben in Basel oder in den berühmten Druckereien von Aldo Manutio in Venedig.¹³ Im April des Jahres 1987 befaßte sich ein deutsch-französisches Historikerkolloquium in

¹⁰ P. M. Hohenberg / L. H. Lees, *The Making of Urban Europe 1000–1950*, Cambridge, Mass./London 1985.

¹¹ Zur Rolle Ficanos in Florenz und generell zu dem Komplex Stadt, Kultur und Urbanität: J. R. Hale, *Die Medici und Florenz. Die Kunst und die Macht*, Stuttgart/Zürich 1979 (*Florence and the Medici*, 1977), dt. Tb 1981.

¹² R. Mandrou, *Des humanistes aux hommes de sciences XVI^e et XVII^e siècles*, Paris 1973; A. Krailsheimer (Hrsg.), *The Continental Renaissance 1500–1600*, Harmondsworth 1971; A. G. Dickens, *The German Nation and Martin Luther*, London 1976; M. Dowling, *Humanism in the Age of Henry VIII*, London 1986.

¹³ Zu Erasmus: R. H. Bainton, *Erasmus. Reformator zwischen den Fronten*, Göttingen 1972 (*Erasmus of Christendom*, 1969); G. Faludy, *Erasmus von Rotterdam*, Frankfurt 1973 (engl. 1970); A. J. Gail, *Erasmus von Rotterdam in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1974.

Marburg mit der Frage »Humanismus und höfisch-städtische Eliten im 16. Jahrhundert«. Man fand genügend Stoff, um 15 Referate anzubieten.

Die Urbanität der Humanisten bestand aber natürlich nicht nur in ihrer gleichsam physischen Nähe zur Stadt, sondern in der Begründung eines neuen Lebensstils, neuer Lebens- und Umgangsformen in Europa. Auch wenn wir heute die Entstehungsgeschichte der Urbanität weithin vergessen haben, so unterscheidet sich unsere Vorstellung von Urbanität kaum von der der Humanisten: in manchem haben wir sogar eher einen Rückfall zu verzeichnen. Die Modernität der »Utopia« des Londoner Thomas Morus von 1516, die außer ihrem literarischen Stil durch die Verschmelzung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, von Erzählung und Zeitkritik, von Konversation und Analyse fasziniert, besteht nicht zuletzt darin, daß Utopia eine Stadtgesellschaft ist: die Insel besteht aus 54 Städten und der Hauptstadt Amaurotum. Um zu verhindern, daß die Leser der Utopia allzusehr utopischen Gedankenflügen nachgingen, malte Morus diese Insel in einer verblüffenden Ähnlichkeit zum zeitgenössischen England aus, mit der Hauptstadt London an der Themse und seinen zahlreichen spätmittelalterlichen Städten. Stadt und Land ergänzen sich in Utopia. Sie stehen nicht gegeneinander. Auch werden »Urbanität« – wenn man darunter mehr den Lebensstil versteht – und »Urbanisierung« – gewissermaßen die materielle Grundlage der städtischen Lebensform – wie »Zivilität« und »Zivilisation« im engen Zusammenhang gesehen. Auf Utopia genießt man das Leben und die Bildung, aber man arbeitet auch. Der Lebensstil der Feudalität, die Trennung in eine müßige, herrschende Klasse und eine stumpf arbeitende, beherrschte Klasse, ist abgeschafft. Da ja alle arbeiten, meint man in dem urbanen Utopia, genüge es andererseits, wenn man nur sechs Stunden am Tag arbeite. Das Problem der modernen Industriegesellschaft, die Arbeitszeitverkürzung, ist somit auf Utopia bereits gelöst. Das Prinzip »Muße und Arbeit« ist eine moderne urbane Abwandlung der alten benediktinischen Klosterregel des »ora et labora«, bete und arbeite. – Morus verfaßte diese Schrift eher nebenbei zum Zeitvertreib während einer Gesandtschaft in Brügge, Antwerpen und später zu Hause in London. Sie entstand in einem durch und durch städtischen Milieu. In der literarischen Form wird die »Utopia« als ein Gespräch gestaltet. Auch das ist urban: die Stadt führt zum Gespräch zusammen, zudem unterschiedliche und gegensätzliche Meinungen. Denn die Teilnehmer dieses Gesprächs diskutieren miteinander.¹⁴

Der unermüdliche Propagator der urbanen Kultur des Gesprächs und der Toleranz war der Humanist Erasmus von Rotterdam, der mit Morus eng befreundet war. Eines seiner meistgelesenen Werke waren die Colloquien, wörtlich »Unterhaltungen«, »Gespräche«, in denen er seine Figuren sich über alle möglichen Themen und Fragen unterhalten läßt: über den Umgang der Frau mit dem schwierigen Ehemann, den Kartäuser und den Soldaten über die Nutzlosigkeit des Kriegs, eine Gruppe lebenserfahrener Männer im geistlichen

¹⁴ W. Ribhegge, *Thomas More: Utopia (1516). Geschichte als Gespräch*, in: *Die alte Stadt* 1983, H. 4, S. 327–347; R. Marius, *Thomas More. A Biography*, London 1985 (dt. 1987), S. 152–198.

Gastmahl, den jungen Mann und die Hure oder einen Ritter, der im Gespräch den Adel parodiert.¹⁵ Die Würze der Konversation, in der alle Schichten der Gesellschaft auftauchen, besticht weniger im Inhalt als in ihrem Witz. Eben deswegen wurden die »Colloquien« so beliebt, so beispielsweise der folgende Dialog »Der Abt und die gebildete Frau«, ein Plädoyer für die weibliche Bildung. Auch das gehört zweifellos zur Urbanität:¹⁶

Der Abt Antronius betritt das Studierzimmer Magdalias, der »gelehrten Frau«. Diese Begegnung ist der Inhalt des Dialogs. Die Frau erkundigt sich, ob dem Gast ihre Einrichtung gefalle. Er wisse nicht so recht, antwortet der Abt. »Warum?« – »Weil alles voll von Büchern ist.« – Frauen sollten sich um die Annehmlichkeiten des Lebens kümmern. – Woher kommen denn diese Annehmlichkeiten, fragt die Frau, aus den äußeren Dingen oder aus der inneren Einstellung. – »Aus den äußeren.« – »Ihr seid mir ein feiner Abt, aber ein grober Philosoph.« Was er denn für angenehmer halte? »Den Schlaf, das Essen, die Freiheit zu tun, was man will, das Geld, die Ehren.« – »Liege ihm nicht auch an der Weisheit? – Darauf könne er verzichten, meint der Abt. Er wird ärgerlich: »Der Umgang mit Büchern macht blöde.« Was nutze letztlich auch die Bildung? »Mit größten Mühen erwirbt man sich Bildung, und nachher muß man sterben.«¹⁷ Aber gebe es nicht heutzutage schon in einigen Familien in Spanien, England, Italien und Deutschland gebildete Frauen (Erasmus dachte dabei unter anderem an die Familien Morus in London und Pirckheimer in Nürnberg). »Wenn ihr nicht auf der Hut seid«, so die Frau, »wird es noch so weit kommen, daß wir in den theologischen Schulen den Vorsitz führen, in den Kirchen predigen und Eure Mitren in Beschlag nehmen.« – Der Abt: »Das möge Gott verhüten.« – Die Frau: »Es wird an Euch liegen, das abzuwenden, denn wenn ihr so weitertut wie bisher, werden eher die Gänse predigen, als daß man Euch stumme Hirten länger erträgt. Ihr seht, daß die Bühne sich wandelt. Entweder muß man abtreten oder seine Rolle spielen.« – Wie habe er nur einer solchen Frau begegnen können, klagt der Abt. Sie solle ihn doch einmal zu Hause besuchen, dann werde er sie freundlicher empfangen: »Wir werden tanzen, reichlich trinken, jagen, spielen und lachen.« – Die Frau hat das letzte Wort: »Mich reizt es allerdings jetzt schon zum Lachen.«

Wir stellen uns die Humanisten wohl manchmal etwas zu »humanistisch«, zu fein und weltabgeklärt, vor. Sie konnten auch, wie dieser Dialog zeigt, ganz schön frech sein. Zur Urbanität dieser Colloquien des Erasmus zählten nicht nur der Inhalt, sondern ebenso ihre Szenen. Sie spielen sich meist in Häusern oder in gepflegten Gärten nahe bei den Häusern ab. Auch die Utopia des Thomas Morus wurde als ein solches »Gartengespräch« – in Antwerpen – gestaltet. Die Äußerlichkeiten des menschlichen Umgangs werden wichtig

¹⁵ Teilabdruck in: *Erasmus von Rotterdam*, Colloquia familiaria / Vertraute Gespräche (lat. u. dt.), in: Ausgewählte Schriften, hrsg. v. W. Welzig, Bd. 6, Darmstadt 1967 (597 Seiten); Erasmus von Rotterdam, Colloquia familiaria (lat. u. dt.), Stuttgart 1976 (reclam); darin: »Der Abt und die gelehrte Frau«, »Altmännergespräch: oder das Fuhrwerk« und »Die Soldatenbeichte«.

¹⁶ Abbatis et Erudite (Der Abt und die gelehrte Frau), in: W. Welzig (Hrsg.) (s. A 15), S. 252–265

¹⁷ »Immensis laboribus comparatur eruditio; ac post moriendum est.«

genommen. Stein des Anstoßes für den Abt in eben diesem Dialog war ja auch die Inneneinrichtung einer Wohnung, die Bibliothek einer Frau. Auch hier wird darauf hingewiesen, daß die materielle und ideelle Seite der Urbanität zusammengehören.¹⁸

Urbanität war – und ist – nicht zuletzt die Kunst des Zusammenlebens auf engem Raum. Norbert Elias hat in seinem Werk »Über den Prozeß der Zivilisation« eindrucksvoll aufgezeigt, wie die Vorstellung von »urbanitas«, »civilitas« und »humanitas« aus den Schriften des 15./16. Jahrhunderts entsteht. Elias hat diesen Vorgang bis in das 18. Jahrhundert, etwa in den Schriften Voltaires, weiterverfolgt.¹⁹ Die Verhaltensweisen ändern sich. Man legt Wert auf gute Umgangsformen und Manieren. Dies geschieht, um dem einzelnen mehr Schutz für seine Individualität und Privatheit zu bieten. Indem man förmlicher wird, beim Essen, bei der Begrüßung und in den alltäglichen Umgangsformen, geht man wohl ein wenig auf Distanz, respektiert aber dabei die Individualität des einzelnen. Dies gilt auch für die Intimsphäre, die noch im späten Mittelalter häufig allen gemeinsam war. Erasmus hat in seinen Erziehungsschriften immer wieder auf die Respektierung dieser Distanz gedrängt, wie überhaupt die Humanisten der Erziehung einen hohen Stellenwert für die Kunst des Zusammenlebens beimessen. Dies erklärt ihre intensive Beschäftigung mit Fragen der Erziehung, der Schulen und der Studien.²⁰ Glücklicherweise haben die protestantische Reformation und die katholische Gegenreformation, wenn auch verkürzt, dieses Anliegen übernommen und weitergeführt, als die Humanisten bereits außer Kurs geraten waren.²¹ Was beiden Bewegungen aber abging, war die Liberalität der Humanisten und leider oft auch die Toleranz: ein wesentliches Merkmal der Urbanität.

Die Kunst des Zusammenlebens mußte aber nicht nur von Kindheit an gelernt, geübt und mühsam erworben werden, sie blieb auch für die Erwachsenen eine schwierige Kunst. Erasmus hat in seiner berühmtesten Schrift, dem »Lob der Torheit«, von 1509 dazu eine eigene Philosophie entworfen,²² die tiefsinniger ist als sie auf den ersten Blick zu sein scheint: Man kann sich überhaupt nur gegenseitig ertragen, so argumentiert er, wenn man seine Torheit, die eigene miteingeschlossen, erträgt. Mit Ironie, Humor und bissiger Satire relativiert das Lob der Torheit alle Menschen, auch und nicht zuletzt deren eigene Wichtigkeit. In diesem Lob der Torheit findet sich der Kern der Philosophie der Urbanität

¹⁸ Vgl. das Kapitel »Morgenröte einer neuen Zeit«, in: L. Mumford, Die Stadt. Geschichte und Ausblick Bd. 1, München 1979, S. 367–400.

¹⁹ N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde, Frankfurt 1980.

²⁰ So Erasmus in seiner Schrift »Institutio Principis Christiani« (Die Erziehung des christlichen Fürsten), Ausgewählte Schriften Bd. 5, Darmstadt 1968, S. 111–338. Erziehung ist bei Erasmus immer auch Erziehung zu einem friedvollen Verhalten, privat und öffentlich. Seine Urbanität hat einen pazifistischen Charakter.

²¹ R. R. Bolgar, Education and Learning, in: the New Cambridge Modern History Bd. 3: The Counter-Reformation and Price Revolution 1559–1610, Cambridge 1971, S. 427–451.

²² In: Ausgewählte Schriften Bd. 2, Darmstadt 1975, S. 2–212; Das »Lob der Torheit«, Thomas Morus gewidmet (von daher der griechische Titel »encomion moriae«), ist die bekannteste und bis heute beliebteste Schrift von Erasmus. Vgl. die dt. Textausgabe als Insel-Taschenbuch mit den Randzeichnungen von Hans Holbein d. J. (Frankfurt 1979).

bei Erasmus. Bereits Sebastian Brant, der in Straßburg und Basel lebte, hatte in seinem »Narrenschiff« von 1499, das nicht zuletzt durch seine Illustrationen, darunter einige von Dürer, bekannt wurde, etwas ähnliches unternommen.²³ Brants »Narrenschiff« fällt gegenüber dem »Lob der Torheit« von Erasmus noch etwas naiv aus. Das »Problembewußtsein«, wenn man so will, aber ist beiden gemeinsam.

Wenn Erasmus 1514 geradezu in einem Triumphzug rheinaufwärts nach Basel fuhr und in den Städten am Rhein immer wieder begeistert empfangen wurde, so zeigt dies, daß seine Meinungen einen starken Rückhalt in den Städten fanden. Unter dem Eindruck dieser Reise schrieb er am 21. September 1514 aus Basel an Jakob Wimpfeling: »Ich höre, allenthalben seien bei den Deutschen ausgezeichnet gebildete Männer, daher habe ich mehr und mehr Freude an meinem Deutschland, es gefällt mir, und ich bedauere und schäme mich, es so spät kennengelernt zu haben.«²⁴

Urbanität aber ist kein gesicherter Besitz. Das wußten nicht zuletzt nachdenkliche und sensible Humanisten wie Erasmus. Gefährdungen kamen keineswegs nur von Bewegungen wie den Täufern. Gefahren drohten auch von den Fürsten und der fürstlichen Politik. Die Städte waren zwar seit dem Spätmittelalter wichtige Faktoren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Europa geworden, besonders in Deutschland, was ein scharfsinniger Beobachter wie Macchiavelli in seiner Schrift »Il principe« (1513) aufmerksam registrierte. Aber auch in England, Frankreich, natürlich in Italien, das großenteils aus Stadtrepubliken bestand, und in den Niederlanden, wo sich um Brüssel, Brügge, Gent, Antwerpen die blühendste städtische Kultur Nordwesteuropas entfaltete. Im deutschen Reichstag waren die Städte anteilig mit etwa 80 Sitzen vertreten,²⁵ in England konnten die »boroughs« neben den Baronen ihre Vertreter in das Unterhaus schicken, die Augsburger Fugger finanzierten 1519 in Deutschland die Wahl Karls V. zum Kaiser, aber die Politik war und blieb eine Domäne des Adels, der Könige, Herzöge und Grafen und ihrer Höfe.

Um vor der Willkür fürstlicher Politik, die zudem allzu leicht in Krieg ausarten konnte, geschützt zu sein, machte man sich Gedanken, wie man mäßigend auf sie einwirken könne. »Wenn schon kein Tier so roh oder wild ist«, schrieb Erasmus in der Schrift »Institutio Principis Christiani« von 1516, die an den damals 16jährigen Herzog von Burgund, den späteren Kaiser Karl V. gerichtet war, daß es nicht gezähmt werden könne, warum solle man annehmen, »daß irgendein menschlicher Charakter so roh und hoffnungslos sei, daß er durch sorgfältige Erziehung nicht kultiviert werden könne?« Anders als der Florentiner Macchiavelli, der in seinem »Il principe« das Konzept einer Machtpolitik ausgebrütet hatte, versuchte Erasmus in dieser Schrift, den Fürsten zu einer friedlichen, eher verwalten- den Politik zu bewegen. Denn alles andere sei heidnisch und tyrannisch. »Der Tyrann ist

²³ S. Brant, Das Narrenschiff, Stuttgart 1975 (reclam, neuhochdt. Übertragung mit Illustrationen, teilweise von Albrecht Dürer).

²⁴ Erasmus von Rotterdam, Briefe, hrsg. v. W. Köhler, Wiesbaden 1947, S. 115.

²⁵ G. Schmidt, Der Städtetag in der Reichsverfassung. Eine Untersuchung zur korporativen Politik der Freien und Reichsstädte in der ersten Hälfte des 16. Jhs., Wiesbaden 1984.

darauf aus, das Vermögen der Bürger bei wenigen, und zwar bei den schlechtesten anzusammeln, und durch Verringerung des Einflusses der Bürger festigt er seine Macht.« Der christliche König dagegen sei überzeugt, daß der Reichtum des Fiskus im Reichtum der Bürger bestehe. »Der Tyrann legt es darauf an, daß alle durch Gesetze und Denunziationen mächtig an ihn gebunden sind. Der König freut sich an der Freiheit der Bürger.« Manches an dieser Schrift wirkt vielleicht etwas naiv, aber der Tenor, das Plädoyer für eine Politik im Interesse der Bürger, ist offenkundig. Am leidenschaftlichsten bemühte sich aber Erasmus, die fürstliche Politik von der Vorstellung abzubringen, daß der Krieg ihr ureigenstes Handwerk sei. Er ging so weit, die Theorie des gerechten Krieges abzulehnen. Seine Kampfschrift »Julius exclusus de coelis«, »Papst Julius vor der verschlossenen Himmelstür«, und die berühmte »Querela pacis«, die »Klage des Friedens«, sind geradezu pazifistische Schriften. Andere wie Vives und Thomas Morus schlossen sich diesen Forderungen an. Doch blieben sie, wie sich bald zeigte, schon für die damalige Zeit leider ohne Erfolg. Die Fürsten ließen sich nicht ihren Handlungsrahmen durch die humanistische Urbanität beschneiden, weder die Kaiser Maximilian I. und Karl V. noch Heinrich VIII. von England und Franz I. von Frankreich, eben jene Politiker des damaligen Europa, die man ansprechen wollte. Dennoch gehört der pazifistische Impuls zu dem humanistischen Verständnis der Urbanität hinzu. Wie sollte man in den Städten leben, wenn sie umkämpft oder mit der jetzt aufkommenden Waffe der Artillerie beschossen wurden? Hier zeigt sich die gegensätzliche Interessenlage von Hof und Stadt, die das 16. wie das 17. und 18. Jahrhundert prägt, nur daß die Stadt und ihre politischen wie geistigen Interessenvertreter immer mehr an Einfluß verloren. Für die fürstliche Politik bestand bis 1789 die Stadt immer noch wesentlich aus Steinen und keineswegs nur aus Menschen, um das Bild Ficinos nochmals aufzugreifen.

Auch die Humanisten schwankten zwischen Hof und Stadt. Humanistische Juristen wie Morus, Busleiden, Budé, Viglius von Ayatta,²⁶ die politischen Ehrgeiz entwickelten, bewegten sich zwangsläufig in der Nähe der Höfe. Die soziale Basis der Humanisten blieb jedoch die Stadt, aus deren Milieu sie kamen und aus dem sie lebten. Auch verbanden nicht alle Humanisten mit der Urbanität den europäischen Horizont wie Erasmus, sondern sie zogen häufig den nationalen vor. Jakob Wimpfeling gab seiner Schrift »Germania« von 1501 den Untertitel »Zur Ehren Straßburgs«. Es war ein Dokument national gefärbter Urbanität. Wimpfeling stand auch wie die meisten Humanisten anfangs dem reformatorischen Anliegen Luthers nahe. A. G. Dickens hat in seinem Buch »The German Nation and Martin Luther«,²⁷ das leider nie ins Deutsche übertragen wurde, zu Recht darauf hingewiesen, daß die Reformation in Deutschland vor allem eine urbane Bewegung gewesen ist und ohne die Mitwirkung der Städte, ihrer Humanisten, Prediger, Drucker und nicht zuletzt ihrer Leserschaft kaum möglich gewesen wäre. Hier war, wie bereits das

²⁶ F. Postma, Viglius von Ayatta als humanist en diplomat 1507–1549, Zutphen 1983.

²⁷ (s. A 12).

Beispiel Münster zeigte, die Bereitschaft vorhanden, sich von den neuen Lehren erregen und mitreißen zu lassen, zumal von der neuen religiösen Sprache, der deutschen Sprache und den Psalmen und Kirchenliedern in deutscher Sprache. Auch Luther wußte um die Rolle der Städte. Deshalb wandte er sich in einigen Schriften direkt an die Räte der Städte, so in seiner Mahnung, Schulen zu errichten und auszubauen. Schließlich wurden fast alle größeren Städte Deutschlands mit Ausnahme Kölns protestantisch.

Noch bei Albrecht Dürer und einem anderen Nürnberger, Hans Sachs (»Wittenbergsche Nachtigall«), kann man nachspüren, wie sehr die lutherische Reformation zugleich städtisches und nationales Empfinden ganz unmittelbar ansprach. Aber anders als bei Erasmus und Morus war die Mentalität Luthers nicht wirklich urban. Das richtige geistliche Leben war ihm letztlich wichtiger als das richtige weltliche Leben. Und neben seiner berühmten Programmschrift »Von der Freiheit eines Christenmenschen« schrieb er die andere Programmschrift »An den christlichen Adel deutscher Nation«. Sie sprach eben den Adel an. Luther kritisierte zwar häufig die Fürsten, aber die Tatsache fürstlicher Politik selbst war für ihn unumstritten. Es gab für ihn viele Gründe, das provinzielle Wittenberg nicht zu verlassen. Er hat es aber auch tatsächlich nicht getan. In dem Maße, wie sich schließlich die Fürsten in Deutschland die Reformation oder auch die katholische Gegenreformation zu eigen machten, ging das ursprünglich sehr lebendige urbane Element in der reformatorischen Bewegung zurück. Es schien opportun, Landes- und Kirchenorganisationen miteinander in Einklang zu bringen. Verluste, die schleichend eintreten, bemerkt man zudem häufig nicht. Die Studie von Po-chia Hsia über Münster von 1535 bis 1618 hat minutiös aufgezeigt, wie eine städtische Gesellschaft, nicht zuletzt ihre Jugend, unter dem Einfluß der Gegenreformation, die hier von den Jesuiten getragen wurde, allmählich an städtisch-zivilem Ehrgeiz verliert. Führende Familien der Stadt zogen sich seit dem 16. Jahrhundert aus der kommunalen Politik zurück und entwickelten andere Interessen.²⁸ Das war kein Einzelfall.

Das kommunale Gegenstück zu der wachsenden Macht der einzelnen Staaten oder Territorien in Deutschland sind die »home towns«, die deutschen »Heimatstädte«, wie sie Mack Walter in seiner Studie, die die deutsche Stadtgeschichte bis in das 19. Jahrhundert verfolgt, beschrieben hat.²⁹ Der Horizont der Städte verengte sich. Die Stadtmauern, die an Funktion verloren und allmählich verfielen, wurden zum Symbol eines begrenzten Blickfelds, ja einer gewissen städtischen Inzuchtigkeit: das Gegenteil von Urbanität. Andererseits entstehen aber im 18. Jahrhundert im Zuge der Aufklärung in diesen deutschen Klein- und Mittelstädten häufig neue Zentren der Bildung, weniger der Politik. Dabei konnten Universitätsstädte wie Jena, Halle, Göttingen, Tübingen, Marburg, und

²⁸ R. Po-chia Hsia, *Society and Religion in Münster 1535–1618*, New Haven/London 1984; vgl. Rezension in: *Die alte Stadt* 1986, H. 2, S. 157–159.

²⁹ M. Walker, *German Home Towns. Community State and General Estate 1648–1871*, London 1971; vgl. das Kapitel »Historische Perspektiven« in G. A. Craig, *Über die Deutschen*, München 1982, S. 19–41.

seit dem Ende des 18. Jahrhunderts auch Münster, anregend wirken. Örtliche Verlage, Zirkel und Salons oder der Leserkreis der moralischen Wochenschriften und anderer Zeitschriften, die »Intelligenzblätter«, bilden »Kreise«, wobei häufig sogar die Schranken zwischen adeligem und bürgerlichem Publikum, zwischen männlicher und weiblicher Welt überwunden werden.³⁰ Die Bediensteten sind von dieser neuen Kultur natürlich ausgeschlossen. Man findet solche Kreise in Hamburg und Weimar, ja fast überall an allen größeren Orten. Der Osnabrücker Justus Möser hat diese Welt, die uns heute vielleicht etwas bieder erscheint und tatsächlich bei aller Aufklärung recht konservative Züge trug, in seinen »Patriotischen Phantasien« Mitte des 18. Jahrhunderts eindrucksvoll beschrieben.³¹ Goethe setzte dieser trauten Welt der deutschen home-towns in seinem Versepos »Hermann und Dorothea« gleichsam ein literarisches Denkmal. Wenn die Städte aber noch bewußt an die Tradition der großen städtischen Politik des späten Mittelalters und der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts anknüpften, wie beispielsweise die Reichsstadt Frankfurt, etwa wenn man sich dort zum Empfang des Kaisers rüstete, dann ging es weniger um die Präsentation stolzer Urbanität, sondern schon eher um geschichtliche Nostalgie. Immerhin ließ sich dabei nicht schlecht leben: Frankfurt beherbergte im 18. Jahrhundert die größte Messe Europas.

Fernand Braudel hat in seiner Studie über die Geschichte der Zivilisation vom 15. bis zum 18. Jahrhundert mit dem Akzent auf der Geschichte des Alltags die Veränderungen des städtischen Lebens in Europa detailliert beschrieben.³² Die Städte werden zwar häufig entpolitisiert, aber sie bleiben ein neuralgisches System der europäischen Gesellschaft. Die bewegenden Ereignisse der Politik vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Politik Friedrichs des Großen, die möglicherweise das historische Interesse bannen, täuschen leicht über die wichtige Rolle der Städte in der Gesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts hinweg.

Einen systematischen Überblick über diese Entwicklung des Systems der europäischen Städte von 1500 bis 1800 hat kürzlich Jan de Vries in seiner Studie »European Urbanization 1500–1800« geliefert.³³ Da uns diese Perspektive noch sehr fremd ist, lohnt es, kurz dabei zu verweilen. Das Buch sagt wenig über die Entwicklung der innerstädtischen Lebensformen aus, wie man es bei Braudel nachlesen kann. Auch politisches Handeln, die fürstliche Urbanisierungspolitik, wie wir sie überall in Versailles oder in Berlin und

³⁰ O. Borst, *Kulturfunktion der deutschen Stadt im 18. Jahrhundert*, in: O. Borst, *Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadtgeschichte*, Stuttgart 1984, S. 355–392; F. Kopitsch (Hrsg.), *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland. Zwölf Aufsätze*, München 1976; K. Gerteis, *Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit*, Darmstadt 1986.

³¹ J. Möser, *Sämtliche Werke*, 2. Abt. Bd. 4–7, Oldenburg 1943–54; J. Möser, *Patriotische Phantasien*, Stuttgart 1970 (reclam, Auszug).

³² Abschnitt »Das Städtewesen«, in: F. Braudel, *Geschichte der Zivilisation. 15. bis 18. Jahrhundert*, München 1971, S. 257–656.

³³ J. de Vries, *European Urbanisation, 1500–1800*, London 1984; W. Braünfels, *Abendländische Stadtbaukunst*, Köln 1979; P. Clark (Hrsg.), *The Transformation of English Provincial Towns 1600–1800*, London 1984.

Potsdam, in Turin oder Wien, in Würzburg oder Passau, in Dresden oder Karlsruhe verfolgen können, werde ich hier nicht behandeln. Das alles kann man ausführlicher in dem Dumont-Band von Wolfgang Braunfels über die Abendländische Städtebaukunst studieren.

Es handelt sich in diesem Buch von de Vries über die europäische Urbanisierung eher um ein Planspiel, das größere Zeiten und Räume erfaßt und sich auch wenig um nationale Grenzen kümmert. »Urbanisierung« bedeutet natürlich etwas anderes als »Urbanität«. Es geht um eine tendenzielle Entwicklung der Städte als ein System, eben nicht um das innerstädtische Leben. De Vries stützt seine Aussagen auf die vorhandene Literatur über jene 279 europäischen Städte, die den Gegenstand seiner Studie bilden: Städte, deren Einwohnerschaft die Mindestzahl von 10 000 während dieser 300 Jahre wenigstens einmal überschritten haben. Dazu zählen 6 Städte in Skandinavien, 53 in England, 8 in Schottland, 8 in Irland, 21 in Holland, 20 in Belgien, 56 in Deutschland, 78 in Frankreich, 4 in der Schweiz, 65 in Italien, 43 in Spanien, 5 in Portugal, 8 in Österreich und 3 in Polen. So entsteht das ungewöhnliche Bild des historischen Panoramas der europäischen Urbanisierung, das den Leser ebenso beeindruckt wie das – auf S. 170 – abgebildete Satellitenphoto von 1977 »Europa bei Nacht«. Hier strahlen die bei Nacht erleuchteten Städte für die Gegenwart jenes »System der Urbanisierung« gleichsam in den Weltraum aus, das der Autor auf festem Boden für die Vergangenheit untersucht hat. Die Entwicklung dieses Systems der europäischen Städte wird dabei in drei Phasen dargestellt: 1500–1600/50 (The long sixteenth century), 1600/50–1750 (The age of rural proletariat) und 1750–1850/80 (The new urbanisation). Die nationalstaatliche Entwicklung der europäischen Länder in dieser Zeit schlägt sich in der Expansion der einzelnen Hauptstädte nieder. Mit ihnen verändert sich die »Rangordnung« unter den Städten, die de Vries für wichtig hält. Die wachsende wirtschaftliche Verflechtung, die Verlegung des Seetransports aus dem Mittelmeer – dem europäischen Meer der Antike und des Mittelalters – in den Atlantik, schlägt sich in der Expansion einzelner Hafenstädte und dem Rückgang anderer – beispielsweise Venedigs –, nicht zuletzt auch der deutschen Hansestädte, nieder. Dabei änderte sich die Hierarchie der europäischen Städte. Veränderungen in diesem System werden aber nicht mehr wie im Mittelalter durch Neugründungen, sondern durch Bevölkerungswanderungen und durch bewußte politische Maßnahmen wie den Ausbau der Bürokratie in den fürstlichen Städten bewirkt. Man müßte ergänzen, auch durch den Aufbau des Militärsystems, worauf Mumford in seinem Buch »City in History« nachdrücklich hinweist. In der Unterwerfung der Städte und des Städtebaus unter die militärische Zweckmäßigkeit sieht Mumford einen erheblichen Verlust an Urbanität und städtischer Kultur, auch wenn die Städte wirtschaftlich von derlei Maßnahmen in der Regel profitierten. Solche kritischen und skeptischen Kommentare fehlen in der Studie von de Vries. Das ist der Nachteil einer allzu einseitigen, quantitativ orientierten Forschung zur Stadtgeschichte.

Bissig bemerkt Mumford zur fürstlich-barocken Stadtplanung: »Will man die entschei-

dende Begrenztheit der barocken Planung begreifen, nämlich ihre Unfähigkeit, mit irgendeiner anderen als der höfischen Daseinsform fertigzuwerden, so muß man fragen: Welche Vorsorge traf man für den stadtbürgerlichen Kern? In der Nachbarschaft überhaupt nicht. Der örtliche Markt und die Schule erhielten auf dem Plan keine besonderen Plätze zugewiesen. Auch dient der kleine Park inmitten des großen Platzes nicht als Spielplatz für Kinder aus der Nachbarschaft mit Ausnahme derer, die kraft Eigentums rechtlichen Anspruch darauf haben. Die Institutionen der Stadtverwaltung rangierten hinter dem Palast des Fürsten, und die Theorie dieses stadtbürgerlichen Kerns hat Palladio vortrefflich beschrieben.«

Mumford zitiert den italienischen Stadtplaner: Die zentralen städtischen Gebäude sind für ihn das Schloß, das Schatzamt, das Gefängnis und das Irrenhaus. »Das waren die Dominanten. Zwischen ihnen erstreckten sich in langweiliger Wiederholung die Fassaden, und hinter diesen Fassaden gingen die vergessenen und verleugneten Teile des Lebens irgendwie weiter.«³⁴

Gelegentlich verwandelte der barocke Städtebau die Städte – so Venedig, London, Paris, St. Petersburg – in große Theaterbühnen, auf denen sich die gesellschaftliche Elite stilgerecht bewegen konnte, nicht zuletzt durch die Schaffung großer Plätze im Innern der Städte. Darauf haben Hohenberg und Lees in ihrem Buch »The Making of Urban Europe 1000–1950« (1985) hingewiesen. In Umwandlung des bereits erwähnten Spruchs von Ficino schienen die Städte jetzt doch eher aus Steinen als aus Menschen zu bestehen. Allerdings, die moderne demokratische Gesellschaft fühlt sich auf dieser alten städtischen Bühne auch nicht gerade unwohl. Die Stadt verbindet die Zeiten und Jahrhunderte.

Eine der eindrucksvollsten Beschreibungen eines städtischen Systems findet sich in dem 1724–26 erschienenen Buch von Daniel Defoe »Tour through the Whole Island of Great Britain«.³⁵ Defoe war Journalist, nicht nur der Autor von »Robinson Crusoe«, und eine ungewöhnlich fleißige und schreibfreudige Persönlichkeit. Dieses Buch schwankt im Stil zwischen einem Touristenführer, einem Handbuch der Städte und Plätze und einem Unternehmensführer. Es ist jedenfalls reich an Material und von daher, wenn auch nicht immer ganz zuverlässig, sehr informativ. Wo gibt es sonst aus dem 18. Jahrhundert in Europa die Beschreibung einer Stadtlandschaft in einer so dichten und zugleich breit angelegten Form? Was immer interessiert an Bristol oder Liverpool, an den alten Städten aus der römischen Zeit oder an modernen gewerbetüchtigen Städten, mit denen Defoe sympathisiert, hier findet sich alles, einschließlich einiger recht abfälliger Bemerkungen über den Müßiggang der damaligen britischen »leisure«-class in Badeorten wie Tunbridge Wells und Bath. Das Bad diene diesen Leuten, so der Puritaner Defoe, nur als Vorwand zum Vergnügen. Es seien die besten Orte Englands, um moralisch herunterzukommen.

³⁴ L. Mumford (s. A 18), S. 459.

³⁵ D. Defoe, A Tour through the Whole Island of Great Britain, hrsg. v. G. D. H. Cole u. D. C. Browning, London 1962.

Am ausführlichsten und begeistertsten fällt Defoes Bericht über London aus. Eingehend werden die Londoner Märkte beschrieben, die Fischmärkte in Billingsgate und Fishstreet, der Gemüsemarkt in Covent Garden, Märkte für Obst, Korn, Heu, Leder, Häute und Felle, Tuche und nicht zuletzt für die Kohle, die aus Newcastle upon Tyne per Schiff nach London gebracht wurde. Gelegentlich traf eine Flotte von 500 bis 700 Schiffen mit Kohle im Londoner Hafen ein. Defoe erwähnt die innerstädtische Post. Dergleichen gebe es weder in Paris noch in Amsterdam oder in Hamburg. London ist eine kapitalkräftige Stadt. Defoe beschreibt die Börse und die Überseegesellschaften wie die Südsee-Kompanie und die Ost-Indien-Kompanie. Die Aktie hält er für eine wunderbare Erfindung. Der Aktienmarkt bewirke, daß sich der hohe wie niedrige Adel ständig in der Nähe der Hauptstadt aufhalten müsse, weil von den Bewegungen der Börse das Schicksal Tausender von Familien abhängt.

So hatte sich in London eine besondere Beziehung von Hof und Stadt, von Court und City entwickelt, die sich von den Verhältnissen anderer Länder Europas merklich unterschied. Bereits im Mittelalter befand sich der Hof in Westminster – außerhalb der Stadt. Die Stadt beschränkte sich auf den engen, ummauerten Bezirk der City of London zwischen dem Tower und Westminster. Die Herrschaft der Councils und des Mayors der City war und blieb auf diesen engen Raum beschränkt. Hier herrschten die Gilden. Inzwischen, so Defoe, habe die Stadt die Oberhand gegenüber dem Hof gewonnen, aber insgesamt hätten Court und City ihre gegenseitige Abhängigkeit voneinander erkannt, zum Vorteil beider Seiten.³⁶

Ein Ereignis, das noch in den 1720er Jahren nicht vergessen war, war der große Brand von London von 1666, der zu der Neuplanung der Stadt durch Christopher Wren geführt hatte. Das gesamte mittelalterliche London war abgebrannt. Jetzt entstanden die neuen Gebäude wie die St. Paul's Cathedral, die Defoe nicht genug loben kann. Nur der Petersdom in Rom, er bedauert dies, sei noch größer. Städtisches und imperiales Denken schließen sich bei Defoe nicht aus. Was das Feuer angeht, so hält Defoe den Bürgern von London einen traditionell bodenlosen Leichtsinn vor. Selbst der große Brand von 1666 sei anfangs nicht ernst genommen worden, weil jedermann angenommen habe, es handle sich um einen der üblichen kleineren Stadtbrände, die regelmäßig vorkamen. Die Häuser seien damals auch so hochgezogen gewesen, und die oberen Stockwerke so weit in die Straßenfront gebaut, daß man von den oberen Geschossen bei einem Brand in das Haus auf der anderen Straßenseite hinüberspringen könne. Eine andere Kehrseite der Bebauungsdichte und der oft miserablen hygienischen Verhältnisse war über Jahrhunderte die Pest gewesen, die regelmäßig einen größeren Teil der Londoner Bevölkerung hinwegge-

³⁶ »But the City, I say, has gained the ascendant, and is now made so necessary to the Court (as before it was thought rather a grievance) that now we see the Court itself the daily instrument to encourage and increase the opulence of the city, and the city again, by its real grandeur made not a glory only, but an assistance and support to the Court, on the greatest and most sudden emergencies.« D. Defoe (s. A 35), S. 338.

rafft hatte. Auch das gehört zur Geschichte der europäischen Stadt in der frühen Neuzeit.

Im übrigen gab es viele, die sich in der Stadt des 18. Jahrhunderts wohlfühlten wie die Schriftsteller und Dichter Johnson und Boswell,³⁷ die glaubten, ohne das anregende Klima der Stadt London nicht arbeiten und produzieren zu können. London wuchs zudem in den Außenbezirken von Jahrzehnt zu Jahrzehnt und da man keine exakten Volkszählungen kannte, nicht einmal die Kirchenregister waren zuverlässig, da es ja mehrere Konfessionen gab, wußte auch Defoe die Bevölkerungszahl der Stadt nicht genau anzugeben. Sie lag gegen Ende des Jahrhunderts bei etwa 800 000. Nicht nur in England, überall in Europa wertete man die Stadt im 18. Jahrhundert überwiegend positiv. Urbanität galt als Wert. Ähnlich wie Johnson in London empfand der Verleger und Schriftsteller Nicolai in Berlin, und Voltaire verspottete in seinem »Candide« in dem Baron Thunder-thon-Thronk ländliche Unbeholfenheit und Unbildung. Erst seit dem Ende des Jahrhunderts, zumal im 19. Jahrhundert, zugleich mit der Entstehung moderner Industriestädte, kommt verstärkt in literarischen Kreisen Stadt pessimismus und ein antiurbanes Denken in Europa auf, so bei den britischen Dichtern William Blake und William Wordsworth und deutschen Romantikern.³⁸ Sie boten wenig Hilfe, um die enormen Probleme zu lösen, die sich der modernen Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts stellten.³⁹

Immerhin, selbst in den unruhigen Zeiten der Französischen Revolution und der späteren napoleonischen Kriegszüge dachte man in der deutschen Provinz immer noch an die Welt der Urbanität, die inzwischen durch die deutsche Aufklärung des 18. Jahrhunderts gefiltert und ein wenig entpolitisiert worden war. So schrieb das »Morgenblatt für die gebildeten Stände« in seiner Ausgabe vom 25. April 1812: »Die Römer besaßen ein hochsinniges, bedeutendes Wort, das in keiner Sprache sich so richtig und erschöpfend ausdrücken läßt, – es hieß Urbanität.« Man habe darunter »Milde, Gefälligkeit, Artigkeit, Höflichkeit und Gewandtheit in den Sitten, im Betragen, in der Schreibart, im geselligen Umgang« verstanden. Das »Morgenblatt« deutete die Urbanität anthropologisch: »Keine Tugend bringt aber größeren Gewinn als die, welche die Römer Urbanität nannten. Der Mensch ist ein geselliges Wesen. Zu seinem Vergnügen, zu seiner Erholung bedarf er durchaus Gesellschaft, Mittheilung und Umgang, und sucht sie auf.«

Ganz offensichtlich war nicht nur römische, sondern auch deutsche Urbanität mit einem Hauch von Biedermeier gemeint. Würde diese Tugend die Stürme der Industrialisierung, des Bevölkerungswachstums und der Entstehung jener Großstädte in den nächsten hundert Jahren bestehen, an die an jenem Sonnabend im April 1812 die Redakteure des »Morgenblatt« kaum gedacht haben konnten?

³⁷ A. Lees, *Cities Perceived. Urban Society in European and American Thought 1820–1940*, Manchester 1985, S. 8 f.

³⁸ ebda., S. 9; H. Brunschwig, *Gesellschaft und Romantik in Preußen im 18. Jahrhundert*, Berlin 1975.

³⁹ An die politische Funktion städtischer Politik durch die Jahrhunderte europäischer Geschichte hindurch erinnert: D. Sternberger, *Die Stadt als Urbild. Sieben politische Beiträge*, Frankfurt 1985.

Hans-Paul Bahrdr

Städtische Lebensformen in Zukunft

Begriffliche Vorbemerkungen – Großstadtkritik – Was ist Urbanität? – Urbanität und Öffentlichkeit – Kulturelle Chancen auf der Basis städtischer Öffentlichkeit – Wie urban sind moderne Städte? – Bauliche Voraussetzungen für die Entfaltung einer städtischen Öffentlichkeit – Es gibt kein Generalkonzept – Pragmatische Vorschläge –

Begriffliche Vorbemerkungen

Wenn man sich Gedanken darüber macht, welchen Charakter in der Gegenwart das Leben in unseren großen Städten hat, und wie es in Zukunft aussehen wird, insbesondere wie »urban« es sein wird, ob »Urbanität« überhaupt eine Zukunftschance haben wird, so gerät man in mancherlei Verlegenheiten. Zunächst stellt man fest, daß das Wort »urban« und die von ihr abgeleiteten Wörter »Urbanität«, »Urbanisierung«, »Urbanismus« in ihrer Bedeutung schillern. Einige dieser Begriffe haben einen sehr weiten Inhalt und werden weitgehend wertneutral gebraucht. Das gilt z. B. für den Begriff »Urbanisierung«. Hier denken wir einfach an den Prozeß der Verstädterung, festgemacht überwiegend an äußeren Merkmalen: Zunahme an Bevölkerung in vorher kleineren Siedlungsgebilden, die Entstehung eines größeren Sektors von Handel und Gewerbe als wir sie etwa in Dörfern finden, Arbeitsteilung, Differenzierung der sozialen Schichtung, damit im Zusammenhang auch Verkehrsprobleme usw. Unter »Urbanismus« versteht man vielfach den umfassenden Themen-Komplex, mit dem sich Institute und Zeitschriften, die sich mit Stadtentwicklung und Stadtplanung befassen, auseinandersetzen. Die dazugehörige Wissenschaft nennt man Urbanistik. Eine Bewertung ist zunächst nicht damit verbunden. Ein Fachmann für »Urbanistik« kann z. B. große Vorbehalte gegen die moderne Verstädterung haben und einer städtebaulichen Richtung angehören, die das Großstadtwachstum bremsen möchte und eine Stadt sich wünscht, die so wenig städtisch oder großstädtisch ist wie möglich. Ich denke an die sog. »Gartenstadtbewegung« oder an die »Nachbarschaftsbewegung«, überhaupt an die ehrwürdige Tradition der Großstadtkritik, die ja bis in die Gegenwart immer wieder zu praktischen Konsequenzen im Städtebau geführt hat. Ein sog. »Urbanist« kann also mit »Urbanität« sehr wenig im Sinne haben. Aber es kann auch das Gegenteil der Fall sein. Er kann davon träumen, daß das Zentrum der Stadt, für die er plant, einen »wahrhaft urbanen« Charakter behält oder wieder gewinnt.

Im letzteren Fall verwendet er einen engeren und wertbehafteten Begriff von »urban« und »Urbanität«. Er meint einen bestimmten Verhaltensstil, vielleicht einen Lebensstil,

oder aber auch den Typus einer baulichen Umwelt, der zu einem »urbanen« Verhalten und zu »Urbanität« des sozialen Getriebes auffordert.

Uns geht es jetzt vor allem um die letzteren, engeren und bewertenden Begriffe. Dabei haben wir natürlich im Auge, daß zwischen den beiden genannten Begriffsgruppen ein Zusammenhang besteht. »Urbanität« als positiv bewertetes Verhalten oder als Merkmal einer baulichen Umwelt oder eines sozialen Klimas entwickelt sich (und hat sich stets in der Vergangenheit entwickelt) dort, wo die äußeren Eigenschaften einer Stadt vorhanden sind. Allerdings können wir uns auch einen »urbanen« Menschen vorstellen, der auf dem Lande wohnt (heute ist dies keine Seltenheit). Auch gibt es sicher kleine Ortschaften, die freilich nicht im herkömmlichen Sinne Dörfer sind, welche eine ausgesprochen »urbane Atmosphäre« haben, etwa internationale Kurorte und Seebäder.

Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß auch größere Städte nach unserem Eindruck mitunter »Urbanität« vermissen lassen. Ja man kann sogar die These vertreten, daß gewisse Entwicklungstendenzen, die zunächst typische Folgeerscheinungen der »modernen Verstädterung« waren (Größenwachstum, aufgelockerte Bebauung, großflächige Industrieansiedlung, motorisierter Massenverkehr), einer vorher vorhandenen »Urbanität« abträglich sein können bzw. der Entfaltung von »Urbanität« im Wege stehen. In diesem Sinne habe ich vor vielen Jahren einmal die Parole formuliert: Ziel des Städtebaus solle »die Urbanisierung der Großstadt« sein. Da war natürlich an eine gebaute Umwelt gedacht, die der Entfaltung von »Urbanität« als eines Lebensstils gerecht wird, der positiv bewertet wird.

Aber was ist eigentlich mit einem »urbanen Milieu« oder einem »urbanen Verhalten« gemeint?

Das Wort kommt von »urbs«. Damit ist nicht jede Stadt gemeint, sondern vor allem die Hauptstadt eines großen Reichs, z. B. das alte Rom. Auch später dachte man wohl weniger an kleine Städte, sondern an die wenigen Großstädte der Vergangenheit (Paris, London), die zugleich die Kultur, die Handelsbeziehungen, das politische Leben eines sehr großen Gebietes repräsentierten, gewissermaßen real zusammenfaßten oder widerspiegelten. Sie zeichneten sich meist durch ethnische, auf jeden Fall kulturelle Vielfalt aus. Stets waren es Zentren, von denen aus sich kulturelle Innovationen ausbreiteten. In Städten dieser Art wurden die Maßstäbe gesetzt, die dann auch für die sog. Provinz galten. Aber diese hinkte in der Regel hinterher und ihre Bewohner galten als provinziell. Das war das Gegenteil von »urban«.

Großstadtkritik

Aber diese sehr großen Städte galten keineswegs als vorbildlich, auch in den Augen ihrer Bewohner sehr oft nicht.

Man kann geradezu sagen: Das reflektierte, meist auch ambivalente Verhältnis zur großen Stadt gehört gerade zur Urbanität. Sie ist eine ihrer Voraussetzungen und gehört

zum Bewußtsein eines »urbanen Menschen«. Großstadtkritik gibt es schon seit der Antike, und es sind vor allem die Großstädter, die sie üben.

Sie meldet sich deutlich in der frühen Neuzeit, also schon lange vor der Industriellen Revolution. Und seitdem diese das moderne Großstadtwachstum in Gang gesetzt hat, ist sie nicht mehr verstummt.

Vor allem wirft man der großen Stadt vor, daß sie ganz allgemeine Desintegrationerscheinungen hervorbringt. Die Vielzahl von Menschen erschwert die soziale Kontrolle. Die Sitten lockern sich. Angesichts der ethnischen und kulturellen Vielfalt platzen unterschiedliche Traditionen und Wertmaßstäbe aufeinander. Daraus entstehen Orientierungsschwierigkeiten und Verwirrung. Hinzukommt, daß die Schnelligkeit, mit der immer neue Strömungen auftauchen, in Konkurrenz treten und wieder obsolet werden. Kurzlebige Moden, sowohl im geistigen Leben wie auch im Alltag, sowohl in der Kleidung als auch in der Kunst, der Wissenschaft und in den Umgangsformen, beherrschen das Feld und verführen zu oberflächlicher Anpassung. Das alte Bewährte wird vergessen. Außerdem verlieren die Bindungen an traditionell verankerte kleine Gemeinschaften, in der die Menschen angeblich ihren festen Halt haben, an Bedeutung. Die Menschen werden – so heißt es – wurzellos, vereinsamen oder geraten in den Sog von Vermassung, die ihrerseits keine wirklichen Bindungen vermitteln kann, obwohl viele Menschen dabei in enge Berührung miteinander kommen.

Was ist »Urbanität«?

Welchen positiven Sinn kann demgegenüber ein Begriff wie »Urbanität« haben? Wieso empfinden wir Befriedigung, wenn wir einem »urbanen« Menschen begegnen oder wenn wir einem Ensemble von städtischen Bauten eine »urbane Atmosphäre« zubilligen?

Ganz allgemein könnte man sagen: »Urbanität« verkörpert einen Verhaltensstil, der mit den eben genannten problematischen Desintegrations- und Verfallserscheinungen fertig wird, ihnen entweder vorbeugt oder sie auffängt und im Rahmen dieser Funktion innovativ ist, d. h. kreativ Umgangsformen, neue kommunikative Möglichkeiten und auch ästhetische Neuerungen hervorbringt bzw. deren Rezeption erleichtert. Meinen wir mit Urbanität Eigenschaften von Dingen, z. B. von Baulichkeiten, dann denken wir, daß diese die Entfaltung urbanen Verhaltens begünstigen, zum mindesten nicht behindern, möglicherweise jedoch zu ihm auffordern.

Bei dem Wort Urbanität als einer positiv gemeinten Bezeichnung für einen Verhaltensstil fallen uns Eigenschaften ein wie Aufgeschlossenheit (auch Neugier), erhöhte Kommunikationsbereitschaft und die Fähigkeit, auch unter erschwerten Umständen zu kommunizieren. Ferner Toleranz, nicht nur auf der Ebene der Prinzipien, sondern auch im Alltag, auf jeden Fall Ablehnung von Xenophobie. Freilich denken wir auch an eine gewisse Glätte. Hier mag eine Grenze in der Bewertung liegen. Sicher schätzen wir auch Menschen, die »Ecken und Kanten« haben, die »unbequem« oder »urig« sind. Deren Habitus nennen wir

jedoch nicht »urban«. Vielleicht gehört es geradezu zu einem urbanen Lebensstil, auch nichturbanes Verhalten zu tolerieren oder sogar in seinem Eigenwert zu schätzen.

Sicherlich zeichnet sich ein urbaner Verhaltensstil durch die Beherrschung zahlreicher Regeln und Tricks aus, deren Zweck es ist, anderen Menschen nicht auf die Nerven zu fallen, ihnen nicht »zu nahe« zu treten, »diskret zu bleiben«, »Distanz« zu halten, und zwar gerade dann, wenn viele Menschen, die einander unbekannt sind, zusammentreffen. Ein negativer Aspekt könnte sein, daß dann für spontane Herzlichkeit wenig Platz ist. Jedoch für Höflichkeit bleibt Raum.

Urbanität und Öffentlichkeit

Diese Vielzahl der Einzelzüge von Urbanität läßt sich nicht so leicht auf einen Nenner bringen. Aber eine gewisse Verklammerung erhalten sie doch, wenn wir sagen, es handele sich vor allem um »öffentliche Tugenden«, d. h. um Normen, Bräuche und Gewohnheiten, die ihren Platz in sozialen Feldern haben, die durch den »Aggregatzustand der Öffentlichkeit« geprägt sind. Das deutsche Wort »öffentlich« signalisiert, daß es sich um Verhältnisse handelt, die irgendwie »offen« sind, weder abgesperrt gegen den Einblick noch gegen den aktiven Eingriff von außen.

Für zahlreiche soziale Beziehungsfelder gilt dies nicht: Hier haben nur Mitglieder bestimmter sozialer Gruppen das Recht zur Teilnahme durch Mitwissen, Mitwirkung und Interaktion. Die Art der Teilnahme ist durch bestimmte soziale Rollen festgelegt und gestattet wenig Variation. Wer für sich eine individuelle Besonderheit sucht, die in dem geltenden Rollenrepertoire nicht vorgesehen ist, riskiert häufig, gemaßregelt, auch ausgestoßen zu werden. Dafür sind die Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens der anderen Mitglieder des Milieus ziemlich sicher. Man fühlt sich, solange man dieses nicht verläßt, relativ geborgen und ist fest integriert.

Wir brauchen jetzt nicht darüber nachzudenken, ob jemals Menschen in einer Welt gelebt haben, die so heil, sicher, überschaubar und integriert war, daß man sich stets geborgen fühlen konnte. Menschliches Leben war immer bedroht durch plötzlich auftretende Gefahren, Katastrophen, Feindseligkeiten und Tod. Aber mit Sicherheit können wir annehmen, daß in älteren Zeiten und dort, wo ländliches Leben in Dörfern alten Typs sich abspielte, die Ordnungsvorstellungen der Menschen sich auf eine vollintegrierte, nach außen weitgehend abgeschlossene und überschaubare soziale Existenz bezogen waren und auch sich wiederherstellten, wenn Gefahren und zerstörerische Gewalten, die von außen kamen, wieder verschwunden waren. Der Erwartungshorizont signalisierte eine Vertrauenswürdigkeit, auch wenn die Hoffnung hierauf oft zerstört wurde.

Mit der Entstehung städtischen Lebens, vor allem dort, wo größere Städte entstanden sind, existieren aber nun andere Ausgangsbedingungen. Es geschieht jetzt alltäglich, nicht nur bei seltenen Gelegenheiten (Festen, Volks- oder Heeresversammlungen), daß einander unbekannte und trotz flüchtiger Kontakte unbekannt bleibende Menschen einander

begegnen, etwas miteinander zu tun haben, zum mindesten aufeinander Rücksicht nehmen müssen, und sich später dann wieder aus dem Auge verlieren. Dies geschieht z. B. auf einem Markt, auf dem es üblich ist, Käufe mit vorher unbekanntem Händlern, zu denen man auch später keine Bindung bewahrt, abzuwickeln. Aber es gibt auch zahllose andere Situationen im städtischen Leben, die hiermit eine gewisse Ähnlichkeit haben.

Erstens: Es treffen Menschen aufeinander, die einander nicht oder nur von flüchtigen Begegnungen her kennen. Man kann sie also nicht voll identifizieren. Nur aus dem »ausschnittartigen« Anblick (bzw. den Äußerungen in diesem Augenblick) können wir gewisse Schlüsse auf die Gesamtperson ziehen, die ihre Identität ja in längeren Zeiträumen reproduziert.

Zweitens: Hieraus ergibt sich einerseits ein Sicherheitsbedürfnis. Das eigene Auftreten wird kontrolliert. Vieles zeigt man nicht. Es bleibt privat (genauer: Gerade durch die Häufigkeit solcher Situationen entsteht das Bedürfnis, eine spezielle Sphäre von der Sphäre jener riskanten Begegnungen abzuschirmen, d. h. aber sich überhaupt erst eine Privatsphäre zu begründen). Man muß sich im Alltag auf Überraschungen einstellen, auf Situationen, die so sind, daß man sich nicht auf sie vorbereiten kann.

Da aber viele Begegnungen unvorbereitet, unvermittelt geschehen und doch funktionieren sollen, muß es in dem Verhaltensrepertoire Normen, Spielregeln, Attitüden geben, die das Risiko des Mißverständnisses oder des Konfliktes vermindern. Hierzu gehört einerseits eine gesteigerte Deutlichkeit in der Ausdrucksweise wie auch eine gesteigerte Wahrnehmungs- und Rezeptionsfähigkeit. Ohne Vorbereitung durch längere Bekanntschaft muß man einem fremden Menschen oder sogar einem größeren schwer überschaubaren Kollektiv oder einer Menschenmenge klarmachen können, was man will. Dazu ist sprachliche Differenzierung ebenso erforderlich wie eine Überprägnanz im Bewegungsspiel und der Kleidung. Überprägnanz, d. h. gesteigertes Ausdrucksverhalten, damit der andere weiß, was er von einem und von der Situation zu halten hat.

Drittens: Zum anderen gehört hierzu aber auch eine Kunst des Ausklammerns dessen, was nicht dazu gehört, die Diskretion, die Beherzigung zahlreicher Distanz-Regeln, freilich auch die Gelassenheit und Toleranz, wenn man dann doch mit ungewohnten, fremdartigen und irritierenden Verhaltensweisen konfrontiert wird.

Eine »öffentliche Sphäre« setzt also voraus, daß die in einem sozialen Feld auftretenden sozialen Kontakte nicht völlig vorgebahnt, kanalisiert und reglementiert sind. Insofern kann man von »unvollständiger Integration« sprechen. Jedoch heißt dies nicht, daß hier nun ein Defizit vorliegt. Vielmehr gelingt es – nur dort sollte man von einer öffentlichen Sphäre sprechen –, durch eine Reihe spezifischer Kommunikationstypen, z. T. neuartigen Kommunikationsmitteln, dennoch zu flüssiger und präziser Interaktion zu gelangen, wobei aber gleichzeitig, wiederum auf der Basis von Normen, Bräuchen, die sich im Kulturprozeß erst entwickeln müssen, gesichert bleibt, daß einander unbekannte und vielfach unbekannt bleibende Menschen mit unterschiedlichen Gewohnheiten und Auffas-

sungen sich nicht ins Gehege kommen, auch wenn sie sich häufig auf engem Raum über den Weg laufen.

Die Ansprüche, die an die kommunikativen Fähigkeiten, gleichzeitig an die Lernfähigkeit von Menschen gestellt werden, schon damit sie in der Lage sind, ihren sozialen Alltag zu bewältigen, sind in einem städtischen Milieu seit alters größer als in nicht-städtischen Umwelten. Sicherlich kommt es zunächst in den Städten zuerst zu einer größeren Verbreitung von schriftlicher Kultur, die den Kreis kleiner Priestergruppen überschreitet.

Hierbei ist zu beachten, daß Städte ja niemals nur in sich selbst ein dichtes, vielfältiges und konflikträchtiges soziales Feld bilden, sondern stets Beziehungen zu einem Umland, aber meist auch zu anderen Städten, unterhalten. Städtisches Leben ist nie derart auf das Geschehen einer einzigen Stadt bezogen, wie dies in früheren Zeiten weitgehend in ländlichen Siedlungen möglich war (Heute ist dies auf dem Lande nicht mehr der Fall. Aber man kann fragen, ob nicht so etwas wie eine partielle Verstädterung des flachen Landes in den Industrieländern stattgefunden hat). Für frühere Zeiten gilt aber sicher, daß der Dörfner nur gelegentlich in die Stadt ging oder fuhr: Das war für ihn dann ein Ausflug in die »große Welt«. Für den Städter, vor allem für den Bewohner einer großen Stadt, war aber die größere Welt, das ländliche Umland, aber auch Menschen aus fernen Regionen des eigenen Landes oder gar des Auslandes, alltäglich präsent.

Kulturelle Chancen auf der Basis städtischer Öffentlichkeit

Die Präsenz jener größeren Welt macht einen Teil der Lebendigkeit des Stadtlebens aus und begünstigt wie gesagt die Entwicklung und Verbreitung schriftlicher Kultur, die ja eine Chance darstellt, mit sprachlichen Äußerungen große räumliche Entfernungen und Zeiträume zu überbrücken und überhaupt Inhalte präzise auszudrücken, die beim bloßen Weitersagen bald verloren gingen oder bis zur Unkenntlichkeit verändert würden. Die Städte sind wie gesagt auch typische Zentren des sozialen und kulturellen Fortschritts. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Menschen und zahlreicher Informationen in einem Feld mit geringer, lückenhafter Kanalisation der Information in Verbindung mit den gesteigerten Möglichkeiten der Informationsverarbeitung erleichtert die Hervorbringung und die Entwicklung von Innovationen.

Wir können dies unter anderem in der Kunstgeschichte beobachten. Im Mittelalter, das in Mittel-, West- und Südeuropa keineswegs durch Stagnation gekennzeichnet ist, und in der frühen Neuzeit, springen neue Stilelemente und Motive zuerst von einer größeren Stadt zur anderen, von Florenz nach Pisa, von französischen Städten zu deutschen Städten am Rhein, von Holland nach England. Die bedeutenden Künstler wandern von einer Bauhütte zur anderen, sie sind nicht ortsfest. Die Handelsbeziehungen der mit Fernhandel befaßten Städte dürften ihren Beitrag dazu geleistet haben, daß Gotik und Renaissance-Baukunst, bürgerlicher Realismus und Raumperspektive in der Malerei sich in jeweils sehr kurzen Zeitabständen quer durch Europa verbreiten konnten.

Für uns fast ungewohnt, aber doch leicht verständlich ist, daß sich auch religiöse Erneuerungsbewegungen in unserer Geschichte, sowohl solche, die die Amtskirche veränderten, wie auch solche, die in die Ketzerei abgedrängt wurden, zunächst in Städten ausbreiteten, dann von Stadt zu Stadt übergriffen (vor allem von einer Großstadt zur anderen), während das flache Land zunächst abseits lag und traditionalistisch blieb. Das gilt bereits für das Christentum in der Antike, das zuerst in größeren Städten des östlichen Mittelmeers Fuß faßte und dann nach Rom übergriff. Die auf dem Lande wohnenden Menschen hießen »pagani«. Dieses Wort wird später zugleich zur Bezeichnung für »Heiden«. Aber man kann auch an die vor allem in Städten aufblühenden Bettelorden denken, ferner an die Laienbewegungen, die der Reformation vorangingen, und an die Reformation selbst, die zunächst – solange sie noch eine Bewegung war – vor allem ein städtisches Phänomen war. Erst allmählich sorgten Fürsten dafür, daß sie »flächendekend« wurde.

Wie urban sind moderne Städte?

Denkt man jetzt an unsere modernen Städte, so wird freilich höchst zweifelhaft, ob das, was wir als charakteristisch für Stadtleben, aber auch als Voraussetzung für Urbanität skizziert haben, noch Realität ist. Allerdings muß man auch darauf verweisen, daß vieles von dem, was wir angedeutet haben, durchaus noch vorhanden ist, jedoch nicht mehr ein Monopol der Städte, auf jeden Fall nicht der Metropolen ist.

Die Informationsdichte der modernen Gesellschaft, damit freilich auch verbunden eine Informationsüberschwemmung, war noch nie so groß wie heute im Zeichen der Medien-Übersorgung und der modernen Verkehrsmittel. Unser Problem ist nicht, an genügend Informationen heranzukommen, sondern aus einer Flut angeblicher Informationen das zu seligieren, was wichtig ist, und uns nicht verrückt machen zu lassen. Freilich ist dieser Zustand nicht mehr eine Besonderheit der Stadt. Auch in kleineren Siedlungen erreichen uns die Medien, begegnen wir Menschen, die das Neueste wissen. Das Auto gestattet jedem Dorfbewohner – wenn er will täglich –, eine Stadt aufzusuchen. Aber es ist fraglich, ob und in welcher Hinsicht dies seinen Horizont erweitert. Auch in der ländlichen Siedlung begegnet er sozialer Vielfalt, Angehörigen aller Berufsgruppen, Gastarbeitern, Randgruppenangehörigen, Touristen und Ausflüglern. Ein Thema für sich wäre, ob man von einer Verstädterung des flachen Lebens, ja sogar von einer wachsenden »Urbanität« ländlichen Lebens reden könnte.

Wir wollen aber vielmehr danach fragen, ob die Stadt ihre Voraussetzungen für »Urbanität« im engeren Sinn behalten hat, auch wenn sie in vieler Hinsicht ihre »Monopolposition« verloren hat. Dies freilich ist nicht unwichtig. Natürlich hat es seine Auswirkungen, wenn auf dem Lande lebende Menschen es zwar leicht, aber nicht so oft nötig haben, eine größere Stadt aufzusuchen, um in irgendeiner Hinsicht up to date zu bleiben. Sicher bleibt es reizvoll, einmal das nächstgelegene Stadttheater aufzusuchen.

Aber im Fernsehen zu Hause kann man sehr viel besseres Theater sehen und entnimmt dann die Maßstäbe, nach denen man urteilt, ob das nächstgelegene Stadttheater diese auch einigermaßen erreicht. So kann es kommen, daß für einen auf dem Lande lebenden Gebildeten das Kulturleben der nächstgelegenen größeren Stadt keineswegs vorbildlich und maßstabsetzend ist.

Bauliche Voraussetzungen für die Entfaltung einer städtischen Öffentlichkeit

Wir wollen jetzt vor allem danach fragen, ob die heutigen Städte in ihrer baulichen Gestalt noch eine Chance für eine von »Urbanität« gekennzeichnete »städtische Öffentlichkeit« bieten. Nicht zu bestreiten ist, daß mancherlei Städte, vor allem wenn die Zentren mit einer historischen Altstadt identisch sind, Bauformen zeigen, die früher einmal »urbani-tätsfördernd« waren. Ob sie es heute noch sind, ist freilich fraglich.

Kennzeichnend für die traditionelle Stadt war der geschlossene Baublock, der ringsum von öffentlichen Straßen umgeben war. Ganz früher befanden sich – gut abgeschirmt in seinem Innern – private Gärten und Höfe; freilich wurden die Baublöcke schon seit dem Mittelalter immer mehr mit Hofbauten vollgestellt. Dort herrschte Menschengewimmel, das weder öffentlich noch privat war. Nehmen wir an, daß der »soziale Aggregatzustand« von Nachbarschaft geprägt war. Die »vollberechtigten« Häuser waren jedoch der städtischen Straße zugewandt. Aus der Haustür tretend nahm der Bürger teil am öffentlichen Leben der Straßen und Plätze. Auch wenn er einem bestimmten Ziel zusteuerte, partizipierte er an der »Multifunktionalität« dieser Umgebung. Er war durch seine spezielle Verrichtung nicht so eingengt, als daß er nicht das Vielerlei, das um ihn herum geschah, wahrnehmen und gegebenenfalls Kontakte aufnehmen konnte.

Man kann nun sicher feststellen, daß der geschlossene Baublock seit dem 19. Jahrhundert in seinem Innern einen anderen Charakter angenommen hat. Die Häuser bestehen jetzt in der Regel aus einer Vielzahl von Etagenwohnungen, die – schon wegen ihrer autarken Ausstattung – weniger Gelegenheit zu nachbarschaftlichen Beziehungen geben. Und der Freiraum im Innern des Blocks ist zumeist wenig geeignet sowohl für privates wie nachbarschaftliches Leben. Man könnte fragen, ob dadurch das Gleichgewicht von Privatheit und Nachbarschaft einerseits und öffentlichem Raum andererseits, das ja eine Voraussetzung für die Entfaltung einer städtischen Öffentlichkeit ist, denn diese lebt ja auch von der Wechselbeziehung zur Privatheit, nicht bereits gefährdet ist.

Bedeutsamer ist aber natürlich, daß der bisher öffentliche Raum der Straßen und Plätze immer mehr durch den modernen Straßenverkehr dominiert wird. Mit seinem Lärm und Gestank, aber auch mit seinen Zwängen zur Disziplin und mit der Zurückdrängung des Fußgängers auf die Reste ohnehin schmaler Bürgersteige, verliert sich zunehmend die Möglichkeit jenes gelassenen Schlenderns, das eine mehrdimensionale Aufmerksamkeit auf ein multifunktionales und deshalb buntes und die Wahrnehmung anziehendes Geschehen ermöglicht.

Es gibt verschiedene Formen der Öffentlichkeit, die indirekt auch meist etwas mit Urbanität zu tun haben (z. B. die literarische Öffentlichkeit, die politische Öffentlichkeit eines Flächenstaats, sicher auch die Öffentlichkeit der Sport-»Fans«). Gewiß aber war der Ursprungsort aller Öffentlichkeit die konkrete und anschauliche, das Alltagsverhalten durchtränkende Öffentlichkeit der städtischen Straßen und Plätze. Sie ist es, die thematisch vielfältig ist, die nicht nur das Oberbewußtsein anspricht, sondern sich auch in habitualisierte Verhaltensmuster umsetzt und die auch dem Teilnehmer mehr aktive Mitwirkung gestattet und abverlangt als dem passiven Medienkonsumenten.

Die Öffentlichkeit der Straßen und Plätze in einer Stadt ist dann auch der Boden, auf dem das gedeiht, was wir einen urbanen Lebensstil nennen. Insofern hat die durch den motorisierten Straßenverkehr denaturierte enge Innenstadtstraße einen Verlust an Urbanität erlitten. Wo der Mensch – ob im Auto sitzend oder als Fußgänger durch Autos bedrängt – nur damit befaßt ist, ungefährdet im Verkehr vorwärts zu kommen, verhält er sich monofunktional, d. h. er kann den Blick nicht schweifen lassen und »zweckfrei« den Horizont über den primären Bereich der Definition der Situation hinaus ausdehnen.

Eine Denaturierung der baulichen Voraussetzung für die Entfaltung von Urbanität kann man aber auch im größeren Rahmen erkennen. Früher war die Stadt als ganze ein attraktives Zentrum sozialer und kultureller Aktivität aller Art. Die Straßen liefen aus dem Umfeld in dieses Zentrum hinein, das mit aller Selbstverständlichkeit den Verkehr anzog, ihn gegebenenfalls umverteilte und in andere Richtungen weiterleitete. Als die Städte größer wurden, hatte dann jeweils das Stadtzentrum (nicht selten eine historische Altstadt) die Funktion, Verkehrsmittelpunkt und Verkehrsverteiler zu sein. Der Verkehr war aber seinerzeit so geruhsam und unproblematisch, daß auch derjenige, der ein Stadtzentrum durchquerte, genügend überschüssige Kraft, Aufmerksamkeit und Energie besaß, um sich bei dieser Gelegenheit einmal umzuschauen. Das gilt sogar für die Frühzeit der Motorisierung, als es in den Stadtzentren nicht an Parkplätzen fehlte.

Inzwischen wissen wir, welche Probleme bestehen, das Stadtzentrum mit einem privaten Verkehrsmittel überhaupt zu erreichen. Jeder andere Ort in den Außenbezirken einer größeren Stadt oder in ihrem Umland ist leichter erreichbar. Das bedeutet aber, daß derjenige, der das Stadtzentrum aufsucht, dies in der Regel nur gezielt zu einem bestimmten Zweck tut und es dann so schnell wie möglich wieder verläßt. Wer sein Ziel in einem anderen Stadtviertel anstrebt, wird versuchen, die Innenstadt zu umfahren. Inzwischen besteht ja ein großer Teil der Verkehrsplanung daraus, Umgehungsstraßen, Außenringe usw. anzulegen, und es zu ermöglichen, jene Stadtbereiche zu meiden, die früher nicht zuletzt deshalb, weil sich dort Verkehrsknotenpunkte bildeten, urbane Lebendigkeit aufwiesen.

Wo sich heute aber wirklich im städtischen Umfeld echte Verkehrsknotenpunkte bilden, so handelt es sich nicht um Zonen mit urbaner Atmosphäre, sondern im Gegenteil um Örtlichkeiten, in denen die Nutzung der technischen Mittel (Über- und Unterführungen, Ampelregelung, Rolltreppen, Tunnel) jeden Verkehrsteilnehmer so in Anspruch nimmt,

daß er nicht »beiläufig« noch etwas von der städtischen Umwelt wahrnehmen, diese genießen und irgendwie am öffentlichen Leben teilnehmen kann.

Natürlich hat man inzwischen in den meisten Städten Fußgänger-Zonen geschaffen. Und in der Tat findet man in diesen, sofern sie gelungen sind – es gibt auch mißglückte –, einen Hauch von Urbanität. Aber wundern sollte man sich doch darüber, daß in heutigen Städten sich diese Atmosphäre nicht dort bildet, wo der Verkehr zusammenströmt und sich verteilt, sondern daß man hierfür besondere Aussparungen, abgeschirmte Inseln schaffen muß, gewissermaßen Freigehege für Menschen, die in Ruhe zu Fuß gehen wollen, die vielleicht sogar flanieren möchten. Eine städtische Umwelt, die den Namen »urban« verdient, ist eine, in der man »flanieren« kann.

Man könnte nun immer wieder lamentieren und schließlich in völliger Resignation landen, nämlich bei dem Ergebnis, daß unsere heutigen Städte keinerlei Gelegenheit für die Entfaltung einer konkreten erlebbaren städtischen Öffentlichkeit der Straßen und Plätze bieten. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß viele Menschen, trotz allen Hanges zur Zivilisationskritik, einige Verhaltensweisen, die zusammen so etwas wie Urbanität ausmachen, durchaus schätzen und auch fähig sind, sie zu erlernen und weiterzugeben: differenzierte, grenzüberschreitende Kommunikationsfähigkeit, Toleranz, Beachtung von Distanzregeln, Respekt vor der Privatsphäre des anderen, aber auch Neugier, Weltoffenheit usw. Natürlich neigt man dazu, die Gegenwart in jedem Fall kritisch zu betrachten und ihr auch einen Verfall an urbanen Tugenden anzulasten. Man kann selbstverständlich hierfür viele Beispiele anführen. Das Gegenteil zu beweisen ist methodisch kaum möglich. Trotzdem meine ich, daß jene schlichten urbanen menschlichen Eigenschaften vor 50 oder 100 Jahren in größeren Städten nicht häufiger vertreten waren (wenn man einmal von ganz besonderen Personenkreisen und Örtlichkeiten absieht), daß sie durchaus ihre Geltung behalten, sich vielleicht sogar gesteigert haben. Woran es freilich weitgehend fehlt, sind die lokalen Gegebenheiten, die sie begünstigen. Man kann sagen: Ein urbaner Mensch muß gegen die städtische Umgebung, in der er lebt, gegenanwohnen und gegen sie anleben.

Es gibt kein Generalkonzept

Den Städtebauern von heute kann man sicher kein geschlossenes Generalkonzept zukommen lassen, das dieses Problem lösbar macht. Aber einige Hinweise darauf, wie in unseren Städten die Bewahrung oder auch Wiederbelebung einer urbanen Atmosphäre möglich wäre, könnten am Platze sein. Natürlich: Urbanität in dem engeren Sinn, wie wir anfangs festgestellt haben, kann man nicht bauen. Urban ist das Verhalten von Menschen. Sie sind es, die durch ihr Verhalten ein urbanes Klima schaffen. Der Architekt kann aber Baulichkeiten schaffen, die dieses Verhalten begünstigen, gar zu ihm auffordern, was aber nur gelingt, wenn ein Vorverständnis des Verhaltensstils mit seinen sämtlichen Voraussetzungen vorliegt.

Unsere Frage nach der Urbanität heutiger und zukünftiger Städte verlangt auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Städte sowie mit den Fragen des Denkmalschutzes. Ich glaube, daß sich aus dem Interesse an der Bewahrung oder Wiederbelebung von Urbanität einige Gesichtspunkte ergeben.

a) Fragen des Denkmalschutzes: Wenn Urbanität eines Milieus etwas mit Vielfalt und Abwechslungsreichtum zu tun hat, dann ist sicher ein städtisches Milieu zu bevorzugen, in dem auch in Gestalt historischer Bauten eine Epochen-Vielfalt vertreten ist. Viele Neubaugebiete sind ja auch deshalb so langweilig, weil alle Bauten aus einer einzigen Epoche der Baugeschichte stammen. Der Mensch, der dort lebt, fühlt sich sozusagen in seiner Epoche eingesperrt. Die Anwesenheit geschichtlicher Zeugen trägt zur Weltoffenheit bei, zur Offenheit für die Welt nicht in räumlicher, aber in einer zeitlichen Dimension.

Es braucht nicht weiter erörtert zu werden, daß unter dem Gesichtspunkt »Urbanität« der sogenannte Ensemble-Schutz mindestens dieselbe, vielleicht noch eine größere Bedeutung hat als der Schutz von Einzelobjekten. Bei unserem Thema geht es ja nicht so sehr um das Besichtigen besonderer Bauten zum Zweck der Förderung von historischer Bildung, sondern eher um das beiläufige Erleben und Wahrnehmen einer Umgebung, das im Alltag kaum bewußt wird, um Rahmenbedingungen eines zielgerichteten, gegenwartsbezogenen Verhaltens, das diesem aber doch so etwas wie ein Spielmaterial für den zweckfrei schweifenden Blick gibt.

b) Das »menschliche Maß« in der Architektur der Vergangenheit: Die Anwesenheit von Geschichte im Stadtbild hat aber noch einen anderen Sinn. Es ist möglich, daß wir aus der Geschichte des Städtebaus auch etwas Bestimmtes für die Stadtgestaltung von heute lernen können. Freilich sollte man nicht sklavisch imitieren und auch nicht willkürlich zitieren, wie es manche Postmoderne tun. Hier kann man an den Slogan denken: Es kommt nicht darauf an zu »kopieren«, sondern darauf, zu »kapieren«.

Oft wird über die Bauweise früherer Epochen gesagt: Damals hätte man noch ein »menschliches Maß« eingehalten. Dieser Begriff ist nützlich, aber man sollte ihn präzisieren. Man würde ihm sicher unrecht tun, wenn man darunter das verstehen würde, was Le Corbusier seinerzeit mit seiner Lehre von dem »Modulor« angestrebt hat. Er glaubte, man könne aus den Proportionen des menschlichen Körpers, etwa aus dem Größenverhältnis von Gliedmaßen, Kopf und Rumpf eine Proportionslehre für die Architektur entwickeln. Aber sicherlich lassen sich aus typisch menschlichen Verhaltensweisen, aus der Sensomotorik des Menschen, d. h. aus dem Zusammenspiel von Bewegungsabläufen und visueller Wahrnehmung, günstige und weniger günstige Größenverhältnisse und Gestaltformen für räumliche Konstellationen entwickeln. So ist es heute interessant, Camillo Sitte zu lesen. Dieser gewinnt Beurteilungsmaßstäbe für gelungene Straßen und Plätze der Vergangenheit, indem er sich den durch die Stadt gehenden Fußgänger vorstellt und dessen Bewegungsablauf auf das jeweilige konkrete Umfeld bezieht. Hierbei schneiden häufig alte

Bürgerplätze besser ab als geometrische Anlagen aus dem Barock, dem Klassizismus oder der Wilhelminischen Periode, in der Sitte lebte. Er hat entdeckt, daß zwischen dem Alltagsverhalten eines Menschen und ästhetischer Rezeption von Architektur ein enger Zusammenhang besteht. Architektur-Rezeption ist nicht in der Regel, sondern nur ausnahmsweise das Ergebnis der Besichtigung durch einen stillstehenden Beschauer.

Aber vielleicht sollte man das Verhältnis des Menschen zum Raum noch grundsätzlicher betrachten. Zwar ist das Verhalten des Menschen im Raum nicht so eingeschränkt, selektiv und zwanghaft wie vielfach das Revierverhalten von Tieren. Erlebnis und Nutzung von Raum ist in vielfältiger Weise möglich, wobei freilich kulturelle (also nicht genetisch vorgegebene) Muster wieder die Möglichkeiten des Raumerlebnisses (genauer: die Möglichkeiten der Situationsdefinition in räumlicher Hinsicht) auf einige Typen reduzieren. Offenbar ist auch der Mensch ein Tier mit Revierverhalten. Aber kennzeichnend ist, daß er auf der Basis von Kultur über eine Reihe typischer Muster für räumliche Konstellationen verfügt und diese auch benötigt. Trifft er sie in der Wirklichkeit an, so flößen sie ihm Vertrauen ein. Sie stehen in Wechselbeziehung mit verschiedenen praktischen Verhaltensweisen, die ebenfalls durch Sozialisation in einer Kultur vermittelt sind, aber sicher auch Elemente von genetisch fundierten anthropologischen Konstanten enthalten.

Wie tief solche Konditionierungen des Raumerlebnisses sitzen, die bedeutsam dafür sind, ob wir zu einer räumlichen Umgebung ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen in der Lage sind, bemerkt man an solchen Phänomenen wie »Klaustrophobie« und »Platzangst«. Die Begriffe sind uns vor allem als Bezeichnungen für pathologische Erscheinungen geläufig. Aber in milder Form haben wir alle sie schon kennengelernt.

Zwar steht sicher schon genetisch fest, daß der menschliche Raum weder eine Höhle ist, noch ein Fuchsbau, noch auch der Ozean, durch den ortlos ein Heringsschwarm schwimmt. Der Mensch benötigt eine räumliche Umgebung, die stets Grenzen hat, die dem jeweiligen Verhalten entsprechen, die freilich variabel sind und auch austauschbar, wenn das Verhalten sich einem anderen Thema zuwendet. Andererseits ist dieser menschliche Raum so ausgedehnt, daß wir ihm gegenüber treten und ihn zum Objekt machen können, auch wenn wir uns in ihm befinden. Die Raumtypisierungen, die in unsere alltägliche Aneignung der räumlichen Umwelt eingehen, sind aber natürlich geschichtlich und kulturell vielfältig überformt, deshalb langfristig auch variabel, jedoch nicht ganz kurzfristig. Frühe räumliche Umgebung, für die wir keine erkannte Typisierung besitzen, irritiert uns.

Wenn wir in unserm Kopf und in unseren Augen den Raumtypus »öffentliche Straße« oder »öffentlicher Platz« herumtragen und damit bestimmte Erwartungen hinsichtlich des eigenen und fremden sozialen Verhaltens verknüpfen, so handelt es sich natürlich um das Ergebnis einer relativ langen, aber keineswegs aus der Urzeit kommenden geschichtlichen Entwicklung unserer Kultur. Ähnlich steht es mit unseren Erwartungen hinsichtlich der räumlichen Bedingungen einer Privatsphäre. Der Prozeß einer zunehmenden, aber niemals

abgeschlossenen Polarisierung von öffentlicher und privater Sphäre hat sicher etwas zu tun mit der Kulturgeschichte der antiken und abendländischen Stadt. In anderen Kulturen und Perioden finden wir zum Teil keine Entsprechungen, vor allem im Hinblick auf die Gestaltung einer gebauten Umwelt.

Daß es in der Vergangenheit in vielfältiger Hinsicht gelungen ist, städtische Räume zu schaffen, die ein Feld für vertrauensvolle Aneignung durch öffentliches Verhalten und damit für die Entfaltung eines öffentlichen Alltagslebens bieten, ist sicher ein Punkt, in dem wir von der Vergangenheit lernen können. Dies ist auch ein Thema, an dem wir begreifen können, was mit »menschlichem Maß« gemeint sein könnte, nämlich Regeln für Größe, Proportionen und Gestalt einer räumlichen Umgebung, die dem spezifisch menschlichen, d. h. stets kulturell überformten, jedoch langfristig tradierten Verhaltensdispositionen entgegenkommt.

Pragmatische Vorschläge

Die Tatsache, daß das alt überlieferte Schema von geschlossenem Baublock und Straßenraum im Zuge der modernen Großstadtentwicklung und vor allem des modernen Verkehrswesens nicht mehr funktioniert hat, führte dazu, daß dieses Schema von den neueren Städtebauern vielfach aufgegeben wurde. Vielfach entstanden Straßen und Plätze von solcher Weite und dennoch solcher Verkehrsüberschwemmung, daß die begrenzte Proportionalität öffentlicher Räume – also das »menschliche Maß« – verlorenging. Nachdem dem Auto freie Bahn gegeben wurde, blieb dem bedrängten Fußgänger nur noch ein Schwanken zwischen Klaustrophobie und Platzangst. Es ist aber der Fußgänger, nicht der auf das Steuern eines Fahrzeugs konzentrierte und eingeschränkte Autofahrer, der ein für Öffentlichkeit bestimmtes Areal mit öffentlichem Leben füllen kann.

Der schlechte Ruf des vollgebauten geschlossenen Mietblocks hat auch den Wohnungsbau in den weiter draußen gelegenen Wohnvierteln verändert. In der Tat ist es gelungen, durch Zeilenbau, Reihenhausbau und verschiedene Kombinationen von freistehenden Hoch- und Flachbauten Licht, Luft, Sonne und Grün in die Wohngebiete hineinzubringen. Der Verzicht auf den geschlossenen Block, der ja nicht unbedingt mit engen Hofbauten gefüllt sein muß (es ursprünglich ja auch nicht war), bringt aber den Bewohner doch in Orientierungs- bzw. Definitionsschwierigkeiten. Was gehört jetzt zur »öffentlichen Straße«? Welche Flächen haben die Geborgenheit einer nachbarlichen Zone, zu der ja auch eine Grenze nach außen gehört. Welches Areal ist nunmehr privat? Der Begriff »halböffentliches Grün« könnte zum Nachdenken Anlaß geben.

Auf jeden Fall wäre es an der Zeit, wenn die Städtebauer noch einmal über den von öffentlichen Straßen umgebenen Baublock nachdenken würden. Über ihn ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, auch wenn er in Zukunft sicher nicht dieselbe Gestalt haben muß wie in sanierungsbedürftigen historischen Altstädten oder sanierungsreifen Gründerzeitvierteln. Nebenbei: Es gibt schon eine Reihe von guten Lösungen: entkernte ältere

Baublöcke, die abgeschirmt vom Verkehr eine wirklich beruhigte Zone für nachbarliche Kontakte bilden. (Das Wort »Entkernung« ist für mich kein Schimpfwort.)

Zu Fußgängerzonen will ich nur sagen: Es muß gelingen, sie durch Ansiedlung von Geschäften und anderen Baulichkeiten, die den Fußgängerverkehr anziehen, attraktiv zu machen. In den letzten Jahrzehnten sind viele Fußgängerzonen entstanden, die tot sind, weil in ihnen keine Gebäude stehen, die von Fußgängern aufgesucht werden, vielmehr introvertierte Großbürogebäude. Wer einerseits die City vom Verkehr entlasten möchte, was sicher oft erstrebenswert ist, andererseits ihre Lebendigkeit erhalten möchte, sollte überhaupt darüber nachdenken, welche Arbeitsstätten im Kerngebiet einer Großstadt am Platze sind. Es gibt viele Bürohochhäuser, in denen Hunderte von Angestellten arbeiten, deshalb viel Berufsverkehr erzeugen, die aber zum öffentlichen Leben einer City nichts beitragen. Nur wenige Menschen suchen sie tagsüber auf. Die Arbeit in ihnen besteht zwar aus Kommunikation. Diese wird aber durch Computer, Telefon und Schreibmaschinen besorgt. Solche Gebäude haben eigentlich nichts in der City zu suchen. Sie erdrücken das öffentliche Leben auf Straßen und Plätzen, aber tragen nichts zu seiner Lebendigkeit bei. Es war nur das Imponiergehabe großer Firmen, manchmal auch staatlicher Behörden, wenn sie ihren Platz im Stadtzentrum erhalten haben.

Selbstverständlich verdankt die Innenstadt einer Großstadt ihren urbanen Charakter auch ihrem Marktcharakter. Man wünscht sich, daß noch andere öffentliche, z. B. politische und kulturelle Funktionen in ihr Platz haben. Gerade die Mischung der Funktionen, die Multifunktionalität, schafft jenes Klima, in dem Urbanität wachsen und sich regenerieren kann. Aber wenn man dies will, muß man Wert darauf legen, daß Kauf und Verkauf hochwertiger langlebiger Güter ihren Standort in der City behalten und nicht in Verkaufszentren außerhalb der Stadt auf die grüne Wiese abwandern. Jeder Städtebauer weiß, daß hier ein ganz zentrales Problem liegt, für das es keine Patentlösungen gibt. In solchen Verkaufszentren außerhalb der Stadt bildet sich eben nicht jene Multifunktionalität heraus, die wir als kennzeichnend für Urbanität ansehen. Sie sind strikt monofunktional.

Ein Angsttraum, der in manchen amerikanischen Städten schon Realität geworden ist: das völlig enturbanisierte Stadtzentrum. In ihm stehen einige Wolkenkratzer, in denen Büroarbeit ohne Außenweltsbeziehung geleistet wird. Dann gibt es noch einige kleinere Lädchen, in denen Firlefanz für Touristen verkauft wird, falls noch Touristen kommen. Vielleicht gibt es auch noch Nachtlokale und Sex-Shops für Provinzler, die ein Großstadterlebnis suchen. Im übrigen erkennt man einige Nischen für Randgruppen, gegen die man vielleicht nichts einwenden will, die aber nichts zur Urbanität beitragen. Nachts ist das Stadtzentrum tot, bei Tage nur halblebendig.

Um nicht ganz negativ zu schließen, noch eine Anregung, die für eine Reihe von Städten – vor allem für solche Städte, die erst in jüngerer Zeit die Schwelle zur Großstadt überschritten haben, gelten könnte. Eine Großstadt besitzt in aller Regel außer einem Hauptzentrum eine Reihe von Nebenzentren. Sie bilden Mittelpunkte in den verschiede-

nen Wohnquartieren. Sie haben eine wichtige Funktion, sind vielfach fußläufig erreichbar und besitzen nicht selten einen urbanen Charakter. Freilich ist es – das gibt es durchaus – eine gemütliche Urbanität, nicht so hektisch wie die der überlasteten City. Diese Nebenzentren sind in den letzten 100 Jahren aber oft mehr oder weniger zufällig entstanden: z. B. in den alten Dorfzentren der später eingemeindeten Randgemeinden oder an Kreuzungen und Verzweigungen von Ausfallstraßen. Manche dieser Nebenzentren sind gut gelungen und besitzen eine geruhsame Lebendigkeit. Vielfach waren die städtebaulichen Rahmenbedingungen aber von vornherein ungünstig. In einem ehemaligen Dorfkern ist die vorgegebene Situation für die Ansiedlung zentraler Funktionen oft eben ungünstiger als in einer historischen Altstadt. Auch in einem Areal, das zunächst nur der Verkehrsverteilung gedient hat, ist es nicht leicht, nachträglich einen Platz mit Fußgängeröffentlichkeit entstehen zu lassen.

Überhaupt hat es den Anschein, als ob solche Nebenzentren niemals ein Thema für anspruchsvolle Städtebauer gewesen wären. In kleineren Großstädten, die bis vor kurzer Zeit noch Mittelstädte waren, haben sich zudem solche Nebenzentren, wie sie hier gemeint sind, vielfach noch gar nicht entwickelt. Allenfalls gibt es sterile Einkaufsseen.

Wer heute die City von unnötigem Verkehr, der jede Urbanität von Straßen und Plätzen abwürgt, entlasten will, andererseits aber das Wuchern der Einkaufszentren auf der grünen Wiese abbremsen möchte, muß den Aufbau und Ausbau von Nebenzentren, die in der Mitte der jeweiligen Stadtquartiere liegen, fördern und über ihre Gestaltung sich neue Gedanken machen. Das Verkehrsproblem ist hier trotz aller Schwierigkeiten immer noch leichter zu lösen als im Stadtzentrum. Die bescheideneren Ausmaße erlauben ein »menschliches Maß« der Bebauung. Dem Fußgänger könnte etwas leichter eine Chance gegeben werden, seinen Beitrag zur Entstehung einer vertrauenerweckenden urbanen Atmosphäre zu leisten.

Literatur

- G. Albers / A. Papageorgion Venetas, Stadtplanung, Entwicklungslinien 1945–1980, 2 Bde. Tübingen 1984.
 H. P. Bahrdt, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961.
 E. Howard, Gartenstädte von morgen. Das Buch und seine Geschichte, hrsg. von J. Posener, Frankfurt/Berlin 1968.
 J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Bauwelt-Fundamente, Bd. 4, Berlin/Frankfurt/Wien 1963.
 W. H. Riehl, Die Naturgeschichte des Volkes, 1. Bd. Land und Leute, Stuttgart und Tübingen 1854.
 R. Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt 1983.
 C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, 2. Auflage, Wien 1889.

Gerhard Knopp

Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr am Main*

Altstadtsanierung im Spannungsfeld zwischen Idee und Verwirklichung

Stadtgeschichte – Die Lage im Raum. Siedlungsstruktur und Verkehrslinien – Die Gestalt der alten Stadt – Ausgangslage 1965: Die Stadt in Bedrängnis – Aufgaben und Ablauf der Planung – Entscheidungen und Lösungsansätze – Zielvorstellungen und Leitbilder – Kurskorrekturen – Verbindliche Planungen – Rückblick und kritische Würdigung

Die Denkanstöße für eine Stadterneuerungsplanung Lohr a. Main erfolgten schon 1960. Die erste Planungsphase setzt – ohne daß der Stadtrat und der beauftragte Stadtplaner ganz übersehen können, wohin sie im einzelnen führen wird –, 1965 ein und findet nach einer zweiten Planungsphase 1972 einen vorläufigen Abschluß in einem die ganze Altstadt und die angrenzenden Erweiterungsgebiete des 19. Jahrhunderts umfassenden rechtskräftigen *Bebauungsplan* mit rd. 40 ha, der zwar den planerischen Anforderungen, nicht aber den Anforderungen des inzwischen in Kraft getretenen Städtebauförderungsgesetzes entspricht. Vorbereitende Untersuchungen mit sozio-ökonomischen Aussagen fehlen. Ebenso eine Bürgerbeteiligung und alternative Neuordnungskonzepte. Da es nicht gelingen kann, den *Bebauungsplan* für seinen gesamten Geltungsbereich innerhalb eines Jahres den Regularien des Städtebauförderungsgesetzes anzupassen und es auch nicht wünschenswert erscheint, einen so großen Bereich förmlich festzulegen, werden 1972–75 in einer dritten Planungsphase andere Wege gesucht, die erarbeiteten Ergebnisse der Planung zu sichern. Schon damals beginnt die Durchführung von Maßnahmen für den Verkehr.

Bei Beginn der Planung für die Altstadtsanierung steht die Stadt vor einer einschneidenden Entscheidung: sich unter Umständen auf einer der Anhöhen westlich oder östlich der Altstadt, 250 bzw. 150 m über dem Main weiterzuentwickeln. Hier, in den weiten Waldgebieten, verfügt sie in großem Umfang über Grund und Boden. Diese Entscheidung steht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtstadt, insbesondere bestimmt sie aber auch die Überlebens- und Entwicklungschance der vernachlässigten Altstadt. Grund-

* Im Rahmen der Berichterstattung zum Thema Altstadtsanierung: Zum Beispiel ... sind seit 1978 eine Fülle interessanter Beispiele mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten veröffentlicht worden. Es handelt sich überwiegend um Beispiele, die *nach* dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes durchgeführt wurden. Das Beispiel Lohr a. Main fällt insofern aus dem Rahmen, als es sich um ein Beispiel handelt, dessen planungsmethodische Ansätze und Zielsetzungen längere Zeit *vor* dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes liegen und das zudem von Anfang an im Zusammenhang mit einer parallel laufenden Stadtentwicklungsplanung stand – für eine kleine Stadt fast schon ein Ausnahmefall.

sätzliche Fragen der Stadtentwicklung, die später in eine den Lohrer Talkessel umfassende Flächennutzungsplanung münden, stehen somit neben der Stadterneuerungsplanung 1965 im Vordergrund.

Aus dieser Vorgeschichte heraus müssen heute bei dem Fallbeispiel Lohr a. Main, neben der Darstellung der Lösungsansätze für einige Problemschwerpunkte, zwei Aspekte von Interesse sein:

- Wie haben sich die Ergebnisse der Planung für die Altstadterneuerung nach über 20 Jahren bewährt?
- Welche Auswirkungen hatte die gleichzeitige Auseinandersetzung mit der Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsplanung für die Altstadt und die Gesamtstadt?

Es wird deshalb versucht, nach einem kurzen Überblick über die Historie der Stadt skizzenhaft die Problemfelder der Stadtentwicklung und Altstadterneuerung, also die Bedrängnis darzustellen, in der sich die Stadt Anfang der 60er Jahre bei Beginn der Planung befand, um dann die Lösungsansätze aufzuzeigen, die den Weg in die Zukunft bestimmt haben. Schließlich – und das ist das Ziel der Berichterstattung – sollen die Tragfähigkeit der Planung, die während der Planung erforderlichen Kurskorrekturen, die Auswirkungen und die Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen und die Wirksamkeit der eingesetzten Instrumentarien bzw. der Vorgehensweisen aus der heutigen Sicht des Berichterstatters kritisch betrachtet werden.

Stadtgeschichte

Lohr (Lar, Lare, Lore wird als natürlicher Weideplatz gedeutet) wird 1296 das erste Mal urkundlich erwähnt. Eine Ansiedlung hat jedoch schon um 800 bestanden. 1333 verleiht Ludwig der Bayer Lohr die Stadtrechte von Gellnhausen (Stat ze obern Lohre vf dem Mön); Graf Ludwig Rieneck erhält 1336 Lohr vom Mainzer Erzbischof als Lehen, Lohr bleibt bis 1559 Mittelpunkt der Grafschaft Rieneck. Im 16. Jahrhundert wird Lohr in die Bauernkriege verwickelt und verliert 1525 wegen der Teilnahme an einem Aufstand für ein Jahrzehnt Freiheiten und Privilegien. Nach dem Aussterben der Rienecker kommt Lohr 1559 als heimgefallenes Lehen zum Erzstift Mainz. Ende des 16. Jahrhunderts wird mit dem Bau des Renaissancerathauses begonnen.

Reformation und Gegenreformation bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Stadt. Die geistliche Herrschaft setzt 1601–1624 die Gegenreformation durch. 1649 wird das Kapuzinerkloster gegründet. 1631 plündern die Schweden die Stadt. 1601 hat die Stadt rd. 1800 Einwohner, 1640 (auch als Folge der Pest) nur noch etwa 525. Truppendurchzüge, Einquartierungen und Beschlagnahmen lassen die Stadt bis in die dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts nicht zur Ruhe kommen. Die Wirtschaftskraft ist stark beeinträchtigt.

Bis in das 18. Jahrhundert lebt die Stadt von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der Main (Schiffsbau, Holztransport, Gerberei, Handel in begrenztem Umfang) und der Spessart (Holz, Papiermühlen, Kohlerei, kleinbäuerliche Betriebe) bieten. Dann kommen

Manufakturen hinzu (Glas- und Spiegelproduktion), die sich aber nur bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts halten können. Ein Eisenhammer- und Blechwalzwerk entstehen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, jedoch sind alle Berufe überbesetzt und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eng begrenzt. Strenge Restriktionsbestimmungen für die Aufnahme in die Zünfte sind die Folge.

Um 1800 hat Lohr 2766 Einwohner, das Oberamt Lohr 7970 Einwohner. Die Revolutionskriege bringen seit 1792 für Lohr und den Spessart eine Neuordnung der politischen Verhältnisse. Nach wechselvollen Jahren geht Lohr mit dem Fürstentum Aschaffenburg am 24. Juni 1814 an das Königreich Bayern über. Die Verwaltung wird reorganisiert. Verwaltung, Justiz und Finanzwesen bleiben aber in der Hand eines einzigen Beamten, des Landrichters, vereinigt. Eine langsame Konsolidierung setzt nach den napoleonischen Kriegen, die die Stadt geschwächt hatten, ein, wenn auch Hungersnöte (1816/17 und 1847), mangelnde wirtschaftliche Existenzgrundlagen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Stadt beeinträchtigen. 1832 wird eine Lateinschule eingerichtet. 1844–46 wird das Spital (heute Amtsgericht) erbaut. Die Bahnstrecke Würzburg – Aschaffenburg wird 1854 eröffnet, die Stadt damit an ein überregionales Verkehrsnetz angeschlossen (Der Main hatte zu dieser Zeit als Transportweg an Bedeutung verloren). 1875 bekommt die Stadt ihre erste Brücke über den Main, der jahrhundertlang eine Grenze zwischen den Interessengebieten der Mainzer und Würzburger Erzbischöfe bildete.

Die Lateinschule wird 1902 in ein Gymnasium umgewandelt. Die Heil- und Pflegeanstalt wird 1912 eröffnet, die mit ihren großen, für die Stadt nicht disponiblen Freiflächen die Entwicklungsrichtung Lohrs beeinflusst. Die Lungenheilstätten entstehen an den Ausläufern des Spessarts. Die Forstschule, die Forstwirtschaft, das ständig wachsende Eisenwerk Rexroth, Glas- und metallverarbeitende Industrie prägen das Leben der Stadt mit. Mit der Industrialisierung wächst Lohr über die alten Grenzen. 1934 wird die Lindigsiedlung im Norden der Altstadt gegründet, 1939 das linksmainische Sendelbach eingegliedert. Lohr hat 1939 rd. 7100 Einwohner. Aus den 30er Jahren stammt ein sehr interessanter Stadterweiterungsplan, in dem versucht wird, die weiten unbebauten Flächen zwischen Altstadt und Bahnhof in das Stadtgefüge zu integrieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhält die Stadt durch Vertriebene und neu angesiedelte Betriebe kräftige Entwicklungsimpulse. Als Sitz des Landkreises Lohr und größte Stadt zwischen Würzburg und Aschaffenburg entwickelt sich Lohr expansiv. Umstrukturierungsprozesse verschiedenster Art führen trotz zeitweilig stagnierender Bevölkerungszahl zu einer erheblichen Ausweitung der Bebauungsgebiete. Die am Rande der Altstadt gelegene Firma Rexroth wird in den Mannesmann-Konzern eingegliedert. Anfang der 60er Jahre, Lohr hat inzwischen über 11 000 Einwohner, steht die Stadt vor der Frage, ob nicht ihre weitere Entwicklung auf einer der Anhöhen erfolgen soll, da durch die nahen Grenzen der umliegenden Orte die Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Die Gemeindegebietsreform, die 1972 zur Eingemeindung der umliegenden Orte Sackenbach, Steinbach, Wombach, Rodenbach und Halsbach führt, 1978 kommt Pflochsbach hinzu,

schafft eine sinnvolle Arrondierung der Stadt mit guten Entwicklungsmöglichkeiten. Allerdings geht der Sitz des Landratsamtes durch die Landkreisreform verloren (Zusammenlegung der Landkreise Lohr, Karlstadt, Gemünden und Marktheidenfeld zum Landkreis Main – Spessart, Sitz in Karlstadt). Nach der expansiven Phase im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg setzt seit Anfang der 70er Jahre (Lohr hat 1974 rd. 16600 Einwohner) eine Konsolidierungsphase ein, die der Stadt eine Stabilisierung »nach innen« bringt, das heißt, eine schrittweise Verbesserung der Infrastruktur, die stufenweise Erneuerung der Altstadt, Verbesserung des Wohnumfeldes, den Ausbau von Gemeinschaftseinrichtungen und die Belebung des kulturellen Lebens. Grundlage für die Durchführung dieser Maßnahmen sind die Anfang der 60er Jahre vom Stadtrat weitsichtig eingeleiteten Planungen für die Stadtentwicklung und die Altstadtsanierung.

Lage im Raum

Siedlungsstruktur und Verkehrslinien

Lohr, die alte kurmainzische Überamtsstadt liegt westlich des Mains auf einem Mittelterrassensporn zwischen dem Rechtenbach und dem Lohrbach im Kreuzungspunkt historischer und heute gut ausgebauter Verkehrswege. Hier weitet sich das im Norden und Süden Lohrs noch weitgehend in seiner Ursprünglichkeit erhalten gebliebene Maintal zum Lohrer Talkessel auf. Die umliegenden Höhen im Osten, Ausläufer des Spessarts, sind stark bewaldet. Sie fassen den Lohrer Talkessel und geben ihm seine Prägung. Sie sind heute im Bewußtsein der Bevölkerung unantastbar.

Die siedlungsstrukturelle Situation ist gekennzeichnet durch die prägnante Lage des sehr geschlossenen Stadtkörpers der historischen Altstadt auf dem Terrassensporn am Scheitelpunkt des Mainbogens und die umliegenden ehemals eigenständigen Dörfer, die inzwischen, teilweise suburbanisiert, eingemeindet worden sind. Ein System einander gegenüberliegender Siedlungen beiderseits des Mains charakterisiert die Situation. Östlich des Mains liegt Sendelbach, unmittelbar der Altstadt gegenüber, seit dem Bau der ersten Mainbrücke 1875 in enger Wechselbeziehung zur Stadt. Nördlich von Lohr beiderseits des Mains, einander gegenüberliegend, haben sich Sackenbach und Steinbach entwickelt. Im Süden ebenfalls, wie Zwillinge einander gegenüberliegend, befinden sich, auch heute noch mit teilweise dörflichem Charakter, Rodenbach und Pflochsbach, sowie vom Main abgerückt Wombach.

Die Bahnstrecke Würzburg – Aschaffenburg mit sehr dichten Zugfolgen führt, nördlich der Altstadt in Hanglage trassiert, an dieser vorbei. Die B 26 führt von Aschaffenburg über Lohr a. Main, als den Main begleitende Straße, nach Karlstadt und weiter nach Schweinfurt. Die B 289 beginnt in Lohr und führt in Richtung Bad Orb. Über die einzige Brücke über den Main führt eine den großen Mainbogen abschneidende, direkte Verbindung nach Karlstadt.



Abb. 1 Lohrer Tal, Blick nach Süden. Skizze: G. Knopp

Die Gestalt der alten Stadt

Die Gestalt der historischen Altstadt wird geprägt durch die geschickte Ausnutzung der topographischen Situation, durch die »anonyme« Stadtplanung.

Eine Höhenzunge schiebt sich im Bereich des Mainbogens relativ nahe an den Fluß heran. Sie wird folgerichtig vom systemgebundenen blattförmigen Stadtgrundriß aufgenommen. Klare Stadtränder, eine maßvolle Höhenentwicklung von 2–3 Geschossen, die durch einige bauliche Dominanten wie dem Turm der Stadtpfarrkirche, dem Stadtturm oder den Türmen des Schlosses überspielt wird, schaffen zusammen mit der Dachlandschaft sowie einem teilweise wertvollen Baumbestand die unverwechselbare Stadtsilhouette einer kleinen mittelalterlichen Stadt am Main vor dem Hintergrund der bewaldeten Bergkulisse des Spessarts.

Lohr war durch die Topographie nie eine dem Main unmittelbar zugeordnete Stadt wie etwa Marktheidenfeld oder, mit Einschränkungen, Karlstadt und Miltenberg. Trotzdem ist eine schöne Beziehung zwischen Fluß, der eine der wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt gewesen ist, und Stadtorganismus entstanden. Noch im 19. Jahrhundert wurde der Stadtgrundriß folgerichtig durch die asymmetrische Anordnung der Mainbrücke respektiert; wenn dadurch aus heutiger Sicht enge Bindungen für den Verkehr entstanden sind, so sei darauf hingewiesen, daß diese Zwänge bei einer achsialen Anordnung der Brücke zum Stadtgrundriß wesentlich gravierender wären. Wenn auch die Brücke erst 1875 erbaut und 1965 umgebaut worden ist, bildet sie mit den dahinterliegenden Gebäuden ein Ensemble. Auch die Mainwiesen mit den Lagerplätzen für Holz gehören ebenso wie der Grünraum der Heil- und Pflegeanstalt zur Gestalt der Stadt.

Wesentliche Elemente der Stadtgestalt Lohrs sind bei Planungsbeginn in schlechtem Zustand. Wenn auch erfreulicherweise die Höhenentwicklung und die Dachlandschaft erhalten geblieben sind und keine »markanten« neuen »Dominanten« die Sichtweite stören, so sind die Verwischung der Ortskontur durch die Fabrikanlage Rexroth im Norden und die Zersiedlung im Süden aus stadtplanerischer Sicht stark belastend. An dieser Stelle muß aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Bewertung der Stadtgestalt erst während der Planung die Dimension bekommen hat, die ihr zusteht.

Verschiedene umfangreiche Nutzungsprogramme, Wohnen, Gewerbe, Schulen, Sportflächen, warten je nach Ausgang der Entscheidung über Entwicklungen auf den Höhen auf ihre Realisierung.

- Die Altstadt als Mittelpunkt von Handel und Wandel, als Wohnstandort und Mittelpunkt kulturellen Lebens droht zu veröden. Die Gründe seien nur kurz skizziert und auf das Wesentliche beschränkt. Sie sind symptomatisch und in vielen Beispielen beschrieben.
- Durchgangsverkehr, Ziel- und Querverkehr, gravierende Parkplatzprobleme ersticken eine positive Entwicklung der Stadt.
 - Der leidlich gute Zustand der ertragreicheren Gebäude beiderseits des T-förmigen Hauptstraßenzuges täuscht über den schlechten Zustand der am Rande liegenden dichten mittelalterlichen Baustrukturen hinweg. Auch die Urzelle der Stadt, das Mainviertel, ist durch Verfall geprägt.
 - Eine deutliche Abnahme der Wohnbevölkerung bei starker Überalterung der verbleibenden Bewohner und beginnender Einquartierung von Gastarbeiter-Familien kennzeichnen die Situation. Die verbleibenden Bevölkerungsgruppen sind finanziell nicht in der Lage, die erforderlichen Sanierungen an den Gebäuden und im Wohnumfeld vorzunehmen. Abgesehen davon ist die äußerst dichte und kleinpärzellierte Gebäudestruktur nicht durch Schönheitsreparaturen in den Griff zu bekommen. Tiefgreifende strukturelle, in den Besitzstand einzelner eingreifende Veränderungen sind erforderlich. Teilabbrüche von Gebäuden in den rückwärtigen Bereichen werden schnell als provisorische Parkierungsflächen genutzt.
 - Fehlende Erweiterungsflächen und stark eingeschränkte Modernisierungsmöglichkeiten für den Handel behindern eine Verbesserung der Angebotsstruktur und Einkaufsatmosphäre.
 - Die kleinteilige Gebäudestruktur ermöglicht kaum die Einfügung größerer Gebäudemassen, wie sie den Nutzungsanforderungen entsprechen. Zwei neu errichtete Gebäude in der Stadtmitte (eine Bank und ein Kaufhaus) zeigen sehr schnell auch dem Stadtrat auf, wie problematisch solche Maßnahmen sind, wie stark sie das Wesen der Kleinstadt beeinträchtigen. Gewisse Möglichkeiten für Neubauten größeren Maßstabs bieten sich südlich der Altstadt in dem Erweiterungsbereich aus dem 19. und beginnenden 20. Jahrhundert an. Doch ist die Anbindung an die Stadt nicht gut. Die einzige größere innerstädtische Grünanlage, als Gliederungselement und Erholungsbereich günstigerweise erhalten, hängt diesen Bereich psychologisch von dem zentralen Entwicklungsbe- reich ab.

Aufgaben und Ablauf der Planung

Die Komplexität der Aufgabenstellung wird aus der dargestellten Ausgangssituation ersichtlich. Sie ist auch durch einen starken Nachholbedarf an städtebaulicher Planung in einem ländlichen Raum gekennzeichnet, der von den unmittelbaren Folgen des Krieges

weitgehend verschont geblieben ist. Die überkommenen sozio-ökonomischen Strukturen haben sich auch nach dem Kriege nur langsam verändert und waren durch die Lage des Raumes keinem starken Veränderungsdruck ausgesetzt, bis dann Anfang der 60er Jahre ein Stau ungelöster Probleme erkannt wurde, der sich durch die allgemeinen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft ergaben und die auch diesen schönen, beschaulichen Lebensraum erreichten. In dieser Situation setzt aber auch hier, die für diese Zeit bezeichnende Wachstumseuphorie ein, vor deren Hintergrund die Erwägungen, die Entwicklungen auf die Höhen zu verlegen, zu sehen sind.

Für die Planung ging es einmal um die Sicherung der künftigen Entwicklung der Stadt, mit Lösung der Verkehrsprobleme, der Vorsorge für ausreichende Wohn- und Gewerbeflächen, eine bessere Ausstattung mit Einrichtungen der öffentlichen Hand, Ausbau der technischen Infrastruktur, dann um die Realisierung der nötigen Maßnahmen. Es ist wichtig, das prozeßhafte der Planung zu verdeutlichen, also den Abbau der anfangs bestehenden Unsicherheit aller an der Planung Beteiligten, die stetige Vertiefung der Erkenntnisse, die Wahl der Planungsinstrumente und die zur Realisierung nötigen Vorgehensweisen.

Die erste Planungsphase 1965–1970, die als Phase des Suchens und der Unruhe bezeichnet werden kann, dient der Klärung der Situation, des methodischen Vorgehens sowie des Formulierens von Zielen und mündet in die Erarbeitung planerischer Leitbilder für die Gesamtstadt und die Erneuerung der Altstadt ein. Sie ist durch die Suche nach Ansätzen für die Planung, eine gewisse Unsicherheit über den zu beschreitenden Weg, ein fehlendes Problemverständnis für Teilaspekte der Planung (Denkmalschutz, Landschaft, Umweltbelastung) und eine große Unruhe im kommunalpolitischen Raum mit intensiven, kontrovers geführten Diskussionen, dann wieder durch die kontroversen längeren Planungsphasen gekennzeichnet. Wie ein roter Faden läuft der Gedanke der Wechselwirkung zwischen dem Teil und dem Ganzen und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer interdisziplinären Zusammenarbeit durch die Planung.

Im Vordergrund stehen

- die Entscheidung: Entwicklung im Talkessel oder auf der Höhe. Und nach der Entscheidung, im Tal zu bleiben und die Entwicklung durch den gemeinsamen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Lohr a. Main zu sichern,
- das Verteilungsgerangel um die Entwicklungspotentiale zwischen der Stadt und den umliegenden Orten,
- die Verkehrsplanung mit äußerst heftigen Kontroversen um alternative Lösungen. Insbesondere beim Standort für die neue Mainbrücke, die zu einer parteipolitischen Polarisierung auch vor dem Hintergrund der damaligen innenpolitischen Situation führen (1968–70),
- das Altstadtkonzept, dessen Kernstück eine zunächst sehr umstrittene Fußgängerzone und ein straffes Baublocksanierungskonzept bei weitgehender Erhaltung der wertvollen Bausubstanz, Ergänzung durch Baublockrandbebauung mit Auskernung der Innenhöfe ist,

– die Nutzung des Nägelseegebietes zunächst als Wohngebiet, dann als Standort einer großen Schule, anfänglich als Gesamtschule konzipiert.

Das Ergebnis der ersten Planungsphase sind planerische Leitbilder, alternative Strukturkonzepte für den Talkessel Lohr und die Altstadt. Aus heutiger Sicht handelt es sich um Strukturkonzepte. Im Falle der Altstadt handelt es sich um ein Nutzungsschema, noch längst nicht um einen Rahmenplan.

In der zweiten Planungsphase 1971–73, die als Phase der Kurskorrekturen bezeichnet werden kann, werden die Leitbilder konkretisiert und in Planungsinstrumente der Bauleitplanung umgesetzt. Dabei findet zwangsläufig die jedem Stadtplaner geläufige Auseinandersetzung zwischen Ideal und Wirklichkeit, das Ringen um die Erhaltung erkannter Werte statt. Sie bedingt Änderungen durch Zwänge, aber auch freiwillige Kurskorrekturen, die sich aus der Einsicht für das Machbare und aus dem Studium und dem Vergleich mit gleichzeitig laufenden beispielhaften Planungen ergeben.

Trotz dieser Abstriche ist die zweite Planungsphase gekennzeichnet durch eine Beruhigung im kommunalpolitischen Raum. Der Abbau der anfänglichen Unsicherheiten durch gewonnene Zielvorstellungen und Leitbilder und die Bestätigung des methodisch richtigen Wegs schafft Vertrauen auf beiden Seiten und führt zu einer Konsolidierung.

Die zweite Planungsphase mündet ein in

- die Aufstellung eines Flächennutzungsplanentwurfes,
- die Festschreibung eines generellen Verkehrskonzeptes mit Festlegung der zweiten Mainbrücke,
- die Aufstellung (und Genehmigung) eines Bebauungsplanes für die Altstadt und Einbeziehung des Bereiches südlich der Altstadt (19./Anfang 20. Jahrhundert),
- die Entscheidung über die Nutzung des Nägelseegebietes als zentraler Standort für Schulen und Sportanlagen.

Die dritte, aktive Planungsphase 1974–1975 baut auf den Kurskorrekturen auf, schafft Planungssicherheiten durch den Einsatz rechtlicher Planungsinstrumente, durch geklärte Finanzierungsmöglichkeiten und sich abzeichnende Vorgehensweisen. Die Möglichkeiten, die das Städtebauförderungsgesetz eröffnet, schaffen neue Perspektiven.

Die dritte Planungsphase, die verbindliche Planungen schafft, umfaßt

- einen genehmigten Flächennutzungsplan und Landschaftsplan für den Talkessel Lohr,
- einen Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen und die Bürgerbeteiligung,
- ein auf die Umsetzungsmöglichkeiten zugeschnittenes Sanierungskonzept, für einen Teilbereich des großen Bebauungsplanes, mit Alternativen,
- die Einschaltung eines Sanierungsträgers und
- außerdem ein im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan und nach Prüfung zahlreicher Alternativen erarbeitetes Verkehrskonzept, das in seiner Umsetzbarkeit und Finanzierung abgesichert ist und von dem sich Teile (zweite Brücke, Mainparallele mit Parkplätzen für Altstadt und Festplatz) in Ausführung befinden.

Mit der dritten Planungsphase endet die Tätigkeit des Berichterstatters für die Stadt Lohr a. Main.

Maßnahmen und Planungen nach 1975: In den Jahren nach 1975 werden auf den erarbeiteten Grundlagen eine Fülle von Maßnahmen durchgeführt. Auch die Planung wird fortgeschrieben. So wird u. a. ein Sanierungsgutachten für den Bereich des 1973 zunächst ausgeklammerten Mainviertels ausgearbeitet. Gegenwärtig steht die Planung einer Tiefgarage unter dem Schloßpark im Vordergrund mit Zufahrt von der tiefergelegenen Haag-gasse, die ein Teil des inneren Erschließungsviereckes der Stadt darstellt. Diese Maßnahme wurde schon im Leitbild 1967–68, also vor 20 Jahren, in Erwägung gezogen, war dann aber, da damals zu hochgegriffen, auf eine Parkpalette reduziert worden. Die Planung hat also Kontinuität bewahrt.

Entscheidungen und Lösungsansätze

(Erste Planungsphase 1965–1970)

Eine umfassende Untersuchung aller Standorte für einen möglichen Entwicklungsschwerpunkt auf den Anhöhen war trotz ihrer Tragweite aus finanziellen, personellen und zeitlichen Gründen gar nicht möglich. Zwar werden die Anbindungs- und Erschließungsmöglichkeiten, sinnvolle Größenordnungen einer neuen Siedlung und Kosten im größten Rahmen untersucht. Eine Kosten-Nutzen-Analyse erfolgt jedoch nicht. Die gravierenden Eingriffe in den Waldbestand werden nicht als Problem gesehen. Plausibilitätsüberlegungen, die Erfahrungen der Städte Moosbach und Wertheim, die eigenen Erfahrungen des Stadtplaners aus seiner Teilnahme am Planungsgutachten Würzburg, Heuchelhof sowie der sich abzeichnende, kaum zu bewältigende Kostenaufwand und die Sorge um die Entwicklung der Stadt im Talkessel, insbesondere der Altstadt, auch unter dem Aspekt der Konzentration der Finanzmittel, führt zu der Entscheidung, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Tal zu untersuchen. Damit konzentriert sich das Interesse auf das Nägelseegebiet als letztes größeres zusammenhängendes Gebiet für eine Bebauung. Eine neue Wohnsiedlung, die eine Verbindung zwischen der Lindigsiedlung und der Altstadt herstellt, wird auf diesem rd. 30 ha großen Gelände geplant, das allerdings mit nachteiligen Randbedingungen belastet ist.

Zur Sicherung der weiteren Entwicklung im Talkessel wird unter teilweise großem Widerstand der Gemeinden der Planungsverband Lohr a. Main und Umgebung mit dem Ziel begründet, über einen gemeinsamen Flächennutzungsplan die Entwicklung der einzelnen Gemeinden zu koordinieren. Das Modell einer Zuweisung unterschiedlicher Funktionsschwerpunkte an die Gemeinden, etwa mit stärkeren Zuweisungen von Funktionen als Gewerbe-, Wohn- oder Erholungsstandort, scheitert im großen und ganzen. Dennoch schafft die überkommunale Zusammenarbeit eine bessere Vertrauensgrundlage und vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Landkreisreform einen Zusammenhalt gegen-

über den Nachbarstädten bzw. Landkreisgemeinden Marktheidenfeld und Karlstadt, das den Sitz des durch Zusammenlegung der vier Landkreise angestrebten neuen Landratsamtes erhofft. Die bevorstehende Landkreisreform unterbricht die Arbeit am gemeinsamen Flächennutzungsplan. Sie hat aber zu Erkenntnissen für mögliche zukünftige Entwicklungsschwerpunkte, für die Verkehrsplanung und mit dieser zusammen für Rahmenbedingungen zur Altstadtsanierung geführt.

Zielvorstellungen und Leitbilder

a) Gesamtstadt

Aufbauend auf den Ergebnissen der Bestandsanalyse wurden Zielmodelle entwickelt, die sich auf etwa 1990 ausrichten. Dabei handelt es sich um Idealbilder, die möglichst optimale Bedingungen für die jeweiligen Strukturelemente ausweisen. Daraus ergaben sich für die weitere Entwicklung der Stadt Lohr im wesentlichen zwei Möglichkeiten:

1. Stadtzielmodell E 1:

In ihm wurde von einer verstärkten Entwicklung in ost-westlicher Richtung ausgegangen, die ergänzt wird durch den intensiven Ausbau im Bereich Lindig-Sackenbach. Dabei

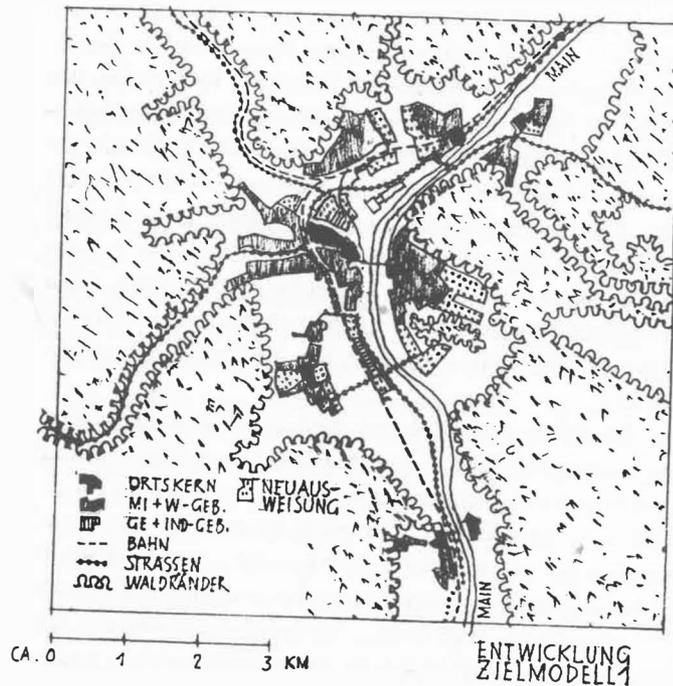


Abb. 4 Stadtentwicklung, Zielmodell 1. Skizze: G. Knopp

Die alte Stadt 1/88

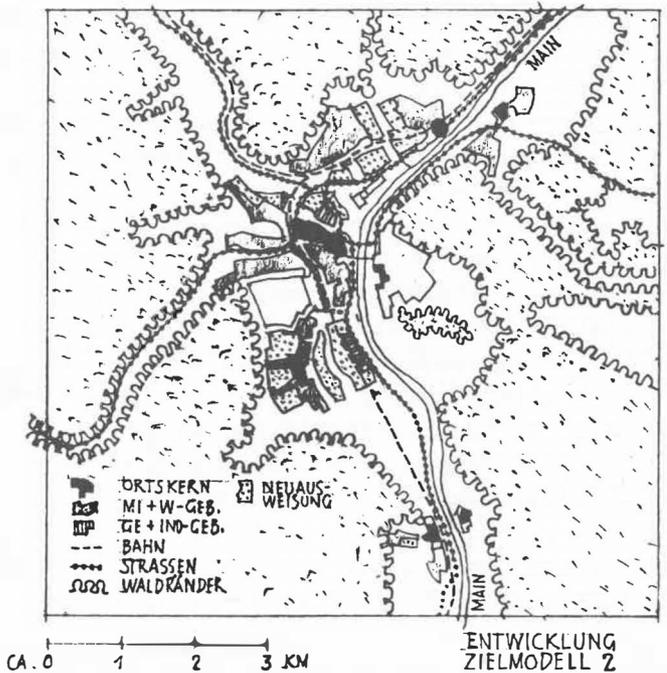


Abb. 5 Stadtentwicklung, Zielmodell 2. Skizze: G. Knopp

wurde unterstellt, daß durch die stadtnahe neue Brücke und die verbesserten Ost-West-Verkehrsverbindungen eine Verstärkung der Entwicklungsachse Sendelbach-Altstadt-Lohrbach/Rechtenbachtal herbeigeführt wird.

2. Stadtzielmodell E 2:

In dieser Alternative wurde versucht, die erkennbaren Tendenzen zu einer bandförmigen Entwicklung parallel zum Main aufzugreifen und zu verstärken. Dies entspricht den topographischen Gegebenheiten und trägt den bestehenden Verkehrsbändern Rechnung (Main, Bahn, B 26, ST 2315).

b) Altstadt

Schon während der Bestandsaufnahme (1967–69) wurden in einem langen Dialog mit dem Stadtrat folgende Zielvorstellungen formuliert:

- Erhaltung der historischen Substanz und des Stadtbildes der Altstadt, insbesondere die qualitativ guten Räume und räumlicher Zusammenhänge,
- Beibehaltung und Ausbau der Altstadt als wirtschaftlicher Mittelpunkt des Talkessels Lohr,
- Stärkere Verflechtung mit dem Umland, größere Attraktivität für das Umland,

Die alte Stadt 1/88

- Erhöhung der Funktionsfähigkeit, Anpassung – soweit wie möglich – an die gegenwärtigen und – soweit beurteilbar – zukünftigen Erfordernisse für eine zentrale Dienstleistungszone,
- Schaffung einer städtischen Ergänzungszone für Dienstleistungsbetriebe öffentlicher und privater Art, deren Platz- und Funktionsbedürfnisse den Maßstab der historischen Altstadt sprengen würden,
- Aufrechterhaltung der gemischten Nutzung bei Verlagerung bzw. Zusammenfassung gewerblicher Betriebe,
- Entlastung der Altstadt vom durchgehenden Verkehr,
- Ausbildung eines Straßensystems, das nach Funktionsstufen gestaffelt ist und eine Entflechtung ermöglicht (übergeordnete Haupterschließungsstraßen, Erschließungsstraßen, Andienungsstraßen),
- Herausnahme des fließenden, teilweise auch ruhenden Verkehrs aus der Hauptstraße und Ausbildung einer attraktiven Fußgängerzone vom Amtsgericht zur Lohtorstraße nach Umleitung des Durchgangsverkehrs und Schaffung des gestaffelten Erschließungssystems,
- Ausbildung eines Fußgängersystems zu den einzelnen näher gelegenen Stadtteilen (Schafhof, Valentinusberg, südliche Vorstadt, Schulviertel) und seine Anbindung an die Geschäftszone.

Die Erhaltung des Stadtbildes kann neben den genannten Zielen nur gesichert werden, wenn

- die Bebauung bestimmte Höhen nicht überschreitet,
- neue Baukörper in ihrer Gestaltung die vorhandene Straßen und Platzräume und deren Proportionen beachten,
- im Altstadtbereich das Prinzip der geschlossenen Bebauung nicht aufgegeben wird und
- die charakteristische »Dachlandschaft« erhalten bleibt.

c) Räumliches Konzept

Die qualitativ guten städtebaulichen Räume im Bereich der *Hauptstraße* und des *Mainviertels* mit dem Kirchplatz als Mittelpunkt werden erhalten. Die Raumwände dürfen in ihren Fluchten, Vor- und Rücksprüngen nicht verändert werden. Eine Objektsanierung oder Blocksanierungen unter Beibehaltung wesentlicher historischer Bauteile und Fassaden sind möglich.

Das reizvolle räumliche Konzept der Hauptstraße als Fußgängerzone wird bereichert durch teilweise Öffnung der sanierten Innenhöfe zu den kleinen Quergassen. Die Grünanlage am Südrand der Altstadt wird räumlich gefaßt. Aus diesem Raum führt eine räumlich besser gefaßte Straße in den Bereich südlich der Altstadt, der ein Entwicklungsgebiet für in die Altstadt nicht zu integrierende Nutzungsfunktionen ist, und mündet in einen neu geschaffenen Platz. Dieser Platz ist für die Aufwertung dieses Bereiches von entscheidender Bedeutung. Eine Aufstauung des Kaibaches soll das räumliche Konzept bereichern.



Abb. 6 Fußgängerbereich: Skizze G. Knopp

In dem Bereich südlich der Altstadt wird eine allmähliche Überführung der offenen Bebauung in eine geschlossene angestrebt. Die Stadteinfahrt von der alten Mainbrücke wird bereinigt und räumlich besser gefaßt.

d) Anlagen des Verkehrs

1. *Fließender Verkehr*: Die Straßen werden in vier Kategorien unterschieden. In Gruppe 1 wird ein *übergeordnetes Entlastungsnetz* gebildet, das aus einem verzogenen Tangentenviereck von ca. 1600 × 700 m besteht. Wesentliche Bestandteile des Tangentenvierecks sind eine neue Mainuferstraße im Osten und eine neue Straße entlang der Bahnlinie nach Marktheidenfeld im Westen der Altstadt. Die beiden Straßen werden miteinander verbunden. Im Norden wird das Tangentenviereck durch bestehende übergeordnete Straßen ergänzt. Eine neue, stadtnahe Mainbrücke wird an das Entlastungsnetz angeschlossen.

Aus baukünstlerischer, städtebaulich-räumlicher und denkmalpflegerischer Sicht wird das Auffahrtsbauwerk auf die neue Brücke in den Prübelwiesen nord-östlich des ältesten

erhöhten Teiles der Altstadt (Mainviertel) mit einiger Skepsis beurteilt. Die Abwägung der Vor- und Nachteile führte schließlich zum Ergebnis, daß der Leichtigkeit des Verkehrs Vorzug zu geben ist.

In Gruppe 2 wird das *innerstädtische Haupterschließungsnetz* aus bestehenden, geringfügig auszubauenden Straßen gebildet. Es stellt ebenfalls ein Straßenviereck von ca. 300 × 350 m dar, das im Norden, Süden und Westen den Rand der historischen Altstadt begrenzt, während der östliche Teil des Straßenvierecks durch die Altstadt führt und das Mainviertel von dieser trennt. Das Straßenviereck ist an drei Punkten mit dem übergeordneten Entlastungsnetz verknüpft.

Die Gruppe 3 bilden *quartierbezogene Andienungsstraßen*. Zwei im Norden und Süden parallel zur Hauptstraße verlaufende, bestehende Straßen übernehmen die Funktion der als Fußgängerzone umzubauenden Hauptstraßen und werden als Andienungsstraßen an den westlichen und östlichen Teil des innerstädtischen Haupterschließungsnetzes (Straßenviereck) angeschlossen.

In Gruppe 4 werden die von den beiden Andienungsstraßen der Gruppe 3 kammartig zur Hauptstraße führenden *Gassen* sozusagen *als kleinste Adern des Gesamtsystems* der Erschließung zusammen mit Zufahrten in die Blockinnenhöfe unmittelbar von den beiden Andienungsstraßen eingestuft.

Abgesehen von den Straßen, die für das übergeordnete Erschließungssystem gebaut werden müssen, wird dieses in seinem System nahezu ideale Erschließungskonzept durch den klaren Aufbau des mittelalterlichen Stadtgrundrisses ermöglicht. Nur verhältnismäßig geringe Eingriffe in die Bausubstanz sind an zwei Stellen bei der Anknüpfung der beiden Andienungsstraßen (Gruppe 3) in das Straßenviereck (Gruppe 2) erforderlich.

2. Ruhender Verkehr und öffentliche Parkflächen: An das Tangentenviereck des übergeordneten Entlastungsnetzes werden an die Mainuferparallele großzügig dimensionierte Parkplätze (rd. 160) am Fuße des Mainviertels ausgewiesen. Sie dienen einerseits der Altstadt (Fußwegentfernung zum Rathaus 5–6 Minuten), andererseits dem neuen Festplatz am Main. Die Problematik dieser Entscheidung ist der des Auffahrtsbauwerkes auf die neue Brücke ähnlich.

Von größerer Bedeutung für das Parkproblem in der Altstadt sind die mit Anschluß an das innerstädtische Haupterschließungsnetz vorgesehenen Parkplätze, von denen aus das Rathaus in 2–3 Minuten erreicht werden kann.

An den nördlichen Teil des Straßenvierecks des innerstädtischen Haupterschließungsnetzes werden rd. 180 Parkplätze angeschlossen, deren Zahl durch die aus stadtgestalterischer Sicht vertretbare Errichtung einer zweigeschossigen Parkpalette auf 360 Stellplätze erhöht werden kann. Die Möglichkeit, von dem nördlichen Teil des Straßendreiecks aus in eine unter dem höhergelegenen Schloßplatz angeordnete Tiefgarage mit ca. 200 Stellplätzen einzufahren, wird erwogen, aber aus Kostengründen zunächst fallengelassen. Fast 20 Jahre später wird der Bau dieser Garage in Angriff genommen.

An den südlichen Teil des Straßenvierecks (Gruppe 2) wird unter Ausnutzung der Topographie eine zweigeschossige Parkpalette mit rd. 150 Stellplätzen eingeplant.

Zusammen mit den sonstigen in der Altstadt innerhalb des Straßenvierecks gegebenen Möglichkeiten für rd. 200 Parkplätze werden durch dieses Stellplatzkonzept rd. 700 Stellplätze in einer Fußwegentfernung von 2–3 Minuten angeboten, zu denen 160 Stellplätze am Mainufer in einer Fußwegentfernung von 5–6 Minuten hinzukommen.

Im Verkehrsgutachten werden unter Abschätzung künftiger Entwicklung des Verkehrsaufkommens rd. 800 Stellplätze für die Altstadt für erforderlich gehalten. Die seit dem Gutachten inzwischen erfolgte stärkere Differenzierung zwischen Kurz- und Langzeitparkzonen verbessert das Stellplatzangebot beträchtlich. Das Problem der kaum vorhandenen privaten Stellplätze und Garagen kann nur im Zusammenhang mit der Erneuerung der einzelnen Baublöcke gelöst werden. Private Quartiersgaragen können zum Zeitpunkt der Aufstellung des Strukturkonzeptes nicht in Erwägung gezogen werden.

3. Fußgängerverkehr: Das erläuterte Konzept für den fließenden und ruhenden Verkehr ermöglicht es, die Hauptstraße als Fußgängerzone auszubilden. Sie beschränkt sich zunächst auf die Hauptstraße mit dem Renaissance-Rathaus als Mittelpunkt und soll später über das Mainviertel mit dem Kirchplatz als Mittelpunkt zu den Parkplätzen am Mainufer fortgeführt werden. Dieses Fußgängerwegenetz der Altstadt soll zukünftig stufenweise zu einem System für die Gesamtstadt – auch in Verbindung mit Radwegen – ausgebaut werden. Dabei wird der Verbindung Altstadt – Nägelseegebiet mit Schulzentrum – Bahnhof – Lindigsiedlung – Sackenbach bzw. Waldgebiete eine besonders wichtige Funktion beigemessen.

e) Bebauungsblöcke

Im Strukturkonzept können noch keine Einzelheiten für die Erneuerung der Bebauungsblöcke festgelegt werden. Lediglich Grundsätze für die Planung, wie für die Erhaltung der Raumkanten, die Auskernungsmöglichkeit der Innenhöfe, die Höhenentwicklung und die Dachformen können vorgegeben werden. Das Grundprinzip ist die Erhaltung der Randbebauung mit nach Möglichkeit ausgekernten Innenhöfen, die als Wohn- und Erschließungshöfe dienen sollen. Im zentralen Bereich der Altstadt wird an Kellergaragen und an eine erdgeschossige Überbauung der Innenhöfe gedacht. Einzelheiten können nur im Zusammenhang mit sorgfältigen, auf konkreten Programmen beruhenden Planungen festgelegt werden, da die Anforderungen von Bebauungsblock zu Bebauungsblock sehr unterschiedlich sind.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Erneuerung der Bebauungsblöcke ergeben werden, sind aber bereits in diesem Stadium der Planung absehbar. Abgesehen von baurechtlichen und technischen Problemen zeichnet sich keine große Veränderungsbereitschaft bei den Bewohnern ab. Obwohl von 232 Hauptgebäuden des exemplarisch untersuchten mittleren Bereiches der Altstadt 89 Gebäude, also rd. 38%, erhebliche bis große Mängel aufweisen,

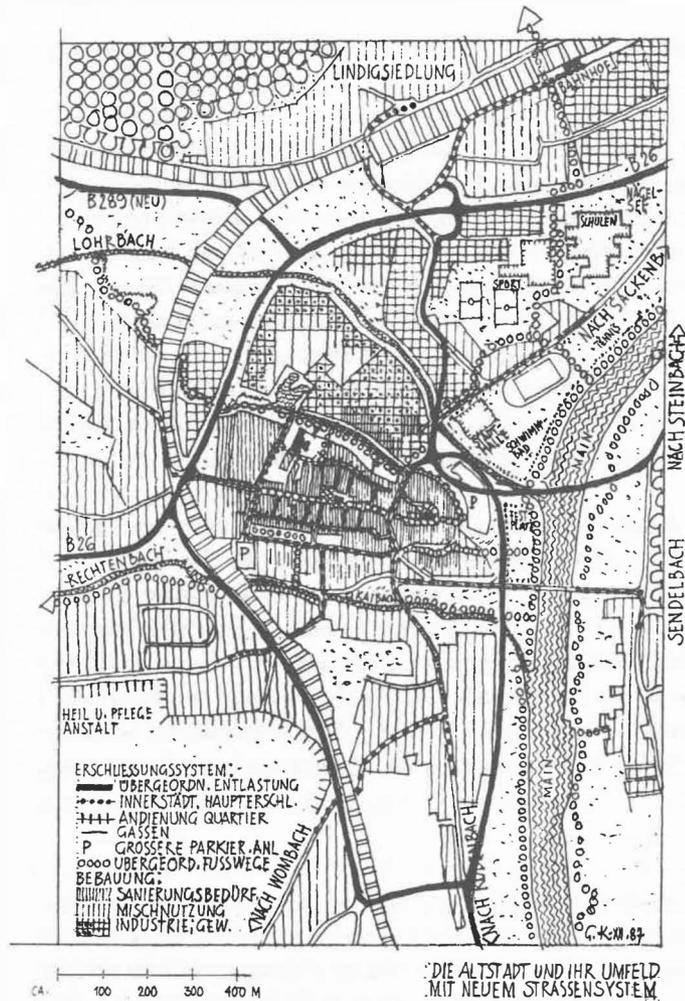


Abb. 7 Die Altstadt und ihr Umfeld mit neuem Straßensystem. Skizze: G. Knopp

waren von den in diesen Gebäuden befragten 328 Haushalten 175 Haushalte mit der Wohnsituation sehr zufrieden und 171 Haushalte zufrieden. Das heißt, daß über 90% der Haushalte zumindest zufrieden waren.

Diese Ausgangslage ließ gleich zu Beginn konkreter Planung im Bereich der Gebäude befürchten, daß Maßnahmen für die Erneuerung der Planung nur langsam und nur mit großen Anreizen eingeleitet werden können.

f) Grünanlagen

Die Erhaltung und Verbesserung des Grünbestandes insbesondere in den Randbereichen der Altstadt ist ein wesentliches Ziel des Strukturkonzeptes.

Kurskorrekturen (zweite Planungsphase)

a) *Gesamtstadt:* Die sich abzeichnende Gebietsreform ermöglicht eine bessere Ausrichtung der Ziele auf die Bedürfnisse der zukünftigen Gesamtstadt. Sich ergebende Spielräume für Neuausweisungen von Gewerbe und Wohngebieten in den zukünftigen neuen Ortsteilen einerseits, andererseits die Notwendigkeit, eine dreigliedrige Schule in Altstadt-nähe zu bauen, führen zur Ausweisung des Nägelseegebietes als Schul- und Sportstättenstandort. Die Entscheidung für einen altstadtnahen Standort der Brücke ermöglicht die verbindliche Entwicklung eines die Stadt vom Durchgangsverkehr entlastenden Verkehrskonzeptes. Das Stadtzielmodell E 2 wird dem Vorentwurf für den Flächennutzungsplan zugrundegelegt. Es entspricht besser der generellen Zielvorstellung, einen ausgewogenen, schwerpunktmäßig abgestuften Siedlungskörper zu entwickeln, schränkt den innerörtlichen, mainüberschreitenden Verkehr ein und läßt, auf lange Sicht, mehr Möglichkeiten offen. Ein Zuwachs von rd. 6000 Einwohnern wird als obere Grenze angenommen. Der Stadtrat beschließt weitere Wohngebietaufweisungen, die das Einwohnerpotential auf 9000 Einwohner erhöhen.

b) *Altstadt:* Die Umsetzung des Strukturkonzeptes in einen Bebauungsplan, der auch den Bereich südlich der Altstadt als Ergänzungsgebiet umfaßt, macht Modifizierungen erforderlich:

c) *Fußgängerzone:* Das bisherige Konzept der Fußgängerzone wird in zwei Punkten modifiziert: Die geplante rückwärtige Anlieferung aller Betriebe in der Hauptstraße durch Ladenhöfe wird weitgehend aufgegeben, weil sie nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand, nur in einem sehr langen Zeitraum und teilweise nur mit sehr weitgehenden baulichen Eingriffen zu realisieren wäre. Sie würde darüber hinaus zu einer recht erheblichen Lärmbelastung der anliegenden Wohnungen führen, was dem Sanierungsziel, die Wohngebiete der Altstadt aufzuwerten, widerspricht. Allerdings sollte im Einzelfall überprüft werden, ob eine rückwärtige Andienung von Betrieben ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt werden kann, um in der Fußgängerzone die Belästigung durch Fahrzeuge möglichst in Grenzen zu halten. Demgegenüber ist in Kauf zu nehmen, daß die als Provisorium vorgesehene Öffnung der Hauptstraße an Vormittagen für die Anlieferung als Dauer-einrichtung geplant wird, wie es auch in anderen Städten als durchaus akzeptabler Kompromiß praktiziert wird.

d) *Innerstädtische Haupteinzelstraßen:* Entgegen dem ursprünglichen Konzept wird erwogen, Gebäude am südlichen Teil des innerstädtischen Haupteinzelstraßennetzes abzubauen, weil wegen der zu erwartenden Lärmbelastung durch den Verkehr eine Wohnnutzung in diesem Bereich nicht zumutbar erscheint. Stattdessen sollte an dieser Stelle die Stadtmauer freigelegt und eine Möglichkeit für Parkierung geschaffen werden.

e) *Andienungsstraßen*: Ebenfalls aus Gründen der Erhöhung des Wohnwertes sollte sichergestellt werden, daß die quartierbezogenen Andienungsstraßen trotz der vorgesehenen Verbreiterungen vorwiegend als Anliegerstraßen dienen können. Unter diesem Gesichtspunkt wird erwogen, die geplanten Straßendurchbrüche zu den innerstädtischen Haupterschließungsstraßen nicht vorzusehen.

f) *Blockauskernungen*: Die vorgesehene Ausbildung von Blockinnenhöfen sollte grundsätzlich beibehalten werden, nur sollten diese Höfe in ihrer Zweckbestimmung hauptsächlich der Erhöhung des Wohnwertes (Belichtung, Belüftung) und der Verbesserung des Freiflächenangebotes dienen.

g) *Entwicklungsgebiet südlich der Altstadt (im 19. Jahrhundert entstanden)*: Die ursprünglich angestrebte stufenweise Überführung der offenen Bebauung in eine geschlossene, die räumlich gefaßte Straßenräume ermöglicht und an die Strukturen des 19. Jahrhunderts anknüpft, erweist sich als undurchführbar. In Teilbereichen bleiben aber räumliche Fassungen durch Ergänzung des Gebäudebestandes möglich (Platz vor der Hauptschule).

h) *Denkmalschutz*: Im Vollzug des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes wird für die Stadt Lohr eine Denkmälerliste ausgearbeitet, deren Aussagen bei künftigen baulichen Veränderungen zu berücksichtigen sein werden.

i) *Nutzungskonzept*: Art und Maß der Nutzung, insbesondere der Umfang der festzusetzenden Kerngebiete, wird überprüft.

Verbindliche Planungen

(dritte Planungsphase 1974–1975)

a) *Gesamtstadt*: Auf den Flächennutzungsplan wird nicht näher eingegangen. In den vorangegangenen Phasen hat die Diskussion um ihn die Planungen für die Altstadt wesentlich beeinflusst. Nur insoweit spielt der Flächennutzungsplan in diesem Bericht eine Rolle.

b) *Altstadt*: Die Vorgaben des inzwischen in Kraft getretenen Städtebauförderungsgesetzes führen zu einer Eingrenzung der Probleme und einer Ausrichtung der Planung auf das in überschaubaren Zeiträumen Machbare. Die vorbereitenden Untersuchungen, die Bürgerbeteiligung und die alternativen Sanierungskonzepte werden auf einen Teilbereich der Altstadt beschränkt. Vier Bereiche werden für eine förmliche Festlegung vorgeschlagen.

Rückblick und Kritische Würdigung

Rückblickend sollen die Tragfähigkeit der Planung in ihren verschiedenen Phasen und Planungsebenen, die Probleme der Koordination der Gesamtplanung und der Einzelmaßnahmen, vor allem aber die durchgeführten Maßnahmen unterschiedlicher Art in ihrer Funktion, Gestalt und Einfügung sowie ihrer Akzeptanz durch die Bürger der Stadt kritisch gewürdigt werden.

- Die Entscheidung im Vorfeld der Planungen gegen die städtebauliche Entwicklung auf einer der Anhöhen westlich oder östlich der Altstadt, 250 bzw. 150 m über dem Main, hat sich rückblickend als richtig erwiesen. Sie hat bewirkt, daß alle Kräfte – Denken, Planen, Handeln, Finanzieren – im Tal geblieben sind. Das war die große Chance für die Altstadt.
- Die zunächst entwickelten Leitbilder aus den späten sechziger Jahren, also die Stadtzielmodelle für die Gesamtstadt wie das Strukturkonzept für die Altstadt, haben sich, obwohl stark idealisiert, als tragfähig erwiesen. Sie haben in einer Phase bestehender Unsicherheiten das Verständnis für die Ziele der Planung gefördert und nach lebhaften Auseinandersetzungen den Blick für das Machbare eröffnet. Trotz aller erforderlichen Kurskorrekturen waren sie Grundlage für die Bauleitplanung und sind es in gewisser Weise bis heute geblieben.
- Die angewandten methodischen Ansätze, gestützt auf die Mitte der sechziger Jahre laufenden modellhaften Beispiele (insbesondere auf die Untersuchung des städtebaulichen Seminars der Stiftung Regensburg des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. »Regensburg, zur Erneuerung einer Alten Stadt«, unter der Leitung von Werner Hebelbrand und Walter Schmidt), haben bis heute – wenn auch inzwischen inhaltlich verfeinert und begrifflich präzisiert – weitgehend ihre Gültigkeit behalten.
- Bei den Planungsinstrumenten zur Umsetzung des Strukturkonzeptes für die Altstadt waren hingegen einige Korrekturen erforderlich. So ist zwar der das gesamte Altstadtgebiet und ihre südlichen Randgebiete umfassende Bebauungsplan bis heute noch in Kraft, er gilt aber als eine Art Rahmenplan, aus dem Teilbebauungspläne entwickelt werden. Er dient aber auch als Interventionsmittel, wenn sich Entwicklungen anbahnen, die mit den Zielen der Gesamtplanung nicht im Einklang stehen. Die Vorstellung jedoch, mit ihm in einem Zug alle Probleme in seinem Geltungsbereich zu klären, hat sich als undurchführbar erwiesen. Selbst die bei Abschluß der Vorbereitenden Untersuchungen 1975 für einen Teilbereich der Altstadt ins Auge gefaßten vier förmlich festgelegten Sanierungsgebiete mußten auf zwei verringert werden.
- Die Koordination der verschiedenen Fachplanungen (Verkehr, sozio-ökonomische Untersuchungen, Landschaftsplanung) war besonders erschwert, da es nicht möglich war, alle Untersuchungen gleichzeitig in Auftrag zu geben. Dies stellt rückblickend eine negative Erfahrung dar.

- Bei der Durchführung der Einzelmaßnahmen für den Verkehr (Brückenplanung, Mainuferparallele) ergab sich eine starke Verselbständigung der Planung mit nur sehr beschränkten Interventionsmöglichkeiten seitens der städtebaulichen Planung.
- Der richtige Gedanke, insbesondere für die Blocksanierung einen Sanierungsträger einzuschalten, konnte nicht konsequent weitergeführt werden. Die Gründe dafür liegen in der großen Verflochtenheit und Kleinmaßstäblichkeit der Parzellen und Baustruktur, den zu vielen Eigentümern und Einzelinteressen, in den zu hohen Erwartungen der Eigentümer in Bezug auf die Förderung sowie in Organisationsproblemen bei der Tätigkeit des Sanierungsträgers und dessen zu hohen Verwaltungskosten. Der Versuch mußte abgebrochen werden. Die Umsetzung der Blocksanierung stagniert.
- Der Umsetzungsgrad der verschiedenartigen Maßnahmenbündel und Einzelmaßnahmen ist sehr unterschiedlich. Die Maßnahmen des Verkehrs, einer der Anlässe für die Planung, konnten konsequent und zügig durchgeführt werden. Auch die Umgestaltung des Stadtbodens ist fortgeschritten. Einzelbauwerke der öffentlichen Hand wurden teilweise hervorragend renoviert (altes Rathaus, Bayersturm, Pfarrkirche) sowie ein neues Rathaus am Schloßpark errichtet. Hingegen ist ganz eindeutig eines der Hauptanliegen der Stadtsanierung, die Blocksanierung, zu kurz gekommen.
- Die durchgeführten Maßnahmen sind aus funktioneller Sicht und in ihrer Akzeptanz im ganzen positiv zu sehen.

Aus der Sicht des Berichterstatters stellen sich die einzelnen Maßnahmen unter den angeführten Aspekten rückblickend gesehen differenziert dar:

- Die neugeschaffenen Anlagen des Verkehrs, 2. Brücke, Mainuferparallele mit großem Parkplatz und Festwiese am Fuße des historischen Mainviertels, die umgestaltete Einfahrt zur Altstadt von Norden sowie die Parkpalette an der Grabenstraße, erfüllen die ihnen zugeordneten Funktionen vorzüglich. Problematisch bleiben die Einfügung der Mainparallele in die Flußniederung, auch unter dem Aspekt des Lärmschutzes, sowie die überdimensionierte, vorwiegend auf die Bedürfnisse des Fahrverkehrs ausgerichtete Stadteinfahrt.
- Das innerstädtische Haupterschließungsnetz ist in angemessener Weise ausgebaut worden. Die Zufahrt zu der Tiefgarage unter dem Schloßplatz mit Zugang zum neuen Rathaus ist einwandfrei.
- Die auf der Grundlage eines Wettbewerbes in eine Fußgängerzone umgebaute Hauptstraße hat sich in ihrer zurückhaltenden Gestaltung dennoch zur Schlagader der Stadt für Bürger und Handel entwickelt. Die geringe Straßenbreite der Hauptstraße, die lebendige Raumfolge, die sich aus sehr engen und aufgewerteten Bereichen (Marktplatz mit altem Rathaus) ergibt, prädestiniert diese zu einem Bereich, der dem Fußgänger vorbehalten bleibt. Die Enge schafft Leben. Großartige, dichte Stadtfeste werden ermöglicht.
- Die Einbeziehung der engen, teilweise zum Schloßplatz mit neuem Rathaus führenden Gassen nördlich der Hauptstraße in das Fußgängersystem ist gelungen.

- Die Freilegung der Fachwerke der Bürgerhäuser, das schon renovierte Renaissance-Rathaus, das einen im Erdgeschoß liegenden sich zur Hauptstraße öffnenden Versammlungsraum enthält, steigert das Ambiente und stellt ein besonders gelungenes Beispiel des Wechselspiels zwischen Freiraum und überbautem Raum in Unterfranken dar.
- Das neue Rathaus am Schloßpark stellt eine den Vorstellungen der Bürger entsprechende Lösung mit vielfältigen Innen- und Außenraumfolgen dar und gibt den Startschuß für eine Umgestaltung des Schloßplatzes mit dem renovierten, einst als Landratsamt, heute als Museum dienenden Schloß.

Das wesentliche, bedenklich stimmende Problem ist die Frage nach der Fortführung der Blocksanierung, nach der Modernisierung der sich im privaten Eigentum befindlichen Bausubstanz. Die hier bestehende Handlungsbarriere führt zwangsläufig, nicht nur in Lohr, zu einem Abfluß der Fördermittel in Bereiche, die im Eigentum der Städte liegen: in Freiräume, öffentliche Gebäude und infrastrukturelle Maßnahmen (manchmal ist es der »Verschönerung« etwas zu viel geworden). Das Sanierungsgutachten für das Mainviertel berechtigt durch die dargestellten qualitätvollen Ansätze zu der Hoffnung, daß nach



Abb. 8 Planungskonzept Mainviertel. Fortschreibung der Planung. Zeichnung: K. u. V. Trojan

Lösung der primären Probleme für die Revitalisierung der Stadt in Zukunft auch die Sanierung der privaten Bausubstanz in den Vordergrund tritt. In diesen Aufgabenbereich, der der verbesserten Wohnqualität für die in der Altstadt verbliebenen Bürger dient, sollten in Zukunft die Förderungsmittel vorwiegend fließen.

Die *tour d'horizon* durch die städtebauliche Planung in Lohr zeigt das Zusammenwirken unterschiedlicher Planungsebenen und Fachdisziplinen, die Koordinationsprobleme in einem langwierigen Planungsprozeß. Der gesamte Planungsprozeß, der in seiner entscheidenden Phase einen Zeitraum von rund 10 Jahren einnimmt und sich bis heute, parallel zu der Durchführung vielfältiger Maßnahmen, in ruhigeren Bahnen fortsetzt, spiegelt die Entwicklung städtebaulicher Planung im ländlichen Raum wider. Er zeigt die anfängliche Unsicherheit bei der Suche nach Lösungsansätzen und die nachteilig sukzessive Einbindung von Erkenntnissen verschiedener Fachdisziplinen in den Planungsprozeß. Während von Anfang an die Verkehrsplanung als notwendiges Planungsinstrument anerkannt ist und einen hohen – manchmal zu hohen – Stellenwert einnimmt, wächst das Verständnis für Stadtentwicklungsplanung im Vorfeld der Flächennutzungsplanung, für Landschaftsplanung und für Umweltschutz. Bezeichnend ist die Selbstverständlichkeit, mit der zu Beginn der Planung große Waldgebiete zunächst auch unter dem Aspekt, daß sie kaum etwas einbringen, zur Disposition gestellt wurden.

Auch eine umfassende Stadterneuerungsplanung, bei der neben der Verkehrsplanung auch sozio-ökonomische, denkmalpflegerische, stadträumliche und das Wohnumfeld betreffende Aspekte einfließen, hat heute deutlich an Gewicht gewonnen. Die Bereitschaft zu rigorosen Eingriffen, zur Flächensanierung, wandelt sich zu einer Bereitschaft, mit der historischen Substanz behutsam umzugehen und dafür Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig spiegelt der Planungsprozeß intensive kommunalpolitische Auseinandersetzungen wider, die zeitweise – Ende der sechziger Jahre – vor dem damaligen allgemeinen politischen Hintergrund mit äußerster, manchmal der Sache gar nicht dienender Schärfe geführt wurden. Er zeigt aber auch, wie Einwirkungen von außen, z. B. die Gemeindegebietsreform oder modellhafte Beispiele in anderen Städten, Kurskorrekturen bewirken können. Im Falle Lohr hat die Zeit Entscheidungen heranreifen lassen, die zu Beginn der Planung nicht herbeizuführen gewesen wären.

Vergleicht man die Ausgangslage 1965 mit der heutigen Situation der Stadt Lohr, so wird deutlich, was für eine außerordentlich positive Entwicklung die Stadt durchgemacht hat. Erblasten wie der Standort der Firma Rexroth, heute Tochter des Konzerns Mannesmann können nicht korrigiert werden. Dem gegenüber können Dinge, die man heute vielleicht etwas anders lösen würde, kaum ins Gewicht fallen. Jede Entwicklungsstufe einer Stadt, ist durch ihre »Zeit« geprägt. Kritik am Vergangenen dient dem besseren Zukünftigen. Die bemerkenswerten Ergebnisse in Lohr sind ohne das Instrumentarium des Städtebauförderungsgesetzes (heute: des 2. Kapitels des Baugesetzbuches) wie auch der Möglichkeiten der Städtebauförderung undenkbar. Im Falle Lohr standen sie im richtigen Zeitpunkt zum Wohle der Stadt zur Verfügung.

Autoren

OTTO BORST ist Ordinarius für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart und Herausgeber dieser Zeitschrift. Mitglied des Denkmalrats beim Regierungspräsidium Stuttgart seit 1978. Seine Abhandlung »Stadtplanung: Leitlinien aus der Geschichte?« (= Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berichte der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen Bd. 9, 1987, S. 77–88) darf in gewisser Weise als Pendant zu seinem hier veröffentlichten Beitrag angesehen werden.

DIETRICH LUTZ, geb. 1939 in Aalen/Württ. Nach Studium der Geschichte und Archäologie in Mainz, Kiel und Würzburg Dissertation über »Die Inschriften der Stadt Rothenburg o. T.« (Dt. Inschriften 15/1976). Seit 1968 Mittelalterarchäologe bei der baden-württ. Denkmalpflege in Stuttgart und Karlsruhe. Grabungen in verschiedenen Siedlungen, Klöstern, Kirchen, Städten (u. a. Heidelberg und Marbach) sowie Burgen. Veröffentlichungen zu Grundfragen der archäologischen Denkmalpflege sowie zu den genannten Grabungen.

WALTER HAAS (1928) studierte 1948–1955 Architektur an der TH Stuttgart. Freier Mitarbeiter der Denkmalpflege Rheinland-Pfalz während der Restaurierung des Speyerer Domes 1958–1961. Danach Bauforschungsreferent im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege bis 1978. Seitdem Professor für Baugeschichte an der TH Darmstadt. Forschungsschwerpunkte sind Architektur des Mittelalters und historische Handwerkstechnik. Dazu zahlreiche Aufsätze und Buchveröffentlichungen.

WILHELM RIBHEGGE (1940) ist seit 1983 Professor für Geschichte, Zeitgeschichte und ihre Didaktik an der Universität Münster. In seiner umfassenden Studie über die »Systemfunktionen der Gemeinde« in der Kommunalgeschichte seit 1918 hat er sich einer auch in übrigen Forschungsbeiträgen traktierten Thematik angenommen. 1973 hat er die Biographie »August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse« vorgelegt. Er habilitierte sich 1982 mit einer Studie »Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18«. 1985 erschien die »Geschichte der Universität Münster«, die erste Geschichte dieser Hochschule, zugleich eine Regional- und Ortsgeschichte, als Taschenbuch.

HANS PAUL BAHRDT, 1918 in Dresden geboren, hat in Göttingen und Heidelberg von 1945 bis 1952 studiert und im Fach Philosophie mit einer Arbeit über die »Freiheit des Menschen in der Geschichte bei J. G. Herder« promoviert. 1958 Habilitation in Mainz, 1959 Berufung an die TH Hannover, 1962 an die Universität Göttingen. Unter seinen Buchpublikationen und darunter denjenigen zur Stadtsoziologie wären vor allem die Bücher über »Die Moderne Großstadt« (1961) und »Humaner Städtebau« (1968) zu nennen. Hans Paul Bahrdt ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

GERHARD KNOPP (1930). Von 1959 bis 1962 wiss. Assistent am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der TH München. Freier Architekt und Stadtplaner seit 1963. Erstellung Landes- und Regionalplanerischer Gutachten, darunter auch für die Stadt München. Seit 1972 Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Notizen

Umfrage zur Denkmalpflege

Die Denkmalpflege in den Städten ist nicht nur der Geschichtlichkeit des Denkmals, sondern der Geschichtlichkeit der Stadt verpflichtet. Zu ihren Aufgaben zählen daher über das einzelne Bau- und Denkmal hinaus sein Umfeld, das Ensemble, das Stadtviertel und die Stadt. Jeder, der mit aufgeschlossenem Blick durch unsere Städte und Gemeinden geht, erkennt die großen Leistungen der kommunalen Denkmalpflege, wengleich bisher quantifizierbare Aussagen fehlten. Bei der vorliegenden Umfrage handelt es sich um die erste empirische Erhebung zu den Aktivitäten und Leistungen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in den Gemeinden.

Die Veröffentlichung stellt die Auswertung einer unter den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages und unter den Mitgliedsgemeinden des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen veranstalteten Umfrage dar, die auf Anregung des Deutschen Städtetages und mit Unterstützung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zustande gekommen ist. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat die Erhebung wissenschaftlich beraten, ausgewertet und den Berichtsband erstellt. Der Deutsche Städtetag hat die Auswertung begleitet. Die Umfragedaten geben den Stand Mai – Dezember 1985 wieder. Angaben zu den finanziellen Leistungen beziehen sich auf das Jahr 1984.

Durch die schriftliche Befragung konnten interessante Aufschlüsse zu folgenden, für die kommunale Denkmalpflege relevanten Themenbereichen gewonnen werden:

- Gebiete von besonderem Geschichts- und Gestaltwert,
- schutzwürdige Stadtgrundrisse,
- Maßnahmen der Gemeinden in den Gebieten

- mit besonderem Geschichts- und Gestaltwert,
- Denkmalliste,
- finanzielle Leistungen der Gemeinden,
- Organisation der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in den Städten,
- kommunale Öffentlichkeitsarbeit,
- wichtige geförderte Objekte in den Gemeinden.

Besonders unter den Großstädten, aber auch bei vielen Mittel- und Kleinstädten fand die Befragungsaktion große Resonanz. Von 1024 angeschriebenen bundesdeutschen Städten und Gemeinden beteiligten sich 557; das entspricht einer Rücklaufquote von 54% (bei den Großstädten 87%).

Nach den Ergebnissen der Umfrage ist in 75% der Befragungsorte ein schutzwürdiger Stadt- oder Ortsteilgrundriß vorhanden. In 80% der befragten Gemeinden liegt eine Denkmalliste vor. 16% der Kommunen geben an, daß eine Denkmalliste in Vorbereitung sei. In 4% der Städte und Gemeinden – ausnahmslos Mittel- und Kleinstädte – liegt eine Denkmalliste noch nicht vor und ist auch nicht in Vorbereitung.

Wie in der bundesdeutschen Regionalentwicklung gibt es auch im Hinblick auf den Stand der Denkmalliste ein Süd-Nord-Gefälle. In den südlichen und westlichen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik ist die Denkmalerfassung weiter fortgeschritten als in den nördlichen.

Auskünfte: C. P. Echter, Deutsches Institut für Urbanistik, Abt. Köln, Lindenallee 11, 5000 Köln 51.

Hessen: mehr Geld für den Denkmalschutz

Um rd. 40% auf 17,5 Mio DM sind die vorgesehenen Zuschüsse des Landes zur Erhaltung nichtstaatlicher Kulturdenkmäler in Hessen auf-

gestockt worden. Dr. Wolfgang Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst, sagte dazu, mit dieser bedeutenden Steigerung des Denkmal-Etats entspräche die Landesregierung einem steigenden Bedürfnis der Bevölkerung, der eigenen Geschichte gerecht zu werden. Altstadtsanierung und Dorferneuerung seien zudem eine wichtige Aufgabe für Bund, Länder und Gemeinden bis in das nächste Jahrtausend hinein. Hierbei müsse auch die in der Propstei Johannesberg geschaffene Möglichkeit der Fortbildung von Handwerkern, Bauherren und Denkmalpflegern noch viel stärker genutzt werden. Die hessische Denkmalpflege werde sich in Zukunft noch mehr als bisher auf die bauphysikalisch-technische Beratung durch das Fortbildungszentrum stützen. Die Landesregierung werde die Propstei Johannesberg künftig mit jährlich 250 000 DM zusätzlich bezuschussen, um ihr personell und sachlich die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu ermöglichen.

Denkmalreichtum Altenburg

Die im Grundriß noch erhaltene große mittelalterliche Stadnanlage von Altenburg gehört zu den denkmalreichsten Orten der DDR. Insbesondere das Schloß mit Schloßkirche und St.-Bartholomäi-Kirche, südlichstes Beispiel romanischer Backsteinbauten aus der Zeit Kaiser Barbarossas, werden zur Zeit instandgesetzt. Dabei ist der über viele Jahrhunderte hin entstandene Schloßkomplex bereits seit den 70er Jahren ein Schwerpunkt denkmalpflegerischer Arbeit. Jetzt gewinnt der spätklassizistische Festsaal mit seiner kostbaren Ausmalung von Karl Mooßdorf, einem Schüler Moritz von Schwind, seine ursprüngliche Schönheit zurück. Im Frühjahr 1987 hatte ein Brand einen der ältesten Teile des Schlosses, die Junkerei, schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bis Jahresende soll dieser Gebäudeteil durch ein neues Dach gesichert sein.

Denkmalstau

Ähnlich dem Freiburger oder Ulmer Münster wurde jetzt die Linach-Talsperre von der Frei-

burger Denkmalbehörde als Denkmal von nationaler Bedeutung eingestuft.

Der 1922 im südlichen Schwarzwald gebaute Staudamm veranschaulicht mit seiner Konstruktion der »aufgelösten« Mauer, wie zu Beginn der zwanziger Jahre, der wirtschaftlichen Not folgend, mit dem Werkstoff Beton experimentiert wurde und Konstruktionen entwickelt wurden, um bei sparsamstem Materialeinsatz die Bauaufgabe funktionsgerecht zu lösen.

Die stillgelegte Talsperre soll nun mit Geldern von Bund und Land saniert werden.

Reizthema: Tiefgaragen

Es seien in letzter Zeit durch Bau von Tiefgaragen »wertvolle Denkmäler mehr oder minder unkontrolliert zerstört« worden, klagt Dietrich Lutz, Oberkonservator des Karlsruher Landesdenkmalamts. Dies ließe sich am Beispiel Heidelberg besonders zeigen: Am Karlsplatz, am Kornmarkt, beim Neubau für die Erweiterung des kurpfälzischen Museums und nicht zuletzt beim unterirdischen Büchermagazin für die Universitätsbibliothek.

Zugeklappt hingegen bleiben einige Seiten des »unterirdischen Geschichtsbuches« der Stadt Ulm. Nach jahrelangem Streit über die geplante Tiefgarage am südlichen Münsterplatz wird auf diese jetzt verzichtet. Archäologen des Landesdenkmalamtes hatten der Stadtverwaltung vorgerechnet, daß sie vier Jahre bräuchten, um das unterirdische Geschichtsbuch auszugraben und zu dokumentieren. Das aber hätte den Baubeginn für das Stadthaus von Richard Meier auf dem Münsterplatz unzumutbar lange hinausgezögert.

Allein in Baden-Württemberg werden momentan mehr als 60 Tiefgaragen in historischen Stadtkernen geplant. Dabei sind in jedem Fall archäologische Schichten betroffen.

Riquewihl trägt schwer an seinem Alter

Das mittelalterliche Städtchen Riquewihl, inmitten der elsässischen Weinberge bei Colmar gelegen, trägt schwer an der Last seiner Jahre. Die Einwohner verlassen den einst schmucken Ort,

und von den 280 Häusern aus dem fünfzehnten bis siebzehnten Jahrhundert, die innerhalb der doppelten Stadtmauer stehen, haben mehr als hundert dringend eine Restaurierung nötig. Bei vierzig Häusern, in deren Mauern der Schwamm und in deren Balken der Holzwurm sitzt, sind größere Arbeiten geplant. Zwanzig weitere – architektonische Schmuckstücke mit Renaissance-Simsen und Torbogen aus rosa Sandstein – müssen einer Fassadenrestaurierung unterzogen werden. Die einst prächtigen Wohnsitze wohlhabender Bürger haben zudem weder moderne sanitäre Anlagen noch Heizungen.

Die kleine Stadt, die zur Zeit der Französischen Revolution etwa 4000 Familien zählte, hatte vor zwanzig Jahren noch 1200 Einwohner. Bei der letzten Zählung waren es nur noch 1050, von denen nur jeder Dritte innerhalb der alten Stadtmauern lebt. Jahr für Jahr wird Reichenweier dagegen von 1,5 Millionen Touristen überschwemmt, deren Andrang nicht ganz unschuldig an der Stadtfucht der Ortsansässigen ist.

Stadterneuerungsdichte

Baden-Württemberg besitzt nach den Worten von Innenminister Dietmar Schlee die größte Stadterneuerungsdichte in Deutschland. Dabei sei städtebauliche Erneuerung auch ein wirksamer Beitrag zur modernen Bodenschutzkonzeption, so der Minister anlässlich der Eröffnung des 10. Konstanzer Symposiums »Umwelt und urbanes Wohnen«. Derzeit gebe es nahezu 1000 Stadterneuerungsgebiete in 550 Städten und Gemeinden im Südwesten. 3,8 Milliarden Mark seien bereitgestellt worden. Nahezu alle Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern seien in Landesprogrammen vertreten, und rund 40% aller an Stadterneuerung beteiligten Gemeinden hätten weniger als 10 000 Einwohner.

Städtetag für Beibehaltung der Gemeinnützigkeit

In einem einstimmigen Beschluß hat sich das Präsidium des Deutschen Städtetages am 11. November 1987 für die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit ausgesprochen.

Die steuerliche Sonderstellung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft müsse erhalten bleiben. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft sei für die Versorgung, insbesondere benachteiligter und sozial schwacher Bevölkerungskreise, von jungen Familien, Kinderreichen, Alten und Behinderten unverzichtbar, heißt es in dem Präsidiumsbeschluß.

Der Städtetag hat seinen Beschluß den Finanz- und Wohnungsbauministern der Länder mitgeteilt und um Unterstützung gebeten.

Single-Haushalte

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war 1985 von den 26,4 Millionen Haushalten mit 8,6 Millionen gut jeder dritte Haushalt ein Einpersonenhaushalt.

Noch 1970 lebte nur in jedem vierten Haushalt lediglich eine Person. War damals der Anteil der Frauen unter den Alleinlebenden 70 Prozent, so liegt er heute bei rund 65 Prozent. Deutlich zugenommen – von 8 auf 11 Prozent – hat der Anteil der unter 25jährigen Singles, während die Gruppe der über 65jährigen nach wie vor rund 40 Prozent der Alleinlebenden stellt. Die Alleinlebenden waren 1985 zumeist verwitwet (43 Prozent) oder ledig (39 Prozent), 12 Prozent waren geschieden und 6 Prozent getrenntleidend.

Die Kaufkraft wandert an den Rand der Städte

Die Anziehungskraft des grünen Rands der Städte als bevorzugtes Wohngebiet hat nach einer Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zu bemerkenswerten Kaufkraftverlagerungen geführt. Laut einer GfK-Mitteilung, die in Nürnberg veröffentlicht wurde, dominieren in der »Rangliste des bundesdeutschen Wohlstandes« nicht mehr – wie noch vor einem Jahrzehnt – die großen Städte. Kleinere Gemeinden und Kreise mit exklusivem Wohnumfeld im Einzugsbereich der Ballungszentren haben sich an die Spitze geschoben. Bei einem mit 100 Punkten veranschlagten Bundesdurchschnitt der Kaufkraft pro Kopf erreicht der Kreis Starnberg bei München 135,2 Punkte. Auf den nächsten

Rängen folgen der Hochtaunuskreis bei Frankfurt mit 129,6 Punkten, Baden-Baden mit 128,5 Punkten, Stuttgart mit 124,0 Punkten und Düsseldorf mit 123,1 Punkten.

Kleinstadtleben

Daß es sich in kleinen und mittelgroßen Städten besser leben läßt als auf dem Land oder in der Großstadt, wird oft behauptet. Überprüft werden soll dieses Urteil bei einem Kolloquium im nordostenglischen Durham im März diesen Jahres. Mitorganisiert wird die Veranstaltung, der weitere folgen sollen, vom Europarat im Zuge der Kampagne für eine Renaissance der Stadt.

Lebendige Altstadt

Auch künftig will Tübingen an der seit 15 Jahren praktizierten Altstadtspolitik festhalten. In den Altstadtgebäuden soll oberhalb des Erdgeschosses nur die Nutzung der Häuser zum Wohnen zugelassen bleiben. Sinn dieser Regelung ist, eine Verödung der Innenstadt nach Feierabend zu verhindern durch die Gewährleistung einer ausreichenden Zahl von Bewohnern.

Der Gemeinderat der Stadt mußte sich jetzt erneut mit dem Bebauungsplan der Altstadt und mit einer von der Verwaltung beantragten Veränderungssperre dazu befassen. Auslöser war ein Antrag der Volkshochschule Tübingen, die in einem Altstadtgebäude einen Zweigbetrieb hatte einrichten wollen. Ein entsprechender Antrag war bereits in den zuständigen Ausschüssen gescheitert.

Höhere Honorare für Architekten

Die Honorare für freischaffende Architekten und Ingenieure sollen um 50 Prozent angehoben werden. Eine entsprechende Rechtsverordnung, die noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll am 1. April in Kraft treten. Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) meinte zur geplanten Anhebung der seit 1976 geltenden Honorarsätze, man müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß die Probleme und Anforderungen in den Bereichen des Umweltschutzes, des Landschafts-

schutzes, der Stadterhaltung und des Denkmalschutzes ständig gewachsen seien. Eine angemessene Honorierung städtebaulicher Leistungen sei notwendig, damit die freischaffenden Architekten und Ingenieure weiterhin die erforderlichen Leistungen bringen könnten.

»Umwelt hat Geschichte«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker überreichte am 13. Oktober 1987 in der Villa Hammerschmidt die fünf Ersten Preise im Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte. »Umwelt hat Geschichte« lautete das Motto des Wettbewerbs, den die Hamburger Körber-Stiftung für Jugendliche zwischen 11 und 21 Jahren ausgeschrieben hatte. Aufgabe war es, die Lokalgeschichte von Umweltveränderungen und -problemen der letzten 200 Jahre zu erforschen. Die über 5000 Wettbewerbsteilnehmer haben Pionierarbeit geleistet – nicht nur für die Geschichte, sondern auch für die aktuelle Umweltdiskussion. Wissenschaft und Unterricht hatten sich mit diesem Thema bislang nicht beschäftigt. Mehr als die Hälfte aller Teilnehmer wird für ihre bemerkenswerten Einzel- und Gruppenarbeiten mit einem der 410 Preise im Gesamtwert von 250 000 DM ausgezeichnet. Die Jury bewertet den Wettbewerb als »außerordentlich erfolgreiche Initialzündung«. Die Ergebnisse und Erfahrungen bei der ersten umwelthistorischen Spurensuche seien für Geschichtswissenschaft, Unterricht und Umwelterziehung eine »unschätzbare Fundgrube«.

Veranstaltungen, Kongresse, Fortbildungen Kongreß über Altlastensanierung in Hamburg

Vom 11. bis 15. April 1988 findet im Hamburger Congress Centrum ein Altlastenkongreß statt. Beteiligt sind die niederländische Organisation für angewandte naturwissenschaftliche Forschung (TNO), die Umweltbehörde Hamburgs, das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), das Umweltbundesamt, die Technische Universität Hamburg-Harburg und das Niederländische Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt.

Der Kongreß soll einen Überblick über die gegenwärtige Situation und die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Sanierungsverfahren und des Bodenschutzes geben und den internationalen Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten fördern. Der Kongreß richtet sich insbesondere an Behörden, Forschungsinstitute, die Industrie und Organisationen, die sich mit der Erfassung und Sanierung kontaminierter Standorte befassen. Die Teilnahmegebühr beträgt 350 Mark. Anmeldeschluß ist der 1. März 1988. Kongreßunterlagen bei: TNO Corporate Communication Departement, P.O. Box 297, 2501 BD Den Haag, Niederlande.

4. Internationaler Kongreß für Denkmalschutz 1989 in Toronto

Zum 4. Mal bereitet der Heritage Trust, London, einen weltweiten Kongreß für Denkmalschutz vor. Er soll vom 23.–26. Mai 1989 in Toronto stattfinden unter dem Motto »Denkmalschutz und Industrieentwicklung«. Drei Sektionen sind vorgesehen. Für die Sektion A zum Thema »Industrieansiedlung und Auswirkungen auf die Umgebung« ist England federführend. Die Leitung der Sektion B »Erhaltung der gebauten Umwelt in Industriegebieten« hat die Bundesrepublik Deutschland übernommen. Sie wird erste Zwischenergebnisse der Forschungen zur Denkmalerhaltung, insbesondere der Steinkon-

servierung, vorstellen. Die Sektion C wird von Kanada betreut und gilt der »Wasserverschmutzung und Schutz der natürlichen Umwelt.

Aus dem Seminarprogramm des Deutschen Instituts für Urbanistik

EDV in der Stadtplanung, vom 21. 3.–25. 3. 1988; Stadtgestaltung und Stadtentwicklung. Das neue Ansehen der Stadt, vom 25. 4. bis 29. 4. 1988; Stadtverträgliche Verkehrspolitik, vom 2. 5.–5. 5. 1988; Kommunale »Außenpolitik«. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden, vom 29. 5.–31. 5. 1988.

Anforderung von Programmen, Anfragen und Anmeldungen an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 12 62 44, 1000 Berlin 12.

Ausbildung: Raumtherapeut

Für Architekten, Bautechniker, Bauhandwerker, Farbgestalter, Möbelschreiner und Studenten beginnt im Sommer 1988 ein Menschenkundliches Studienseminar auf goethenistischer und geisteswissenschaftlicher Basis mit Ausbildung zum Raumtherapeuten im Bereich von Schulen, Sonderschulen, Schulheimen, Krankenhäusern, Arbeitsräumen wie Computerarbeitsräumen etc.

Anfragen an: Studienwerk für goethenistische Kunst und Wissenschaft, Inselstraße 8, D-7815 Kirchzarten 2.

Besprechungen

PETER BROWN, *Die letzten Heiden. Eine kleine Geschichte der Spätantike. Vorwort von P. Veyne. Aus dem Englischen übersetzt von H. Fliessbach (Originalausgabe mit dem Titel »The Making of Late Antiquity«, Cambridge/Mass. und London 1978), Berlin: Klaus Wagenbach 1986, 160 S., DM 29,80.*

Das Buch, das hier zu besprechen ist, nennt sein Verf. selbst ein »Essay über die Natur jener Veränderungen, die sich in der Zeit zwischen Marc Aurel und Constantin vollzogen haben« (19). Anlaß dazu war ihm der Verdruß über die gängigen Anschauungen vom allgemeinen Niedergang der Welt der hohen Kaiserzeit, über den die Menschheit geradezu zwangsläufig in die von Neuplatonismus und Christentum geprägte Erlösung hineindrängte. Sein Anliegen ist es, der Welt der Soldatenkaiser ihre Eigenart zu belassen, sie also nicht als Krise oder Verfall abzustempeln und damit als Abklang oder Vorstufe zu entwerten. Infolgedessen sieht er auch den Wandel, der in die spätantike Zivilisation führt, nicht in einer Errettung aus wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und militärischen Katastrophen, sondern in einer bemerkenswerten Ablösung verschiedener Stile der sozialen Beziehungen (vgl. die Einleitung des Verfassers und das Vorwort von P. Veyne, 7–30).

Vier Themenkreise sind es, mit deren Hilfe der Verf. diesen Wandel verdeutlicht. Er befaßt sich im Kapitel »Disput um das Heilige« (31–58) mit den »Vorstellungen der Menschen darüber, wo diese »göttliche Macht« auf Erden zu finden sei und unter welchen Bedingungen man Zugang zu ihr erlangte« (43). Er zeigt hier, wie sich der Welt des 3. und 4. Jhs. die göttliche Macht mit Vorliebe in wenigen Auserwählten offenbarte, etwa in der Realität eines Johannes von Lykopolis und

eines Simeon Stylites, oder in der literarischen Gestaltung der Acta Martyrorum wie auch der biographischen Verklärung einer vita Isidori des Damaskios.

Das Kapitel »Zeitalter der Ambition« (59–86) gilt der Kritik an der These, mit der J. Geffcken den »Ausgang des griechisch-römischen Heldentums« auf das Jahr 260 fixiert hat, und zwar aufgrund der Beobachtung, daß heidnische Kultinschriften zuvor sehr häufig anzutreffen sind, danach aber – von einer kurzen Renaissance unter den Tetrarchen abgesehen – schließlich ganz ausbleiben.

Der Verf. beobachtet hierin vielmehr einen Stilwandel religiöser Ausdrucksformen – weg von der inschriftlichen Dokumentation religiöser Munifizenzen, die einen Ausgleich für überbordenden Reichtum und Einfluß bedeutete, hin zu einer »entfesselten Ellbogengesellschaft«, die an die Stelle solcher Ausgleichsmechanismen die offene Ambition setzte. – »Der Aufstieg der christlichen Kirche im späten zweiten und im dritten Jahrhundert« soll im dritten Kapitel (87–114) seine Erklärung finden. Auf dem Boden der allgemeinen Empfänglichkeit spätantiker Religiosität für intensive Beziehungen zu einem Jenseits (etwa über den Schutzengel/daimon/comes/genius) empfiehlt sich der Christ durch seine besonders positive Sicht der jenseitigen Welt; der daraus resultierende Optimismus verlieh den Christen ihre heitere Unerschütterlichkeit, mit der sie Aufsehen erregten und ihrem Glauben immer neue Freunde gewannen. – Ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der Spätantike ist dem Verf. die Askese der ägyptischen Mönche; aus ihrer Reihe hebt er als besonders illustre Beispiele den Großen Antonius (251–356 v. Chr.) und Pamochos (292–346 v. Chr.) hervor. In diesem vierten Kapitel (115–138) wird vor der Folie der heidnischen Religiosität, der

das Übermenschliche grundsätzlich und allgemein zugänglich war, die typisch christliche Einstellung zum Göttlichen deutlich, das außerhalb der götterlosen Welt verharret und von den neuen Heroen, den christlichen Heiligen (epigeios theos), den Menschen vermittelt wird.

Von dem Eigenwert der spätantiken Kultur kann der Verf. tatsächlich überzeugen, selbst wenn die bekämpften Positionen längst nicht mehr so einmütig, so zweifelsfrei, so unkorrigiert vertreten werden, wie dies P. Veyne oder auch der Verf. glauben machen möchten. Immerhin fehlt eine umfassende Darstellung der Spätantike, die der hier verfochtenen Position voll Rechnung trägt – und so lange wird man dem Verf. dankbar sein für dieses anregende und bemerkenswerte Essay.

Stuttgart

Eckart Olshausen

THURI LORENZ, *Römische Städte (Grundzüge Bd. 66), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1987, X, 206 S., 39 Abb., kart. DM 36,- (Mitgl. DM 27,-)*.

Das Phänomen »Stadt« ist, wie bereits ein oberflächlicher Blick in die Liste wissenschaftlicher Publikationen lehrt, gerade in jüngster Zeit wieder zu einem zentralen Thema in der Altertumswissenschaft geworden. Dieses wiedererwachte Interesse gründet zum einen auf der Erkenntnis, daß die Stadt – sieht man von zeitlich oder regional bedingten Sonderentwicklungen ab – stets Zentrum des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Antike gewesen ist. Zum anderen kann man die antike Welt geradezu als eine Welt der Städte bezeichnen: Die griechisch-römische Welt jedenfalls war, wie M. I. Finley einmal betont hat, stärker urbanisiert als irgendeine andere Gesellschaftsordnung vor der Neuzeit. Den Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen des für die Antike so charakteristischen Städtewesens intensiv nachzugehen, ist daher in der Forschung ein primäres Anliegen geworden. Förderlich hat sich dabei auf die antike Stadtforschung das Zusammenwirken verschiedener Disziplinen ausgewirkt. So haben nicht

allein Archäologen und Althistoriker, sondern auch Geographen, Rechtshistoriker und Sozialwissenschaftler der Diskussion um die antike Stadt durch neue Fragestellungen und Forschungsmethoden ein weites Feld neuer Perspektiven eröffnet.

Neben vielen Einzeluntersuchungen (sei es zu bestimmten Städten, sei es zu übergreifenden Aspekten des Themas Stadt) sind zuletzt einige Arbeiten erschienen, deren Zielsetzung angesichts der Fülle neuer Erkenntnisse grundsätzlich zu begrüßen ist, nämlich dem allgemeinen Bedürfnis nach Aufarbeitung und übersichtlicher Vermittlung des inzwischen Erreichten Rechnung zu tragen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang etwa das 1984 erschienene Buch von Frank Kolb »Die Stadt im Altertum«, ein großangelegter Versuch, die vielfältigen Aspekte städtischen Lebens vom Alten Orient bis in die römische Kaiserzeit hinein zu erfassen. Bescheidener, jedoch nicht weniger verdienstvoll, ist das Anliegen des hier vorzustellenden Buches des Grazer Archäologen Thuri Lorenz: Nicht »der« antiken Stadt, sondern den römischen Städten gilt sein Interesse. Wer hinter dem lapidaren Titel »Römische Städte« die bloße Aneinanderreihung einzelner »wichtiger« oder besonders gut dokumentierter Städte wie z. B. Pompeji oder Herculaneum vermutet, wird positiv überrascht: Dem Verfasser geht es vielmehr um eine systematisch angelegte und dabei sowohl historisch als auch archäologisch orientierte Durchdringung des Phänomens »Römische Stadt« vom 4. Jh. v. Chr. bis in die Spätantike, geleitet von dem Gedanken, »eine einheitliche Linie durch die komplexe römische Städtethematik« zu legen (X).

Das Buch ist in fünf Hauptabschnitte gegliedert. Im 1. Kapitel (1–47) läßt der Autor – z. T. überflüssig lang – antike Schriftsteller zu Wort kommen, die sich zum Thema Stadt und da insbesondere zu geographischer Lage, Gründungsriten, Bauten geäußert haben (Platon, Aristoteles, Polybios, Cicero, Vitruv). Spezielle Punkte wie Pomerium, Groma, Decumanus und Cardo werden herausgegriffen und kommentiert. Nützlich ist hier die Übersicht über die verschiedenen lateinischen Bezeichnungen für

»Stadt« und ihre jeweiligen Bedeutungen. Während Begriffe wie »urbs« und »oppidum« die Stadt als architektonisches Gefüge charakterisieren, stellen, so hebt der Verfasser zurecht hervor, »colonia« und »municipium« juristische Termini dar, die über die äußere Form und Gestalt der Stadt nichts aussagen. Der 2. Abschnitt (48–69) ist den Voraussetzungen für bzw. Einflüssen auf die römische Stadtanlage gewidmet (insbesondere Etrusker, Griechen, Phönizier, das römische Militärlager). Einem knappen, aber inhaltsreichen Überblick über die Geschichte des römischen Städtewesens in Italien und den Provinzen (70–83) folgt im 4. Kapitel eine Darstellung der – in drei Phasen geteilten – Entwicklung des römischen Stadtplans, die der Verfasser anhand zahlreicher konkreter Beispiele von Städten im römischen Italien verdeutlicht (84–124). Im 5. Abschnitt (125–176) wird das Augenmerk auf die Urbanisierung der Provinzen im Norden und Westen des Reiches (im wesentlichen Spanien, Gallien, Germanien, Britannien) gelenkt. Neben der Beschreibung einzelner typischer Stadtanlagen diskutiert der Autor hier eine Fülle von Einzelfragen wie insbesondere Stadtbefestigung und Straßenbau.

Was das Buch vor allem auszeichnet, ist die durchdachte Konzeption und die klare Strukturierung. Die Gründung von Städten bzw. die Ansiedlung von römischen Bürgern in bestehenden Städten war für den römischen Staat, das ist bekannt, vor allem ein Mittel zur Herrschaftssicherung und zur Kontrolle der eroberten Räume. Als »Vorposten des Reiches« (Cicero) und als Verwaltungsmittelpunkte sollten diese Städte die Botmäßigkeit der Landbevölkerung gewährleisten und zugleich zur Integration der lokalen Eliten beitragen. In der späten Republik und vor allem in der frühen Kaiserzeit kam das sozialpolitische Motiv hinzu, ehemaligen Soldaten sowie Proletariern aus der Hauptstadt Siedlungsplätze zu geben. Auf diese Weise entstanden in Italien, seit Caesar und Augustus auch in den Provinzen, zahlreiche römische Städte, bis in der Mitte des 2. Jahrhunderts n. Chr. die Urbanisierung des Reiches so gut wie abgeschlossen war. Das methodisch äußerst gelungene und durchaus originelle Verfahren des Verfassers besteht darin, daß

er die Geschichte der römischen Stadtgründungen entsprechend der Expansion des Reiches in verschiedene Phasen aufteilt und damit den historischen Kontext erhellt, in den die einzelnen Gründungen gehören. Die von ihm vorgeführten Städte stehen deshalb nicht isoliert und separiert da; wie sie in ihrer Entstehung jeweils eine bestimmte Phase der römischen Machtausdehnung repräsentieren, so spiegeln sie in der Art der Stadtanlage jeweils ein bestimmtes Stadium planerischen Gestaltungsvermögens der Römer wider. Diesem letzten Aspekt – Stadtanlage und Stadtplanung – gilt im übrigen das Hauptaugenmerk des Verfassers. Entgegen zuweilen geäußerten Auffassungen kann er dabei nachweisen, daß der Grundtyp römischer Stadtanlage mit dem Netz sich rechtwinklig kreuzender Straßen nicht schon von Anfang an da war, sondern sich erst allmählich (Beispiel Ariminum-Rimini 268 v. Chr., S. 72) herausgebildet hat. Seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. kommt es dann, zuerst in den Städten des Ostens, dann auch im Westen, zur monumentalen und repräsentativen Ausgestaltung der Städte, ganz nach dem Vorbild der Hauptstadt Rom, eine Entwicklung, die in der römischen Kaiserzeit ihren Höhepunkt erreicht. Nordafrikanische Städte wie Leptis Magna oder Thamugadi dokumentieren diesen Vorgang noch heute in eindrucksvoller Weise.

Methodisch sinnvoll ist auch das vom Autor gewählte Verfahren, die römische Urbanisierung vor allem anhand der Städte in den Provinzen des Nordens und des Westens vorzuführen, trafen die Römer hier doch, anders als im schon in vorrömischer Zeit stark urbanisierten Osten, auf Regionen, in denen bis dahin städtische Zentren kaum existierten. Gerade in Gallien und Britannien konnte sich römischer Gestaltungswille rein und originär verwirklichen, hier lassen sich die Prinzipien und Eigenarten römischer Stadtgestaltung quasi in nuce nachvollziehen. In diesem Zusammenhang vernachlässigt der Verfasser auch nicht die im 3. Jahrhundert n. Chr. in den Städten der Grenzprovinzen vorgenommenen baulichen Veränderungen, als die militärische Situation zunehmend unsicherer geworden war und man die Städte nun, auf reduziertem Areal, mit starken Mauern umgab.

Bei aller Stringenz und konzeptionellen Originalität hat das Buch freilich auch seine Schwächen. Diese liegen vor allem in der Tatsache begründet, daß das Thema »Römische Städte« eine Vielzahl von Gesichtspunkten beinhaltet, die der Autor (sei es aus Platzgründen, sei es aufgrund seines primär archäologischen Interesses) entweder nur kurz umrissen oder ganz weggelassen hat. Hier seien bloß zwei Punkte genannt, die eine gründlichere Erörterung verdient gehabt hätten.

Erstens ist es bedauerlich, daß der Verfasser – unter Hinweis auf divergierende Aussagen in modernen Lexika (!) – ausdrücklich auf eine Definition dessen verzichtet, was er unter »Stadt« eigentlich versteht. Statt dessen läßt er antike Schriftsteller zu Wort kommen, um dann feststellen zu müssen, daß diese ebenfalls keine klare Definition bieten. Dies kann nicht verwundern: Mit Platon, Aristoteles oder Cicero sind gewissermaßen die falschen Zeugen befragt, sie argumentieren im Hinblick auf »Stadt« vor allem in ethischen oder philosophischen Kategorien. Der Verfasser spricht also durchweg von römischen »Städten«, ohne sich über den Bedeutungsinhalt des Begriffs »Stadt« vergewissert zu haben.

»Römische Städte« sind für ihn (abgesehen von den sog. *canabae legionis*, den Legionsvorstädten) alle von Rom aus gegründeten oder besiedelten Orte in Italien und den Provinzen, die nach einem bestimmten Stadtplan angelegt waren. Zur näheren Bestimmung des städtischen Charakters wäre es sicher hilfreich gewesen, Kriterien der modernen Stadtforschung wie Zentralortfunktion, Bevölkerungskumulation, berufliche Spezialisierung und soziale Differenzierung in die Überlegungen mit einzubeziehen. Auch der Weg, von der Vorstellung des antiken Menschen auszugehen, kann weiterführen, wenn man sich nicht allein auf die Schriftsteller stützt, sondern mehr noch die faktische architektonische Gestaltung von Städten in Betracht zieht. Für Griechen und Römer gehörte zu »Stadt« jedenfalls ein gewisser zivilisatorischer Standard, der seinen sichtbarsten Ausdruck in typisch urbanen Bauten wie Markt, Tempel, Theater, Gymnasium, Thermen fand (siehe dazu auch die bekannte Aussage des Pausanias 10,4,1). Vor dem Hinter-

grund solcher Überlegungen hätte der Verfasser nicht nur das »Römische«, sondern auch das »Städtische« an den von ihm behandelten Orten schärfer fassen können.

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die vom Autor arg vernachlässigte städtische Bevölkerung. Der äußerst knappe Abschnitt »Bevölkerungsfragen« (170–172) wird der Fülle der damit zusammenhängenden Fragen in keiner Weise gerecht. Statt pauschaler Formulierungen (»Die Menschen wurden nach ihrem rechtlichen Status beurteilt und verhielten sich auch danach«, S. 170) wären Aussagen zur sozialen Zusammensetzung, zum urbanen Leben, zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten sinnvoller gewesen – Bereiche, über die wir vor allem durch Inschriften inzwischen recht gut informiert sind. Auch Fragen wie der Erfolg der Romanisierung mittels Städtepolitik oder das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung hätten hier durchaus ihren Platz gehabt. Das diesbezügliche Schweigen des Verfassers läßt die römischen Städte als leblose Plankonstruktionen, nicht aber als die vitalen Zentren menschlichen Zusammenlebens, die sie waren, erscheinen.

Diese Einwände können den positiven Gesamteindruck jedoch nicht gravierend beeinträchtigen. Das Buch ist (von gewissen stilistischen Nachlässigkeiten und gelegentlichen plakativen Wendungen abgesehen) sorgfältig gearbeitet, der Stoff verständlich und übersichtlich dargestellt. Planskizzen einzelner Städte veranschaulichen die Ausführungen im Text, eine umfangreiche Bibliographie (mit Spezialliteratur zu den behandelten Städten) gibt Anregungen zur Weiterarbeit, ein differenzierter Index erleichtert den Umgang mit dem Buch. Das Werk vermittelt zwar nicht viele neue Erkenntnisse im einzelnen, bietet jedoch eine komprimierte Zusammenschau eines komplexen Phänomens. Jedem, der die historischen Voraussetzungen römischer Urbanisation kennenlernen und die Entwicklung des römischen Stadtplans nachvollziehen möchte, wird dieses Buch in Zukunft eine wichtige Informationsquelle und Orientierungshilfe sein.

Stuttgart

Holger Sonnabend

SIEGFRIED MÜLLER, *Leben im alten Hannover. Kulturbilder einer deutschen Stadt, Hannover: Schlütersche Verlagsanstalt 1986. 168 S.*

Ein recht gelungenes Buch gilt es hier anzudeuten. Der Verfasser zeichnet auf knappem Raum ein lebendiges Bild des Lebens in einer größeren landesfürstlichen Stadt, die ein erstaunlich hohes Maß an Autonomie und Selbstverwaltung besaß, ehe sie 1636 Sitz der Calenberger Linie der Welfen und damit sogar namengebende Residenzstadt für Land und Dynastie wurde.

Der Verfasser gliedert seinen Stoff in zwei große Bereiche: zum einen die politische Ordnung und soziale Gliederung und zum anderen die Lebensbedingungen und Lebensformen. Entschieden zu kurz kommt der kirchlich-sakrale Bereich – vermutlich will oder darf der Verfasser hier eigenen Forschungsergebnissen nicht zu viel vorgreifen.

Das Buch bemüht sich sehr um eine verständliche Sprache und hält die rechte Mitte zwischen allgemeinen, der Forschungsliteratur entnommenen Hinweisen und buntem, auch original zitiertem Lokalkolorit. Die Auswahl der Bilder ist im allgemeinen gelungen, auch wenn es sehr viele Schriftproben geworden sind. Hervorhebung verdienen auch die zwar etwas schwer zu findenden Anmerkungen, das Literaturverzeichnis, das Register, das sehr gediegene Layout und die Qualität von Druck und Papier.

Esslingen

Rainer Jooß

HORST MATZERATH, *Urbanisierung in Preußen 1815–1914 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 72), Stuttgart: Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag 1985, 453 S., Tab., 5 Karten im Schubert, 58,- DM.*

Matzerath ist als Kenner der neueren Stadtgeschichtsforschung hinlänglich ausgewiesen. Er bereichert mit dem vorliegenden Buch, einer Berliner (FU) Habilitationsschrift, diese noch junge

historische Disziplin um eine Arbeit, die mit Sicherheit in Zukunft zu deren Standardwerken zählen wird.

Der Verf. hebt in seinem Buch das Phänomen der Urbanisierung aus dem Gesamtzusammenhang des Modernisierungsprozesses hervor und verdeutlicht deren vielschichtige Aspekte am preußischen Beispiel. Er entwickelt keine explizite Theorie der Urbanisierung, umreißt stattdessen mit seiner empiristisch-quantitativen Methode den Gegenstand, indem er ihn in verschiedene Teilprozesse auflöst, die zusammengenommen den Signifikanzbereich erschließen und verdeutlichen. Das so gewonnene Gesamtbild setzt sich aus sieben Faktoren zusammen: aus Kommunalverfassung und Stadtsystem, aus dem städtischen Bevölkerungswachstum, dem von der Wirtschaftsentwicklung gesteuerten Städtewandel, dem Wachstum des städtischen Siedlungskörpers, der Veränderung der städtischen Gesellschaft, dem Ausbau der städtischen Einrichtungen und dem Wachstum der kommunalen Verwaltung. Matzerath unterteilt seine Langzeitanalysen in drei Zeitebenen. Diese Periodisierung orientiert sich an den Industrialisierungsphasen, indem sie 1840 und 1870 die Schnittpunkte ansetzt, welche die Vor- von der Frühindustrialisierung und diese von der Hochindustrialisierung trennen. Der Autor, der zwar einen engen Zusammenhang von Urbanisierung und Industrialisierung konstatiert, weist jedoch zu Recht darauf hin, daß die Urbanisierung einen eigenständigen Prozeß darstellt.

Die erste, von 1815 bis 1840 reichende Periode ließ noch keine einschneidenden Veränderungen erkennen, die den Urbanisierungsbegriff rechtfertigen würden. Die sieben Teilprozesse befanden sich in dieser Reform- und Nachreformzeit gewissermaßen in einer Latenzphase. In der zweiten, von 1840 bis 1870 angesetzten Periode, vollzog sich in dem die Urbanisierung vorwiegend bestimmenden Prozeß des Bevölkerungswachstums ein bemerkenswerter Umschwung: in den Städten wirkte es sich nämlich entschieden schneller als auf dem Lande aus. Dieser Umschwung war vor allem ökonomisch bedingt, denn die aufstrebende Textil-, Schwer- und Maschinenbauindustrie bevorzugte die

Städte vor den ländlichen Regionen als Standorte. Jene begannen, ihren Siedlungsraum z. T. schon recht erheblich zu erweitern, mußten dabei jedoch, da ein ausreichendes Städtebaurecht noch fehlte, einen gewissen Wildwuchs in Kauf nehmen. Unter diesen Voraussetzungen änderte sich auch die städtische Sozialstruktur, in der das entstehende Industrieproletariat und das zahlenmäßig geringe Industriebürgertum eine zunehmend wichtigere Rolle spielten. Zwangsläufig vermehrte sich die Aktivität der Stadtverwaltungen, die im Versorgungsbereich initiativ wurden, ohne daß aber schon von einer zukunftsorientierten Kommunalpolitik die Rede sein konnte.

Für die dritte, von 1871 bis 1914 dauernde Periode, treten, wie Matzerath feststellt, definitive Unsicherheiten auf, angesichts bevölkerungsreicher industrieller Landgemeinden den Begriff der Stadt eindeutig festzulegen, mit dem statistisch alle Gemeinden über 2000 Einwohner bezeichnet wurden (hilfreich: die 1887 eingeführte Kategorie Großstadt für alle Orte über 100 000 Einwohner). Die Verleihung der StO wurde schließlich zum entscheidenden Kriterium für die Anerkennung als Stadt. Kennzeichen dieser dritten Urbanisierungsphase war die Verstärkung der Bevölkerung im Staate – bis zum Ersten Weltkrieg wohnten fast zwei Drittel der Einwohner Preußens in Städten –, das Großstadtwachstum sowie die Bildung industrieller Agglomerationen. Das städtische Wachstum war allerdings nicht allein der Industrie zu verdanken, sondern auch schon dem tertiären Sektor. Der Siedlungskörper verdichtete sich, wuchs bereits in starkem Ausmaß über die kommunalen Gemarkungsgrenzen hinaus und teilte sich binnenstrukturell in unterschiedliche Nutzungsflächen oder Stadtquartiere. Als eine Konsequenz dieser Entwicklung machte sich der Ausbau der Leistungsverwaltung bemerkbar, als eine weitere die zunehmende Schuldenwirtschaft der Städte und schließlich, bedingt durch die Aufgabenexpansion, die Vollendung des Bürokratisierungsprozesses in der Kommunalverwaltung.

Münster

Wolfgang R. Krabbe

BERND WALTER, *Die Beamtenschaft in Münster zwischen ständischer und bürgerlicher Gesellschaft. Eine personengeschichtliche Studie zur staatlichen und kommunalen Beamtenschaft in Westfalen 1800–1850 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXII A: Geschichtliche Arbeiten zur westf. Landesforschung. Wirtschafts- u. sozialgeschichtl. Gruppe Bd. 3), Münster: Aschendorff 1987, XII u. 588 Seiten, Tabellen u. Diagramme, kart. DM 118,—.*

Nachdem in zwei gewichtigen Vorleistungen Monika Lahrkamp (Münster in napoleonischer Zeit, Münster 1976) die politisch-gesellschaftlichen Veränderungen in Münster und Heinz Reif (Westfälischer Adel 1760–1860, Göttingen 1979) den Funktionswandel des münsterschen Adels während des späten 18. und frühen 19. Jhs. untersucht hatten, versucht Walter in dem vorliegenden Buch, einer von K. G. Faber angeregten Münsteraner Diss., diesen Gegenstandsbereich mit einer Studie zu erweitern, welche die analogen Wandlungen in der staatlichen und kommunalen Beamtenschaft verfolgt. Der Aspekt ist notgedrungen eng, lohnt aber eine intensive Forschungsarbeit, die vom Verf. auch sehr sorgfältig und methodisch versiert (computergestützt) unternommen wurde.

Als nach dem Wiener Kongreß die Provinz Westfalen eingerichtet wurde, rekrutierte der preußische Staat drei Viertel der in der Provinzhauptstadt residierenden höheren wie der Subaltern-Beamten aus der einst fürstbischöflich-münsterschen und der preußischen Bürokratie seiner früheren Westprovinzen. Die Spitzen der Verwaltungs- und Justizbehörden wurden indes mit preußischen Beamten der Kernlande besetzt. Damit realisierte Hardenberg – wie Walter wohl zu Recht vermutet – die preußischen Souveränitäts- und Zentralisierungsansprüche. Innerhalb der Beamtenschaft klappte eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Gruppe einheimischer und der altpreußischer Herkunft, die vor allem auf den Konfessionsunterschieden beruhte. Von der sozialen Herkunft wie vom Ausbildungsniveau her war diese Bürokratie nämlich recht homo-

gen. In der fürstbischöflichen Beamtenschaft hatten sich die bürgerlichen (später z. T. nobilitierten) Kräfte gegenüber den altadligen durchgesetzt, weil sie ein juristisches oder kameralistisches Universitätsstudium absolviert hatten; sie wurden schon bei der ersten preußischen Annexion 1802 von den neuen Machthabern übernommen. Auch die altpreußischen Beamten, die zuvor in den niederrheinisch-westfälischen Provinzialbehörden gearbeitet hatten, entstammten mehrheitlich einheimischen Bürgerfamilien, und die von Adel waren ebenfalls zur Hälfte nach dem Indigenatsprinzip berufen worden. Sie erhoben sich jedoch über ihre Kollegen aus fürstbischöflich-münsterschen Diensten, welche sich wiederum von ihnen abkapselten und sich gesellschaftlich (auch durch Heirat) mit den altständischen Familien ihrer Herkunftsregion verbanden. In der münsterschen Stadtverwaltung dominierten auch diese bürgerlichen Räte seit dem 18. Jh. Erst nach Bildung der Provinz Westfalen, als sie in der Staatsverwaltung vermehrte Karriereöglichkeiten fanden, löste sie die Gruppe der Kaufleute in der Dominanz ab; deren obere Schicht verband sich nun mit dem Geschlechterkreis der einst fürstbischöflichen Beamtenfamilien.

Von einigen kleineren Irrtümern, die dem Verf. bei der Darstellung seines Stoffes unterlaufen sind, seien zwei etwas schwerer wiegende korrigiert: 1. Der Stadtkreis Münster war bis 1875 vom Promenadenring umgrenzt; die davor liegenden Ländereien gehörten zu den die Stadt umschließenden Landgemeinden St. Mauritz, Überwasser und Lamberti und damit zum Landkreis (nicht Stadtkreis!) Münster (S. 51 u. a.). 2. Aufgrund des Verfassungsversprechens Friedrich Wilhelms III. erwarteten die liberalen bürgerlichen Kreise nach 1815 keine Provinzialstände, sondern gesamtpreußische »Reichsstände« (S. 143).

Walter bettet seinen Gedankengang, der auf überzeugenden Analysen des gewonnenen Datenmaterials beruht, geschickt in den politisch-gesellschaftlichen Rahmen der Zeit ein, der von den anfangs genannten und anderen Autoren abgesteckt wurde. Die handbuchartigen Ausführungen hätten jedoch etwas gekürzt werden kön-

nen. Völlig überflüssig erscheint es mir jedoch, daß die Hrsg. 135 Seiten des Buches mit der Aufarbeitung von Walters Datensatz füllen ließen. Die Historische Kommission für Westfalen hätte den stattlichen Preis dieses Buches verringern können, wenn sie nicht der immer stärker um sich greifenden Mode gefolgt wäre, die mühsam erstellten Computerauszüge mit abzudrucken, welche bloße Grundlage des Buchtextes sind. Man sollte sie lieber dem meist frequentierten Archiv zur Verfügung stellen; Interessenten, die sie weiter auswerten möchten, könnten sie auch dort einsehen. Die Kurzbiographien der Kommunal- und Staatsbeamten auf den Seiten 382–483 – ebenfalls Bestandteil des überdimensionierten Anhangs – erfüllen schon den Zweck, den die EDV-erstellten Tabellen und Graphiken befriedigen sollen.

Man kann insgesamt festhalten, daß der Verf. mit seiner ausführlichen und abgewogenen Beschreibung der Herrschaftswchsel von 1802 und 1815 Erkenntnisse vermittelt, die auch dem Kenner der Geschichte Münsters zu Beginn des 19. Jhs. Neues bringen.

Münster/Dortmund

Wolfgang R. Krabbe

ANDREW LEES, *Urban Society in European and American Thought 1820–1940, Manchester: Manchester University Press 1985, XI u. 360 S., Illustrationen, £ 25,—.*

Gleichzeitig mit den Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen sind die Städte, vor allem die Großstädte, immer Gegenstand geistiger, kritischer, positiver wie negativer Reflexionen gewesen. Dennoch hat es bisher nur wenige Arbeiten gegeben, die Auseinandersetzung mit der Großstadt nachgezeichnet und zum Thema gemacht haben. A. Lees führt dazu aus: »The rise of the big city in Europe and America during the nineteenth and twentieth centuries had an enormous impact not only on the structure of society but also on patterns of thought and feeling« (IX). Lees geht es um die Frage: »How did perceptions of urban life vary from decade to decade, from country to country, and from one

occupational and social group to another?» (S. IX).

Lees analysiert dabei vergleichend die Auseinandersetzung mit der Großstadt in England, Frankreich, Deutschland und den USA. Er greift dabei auf literarische Quellen, auf Zeitschriftenartikel unterschiedlichster Herkunft und Buchpublikationen verschiedenster Professionen von Architekten und Planern, Statistikern, Soziologen bis hin zu Medizinern und Historikern zurück. Dabei ergibt sich eine erstaunliche Vielfalt und Komplexität pro- und antigroßstädtischen Denkens mit unterschiedlichen Richtungen und Bewertungen. Verdienstvoll ist es dabei, auf internationale Bezüge in den Auseinandersetzungen mit der Großstadt hinzuweisen, ein Thema, zu dem bisher noch keine Untersuchungen vorlagen. Die Großstadt kann so zum Laboratorium für progressive und reaktionäre Reformer werden. Lees konstatiert: »Imperial Germany did not produce any one study of urban growth comparable in its range or detail to the works of Menriot and Weber« (S. 195), klassischen Studien zum Urbanisierungsprozeß in Frankreich und den USA und England. Dieses Defizit mag zur Ideologisierung der Auseinandersetzung über die Großstadt in Deutschland beigetragen haben, die Kleinstädte waren ohnehin kaum Gegenstand kritischer Reflexion.

Während in den USA ein breiter Konsens über die Vorzüge der Großstädte bestand, gab es in Deutschland immer die Sehnsucht nach Dorf, Land und heiler Idylle. »The United States had become a truly urban nation – not only in a statistical sense but also in its cast of mind, in its ideals, and its folk ways« (S. 295), schrieb schon 1925 der Historiker George Moway. Während amerikanische Denker eher pro-großstädtisch eingestellt waren, englische Autoren die Großstadt akzeptierten und tolerierten, gab es in Deutschland eine starke Polarisierung in der Auseinandersetzung, in der fast immer das großstadtfeindliche Denken überwog (311).

Man kann die Literatur über die Großstadt nicht in »anti-urbanists« und »city haters« und »pro-urbanists«, »city lovers« einteilen, so Lees, dies Denkschema wäre zu einseitig und eindimensional. Viele Autoren sahen die verstärkte

Welt als eine komplexe Mischung von Gut und Böse, »a realm marked by sharp contrasts that suggested a superabundance of both dangers and opportunities«. (S. 307). Lees hat damit eine grundlegende Arbeit zur Auseinandersetzung mit der Großstadt verfaßt, mit einem Literaturverzeichnis, das allein eine wahre Fundgrube darstellt. Ein Buch, dem man eine Übersetzung ins Deutsche wünschen müßte.

Die Auseinandersetzungen mit der Großstadt fanden 1945 kein Ende, im Gegenteil, sie wurde neu belebt. Gerade großstadtfeindliche Argumente wurden und werden implizit und explizit immer noch zur Begründung stadtplanerischer Konzepte angeführt.

Hamburg

Dirk Schubert

GÜNTHER FISCHER / LUDWIG FROMM / ROLF GRUBER / GERT KÄHLER / KLAUS-DIETER WEISS, *Abschied von der Postmoderne. Beiträge zur Überwindung der Orientierungskrise (Bauwelt Fundamente 64)*, Braunschweig: Vieweg 1987, 222 S., zahlr. Abb., DM 36,-.

Der vorliegende Band ist erschienen in der Reihe »Bauwelt Fundamente«, die 1964 mit einer Sammlung der »Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts« eröffnet und in der auch seither immer wieder Neuauflagen von Klassikern der Architektur und des Städtebaus herausgebracht wurden: Le Corbusier, Ludwig Hilberseimer, Bruno Taut, Adolf Behne und viele mehr. Daneben haben es die Herausgeber verstanden, künftige Klassiker aufzuspüren: Die erste Übersetzung von Jane Jacobs »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« ist in dieser Reihe erschienen, Kevin Lynchs »Das Bild der Stadt«, Aldo Rossi, Robert Venturi, Christian Norberg-Schulz, dazu grundlegende Werke zur neueren Stadtbaugeschichte: Benevolo, Piccinato, Albers. Der Leser geht also mit einigen Erwartungen an einen neuen Band der Reihe heran, zumal er in diesen Erwartungen durch den Untertitel »Beiträge zur Überwindung der Orientierungskrise« und durch die Ankündi-

gung, daß hier »Wege zu einem neuen, befreienden, realitätsbezogenen Baupensum« gewiesen würden, bestärkt wird.

Die in dem Band zusammengefaßten Aufsätze erfüllen diese Erwartungen nur in sehr ungleichen Raten. Den Auftakt bilden zwei Beiträge von Günther Fischer, in denen sich der Verfasser mit bemerkenswerter Klarsicht und Klarheit zweier höchst riskanter und vielfach zerredeter Themen annimmt: des »komplizierten Weges zu einer nachfunktionalistischen Architektur« und des Verhältnisses von »Architektur und Kommunikation«. Die Postmoderne kommt dabei, mit Recht, nur insoweit zur Sprache, als sie die – notwendige – Kritik des Funktionalismus, die im Zentrum des ersten Beitrages steht, nicht geleistet hat, nicht leisten konnte, weil sie sich jeweils nur auf einzelne Defizite konzentrierte und diese zu eigenen Stilrichtungen entwickelte: Historismus, Regionalismus, Empirismus. Eine Auseinandersetzung mit dem, was das eigentlich Neue, und nun Alte, am Funktionalismus war, fand nicht statt: der – fatalen – Gleichsetzung des Bauwerks mit der Maschine. Fatal deswegen, weil, und dies wird hier anhand einer systematischen Analyse der architektonischen Dimension deutlich gemacht, weder die Fixierung auf spezialisierte Funktionen noch das zwanghafte Streben nach Optimierungen, wie sie dem Maschinen-Denken notwendig innewohnen, das leisten können, was Architektur recht eigentlich begründet: die »Transformation eines Dinges in einen kulturellen Gegenstand«.

Vermutlich war sich der Verfasser darüber im klaren, daß auch »kulturelle Gegenstände«, wenn sie in falsche Hände geraten, ihre Tücken haben. Jedenfalls stellt er im folgenden den verworrenen und überzogenen Erwartungen, die vielfach mit einer »multikulturellen« oder »kommunikativen« Architektur verbunden werden, eine wiederum überaus systematische Analyse der Ergebnisse gegenüber, die die Forschung über architektonische Kommunikation bis jetzt erbracht hat, und zwar in zwei Schritten: einer »näheren Bestimmung der spezifischen Eigenart architektonischer Kommunikation innerhalb des gesamten Spektrums kommunikativer Möglichkeiten« und einer Darstellung der »Klappen und

Hindernisse«..., »die jede architektonische Botschaft auf ihrem Weg durch die Kommunikationskette überwinden muß.« Wer je versucht hat, die höchst esoterische zeichentheoretische Literatur auf ihren sachlichen Gehalt für die architektonische und städtebauliche Praxis hin zu durchleuchten, der kann die Disziplin und Prägnanz, mit der hier ein Fazit gezogen und eine Basis geschaffen wurde, nur bewundern.

Auch die knappe Aussage »Regionalismus ist kein Stil«, die einem Beitrag von Gert Kähler, der gekürzten Fassung eines Habilitationsvortrages, vorangestellt ist, ist geeignet, Begriffe zu klären und Mißverständnisse zurechtzurücken. Dies um so mehr, als sich der Verfasser nicht mit einer vordergründigen Kritik von Erkern und Sprossenfenstern, vorgeblendeten Ziegeln und herabgezogenen Dächern begnügt, sondern seinen »Versuch einer Annäherung an einen (untauglichen) Begriff« mit sehr grundsätzlichen Überlegungen zu den unterschiedlichen, je für sich aber durchaus legitimen Möglichkeiten der Architektur verbindet, sich mit »Orten« auseinanderzusetzen: entweder indem sie selbst Orte baut – etwa Pyramiden! – oder indem sie an vorhandenen Orten den »genius loci« aufzuspüren, aufzunehmen und weiterzuentwickeln sucht.

Weitere Beiträge sind der Kritik des funktionalistischen und der Entwicklung eines nachfunktionalistischen Wohnungsbaus gewidmet. Die Ausgangspunkte und manche Gegenvorschläge sind ähnlich, die Akzente allerdings werden anders gesetzt: Günther Fischer geht aus von der weitgehenden Normierung und Standardisierung der Wohnungsgrundrisse, die in immer stärkerem Gegensatz zu der zunehmenden Heterogenität der Lebensformen steht, und von der Addition oder Stapelung der normierten und standardisierten Wohnungen in städtebaulichen Großformen: Block, Zeile, Hochhaus, die Haus und Parzelle als die primären städtebaulichen Grundeinheiten überspringen. Seine Empfehlung sind »Neue Lofts«, und das heißt: offene Grundrisse, in denen unterschiedliche und wechselnde Nutzungen möglich sind; jedem »Loft« sein Anteil an einem »Außenhaus«, das seinerseits in die offene Tragstruktur des Hauses integriert ist (daher nicht mehr als sechs Geschosse); schließlich

eine konstruktive und ästhetische Trennung von innerer Hülle, die an unterschiedliche funktionale und klimatische Erfordernisse angepaßt werden kann, und äußerer Hülle oder auch: Fassade, die nicht mehr auf die jeweilige Reflexion der internen Nutzungsstruktur angewiesen, sondern der Stadt zugewandt, unveränderbar und Träger einer eigenen Identität ist.

Gert Kähler wiederum geht aus von den »in Raumschachteln unterteilten Wohnungen«, die ebenfalls durch freie Grundrisse und fließende Räume abgelöst werden sollten, konzentriert sich dann aber sehr schnell auf sein eigentliches Thema »Wohnung und Herrschaft oder: »die Staatsgewalt geht vom Volke aus« (warum nur diese überzogenen Titel, die doch leicht die Ernsthaftigkeit der Texte in Frage stellen?). Gemeint ist das Fehlen einer »Utopie von oben«, einer überirdischen, kosmischen Ordnung, wie sie stets die Wohnsitze der Herrschenden, von der Villa Hadriana bis zur Villa Rotonda, geprägt und geheiligt hat, wie sie aber – sieht man von Ansätzen bei Le Corbusier, Bruno Taut, Melnikow und den russischen Konstruktivisten ab – dem Massenwohnungsbau für den Herrscher von heute, das Volk, versagt ist. Der Verfasser ist sich, wenn auch etwas widerstrebend, wohl darüber im klaren, daß »das eine unbefragte Zentrum der Herrschaft oder des Glaubens« nicht mehr zu restaurieren, die Existenz mehrerer, gleichberechtigter Welten nicht mehr zu verhindern ist. Wie aber können mehrere gleichberechtigte Welten im Massenwohnungsbau ihren Ausdruck finden? Die Hoffnungen richten sich auf Byker, das Wohnquartier von Ralph Erskine in Newcastle upon Tyne, wo »ein Hauch des ›Göttlichen im heutigen Massenwohnungsbau verwirklicht, ein Hauch jener Idee eines Zusammenlebens« spürbar zu sein scheint« ...

Die beiden restlichen Beiträge könnte man mit Stillschweigen übergehen, wenn sie nicht symptomatisch wären für die unübersehbare Tendenz zu einer Literarisierung der architektonischen und städtebaulichen Diskussion, wie sie in Büchern und Zeitschriften geführt wird und wie sie die vielbeklagte Ästhetisierung weit in den Schatten stellt. Unter dem Titel »Sichtbeschränkungen« wird, ausgehend von der Beobachtung,

daß auf Architekturzeichnungen in der Regel weder Menschen noch Alltagsabläufe zu sehen sind, den Architekten ihr hier selbst-, da objektbezogenes Denken vorgeworfen, einigen neueren, nicht gerade vielbeachteten Autoren nachgewiesen, daß auch sie nicht auf dem richtigen Wege seien, und schließlich – wer sonst? – Norbert Elias als Kronzeuge dafür aufgerufen, daß es gälte, »von der Vielheit der Menschen, von den vielfältigen Graden und Arten ihrer Abhängigkeiten in ihrer Angewiesenheit aufeinander« auszugehen und seine Verantwortung für den »Aufbau des Menschengeschlechts« wahrzunehmen. Ob irgendein Architekt, wenn er denn weder im Umgang mit Bauherren, Handwerkern und Behörden noch angesichts der Raumprogramme für Schulen, Arbeitsämter und Krankenhäuser gelernt hat, daß er es mit einem »Menschengeflecht« zu tun hat, sich darüber von Norbert Elias, so ehrwürdig er sein mag, belehren läßt?

Oder ob einhundertundsiebzehn sorgfältig eingerückte Zitate, von Ernst Bloch über Jürgen Habermas bis zu Harry Glück, auch nur einen Leser davon überzeugen, daß sich die Attraktivität des Einfamilienhauses erst überwinden, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Privatheit, Gemeinschaft und Öffentlichkeit erst herstellen läßt, wenn das »Niemandland von Aufzug, Treppenhaus und Gang« mit neuen Inhalten gefüllt wird? – ein Thema im übrigen, das der Verfasser bereits vor sechs Jahren auf sechs Seiten, noch dazu angereichert mit englischen und holländischen Beispielen, durchaus erschöpfend behandelt hat, während er jetzt, am Ende eines 60 Seiten langen Beitrages, nur ein Modell für »privatheitsorientiertes Wohnen« anbietet, bei dem in einem sechsgeschossigen Haus 14 der 16 Wohnungen mit individuellen Zugängen ausgestattet und, wie er meint, die diesbezüglichen Defizite der beiden letzten Wohnungen (im 4. und 5. Stock) dadurch zu heilen sind, daß sie einen Aufzug und damit sogar noch die Möglichkeit erhalten, zwischen Treppe und Aufzug zu wählen, »die Individualität dieses einzigen gemeinsamen Weges auszubauen« – ein Beitrag zur Überwindung der Orientierungskrise, ein Weg zu einem »realitätsbezogenen Baupensum«?

Wie hoch auch immer man die praktische

Relevanz der hier in den Mittelpunkt gestellten Probleme einschätzen mag: Es werden Sachverhalte, deren Existenz, auch deren Vor- und Nachteile jederzeit empirisch nachprüfbar sind, in literarische Artefakte umgewandelt, deren Volumen in keinem Verhältnis zu ihrer Substanz steht. Wenn Architekten ein hier selbst- da objektbezogenes Weltbild haben, sollte sich dies nicht an ihren Bauten nachweisen lassen? Wenn Haushalte in jedem Fall einen eigenen Zugang zu ihrer Wohnung haben wollen, sollten sie nicht in der Lage sein, dies auch zu sagen, und hinzuzufügen, wozu und warum?

Hamburg

Erika Spiegel

DIETER HOFFMANN-AXTHELM, *Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen? Aufsätze zu Architektur und Stadt (Bauwelt Fundamente 78), Braunschweig: Vieweg 1987, 206 S., 26 Abb. u. Pläne, Kart. DM 36,-.*

Er sei »kein vorsichtiger Autor«, sagt der Vf. Sein Bändchen mit Aufsätzen aus den vergangenen zehn Jahren beweist das auf jeder Seite. Vf. hat diese Beiträge, wie er versichert, im originalen Wortlaut vom Ort der Erstveröffentlichung übernommen, was andererseits deshalb bemerkenswert bleibt, weil manche dieser Arbeiten nichts weniger als stimulierend, ja provozierend wirkt; von Antiquitäten keine Spur, der Band ist hellste Aktualität.

Der erste Teil mit fünf Aufsätzen und Objektplanung, dem Hausbau im allgemeinen und dem Wechselspiel zwischen Hausbau und Stadtbau im besonderen, der »Dialektik des Regionalismus« und den Spannungen zwischen »Typologie und Populismus«.

Den zweiten Teil füllt ein einziger, 1983 veröffentlichter und nicht einmal 20 Seiten umfassender Essay »Architektur & Krieg«. Es ist, die Stationierung von Mittelstreckenraketen spielt dabei nicht die geringste Rolle, eine Abrechnung mit dem Krieg, mit einem sinnlosen Gemetzel, das nicht mehr in Hitlers oder Himmlers Namen stattfindet, sondern anonym und in technischer Perfektion. Aber es ist auch eine Abrechnung mit

der Architektur, die »nie neutral« ist und schon lange ein Bündnis mit der Zerstörung eingegangen ist. Und es ist schließlich eine Mahnung an die Verantwortlichen, das eigene Gewissen nicht aufzugeben, auch gerade als Architekt nicht. (Eine kleine Korrektur: der Schaffhausener Munot und die »Festung Freudenstadt«, die übrigens zugleich Stadt sein sollte, könnten vielleicht auf Dürers Musterplan zurückgehen. Aber wir haben keinen verlässlichen urkundlichen Beleg dafür!)

Am interessantesten und so brandneu wie am ersten Tag ist zweifellos der dritte Teil, ein Bündel von 6 Aufsätzen. Der letzte Beitrag, »Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen?«, hat dem Buch den Titel gegeben. Es ist ein vehementes Verdikt aller isolierten Historie und alles unbefugten und unverarbeiteten Mitgehens eben nicht von Geschichte, sondern von Vergangenheit. Unter den übrigen Beiträgen – »Aneignung von Stadtquartieren«, »Vom Umgang mit zerstörter Stadtgeschichte«, »Architektur als Geschichtsfälschung« und »Kreuzberger Ausschabung« – bietet das »Plädoyer für die Abschaffung der Denkmalpflege«, das erstmals vor 8 Jahren erschien, den zweifellos stärksten Tobak. Denkmalpflege sei eine Sackgasse geworden. Sie hat seit notwendig gewordener Aufgabe des bloß kunstgeschichtlichen Maßstabs kein Ziel mehr und sie hat sich durch die täglich ermöglichte Synthese von Abriß und Denkmalschutz selbst desavouiert. Vf. sucht vor allem mit Beispielen aus Berlin darzutun, daß die Denkmalpflege zum Komplizen der Abrißmaschinerie geworden ist. Vf. hält es für den Ausdruck tiefster Degeneration, wenn die Denkmalpflege sich zu Tauschgeschäften hergibt und, siehe Fassade und Kopie, »konsequent durchgezogen« bei der Geschichtsfälschung landet. »Hoffnung auf ein wirkliches Festhalten der Vergangenheit und ihrer gebauten Verhältnisse gibt es nur dort, wo das Gebaute in lebendige kulturelle Prozesse von unten geht.« Nicht nur für den Planer und Architekten, auch für den Stadthistoriker und den Stadtsoziologen bietet vor allem dieser dritte Teil eine Menge von nachdenkenswerten Schlüssen und Interpretationen.

Stuttgart

Otto Borst

JÜRGEN KRÄMER / RAINER NEEF (Hrsg.), *Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer »New Urban Sociology«* (Stadtforschung aktuell Bd. 9), Stuttgart: Birkhäuser 1985, 370 S., kart. DM 42,-.

Intention der Herausgeber ist es, mit dem vorliegenden Sammelband einen Überblick über die Forschungsrichtung der »New Urban Sociology« zu geben. Theoretische Grundlagen dieser soziologischen Richtung sind die marxistische Gesellschaftsanalyse und die Herrschaftsanalyse Max Webers. Den darauf aufbauenden verschiedenen Ansätzen ist gemeinsam, daß sie die traditionelle Stadtforschung ablehnen, deren Gegenstand die Analyse des städtischen Raums oder örtlich-institutioneller Aspekte sozialer Entwicklung war und ist. Aus der Sicht der neuen Stadtforschung gibt es keinen sozialen Prozeß, der eine Besonderheit der Stadt ist, sondern der Raum ist lediglich ein Faktor, der die Entwicklung sozialer Prozesse beeinflussen kann. Das »Städtische« spiegelt nur zentrale gesellschaftliche Entwicklungstendenzen und Unvereinbarkeiten besonders deutlich und vielfältig wider. Städtische Entwicklungen – wie Bewohnerbewegungen, Ausprägungen kommunaler Stadtpolitik etc. – können demnach allein aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen erklärt werden. Folgerichtig hält diese Forschungsrichtung eine Soziologie der Stadt für obsolet, da die Stadt in entwickelten Industriegesellschaften eben »keine signifikante Einheit gesellschaftlicher Organisation mehr darstellt« (23).

Ausgangspunkt des Buches sind zwei Basistexte, die die beiden Hauptrichtungen der Theoriebildung einer neuen Stadtforschung aufzeigen: die politische Soziologie der »sozialen Konsumtion« (Saunders) und die politische Ökonomie der »baulich-räumlichen Umwelt« (Harvey). Die sich anschließenden – in der Regel auf umfangreichen empirischen Untersuchungen beruhenden – Aufsätze sind eher von ihren Forschungsinhalten als systematisch von einem theoretischen Ansatz dominiert. So gibt es Arbeiten, die relativ eindeutig einer der o. a. Haupttheorierichtungen zugeordnet werden können, aber

auch andere, in denen sich beide überschneiden. Lediglich der Beitrag über informelle Produktion von Gütern und Dienstleistungen (Pahl/Wallace) bildet eine eigenständige dritte Richtung.

Die Herausgeber haben die vorliegenden Texte nach den Kriterien der Tragfähigkeit eines weitreichenden theoretischen Ansatzes sowie des politischen Nutzens und der wissenschaftlichen Anregungskraft der empirischen Analysen in der aktuellen Krisensituation ausgewählt. Die im folgenden aufgeführten Kapitelüberschriften des Buches umreißen zugleich auch seine inhaltlichen Schwerpunkte: Stadtentwicklung und städtische soziale Bewegungen, staatliche Politik auf kommunaler Ebene, die Wohnungsproblematik im modernen Kapitalismus sowie Aspekte städtischer Lebensweise: Segregation, Konsumtion und informelle Arbeit.

In der neuen Stadtforschung ist Stadtentwicklung das Ergebnis kapitalistischer Verwertungsstrategie und politischer Herrschaftskonzepte. »Bei dieser Sicht sind Lage und politische Aktivität der beherrschten Bevölkerung für die Analyse von Städten unabdingbar« (82). Bezüglich kommunaler Stadtpolitik wird die gesellschaftliche Funktion dieser Politik hinterfragt. Von Interesse sind dabei die Beziehungen des »local state« zur örtlichen Wirtschaft, zu Organisationen und sozialen Bewegungen der Stadtbewohner, aber auch das Verhältnis zum Zentralstaat. Die Wohnungspolitik wird v. a. auf Vorteilsnahme und Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen hin analysiert. Der Bausektor insgesamt wird in seiner Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dargestellt. Die letzte Textgruppe zeigt in zwei Beiträgen Möglichkeiten und gegenwärtige Bedingungen städtischer Lebensweisen auf. »In dem einen wird Segregation in erster Linie als Eröffnung resp. Ausschluß von Konsumtionsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Wohnung konzeptualisiert, im anderen werden Haushalt und Wohnung als Ort informeller Produktion von Gütern und Dienstleistungen untersucht« (307).

Wenn Aufbau und abgehandelte Thematiken des Buches für den Leser auch auf den ersten Blick interessant erscheinen, so erweist sich das Lesen doch über weite Strecken als Qual – und

das nicht nur aufgrund einer äußerlich recht unsauberen Redigierung der Texte.

Jeder einzelnen Textgruppe widmen die Herausgeber ausgiebige Vorworte, um nach eigenen Worten den Stellenwert und die Aussagekraft der dargestellten Untersuchungen für hiesige Verhältnisse aufzuzeigen. Leider tun die Herausgeber bei diesen »Einleitungen« des Guten etwas zuviel. Anstatt sich auf die folgenden Texte zu beschränken, versuchen sie darüber hinaus noch weitere Ansätze – entsprechend kurz – darzulegen und zu kritisieren. Damit werden die Einleitungen unnötig überfrachtet und verwirren eher, als daß sie den Zugang zur jeweiligen Textgruppe erleichtern. Den Anspruch, mit diesen ausführlichen Vorworten dem interessierten Leser die Einschätzung zu erleichtern, erfüllen sie sicherlich nicht.

Auch inhaltlich vermögen nur wenige Beiträge in bezug auf ihre wissenschaftliche Anregungskraft zu überzeugen – wobei als positive Ausnahmen auf die Beiträge von Fainstein/Fainstein über die »Centrifizierung« von Stadtvierteln und Pahl/Wallace über Arbeitsstrategien von Haushalten in Krisenzeiten hinzuweisen ist. Zugegebenermaßen ist es ein schwieriges Unterfangen, umfangreiche Forschungsprojekte auf »Aufsatzlänge« zu reduzieren. Gleichwohl ist es dann unabdingbar, sich bzgl. der empirischen Befunde auf die Belegung des theoretischen Ansatzes bzw. der Forschungshypothesen zu beschränken und sich nicht in empirischen Details zu verlieren, die für den Leser keinen Erkenntniswert haben, weil er sie z. B. ohne spezielle »Ortskenntnis« gar nicht nachvollziehen kann.

Ein vom Titel her attraktives Buch, das leider nur in wenigen Beiträgen die Erwartungen erfüllt.

Essen

Sylvia Kahlert

HEINZ-GÜNTHER BORCK (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte der Stadt Hildesheim im Mittelalter. Im Auftrag des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins bearbeitet von Jürgen Borchers, Heinz-Günther Borck, Gotthard Fellendorf, Hubert Main-*

zer und Eva-Maria Smolka, Hildesheim: Gerstenberg 1986, 184 S., 25 Abb., kart. DM 19,80.

Aufgrund eines Beschlusses des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins, die Beschäftigung mit der Stadtgeschichte und besonders den stadthistorischen Unterricht an den Hildesheimer Schulen zu fördern, hatte sich im Januar 1983 eine Arbeitsgruppe gebildet, deren Aufgabe die Zusammenstellung der hier anzuzeigenden Quellensammlung war. Im selben Jahr war es auch, daß mit »Und nocheinmal: Quellen« der Geschichtsdidaktiker J. Rohlfes (in: GWU 34/1983) in den damals Anfang der 80er Jahre lautstark geführten Streit um die Quellenarbeit im Geschichtsunterricht eingriff. Die Hildesheimer Arbeitsgruppe muß ihr Ohr sehr nahe an dieser Auseinandersetzung gehabt haben, was aber nicht verwundern soll, gehörten ihr doch neben Stadtarchivdirektor H.-G. Borck fast durchweg Lehrer an. So mag verwunderlich allenfalls sein, daß ausgerechnet die lerntheoretischen und unterrichtspraktischen Aspekte dieser Diskussion nirgendwo zur Sprache kommen. Gerade dies aber kommt dem Buch zugute, hatte es sich in der Vergangenheit doch zunehmend gezeigt, daß, unter dem Primat der Lernzielerreichung, im schulischen Unterricht mit Quellen allzu fahrlässig umgegangen wurde. Sie wurden rigoros gekürzt, vereinfacht, aus Sinnzusammenhängen gerissen, kurz: so zubereitet, daß ihr Aussagegehalt für die Schüler von vornherein feststand. Und dies bei der geflüchteten Begründung, Quellenarbeit im Geschichtsunterricht entsprechen den Arbeitsweisen und Erkenntnisregeln der Fachwissenschaft.

68 Quellen nun stellt die Hildesheimer Sammlung vor, die weder derartige Quellenfledderei betreibt, noch den Schüler als kleinen Geschichtswissenschaftler sieht. In diesem Rahmen bewegt sich dann auch der Tenor des Vorworts, das einerseits festhält, daß schulischer Unterricht seinen Bildungsauftrag nur dann erfüllen kann, »wenn er durch die Bereitstellung einer ausreichend großen Zahl von Geschichtsquellen und deren systematische und methodische Auswertung den Schülern die Möglichkeit zu kritischer

Beschäftigung mit den Quellenaussagen und damit zur Erarbeitung fundierter und umsetzbarer Kenntnisse bietet« (V) und andererseits der Sprachbarriere mittelalterlicher Quellen Rechnung trägt. Da deren Mehrzahl nur in mittellateinischer oder niederdeutscher Fassung überliefert ist, wurde der Zugang zu den Originalquellen durch Übersetzung ins Hochdeutsche erleichtert. Dies erscheint unter dem Gebot schulischer Lernökonomie gleichermaßen notwendig wie legitim, und es ehrt die Arbeitsgruppe, wenn sie auf die damit verbundene »Gefahr der Manipulation« (VI) hinweist, zumal 13 der behutsam übersetzten Quellen noch der Originaltext mitgegeben wurde.

Die Aufteilung der Sammlung in die Sachgebiete ›Verfassung und Verwaltung‹ (H.-G. Borck), ›Bevölkerung‹ (J. Borchers), ›Wirtschaft‹ (G. Fellendorf), ›Außenpolitik‹ (H. Mainzer) und ›Kirche‹ (E.-M. Smolka) ist der Handhabung des Buches äußerst dienlich; gleichfalls die jeweiligen Einführungen sowie das darauf bezogene Stichwortverzeichnis zur Erläuterung der Sachbegriffe. Und immer bleibt das Bemühen deutlich, neben Hildesheimer Besonderheiten auch Sachverhalte zu dokumentieren, die für die deutsche mittelalterliche Stadt überhaupt typisch sind. Dies macht das Buch andernorts fast genauso interessant. Einem Lehrer, der die sogenannten »Zunftrevolutionen« des 14. Jahrhunderts, das Streben der Handwerker um politische Mitbestimmung und Aufnahme in den Rat der Stadt, nicht jährlich wiederkehrend anhand der Augsburger Zunfturhebung von 1368 erläutern

möchte, dem bietet sich hier willkommene wie geeignete Abwechslung: Das Statut über die Besetzung des Rates der Stadt Hildesheim vom 11. Dezember 1345 hat Verfassungsrang (Quelle 7, 37ff.); die vorhergehenden Auseinandersetzungen, bekanntgeworden als »Hildesheimer Pfennigstreit«, sind durch zwei weitere Quellen mitbelegt.

Was hier ausschnittshalber für das Sachgebiet ›Verfassung und Verwaltung‹ beschrieben wurde, kann getrost auf die anderen Sachgebiete übertragen werden. Daß dabei eines mit ›Außenpolitik‹ überschrieben ist, bedarf noch einer Erläuterung, am besten der des Verfassers: »Parallel zur rechtlichen und wirtschaftlichen Emanzipation der bürgerlichen Gemeinde vom Stadtherrn entwachsen die Städte dem agrarisch-aristokratischen Lehnsystem, das Staat und Gesellschaft bestimmte; sie gewannen eine Sonderstellung im Rahmen der auf dem Besitz von Grund und Boden beruhenden Feudalordnung« (125).

Abschließend läßt sich sagen, daß man sich mehr solcher Sammlungen (nicht nur für den stadthistorischen Unterricht) wünschen möchte; vielleicht auch als Ausgleich zu den aus den Stadtmuseen verschwundenen Texttafeln, zu den dort mehr und mehr zu besichtigenden Alltags- und Gebrauchsgegenständen. Der beabsichtigten Fortsetzung dieser Sammlung jedenfalls möchte man ein ähnliches Ergebnis wünschen.

Stuttgart

Johannes Schultheiß

Kohlhammer



Peter Dormer

Die neuen Möbel

Internationale Trends und ihre Traditionen 1987. 208 Seiten mit 200 Abbildungen, davon 75 in Farbe. Format 22 x 25,4 cm Leinen im Schuber DM 118,- ISBN 3-17-009798-9

Isa Vercelloni

Wohnstil und Wohnideen

Das Beste aus CASA VOGUE Aus dem Englischen übersetzt von Liselotte Mickel 1985. 224 Seiten mit 306 Farbtafeln Format 25 x 30 cm Leinen im Schuber DM 118,- ISBN 3-17-008916-1

Verena Dietrich

Architektinnen

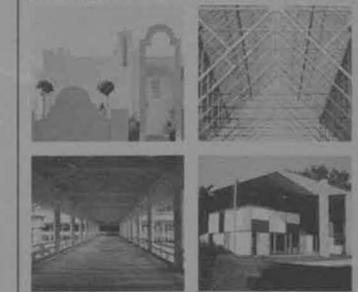
Ideen, Projekte, Bauten 1986. 196 Seiten mit 916 Abbildungen, davon 216 in Farbe. Kart. DM 59,- ISBN 3-17-009336-3



Jörg Kurt Grütter

Ästhetik der Architektur

Grundlagen der Architektur-Wahrnehmung



Kohlhammer

Jörg Kurt Grütter

Ästhetik der Architektur

1987. 258 Seiten mit 448 Abbildungen, davon 32 in Farbe. Kart. DM 79,- ISBN 3-17-009394-0

Selim O. Chan-Magomedov

Pioniere der sowjetischen Architektur

Der Weg zur neuen sowjetischen Architektur in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre Unveränd. Nachdruck der 1. Aufl. von 1986 618 Seiten mit 1544 Abbildungen Format 24 x 27 cm Leinen im Schuber ca. DM 118,- ISBN 3-17-009230-8 Vertrieb der Originalausgabe des Verlags der Kunst, Dresden

Helge und Margret Bofinger

Junge Architekten in Europa

mit einem Vorwort von Philip Johnson 1983. 188 Seiten mit 1197 Abbildungen, davon 327 in Farbe. Kart. DM 59,- ISBN 3-17-007713-9

Verlag W. Kohlhammer
Postfach 80 04 30 · 7000 Stuttgart 80



